

Matthias Asche | Thomas Brechenmacher (Hg.)

Hier geblieben?

Brandenburg als Einwanderungsland
vom Mittelalter bis heute

Universitätsverlag Potsdam



Asche • Brechenmacher (Hg.)
Hier geblieben?

Matthias Asche ■ Thomas Brechenmacher (Hg.)

Hier geblieben?

**Brandenburg als Einwanderungsland
vom Mittelalter bis heute**

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2022
<http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>

Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: -2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Layout & Satz: text plus form, Dresden
Umschlaggestaltung: Saskia J. Schneider
Druck: docupoint GmbH Magdeburg

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:

Namensnennung 4.0 International

Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Hyperlink:

<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Umschlagabbildungen: Festung Driesen (Matth. d. Ä. Merian); Johann Moritz Fürst von Nassau-Siegen (J. van Meurs); Flüchtlingstrecks in Potsdam, Frühjahr 1945 (Hilmar Pabel/ Arthur Grimm, copyright bpk Berlin); Kf. Friedrich Wilhelm und Luise Henriette von Oranien-Nassau (Pieter Nason; copyright SPSG).

ISBN 978-3-86956-506-4

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der
Universität Potsdam

<https://doi.org/10.25932/publishup-49936>

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-49936o>

Inhalt

- 9 Vorwort
- 11 Brandenburg und die Migration – thematische Einführung und
chronologische Übersicht
Matthias Asche und Thomas Brechenmacher
- 35 Frühmittelalterliche slawische Einwanderung in den brandenburgischen Raum
Felix Biermann
- 49 Die Ansiedlungspolitik der Markgrafen von Brandenburg aus dem Hause
der Askanier
Lutz Partenheimer
- 65 »Plus outre« – immer weiter
Von der ersten niederländischen Bruchkolonisation im 16. Jahrhundert
in der Mark Brandenburg zu den Musterwirtschaften bei Oranienburg
Uwe Folwarczny
- 77 Streng reglementierte Einwanderung
Die Neu-Etablierung jüdischen Lebens in Brandenburg-Preußen seit 1671
Thomas Brechenmacher
- 95 »Glaubensflüchtlinge« in Brandenburg im 17. und 18. Jahrhundert
Ulrich Niggemann

- 109 Know-how für den Hohenzollernstaat
Wissens- und Technologietransfer durch eingewanderte Experten
vom späten 16. bis zum früheren 18. Jahrhundert
Matthias Asche
- 127 Einwanderung und hohenzollernsche Siedlungspolitik in der Kurmark
im 18. Jahrhundert
Frank Göse
- 139 Revolutionsemigranten in Berlin und Brandenburg (1789–1805)
Thomas Höpel
- 159 Ein- und Binnenwanderungen nach Berlin, Brandenburg
und in die Niederlausitz am Übergang von der Agrar- zur
Industriegesellschaft
Vinzenz Czech
- 177 Die Muslime Berlins und Brandenburgs
Diplomatische Beziehungen, islamische Bauten, Kriegsgefangene,
Propaganda im Umfeld des Ersten Weltkriegs
Yunus Yaldiz
- 193 Ausgebeutet, diskriminiert, aber dringend gebraucht
ZwangsarbeiterInnen in Brandenburg während des Nationalsozialismus
Angela Martin
- 209 Belastung und Bereicherung – Vertriebene in Brandenburg ab 1945
Peter Bahl
- 225 Einwanderung aus den ›sozialistischen Bruderländern‹
Erinnerungen mosambikanischer MigrantInnen an die DDR
Marcia C. Schenck

- 239 Vom Bolschoi nach Sanssouci
Jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen UdSSR nach Brandenburg
Olaf Glöckner
- 251 Auswahlbibliographie zur berlin-brandenburgischen Immigrationsgeschichte
Matthias Asche und Thomas Brechenmacher

Vorwort

Der vorliegende Band geht zurück auf eine Ringvorlesung »*Hier geblieben? Brandenburg als Einwanderungsland vom Mittelalter bis heute*« des Historischen Instituts der Universität Potsdam in Zusammenarbeit mit dem Haus der Brandenburg-Preußischen Geschichte (HBPG) im Wintersemester 2019/20. Die Einzelvorträge fanden zwischen dem 15. Oktober 2019 und dem 4. Februar 2020 im Vortragssaal des HBPG und im Kutschstall statt und konnten damit noch vor der pandemiebedingten Einschränkung des öffentlichen Lebens ›in Präsenz‹ beendet werden.

Die Herausgeber danken Herrn Dr. Kurt Winkler (HPBG) für die ausgezeichnete Kooperation bei der Durchführung der Ringvorlesung und die tatkräftige Unterstützung auch zur Verwirklichung dieses Bandes. Frau Dr. Doris Lemmermeier, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg, begleitete die Veranstaltung mit Wohlwollen und Interesse.

Unser Dank gilt den Referentinnen und Referenten, insbesondere auch für die zügige Bearbeitung ihrer Vortragsmanuskripte als Voraussetzung der Drucklegung. Marco Barchfeld, Bärbel Brechenmacher, Mehtap Isik, Marco Kollenberg und Veronika von Lonski wirkten bei der redaktionellen Einrichtung und vor allem beim Korrekturlesen tatkräftig mit. Dem Universitätsverlag Potsdam, stellvertretend Herrn Marco Winkler und Frau Saskia Schneider, außerdem Herrn Gunther Gebhard (Firma *text plus form*) sei gedankt für die ansprechende Buchgestaltung.

Wir hoffen, der Band kann einen kleinen Beitrag dazu leisten, die Bedeutung historischer Wanderungsprozesse besser verstehen und bewerten zu lernen, exemplarisch für die Geschichte Brandenburgs, aber auch darüber hinaus.

Matthias Asche
Potsdam, im Herbst 2021

Thomas Brechenmacher

Brandenburg und die Migration – thematische Einführung und chronologische Übersicht

Matthias Asche und Thomas Brechenmacher

Migration ist ein »*konstitutives Element der Menschheitsgeschichte*«, der Mensch hat sich als »*homo migrans*« (Klaus J. Bade) über die Welt ausgebreitet.¹ Dieser Befund der historischen Forschung bildet eine der Grundannahmen der in diesem Band versammelten Studien zur Geschichte des brandenburgischen Raumes und seiner jeweiligen territorialen und staatlichen Formationen unter dem Aspekt der Einwanderung. Was allgemein gilt, gilt auch für die Geschichte Brandenburgs: Auch sie war und ist in hohem Maße von Prozessen der Einwanderung geprägt, Ein- und Zuwanderung ist auch für den brandenburgischen Raum nichts von einer Norm Abweichendes, sondern ein wiederkehrendes Phänomen über die Jahrhunderte hinweg. Die Beiträge dieses Bandes beleuchten Brandenburg als Einwanderungsland vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart. Der Bogen reicht von der slawischen Einwanderung des 8. und 9. Jahrhunderts bis zur Ankunft russisch-jüdischer *Kontingentflüchtlinge* im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung, von Niederländern, Juden, Hugenotten und anderen Glaubensflüchtlingen, Revolutionsflüchtlingen in der Frühen Neuzeit bis hin zu Muslimen, Zwangsarbeitern, Vertriebenen und DDR-*Fremdarbeitern* im 20. Jahrhundert. Hinter den hier erzählten Einwanderungsgeschichten stehen oftmals dramatische Ereignisse von kriegerischer Gewalt, Vertreibung und Flucht, stehen häufig ökonomische, durchaus auch Ausbeutungsinteressen, steht eigentlich nie ›Toleranz‹, zumal nicht im positiven Wortsinn unserer Gegenwart: nämlich im verstehenden Mit- und Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen. ›Toleranz‹ hieß in der Vormoderne in aller Regel ›Duldung‹ von Fremden.² Obwohl das »*Hier geblieben!*« häufig mit einem expliziten oder impliziten Fragezeichen zu versehen ist, und auf die Einwanderung in vielen Fällen Ab- oder Weiterwanderungen folgten, blieben doch auch viele im Lande – ob nun durch Zufall, Fügung oder bewusste Entscheidung. Einwanderer gestalte-

ten die Geschicke Brandenburgs mit, und auf ihren Spuren entstand eine Geschichte der Vielfalt dieses Raumes.

Bevor sich der Blick auf die Geschichte Brandenburgs fokussiert, soll er kurz geweitet werden. Sich mit Wanderungsprozessen zu befassen, erscheint nötiger denn je, nicht allein angesichts der letzten großen und teils erbittert diskutierten Zuwanderungswelle nach Deutschland 2015. Global ermittelten die Vereinten Nationen für das Jahr 2015 etwa 240 Millionen internationale, außerdem 740 Millionen Binnenmigranten.³ Die Relevanz der Thematik liegt auf der Hand: Wir sind mit Prozessen der Migration fast täglich konfrontiert, meist vermittelt durch Nachrichten und Medien. Für viele ist Migration aber auch eigenes Mit-Erleben, eigenes Lebensschicksal. Jeder muss sich zu diesen Phänomenen auf irgendeine Weise verhalten, und das ist Grund genug, ihnen auch in historischer Perspektive nachzuspüren, um ihnen eine Tiefendimension zu verleihen, sie zu konturieren, und dadurch beizutragen, die Gegenwart einordnen und besser beurteilen zu lernen. Die historische Betrachtungsweise führt zu Versicherung und Verunsicherung gleichermaßen: Am Ende steht immer ein tieferes Verständnis, wenn auch keine simplen oder gar allgemeingültigen Antworten oder Handlungsempfehlungen aus ihr abzuleiten sind.

Terminologisch erscheint es auf den ersten Blick einfach, zu sagen, was ›Migration‹ eigentlich ist: Gemäß der Definition der Vereinten Nationen handelt es sich dabei um die »*Bewegung von Menschen über weitere Strecken*« mit »*längerfristiger Veränderung des Hauptaufenthaltsortes*«. ⁴ Die historische Migrationsforschung bestimmt Migration als »*räumliche Bevölkerungsbewegung*« im Sinne einer »*auf einen längerfristigen Aufenthalt angelegte[n] räumliche[n] Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Individuen, Familien, Gruppen oder auch ganzen Bevölkerungen*«. ⁵ Beide Basisdefinitionen verlangen Präzisierung: Gehört ein Überschreiten von Staatsgrenzen konstitutiv zur Migration? Dann wäre sie, je nach Perspektive, Aus- und Einwanderung (in der UN-Terminologie: internationale Migration). Sollen auch Formen von Ab- und Zuwanderung innerhalb der Grenzen eines Staates als Migration gelten (in der UN-Terminologie: *Binnenmigration* beziehungsweise *interne Migration*)? Ist das Kriterium des ›Staates‹ oder der ›Nation‹ überhaupt sinnvoll, oder genügen die »*weiten Strecken*«, oder geht es nur ganz allgemein um »*räumliche Verlagerung*«, wenn auch »*längerfristig*«? Bezeichnet der Begriff ›Migration‹ stets die räumliche Bewegung größerer Gruppen, oder kann er auch auf kleinteiligere Wanderungen oder gar Individuen angewandt werden?

Manche Forscher bevorzugen den Begriff ›Mobilität‹, um eher kleinräumliche Bewegungsmuster temporärer, mitunter zirkulärer, und mehr individueller Natur (Ein-

zelne, Familien) von Migration – als großräumlicher und massenhafter Wanderungsbewegung – zu unterscheiden.⁶ Hier ist zwar nicht der Ort, um Begriffsdebatten von vielleicht zweifelhaftem Nutzen zu führen. Jedoch können solche Anrisse dazu dienen, den Blick auf die nachfolgenden historischen Beispiele aus der Geschichte Brandenburgs ebenso zu schärfen wie Historie und Gegenwart zueinander in Beziehung zu setzen. *Binnenmigration* (oder doch vielleicht eher ›Binnenmobilität‹?) ist gemäß den Zahlenangaben des »*World Migration Reports*« jedenfalls das quantitativ viel umfassendere Phänomen als die ›internationale Migration‹. Für die im vorliegenden Band betrachteten historischen Exempel ist es – was Migrationsphänomene des Mittelalters und der Frühen Neuzeit betrifft – manchmal schwierig, von ›internationaler Migration‹ zu sprechen, insbesondere angesichts rudimentärer Staatlichkeit, wie sie das Heilige Römische Reich, seine Territorien und Städte aufwies. Auch quantitativ handelte es sich selten um die Bewegung sehr großer Gruppen – abgesehen vielleicht von der Zuwanderung nach Brandenburg im Gefolge der Vertreibungen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs –, sondern eher um kleinteiligere Wanderungen, wie etwa die Einwanderung von fünfzig jüdischen Familien nach Berlin im Jahre 1671.

An die begrifflichen Überlegungen schließt sich die Frage an, wie Migration (und auch Mobilität) eigentlich gemessen wird? Dazu gibt es zwei Indikatoren, die sich seit den Anfängen der Migrationsforschung am Ende des 19. Jahrhunderts etabliert haben, sich im Wesentlichen aber auch nur im Rahmen des seit dieser Zeit prägenden Nationalstaatsparadigmas und seiner Idee homogener Gesellschaften bewegen: der Anteil der Menschen, die dauerhaft in einem Land (Staat/Nation) lebten, in dem sie nicht geboren wurden, und die faktische Staatsangehörigkeit.⁷ ›Geburt‹ und ›Staatsangehörigkeit‹ als Kriterien für das ›Dazugehören‹ sind natürlich höchst problematisch – zumal für ältere Epochen. Ist jeder, der dauerhaft dort lebt, wo er nicht geboren wurde, automatisch Migrant, und wenn, für wie lange? Sind alle ›fremden‹ Staatsangehörigen Migranten, und endet dieser Status ebenso automatisch mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft des Immigrationsstaates? Wie sind lange, über Generationen anhaltende Identitätskonstrukte ehemals migrantischer Gruppen, zum Beispiel der eingewanderten Hugenotten, zu beurteilen: Sind es Kennzeichen von ›Patchwork‹-, multikulturellen oder gar ›Parallelgesellschaften‹, oder bilden sie Akkulturationsprozesse ab, die längst zu ganz neu strukturierten Gesellschaften führten?

Die amerikanische Migrationsforscherin Leslie Page Moch bringt die Problematiken auf den Punkt: »*Es gibt weder eine einfache und universal anerkannte Definition des Phänomens ›Migration‹ noch ein einziges Datencorpus, das Migration mißt.*«⁸ Gerade in

historischer Perspektive kann es extrem schwierig sein, Migration zu quantifizieren, weil valide Datencorpora häufig fehlen. Weder für das Mittelalter noch für die Frühe Neuzeit noch auch für große Teile der Neueren Geschichte liegen ja zuverlässige Bevölkerungsregister und -statistiken vor, von Dokumentationen einer ›Staatsangehörigkeit‹ ganz zu schweigen. Historische Migrationsforschung muss anders arbeiten als eine politik- und sozialwissenschaftliche, die sich auf die Gegenwart und höchstens auf die allerjüngste Vergangenheit bezieht. Wie solche Zugriffe erfolgen können, wie also Migration in unterschiedlichen historischen Epochen erforscht werden kann, ist neben den eigentlichen Inhalten ein durchgängiges Thema der Beiträge dieses Bandes.

»Individuen, Familien und Gruppen streben danach, durch Bewegungen zwischen geographischen und sozialen Räumen Erwerbs- oder Siedlungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Ausbildungs- oder Heiratschancen zu verbessern bzw. sich neue Chancen zu erschließen.«⁹ Mit dieser Formulierung nimmt Jochen Oltmer wichtige Triebkräfte für Migration und Mobilität in den Blick und verweist dabei auf ein fast schon anthropologisches Grundmuster: Jeder ist bemüht, Chancen auf ein besseres Leben zu erschließen und für sich zu nutzen; diese Suche kann zu Wanderungen führen, je nach den technischen Möglichkeiten der jeweiligen Zeit. Migration wird oftmals, aber nicht zwangsläufig, von politischen, sozialen, ökonomischen, auch Natur- und Klimakrisen angetrieben. Abstrakter formuliert, dürften signifikante Gefälle von Lebensstandards und -qualität ausschlaggebend sein, um Migration in Gang zu setzen.

Die ältere Forschung untersuchte früher solche Gefälle nach sogenannten *Push*- und *Pull*-Faktoren. Beide wurden häufig in ihrem Zusammenspiel wahrgenommen. Als klassische *Push*-Faktoren galten Vertreibung und Flucht, bedingt durch Kriege und Katastrophen oder Verfolgung von Gruppen. Sie riefen Zwangsmigration hervor, Abwanderung durch den Druck von Gewalt und Not. Wohin die Wanderung führte, entschieden *Pull*-Faktoren. So das idealtypische Modell. Heute erkennt die Forschung eine weitaus größere Komplexität und Vielschichtigkeit migratorischer Prozesse, als sich in eindimensionalen *Push-Pull*-Zuordnungen abbilden ließe, und spricht eher von unterschiedlichen »*Migrationschancen*« und »*Migrationsoptionen*« statt von linearen Vorgängen.¹⁰

Auch religiöse Motive können Migrationsbewegungen begünstigen¹¹ – jenseits von *Push*-Faktoren (im Falle der Hugenotten: Aufkündigung des Edikts von Nantes) und *Pull*-Faktoren (Potsdamer Edikt). In der Regel sind aber mit religiösen Motiven weitere, andere verknüpft, oft sozio-ökonomische (Vertreibung von Juden aus ökonomischem Konkurrenzneid) oder auch geschichtspolitische. So spielten etwa bei der Aufnahme

russischsprachiger Juden im wiedervereinigten Deutschland Erwägungen über eine späte ›Wiedergutmachtung‹ eine leitende Rolle. ›Juden‹ bezog sich bei der Gruppe dieser *Kontingentflüchtlinge* weniger auf das tatsächliche, oftmals gar nicht vorhandene religiöse Bekenntnis, sondern vielmehr auf eine von der Sowjetunion zugeschriebene ›Nationalzugehörigkeit‹. Religiöse Migration lässt sich schließlich auch mit dem größeren Thema der ›Kulturwanderung‹ verbinden, die darauf abzielt, neue Räume der Entfaltung oder überhaupt der Erhaltung kultureller Identität zu erschließen.

Von den Zwangsmigrationen (*forced migrations*) sind – wiederum idealtypisch – sogenannte *subsistence* oder *betterment migrations* zu unterscheiden, deren Ziel darin besteht, die materielle Existenz zu sichern und zu verbessern. Die großen Urbanisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts können als solche Migrationen betrachtet werden, ja gelten einigen Migrationsforschern sogar als »*die am besten bekannte Migrationsform in der europäischen Geschichte.*«¹² Eine Stufe weiter sprechen wir von Bildungs-, Ausbildungs- und Wohlstandsmigration, die oftmals nicht nur auf die Verlagerung des räumlichen, sondern auch des sozialen Ortes gerichtet ist. Es leuchtet ein, dass gerade bei diesem Typus die Grenzen zur Mobilität verschwimmen, denn je höherschwelliger jeweils die Zuwanderungsvoraussetzungen gesetzt werden, um so weniger ist es Massen möglich, solche Wanderungen erfolgreich zu absolvieren, und desto mehr individualisiert sich der Migrationsprozess.

Das Stichwort ›Erfolg‹ führt zu Überlegungen über den prozessualen Charakter von Migration. Wie läuft Migration ab, wann beginnt und wann endet sie? Wiederum idealtypisch werden drei Etappen unterschieden: Ausgliederung aus dem Ausgangsraum – die Wanderung selbst –, Ankunft und Eingliederung im Ankunftsraum.¹³ Zwar konstatiert die Migrationsforschung: »*Migration hat einen Anfang und ein Ende. Permanente Mobilität stellt eine Existenzform für sich dar.*«¹⁴ Freilich ist meistens der Ausgangspunkt der Migrationsbewegung noch am einfachsten zu sehen. Bereits die Wanderungsbewegung kann sich dann schon sehr ausdifferenzieren, kann in unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Formationen – etwa als Kettenwanderung (*chain migration*) – in unterschiedlichste Richtungen verlaufen, kann Etappen einschlagen und auch Rückwanderung beinhalten. Auch die letzte Phase, Ankunft, aber auch Eingliederung oder gar Weiterwanderung (*Sekundärmigration*), ist oftmals schwer zu fassen.

Diese dritte Phase der Einwanderung in den geographischen Raum Brandenburg mit seinen jeweiligen staatlichen Ordnungen steht im Zentrum der Beiträge dieses Bandes. Von zahlreichen Migrationsprozessen der verschiedenen Epochen, die über

den Raum Brandenburg teilweise weit hinaus gingen, geht es um jenen Part, der die Einwanderung und die damit verbundenen Problematiken betraf. War Brandenburg als ›Entwicklungsregion‹ besonders prädestiniert für Einwanderungen, gab es gewissermaßen einen spezifischen ›Brandenburg-(Pull)-Faktor‹ für Einwanderung?

Viele Immigranten kamen in der Tat freiwillig oder wurden, genau aus jenen Entwicklungsgründen, angeworben (niederländische Kolonisten, zugewanderte Experten, Siedlungspolitik im 18. Jahrhundert). Viele kamen aber auch weniger oder gar nicht freiwillig (Glaubensflüchtlinge, Revolutionsemigranten, muslimische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Vertriebene), waren unter bestimmten Voraussetzungen aber gleichwohl erwünscht (etwa Juden, sofern sie ein Vermögen mitbrachten). Wer blieb, wer ging wieder (zum Beispiel die *Fremdarbeiter* aus den ›sozialistischen Bruderländern‹)? Wie gestaltete sich das Bleiben? Mit dauerhaftem Bleiben ist das große Thema der Integration verbunden; für wen und für welche Gruppen fand sie überhaupt statt, und wie lange zog sie sich hin? Wann endete also jeweils die Einwanderung? Wie steht es um die Integration, zumal von kulturell oder religiös ›diversen‹ Gruppen (zum Beispiel russisch-jüdische *Kontingentflüchtlinge*). Den Hugenotten als protestantischen (calvinistischen) Einwanderern fiel das ›Ankommen‹ in der dominant protestantischen, wenn auch anders (lutherisch) denominierten Mehrheitsgesellschaft leichter als den Juden. Auch die vertriebenen Deutschen aus den Ostgebieten waren ›kulturell‹ eher leicht integrationsfähig, jedoch wenig erwünscht. Auf welche besonderen Integrationsprobleme Einwanderer aus ›sozialistischen Bruderländern‹ in Afrika oder Muslime stießen, die der Erste Weltkrieg nach Brandenburg geführt hatte, lässt sich leicht ausmalen.

Zur besseren Einordnung der in diesem Band versammelten Beiträge vermag ein grober Überblick über das Wanderungsgeschehen, mithin über die wichtigsten der Immigrations- und Emigrationsvorgänge innerhalb der im Folgenden zu behandelnden Region helfen.

Das Gebiet der späteren Mark Brandenburg war im Frühmittelalter ein dünnbesiedeltes Einwanderungsland, in dem es allerdings durchaus eine germanische Restbevölkerung gab – offenbar Nachkommen der bereits zur Zeitenwende zwischen Havel und Spree ansässigen, seit dem 3. Jahrhundert aber sukzessiv an den Oberrhein abgezogenen elbgermanischen Semnonen.¹⁵ Bei der Einwanderung von slawischen Neusiedlergruppen im 8. und 9. Jahrhundert¹⁶ handelt es sich um die Nachwirkungen und Spätfolgen der großen Völkerwanderung an der Wende von der Antike zum Mittelalter,¹⁷ ausgelöst durch die Mobilisierung der Awaren vom Aralsee zum Schwarzen

Meer. Die allmähliche Entstehung eines Netzes von Städten und der Landesausbau durch den kontinuierlichen Zuzug von deutschen und niederländischen (flämischen) Einwanderern in die Landschaften östlich der Elbe – in der älteren Forschung mit dem problematischen Label »*deutsche Ostkolonisation*« versehen – verbindet sich vor allem mit der Etablierung der Herrschaft der brandenburgischen Markgrafen.¹⁸ Anteil an der ostelbischen Siedlungsbewegung im Hochmittelalter, die auch mit den Stadtgründungen verbunden waren,¹⁹ hatten aber auch die Bischöfe von Brandenburg an der Havel, Havelberg und Lebus sowie die geistlichen Orden.²⁰ Dabei wurde die ältere slawische Bevölkerung keineswegs verdrängt oder ausgelöscht, sondern in den Prozess des Landesausbaues miteinbezogen, so dass es zu Assimilationsvorgängen kam.²¹ Das spätere Mittelalter führte angesichts der demographischen Folgen des *Schwarzen Todes* und der allgemeinen Agrardepression auch in der Mark Brandenburg zu Wüstungs- und Abwanderungsprozessen.²² Freilich gab es auch im Spätmittelalter Beispiele für Immigrationsvorgänge, namentlich von Waldensern in der Uckermark und der Neumark im 14. Jahrhundert – die vielleicht früheste Form von Einwanderungen von Glaubensflüchtlingen in die Mark.²³ Ebenso wie die Waldenser nur leidlich geduldet wurden, verhielt es sich mit den Juden, die seit dem 13. Jahrhundert in Brandenburg nachweisbar waren, dann aber mehrfach ausgetrieben wurden: 1446, 1510 und 1573.²⁴ Erst hundert Jahre (1671) später sollten ausgewiesene Juden aus Wien und Niederösterreich dauerhaft Aufnahme in Brandenburg finden.²⁵

Insgesamt markierte das 16. und frühe 17. Jahrhundert erneut einen starken demographischen Aufschwung im Land, allerdings ohne dass es zu neuen Stadtgründungen kam – Ausnahme war die Stadt Joachimsthal (1603).²⁶ Bis zum Vorabend des Dreißigjährigen Krieges hatte die brandenburgische Bevölkerung kontinuierlich zugenommen, bis die blutigen Begleitumstände des Krieges – die Durchzüge, Plünderungen und Einquartierungen der Soldaten und vor allem die den Söldnerheeren folgenden Pestwellen – zu einem gravierenden demographischen Einschnitt führten. Es dauerte bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts, bis wieder die Bevölkerungszahlen und die Siedlungsdichte der Vorkriegszeit erreicht wurden.²⁷ Damit verbunden war eine obrigkeitlich gelenkte Migrationspolitik, die auch ein Ergebnis der nunmehr vom Staat dezidiert wahrgenommenen Wirtschaftsförderungspolitik war und auch Anwerbungen von spezialisierten Experten miteinschloss.²⁸ Viele Städte wurden nun planmäßig auf dem Reißbrett durch Vorstädte erweitert – namentlich die beiden Hauptresidenzstädte Berlin und Potsdam.²⁹ Die Erfahrungen der Kurfürsten Friedrich Wilhelm und Friedrich III./I. bei der Anwerbung von Neusiedlern – Niederländer,³⁰ Schweizerkolo-

nisten und Hugenotten³¹ – führten schließlich seit König Friedrich Wilhelm I. und vor allem Friedrich II. zu einer systematisch betriebenen Peuplierungspolitik, bei welcher insbesondere auch diejenigen Orte einer Nutzung zugeführt wurden, die bislang noch nicht besiedelt waren.³² Dabei handelte es sich um bereits im Spätmittelalter wüst gefallene Feldmarken, aber auch um Landschaften, die für die Besiedlung erst trockengelegt werden mussten (*Meliorisation*). Hierfür war das Oderbruch zweifellos das bekannteste Beispiel.³³ Während bis zum ›Soldatenkönig‹ noch dezidiert konfessionelle Kriterien bei der Anwerbung neuer Siedler dominierten, mithin ausschließlich Einwanderer protestantischer Bekenntnisse Aufnahme fanden, folgte die Peuplierungspolitik seines Sohnes und dessen beiden Nachfolgern ausschließlich ökonomischen Nutzenerwägungen, so dass die bis dahin weithin prägende lutherische Monokonfessionalität der Bevölkerung in der Mark Brandenburg sukzessiv aufgebrochen wurde. Die bis ins frühe 19. Jahrhundert anhaltenden Peuplierungsmaßnahmen, in welchen – neben der gezielten Anwerbung von kleinbäuerlich-handwerklichen Neusiedlergruppen aus demographischen ›Hochdruckgebieten‹ Süd- und Südwestdeutschlands – in hohem Maße auch nachgeborene brandenburgische Bauern- und Handwerkeröhne angesiedelt wurden, betrafen nahezu alle Teile der Hohenzollernschen Länder – von Ostpreußen bis Ostfriesland, von Schlesien bis zum Niederrhein.³⁴ Bei diesen großangelegten Landesausbaumaßnahmen, die im Falle Brandenburg-Preußens freilich mit strikten Auswanderungsverboten einhergingen, handelte es sich also auch um Phänomene von agrarisch geprägter Binnenmigration. Zur günstigen Entwicklung der brandenburgischen Städte hatte freilich auch die im 18. Jahrhundert fortdauernde Ansiedlung von Experten im (residenz-)städtischen Hinterland beigetragen, etwa von Webern aus Böhmen (1737 Rixdorf/heute Neukölln, 1751 Nowawes/heute Babelsberg).³⁵ Die Einwohnerschaft Berlins konnte im Laufe des 18. Jahrhunderts verdreifacht werden. Auch in Potsdam stiegen – nicht zuletzt aufgrund der hohen Militärpräsenz in der Garnisonstadt³⁶ – die Bevölkerungszahlen geradezu exponentiell an. Insbesondere in den beiden Residenzstädten konnte sich im Laufe des 18. Jahrhunderts ein gleichermaßen bürgerliches wie höfisches Leben entfalten, das auch ausländische Emigranten anzog.³⁷ Nach den Polnischen Teilungen wurde Berlin zu einem bedeutenden Zentrum der polnischen Emigration.³⁸

Mit dem 19. Jahrhundert begann die Epoche der beschleunigten Mobilität und damit auch diejenige der modernen Massenmigrationen. Die Voraussetzungen dafür bildeten nicht zuletzt verkehrstechnische Fortschritte wie die Einführung der Eisenbahn und des Dampfschiffes. Hinzu kam die Bauernbefreiung und die Aufhebung der Aus-

wanderungsverbote, wie sie sinnfällig in Artikel 18b der *Deutschen Bundesakte* formuliert ist: »Die verbündeten Fürsten und freien Städte kommen überein, den Untertanen der Deutschen Bundesstaaten die Befugnis des freien Wegziehens aus einem deutschen Bundesstaat in den anderen, der erweislich sie zu Untertanen annehmen will, zuzusichern, jedoch nur insofern keine Verbindlichkeiten zu Militärdiensten gegen das bisherige Vaterland im Wege stehen.«³⁹ Ungeachtet der Tatsache, dass hier lediglich der Abzug in einen anderen Staat des Deutschen Bundes geregelt wurde, war damit auch der Startschuss für die Massenauswanderung nach Übersee gegeben.⁴⁰ Auch aus Brandenburg setzte fortan die – bereits in anderen deutschen Staaten schon im 18. Jahrhundert begonnene – Fernwanderung nach Amerika⁴¹ und Australien⁴² ein. Letztere Migrationsbewegung gehört in den Zusammenhang des Widerstandes der sogenannten Altlutheraner gegenüber der 1817 von König Friedrich Wilhelm III. dekretierten Unierten Kirche, kann mithin gewissermaßen als die letzte religiös bedingte Migration bezeichnet werden. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass es schon vor dem 19. Jahrhundert Phänomene von überseeischer (Arbeits-)Migration in Brandenburg gegeben hatte.⁴³ Größere Auswanderungszüge aus Brandenburg fanden 1817/19 auch ins benachbarte Kongress-Polen und nach Russland statt.⁴⁴ Hintergründe für den Auswanderungswunsch von durchweg der kleinbäuerlich-landhandwerklichen Schicht zugehörigen Bevölkerungsgruppen waren hier die drückende ökonomische Not der Landbevölkerung, namentlich der Mangel an Arbeit und die Schwierigkeit, Grundbesitz zu erwerben, aber auch die Erwartung, in den aufstrebenden industriellen Produktionsregionen, etwa in Mittelpolen, Oberschlesien oder in der sächsischen Oberlausitz, dauerhaft Arbeit zu finden.⁴⁵ In Brandenburg blieb der agrarische Großgrundbesitz neben der industriellen Entwicklung stets das Rückgrat der preußischen Wirtschaft, so dass es in der Landwirtschaft durchaus einen Arbeitskräftebedarf gab, was zur saisonalen Beschäftigung von Arbeitsmigranten, aber zuweilen auch zu dauerhaften Einwanderern führte. Diese bezeichnete man als *Preußengänger* beziehungsweise *Sachsengänger*, nach den Landarbeitern aus ostelbischen Regionen für den Zuckerrübenanbau in der preußischen Provinz Sachsen.⁴⁶ Im Kaiserreich wurde in wachsender Zahl auch auf Erntearbeiter russischer Staatsbürgerschaft aus dem galizischen Polen für andere Landesteile Brandenburgs zurückgegriffen, die als saisonale Wanderarbeiter allerdings einem restriktiven Migrationsregime unterworfen waren. Diese Struktur saisonaler Arbeitsmigration wurde im Ersten Weltkrieg zu einem System von »auslandspolnischen« Zwangsarbeitern.⁴⁷ Die massenhafte Beschäftigung von *Ostarbeitern* entwickelte sich zu einer Praxis, die im Nationalsozialismus und vor allem im Zweiten Weltkrieg un-

ter den Bedingungen der Rüstungswirtschaft nochmals verschärft wurde.⁴⁸ Freilich ist zu betonen, dass nicht immer ausländische Kriegsgefangene zu Arbeitseinsätzen herangezogen wurden.⁴⁹

Die genannten Migrationsvorgänge zwischen den Staaten und die Fernwanderungen nach Übersee waren gleichermaßen Ausdruck allgemeiner Verelendungs- und Krisenerscheinungen des aufziehenden Industriellen Zeitalters, die auch für die brandenburgische Landesgeschichte nachzuweisen sind. In diesen Zusammenhang gehören auch innerpreußische Binnenmigrationen in Form von Land-Stadt-Wanderungen (*Landflucht*) in die entstehenden Industriestandorte.⁵⁰ Dies gilt freilich in besonderer Weise für die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts demographisch enorm expandierende Stadt Berlin⁵¹ und ihre vorgelagerten Orte,⁵² was zwar nicht ausschließlich, aber doch in hohem Maße auf Phänomene von Binnenmigrationsprozessen zwischen den preußischen Provinzen zurückzuführen war.⁵³ Nach dem *Groß-Berlin-Gesetz* von 1920 hatte die Stadt die Vier-Millionen-Einwohner-Marke erreicht und war damit nach New York und London zur weltweit drittgrößten Stadt angewachsen, wovon, durch die Verdichtung des Nahverkehrs, auch das unmittelbare brandenburgische Umland – der später sogenannte ›Speckgürtel‹ – profitierte, was zu einem demographischen Gefälle zwischen Metropole und Provinz führte. Das prosperierende Berlin des Kaiserreiches und vor allem der Weimarer Republik war auch Magnet für politisch Verfolgte.⁵⁴ An dem nahezu beispiellosen Bevölkerungswachstum der Reichshauptstadt konnten auch die politischen Verfolgungsmaßnahmen und Emigrationswellen während des Nationalsozialismus nichts ändern.⁵⁵

Die quantitativ bedeutendste Migrationsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg machten in Berlin und Brandenburg die Heimatvertriebenen aus, mit einem signifikanten Anteil Ostbrandenburger, Schlesier und Pommern.⁵⁶ Im Zusammenhang mit dem Mauerbau ist auf das grundlegende Phänomen der ›Republikflucht‹ hinzuweisen. Der junge Staat hatte anfangs wegen der offenen Grenzen nur wenig Möglichkeiten, ein Migrationsregime durchzusetzen. Dies galt in besonderer Weise für die Verhältnisse in der geteilten Stadt Berlin, wo das erhebliche Lohngefälle zwischen West-Berlin und der DDR enorm war, so dass auch Bewohner mit Wohnsitz in den Bezirken Potsdam und Frankfurt an der Oder regelmäßig in die West-Berliner Betriebe pendelten. Daneben gab es auch echte ›Republikflüchtlinge‹ aus politischen Gründen.⁵⁷ Die zahlreichen West-Übersiedler wurden seitens der DDR-Führung anfangs hingenommen und in der staatlichen Propaganda diffamiert. Als problematisch erwies sich allerdings, dass spätestens seit Mitte der 1950er Jahre die Ost-West-Migration zu einem

Massenphänomen geworden war. West-Berlin mit seinen Flüchtlingsaufnahmelagern wurde dabei zum ersten Anlaufpunkt für die weitere Ausreise in die Bundesrepublik.⁵⁸ Naturgemäß reduzierte sich mit dem Bau der Mauer die Ost-West-Migration erheblich, bis in der Endphase der DDR um die Mitte der 1980er Jahre die Notaufnahmeverfahren vor dem Hintergrund von Ausreisegenehmigungen die Zahl der Ausreisenden – in hohem Maße Rentner und andere Nicht-Erwerbstätige – wieder anstiegen. Erfolgreiche Versuche illegaler Flucht fielen dagegen quantitativ kaum ins Gewicht.⁵⁹ Insgesamt betrieb die DDR eine restriktive, streng kontrollierte Einwanderungspolitik. Neben den Heimatvertriebenen fanden in nicht geringer Zahl auch Einwanderungen aus der Bundesrepublik in die DDR statt. Die Hintergründe hierfür waren neben ökonomischen Nöten im Westen – auch noch nach dem Mauerbau – nicht selten familiäre.⁶⁰ Eine Besonderheit war angesichts des Pfarrermangels in der DDR die Immigration von evangelischen Theologen.⁶¹ Aufnahme fanden in der DDR zudem politische Emigranten – nicht nur westdeutsche,⁶² sondern auch weltweit (unter anderem Griechen, Spanier, Algerier, Chilenen), wobei bewusst die Flüchtlinge über alle Bezirke verteilt wurden, um keine Diaspora-Zentren zu schaffen.⁶³ Für die energisch betriebene Modernisierung der DDR-Industrie – mit bedeutenden Zentren in den Bezirken Cottbus (Hoyerswerda), Potsdam (im unmittelbaren Berliner Randgebiet, vor allem Hennigsdorf, Ludwigsfelde) und Frankfurt an der Oder (Eisenhüttenstadt [bis 1953 *Stalinstadt*], Schwedt) – reichte die Ansiedlung von Arbeitern aus dem eigenen Land⁶⁴ nicht aus, so dass, wenn auch später, ähnlich wie in der Bundesrepublik und in West-Berlin⁶⁵ seit 1963 auf *Gastarbeiter* – *Vertrags-* oder *Kontraktarbeiter* genannt – zurückgegriffen wurde, die ausschließlich aus ›sozialistischen Bruderländern‹ (Polen, Ungarn, Algerien, Kuba, Mosambik, Vietnam, Angola, Kuba, China, Nordkorea) stammten.⁶⁶ Besonders erwünscht waren in der DDR die polnischen Saisonarbeiter, weil für sie nicht extra neue Wohnungen für einen dauerhaften Aufenthalt gebaut werden mussten.⁶⁷ Mit dem Wachstum der Industriezentren, wo Wohnraum für die Arbeiter geschaffen worden war, setzte sich der bereits seit dem 19. Jahrhundert anhaltende Trend zum Rückgang der ländlichen Bevölkerung in Brandenburg fort. Dem Braunkohleabbau hatten bis zum Jahre 2010 insgesamt 136 Dörfer im Niederlausitzer Revier – und damit ganze ländliche Gesellschaften – vollständig oder teilweise zu weichen.⁶⁸ Abgesehen davon, dass es bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert eine kleine russische Minderheit in Berlin und Brandenburg gab,⁶⁹ ist mit den Angehörigen der Besatzungstruppen auf eine letzte Migrationsgruppe in Brandenburg nach 1945 hinzuweisen. Die drei brandenburgischen Bezirke bildeten bis zum Abzug der Truppen (1994) den größten Statio-

nierungsraum der sowjetischen Streitkräfte in der DDR.⁷⁰ Wie die russischen Truppenverbände zogen auch 1990 Kuba, China und Nordkorea sämtliche *Vertragsarbeiter* aus der DDR ab,⁷¹ wohingegen den verbliebenen Arbeitskräften eine vorzeitige Beendigung der Verträge beziehungsweise Rückkehrprämien angeboten wurden.⁷² Bis 1990 hatten bereits zwei Drittel aller *Vertragsarbeiter* das Land verlassen. Zwei Jahre später waren nur noch rund 1 000 ehemalige *Kontraktarbeiter* in den ostdeutschen Bundesländern übrig, die eine Arbeit nachweisen oder aber mit enormen Anpassungsleistungen ihre Existenz aufbauen mussten.⁷³ Dazu kamen – neben den Studenten und Lehrlingen, die ihre Ausbildung zuende bringen durften – ca. 46 000 Ausländer, die durch Eheschließung oder als anerkannte Flüchtlinge einen dauerhaften Aufenthaltsstatus erhalten hatten.⁷⁴

Seit der Wiedervereinigung gelten fortan auch in den neuen Bundesländern die Regelungen zur Zuwanderung in die Bundesrepublik. Unter diesen Voraussetzungen kamen nach 1990 neue Immigrantengruppen nach Brandenburg.⁷⁵ Mit dem Fall des ›Eisernen Vorhangs‹ kamen zahlreiche deutschstämmige Aussiedler – ab 1993 als *Spätaussiedler* bezeichnet – aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die sogenannten Russlanddeutschen. Diese Migrantengruppe – Deutsche gemäß Art. 116, Abs. 1 des Grundgesetzes sowie der §§ 1 und 6 des Bundesvertriebenengesetzes – sind die größte Zuwanderungsgruppe in der heutigen Bundesrepublik.⁷⁶ Daneben setzten sich auch in den 1990er Jahren die starken Emigrationen deutschstämmiger Aussiedler aus wirtschaftlichen Gründen fort, vor allem aus Polen und Rumänien, aber auch aus den Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei, aus Jugoslawien und Ungarn. Unter den post-sowjetischen Migranten ist vor allem die Gruppe jüdischer *Kontingentflüchtlinge* zu nennen. Hierbei handelt es sich um Juden aus der ehemaligen Sowjetunion und Menschen mit jüdischen Vorfahren aus deren Nachfolgestaaten, die der Quotenregelung gemäß regelmäßig angepasstem *Königsteiner Schlüssel* auf die einzelnen Bundesländer verteilt wurden, der auch der Verteilung von anderen *Kontingentflüchtlingen*, etwa aus Syrien, sowie Asylsuchenden⁷⁷ und Flüchtlingen zugrundegelegt wird.⁷⁸ In Brandenburg entstanden seit 1991 neue jüdische Gemeinden in Potsdam, Brandenburg an der Havel, Oranienburg, Bernau, Königs Wusterhausen, Frankfurt an der Oder und in Cottbus.⁷⁹ Hinzuweisen ist ferner auf die Migrationsvorgänge, die aus dem Zuwanderungsgesetz von 2005 und vor allem der Osterweiterung der Europäischen Union resultierten. Mit dem *Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern* (1. Januar 2005) wurde die Bundesrepublik offiziell zu einem Einwanderungsland,⁸⁰ und der deutsche

Arbeitsmarkt Ziel zahlreicher EU-Binnenmigranten und Ausländer, wobei zwischen befristeter »Aufenthaltserlaubnis« und unbefristeter »Niederlassungserlaubnis« – mit möglicher Einbürgerung – unterschieden wird.⁸¹ Zu den Migrationskontinuitäten der Nachwendzeit gehört nach wie vor die saisonale Wanderarbeit⁸² und das Grenzpendeln polnischer Arbeitnehmer.⁸³ Die Polen bilden seit den 1990er Jahren die größte ausländische Zuwanderergruppe in Berlin.⁸⁴ Heute stellen dort die polnischen Staatsangehörigen – nach den türkischen – die zweitgrößte Einwohnergruppe, gefolgt von syrischen, italienischen, bulgarischen und russischen.⁸⁵ In Brandenburg sind hingegen nach wie vor mit großem Abstand die polnischen Staatsangehörigen – vor den syrischen, russischen, afghanischen und rumänischen – die zahlenmäßig bedeutendste Einwohnergruppe.⁸⁶ Was die Migrationsbilanz angeht, mithin das quantitative Verhältnis von Zu- und Abwanderung, erwiesen sich die ländlichen Regionen und die Kleinstädte des Landes Brandenburg unmittelbar nach der Wende zunächst als ausgesprochene demographische Verlierer, was freilich auch mit dem Zusammenbruch zahlreicher Industrien, den wirtschaftlichen Transformationsprozessen und dem damit verbundenen Wegfall von Arbeitsplätzen in den 1990er Jahren zusammenhing, wie die Beispiele der Uckermark und der Niederlausitz zeigen.⁸⁷ Diese Entwicklung scheint in jüngerer Zeit gebrochen, auch wenn nach wie vor der Trend in Richtung einer weiteren Verdichtung der Agglomeration des Großraums Berlin deutet. So stabilisieren sich auch zunehmend die hauptstadtfernen brandenburgischen Randgebiete: Im Jahre 2020 standen 80 100 Zuzügen noch 55 300 Fortzügen aus Brandenburg gegenüber, wobei es sich freilich zu etwa 80 % um Zuwanderer aus der Stadt Berlin handelt.⁸⁸ Demgegenüber stagnieren seit längerem die Einwohnerzahlen Berlins.⁸⁹ Ob sich das letztlich ungünstige Verhältnis zwischen Provinz und Metropolregion weiter fortsetzt, wird auch davon abhängen, inwieweit es der brandenburgischen Regierung gelingt, die genannten Trends umzukehren.⁹⁰ Die Entstehung der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide unmittelbar vor den Toren der Hauptstadt und die erwarteten bis zu 40 000 neuen Arbeitsplätze⁹¹ weisen hier freilich in eine andere Richtung. Wichtig erscheint heute mehr denn je, den abgehängten Regionen neue Impulse für eine grundlegende wirtschaftliche Transformation zu geben, verbunden mit einer besseren Anbindung an Berlin und andere städtische Zentren innerhalb und außerhalb Brandenburgs durch den öffentlichen Nahverkehr. An infrastrukturelle Entwicklungsprojekte, die in diesen Regionen den Tourismus fördern, wie etwa der kürzlich fertiggestellten sogenannten Cottbuser Ostsee auf dem Areal des ehemaligen Braunkohletagebaues Cottbus-Nord, sind deshalb große Erwartungen gerichtet,⁹² aber

auch an Idealisten und Aussteiger – die sogenannten »Raumpioniere« –, die gerade in strukturschwachen Gebieten die Chance sehen, alternative Lebenskonzepte zu verwirklichen.⁹³

Anmerkungen

- 1 OLTMER 2010, S. 1. Der knappe Überblick hier orientiert sich an der sehr guten Zusammenstellung wichtiger Begriffe und Konzepte, mit weiterführenden Literaturhinweisen bei DEDERT 2014, S. 28–38.
- 2 SCHREINER (1990).
- 3 UN International Migration Report 2016, und World Migration Report. Migrants and Cities, 2015, zit. nach: Bös 2019, Sp. 1586.
- 4 UN International Migration Report 2016, zit. nach: ebd., Sp. 1586.
- 5 OLTMER 2010, S. 1.
- 6 HOERDER/LUCASSEN/LUCASSEN 2010, S. 36f.
- 7 Bös 2019, Sp. 1587.
- 8 MOCH 2003, S. 18 [Übersetzung d. Verf.].
- 9 OLTMER 2010, S. 1.
- 10 OLTMER 2016, besonders S. 5.
- 11 SCHUNKA 2005.
- 12 HOERDER/LUCASSEN/LUCASSEN 2010, S. 37.
- 13 DEDERT 2014, S. 32f.
- 14 HOERDER 2002, S. 14 [Übersetzung d. Verf.].
- 15 SCHRAGE 1995, S. 65ff.
- 16 Hierzu vgl. den Beitrag von FELIX BIERMANN in diesem Band.
- 17 MEIER 2021, S. 974ff.
- 18 Hierzu vgl. den Beitrag von LUTZ PARTENHEIMER in diesem Band.
- 19 Eine Übersicht über die Stadtgründungen in der Mark Brandenburg bei MÜLLER-MERTENS (1990).
- 20 In der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, in der Regierungszeit der Markgrafen Johann I. und Otto III., nahm der Landesausbau nochmals an Fahrt auf, vgl. grundlegend SCHULZE 1979; SCHICH 2003; WÖLFLE-FISCHER 2003.
- 21 VOGEL 1960.
- 22 Eine zusammenfassende Darstellung der Wüstungsvorgänge in der Mark Brandenburg fehlt nach wie vor, vgl. deshalb exemplarisch MANGELSDORF 1994.
- 23 KURZE 2006.
- 24 HEISE 1932 [1965].
- 25 Hierzu vgl. den Beitrag von THOMAS BRECHENMACHER in diesem Band.
- 26 Der Ort Joachimsthal entstand durch die Ansiedlung von böhmischen Arbeitern einer aufgehobenen Glashütte, vgl. KLANTE 1941/42.
- 27 ASCHE 2006.
- 28 Hierzu vgl. den Beitrag von MATTHIAS ASCHE in diesem Band, vgl. exemplarisch für Potsdam SCHMELZ 1995.
- 29 Zu Berlin: RIBBE 2009, S. 980ff.; zu Potsdam vgl. die Hinweise auf verschiedene Einwanderergruppen des späten 17. und des 18. Jahrhunderts bei GRASNICK 2016, S. 10ff.
- 30 Hierzu vgl. den Beitrag von UWE FOLWARCZNY in diesem Band.
- 31 Hierzu vgl. den Beitrag von ULRICH NIGGEMANN in diesem Band.
- 32 Eine Übersicht aller neuer Siedlungen in Brandenburg bei SCHULZE 1939, dazu auch DERS. 1933.
- 33 Hierzu vgl. den Beitrag von FRANK GÖSE in diesem Band.
- 34 Grundlegend nach wie vor vgl. BEHEIM-SCHWARZBACH 1874; SCHMOLLER 1886 [1989; 1898; 1981]; zuletzt noch DILLER/HINKELMANN/SCHMOOK 2012.
- 35 BRÖCKER/KRESS/OELKER 2013. Daneben entstanden weitere Spinnerdörfer für den Militärbedarf, vgl. TRÖGER 1936. Hinzuweisen ist weiter beispielsweise auf die Ansiedlung von Messer- und Scherenschmieden aus dem thüringischen Ruhla in Eberswalde (1747), vgl. Fremde Heimat Eberswalde 2003, S. 21f., von Bauhandwerkern aus Bayreuth in Potsdam (1763/65), vgl. SANDER 2004, oder von frankophonen Uhrmacherfamilien aus Genf und Neuchâtel in Friedrichsthal bei Oranienburg (1782), vgl. CHAPUIS 1938.
- 36 Exemplarisch zu Prenzlau vgl. ENGELEN 2003.

- 37 Hierzu vgl. am Beispiel der französischen Revolutionsemigranten den Beitrag von THOMAS HÖPEL in diesem Band.
- 38 HARTMANN 1990.
- 39 HUBER 1964, Nr. 29, S. 75.
- 40 Hierzu vgl. das Edikt König Friedrich Wilhelms III. wegen der Auswanderung Preußischer Unterthanen und ihrer Naturalisation in fremden Staaten. Gegeben Berlin, den 2^{ten} Julius 1812.
- 41 REICH 1997.
- 42 Zuletzt vgl. BOXDÖRFER 2020.
- 43 Hinzuweisen ist etwa auf die Dienste auf Schiffen der beiden großen niederländischen Handelskompanien, welche brandenburgische Landeskinder bis nach Asien führen konnten, vgl. KALDENBACH 2006.
- 44 MÜHLE 1995; RÜCKLING 2015 ff.
- 45 Zu den Hintergründen vgl. HAHN 1999. Exemplarisch zu den Migrationsverhältnissen des 19. Jahrhunderts in den Lausitzen vgl. VOGEL 2015.
- 46 OBERMEIER 1999; BADE 2004.
- 47 HERBERT 2017, S. 13 ff.
- 48 Hierzu vgl. den Beitrag von ANGELA MARTIN in diesem Band, zudem BRÄUTIGAM 1996.
- 49 Hierzu vgl. am Beispiel der türkischen Kriegsgefangenenlager während des Ersten Weltkrieges den Beitrag von YUNUS YALDIZ in diesem Band.
- 50 Hierzu vgl. den Beitrag von VINZENZ CZECH in diesem Band. Eine knappe instruktive Übersicht bei MATERNA 1999, auch KÖLLMANN 1971.
- 51 RING 1992.
- 52 Dass nicht nur die Stadt Berlin selbst Ziel von Einwanderungen war, zeigt am Beispiel von Moabit und Rixdorf (Neukölln) THIENEL 1973.
- 53 Zur Zusammensetzung der innerpreußischen Binnenmigrationen vgl. die zahlreichen Statistiken bei KELLER 1931; DEISSMANN 1936.
- 54 So war Berlin etwa in den frühen 1920er Jahren »Hauptstadt der Emigration« russischer Revolutionsflüchtlinge, vgl. SCHLÖGL 1995, S. 13.
- 55 Zum Zeitpunkt der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten lebten 160 564 Juden in Berlin (3,8 % der Gesamtbevölkerung) und 7 616 in der Provinz Brandenburg (knapp 0,3 %). Nach Emigration und Ermordung – vgl. exemplarisch BERGMANN 2009, S. 64 ff. – gab es 1946 im sowjetischen Sektor Berlins nur noch 2 543 Juden, im Land Brandenburg 424. Die jüdische Bevölkerung verringerte sich hier während der darauffolgenden Jahrzehnte weiter kontinuierlich, vor allem durch den Wegzug in die Bundesrepublik, zumal die DDR-Führung eine Wiedergutmachung verweigerte. Ende der 1980er Jahre gab es auf dem Gebiet der DDR nur noch insgesamt 350 Juden und keine einzige jüdische Gemeinde in den drei brandenburgischen Bezirken, vgl. die Zahlen bei DIEKMANN/SCHOEPS 2003, S. 97 ff.
- 56 Während in Brandenburg bis Anfang der 1950er Jahre über 700 000 Menschen einwanderten, fanden allein in West-Berlin ca. 160 000 Flüchtlinge Aufnahme, deren Zahl durch die Übersiedlung von Vertriebenen aus der Sowjetischen Besatzungszone beziehungsweise der DDR bis zum Mauerbau weiter zunahm, vgl. BAHL 2020, besonders S. 200 ff., vgl. dazu dessen Beitrag in diesem Band.
- 57 VAN MELIS/BISPINCK 2006, insbesondere die Statistiken, S. 255 ff.
- 58 ALLEN 2013.
- 59 Hierzu vgl. exemplarisch die Dokumentation von STREHLOW 2004.
- 60 Zur Verteilung auf die jeweiligen Bezirke vgl. SCHMELZ 2002, S. 50 ff.
- 61 LÜTCKE 2015. Das prominenteste Beispiel war Horst Kasner, der Vater der Bundeskanzlerin Angela Merkel, der nach seiner Übersiedlung aus Hamburg 1954 eine Pfarrstelle im Dorf Quitzow bei Perleberg antrat.
- 62 Zahlreiche Immigrant-Biographien bei STÖVER 2009.
- 63 POUTRUS, S. 234. Exemplarisch zu den Chilenen in Potsdam vgl. ZIMMERMANN 2016.
- 64 Zur Siedlungsentwicklung vgl. die Übersicht bei KOTSCH 2001, S. 488 ff. In diese industriellen Zentren wurden auch zahlreiche Heimatvertriebene angesiedelt, vgl. exemplarisch GOLLE 2011.
- 65 Eine Übersicht bei ALLERS 2017, S. 127 ff., zu Aufnahme und Einsatz von Gastarbeitern in der Industrie West-Berlins vgl. grundlegend GILLMEISTER/KURTHEN/FJALKOWSKI 1989.
- 66 Eine Übersicht über die Präsenz von Vertragsarbeitern in den Bezirken Potsdam, Frankfurt an der Oder und Cottbus bei KOTSCH 2001, S. 411 ff., exemplarisch zu den Arbeitskräften aus Mosambik vgl. den Beitrag von MARCIA C. SCHENCK in diesem Band.
- 67 RÖHR 2001.
- 68 Ortsabbrüche gab es bereits seit der Mitte der 1920er Jahre, vgl. FÖRSTER 2014, zudem die Datenbank »Archiv verschwundener Orte/Archiw zgbjonych jsow«, vgl. www.archiv-verschwundene-orte.de [zuletzt: 24. 09. 2021]. Kausche (bei Drebkau) ist das erste Dorf, das bis 1996 für den Braunkohletagebau Welzow-Süd vollständig an einen anderen Standort (Neukausche) verlegt wurde, vgl. FETZER 1997.

- 69 Hier ist etwa auf die vom Zaren Alexander I. abkommandierten und in der 1826/27 von Peter Joseph Lenné angelegten Kolonie Alexandrowka angesiedelten Militäranghörigen hinzuweisen, vgl. ALTENDORF 2004.
- 70 Eine Übersicht bei KOTSCH 2001, S. 225 ff.
- 71 Ende 1989 hielten sich noch 59 000 Vietnamesen, 15 100 Mosambikaner, 8 300 Kubaner, 900 Chinesen und 1 300 Angolaner als Vertragsarbeiter in der DDR auf. Hinzu kamen noch 3 500 polnische Arbeitskräfte sowie 2 500 polnische Pendler, mithin insgesamt also 90 600 Menschen, was etwa 0,6 % der Gesamtbevölkerung der DDR entsprach, vgl. die Zahlen nach LAY/ESEN 1997, S. 362.
- 72 BERGER 2005.
- 73 Exemplarisch zu den Vietnamesen vgl. WEISS 2010.
- 74 Zahlen nach LAY/ESEN 1997, S. 354.
- 75 Eine knappe Übersicht der Einwanderungsgruppen im Land Brandenburg bei KINDELBERGER/KINDELBERGER 2007, S. 7 ff.
- 76 PANAGIOTIDIS 2021, S. 17 f.; exemplarisch vgl. BEETZ/KAPPHAN 1997.
- 77 Exemplarisch vgl. HAMDALI 2007.
- 78 Exemplarisch zu den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien vgl. МИНОК 2001.
- 79 Hierzu vgl. den Beitrag von OLAF GLÖCKLER in diesem Band.
- 80 Bundesgesetzblatt, Teil 1, S. 1950.
- 81 KOLB 2016, S. 1032 ff.
- 82 BECKER 2010.
- 83 SEIBERT/WIETHÖLTER 2020.
- 84 PALLASKE 2002, S. 118 ff.
- 85 Anzahl der Ausländer in Berlin nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2020 (Stichtag: 31. Dezember 2020) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1094889/umfrage/anzahl-der-auslaender-in-berlin-nach-staatsangehoerigkeit/> [zuletzt: 24. 09. 2021].
- 86 Anzahl der Ausländer in Brandenburg nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2020 (Stichtag: 31. Dezember 2020) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1095005/umfrage/anzahl-der-auslaender-in-brandenburg-nach-staatsangehoerigkeit/> [zuletzt: 24. 09. 2021].
- 87 LUTZE 2003, S. 69 ff.; MÜLLER/STEINBERG 2020.
- 88 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Pressemitteilung Nr. 183 (30. Juli 2021): Wanderungsbewegung in Brandenburg 2020. Wanderungsgewinne erneut gestiegen, vgl. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/183-2021> [zuletzt: 24. 09. 2021].
- 89 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Pressemitteilung Nr. 32 (10. Februar 2021): Berlins Einwohnerzahl stagniert 2020, vgl. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/32-2021> [zuletzt: 24. 09. 2021].
- 90 Exemplarisch vgl. GORNIG/SCHULZ 2002.
- 91 JULIA LÖHR, Elon Musk: »Bitte arbeiten Sie bei Tesla Giga Berlin«, in: FAZ.net vom 11. September 2020, vgl. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/elon-musk-bitte-arbeiten-sie-bei-tesla-giga-berlin-16948291.html> [zuletzt: 24. 08. 2021].
- 92 BENEDIKT HERBER/DIANA KULOZIK, Stausee bei Cottbus. »Wir könnten das Monaco des Seenlands werden«, in: Welt online vom 7. Oktober 2019, vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article199741584/Cottbus-Kuenstlicher-Stausee-soll-Touristen-in-Lausitz-locken.html> [zuletzt: 24. 09. 2021].
- 93 Am Beispiel der Uckermark vgl. die Dokumentation von KÖHLER 2008.

LITERATUR

- KEITH R. ALLEN, Befragung – Überprüfung – Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlingen in West-Berlin bis 1961, Berlin 2013.
- TOBIAS ALLERS, Neuberliner. Migrationsgeschichte Berlins vom Mittelalter bis heute, Berlin 2017.
- BETTINA B. ALTENDORF, Die Russischen Sänger und die Kolonie Alexandrowka in Potsdam, Berlin 2004.
- MATTHIAS ASCHE, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006.
- KLAUS J. BADE, »Preußengänger« und »Abwehrpolitik«. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Auslanderkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: DERS./MICHAEL BOMMES (Hgg.), Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 215–302.
- PETER BAHL, Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945, Berlin 2020.
- JÖRG BECKER, Erdbeerpflucker, Spargelstecher, Erntehelfer. Polnische Saisonarbeiter in Deutschland. Temporäre Arbeitsmigration im Neuen Europa, Bielefeld 2010.
- STEPHAN BEETZ/ANDREAS KAPPHAN, Russischsprachige Zuwanderer in Berlin und Potsdam. Migrationsregime und ihr Einfluß auf die Wohnsituation von Zuwanderern, in: INGRID OSWALD/VIKTOR VORONKOV (Hgg.), Post-sowjetische Ethnizitäten. Ethnische Gemeinden in St. Petersburg und Berlin/Potsdam, Berlin 1997, S. 160–188.
- MAX BEHEIM-SCHWARZBACH, Hohenzollernsche Colonisationen. Ein Beitrag zu der Geschichte des preußischen Staates und der Colonisation des östlichen Deutschlands, Leipzig 1874.
- ALMUTH BERGER, Nach der Wende. Die Bleiberechtsregelung und der Übergang in das vereinte Deutschland, in: KARIN WEISS/MIKE DENNIS (Hgg.), Erfolg in der Nische? Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 69–76.
- ARMIN BERGMANN, Die sozialen und ökonomischen Bedingungen der jüdischen Emigration aus Berlin/Brandenburg 1933, Diss., TU Berlin 2009.
- MATHIAS BÖS, [Art.] Migration, I. Migration in Politik und Gesellschaft, in: Staatslexikon. Recht – Wirtschaft – Gesellschaft, 8. Aufl., 3 (2019), Sp. 1586–1594.

- JOHANNES BOXDÖRFER, »Führ uns an der Hand bis in Vaterland!« Die Auswanderung preußischer Altlutheraner nach Südaustralien Mitte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 2020.
- HELMUT BRÄUTIGAM, Fremdarbeiter in Brandenburg in der NS-Zeit. Dokumentation zum »Ausländereinsatz« im früheren Regierungsbezirk Potsdam 1939 bis 1945, Potsdam 1996.
- NICOLA BRÖCKER/CELINA KRESS/SIMONE OELKER (Red.), Fritz, Dorf, Stadt. Kolonistendörfer in der Metropolregion. Nowawes, Erkner, Friedrichshagen, Rixdorf, 2. Aufl., Berlin 2013.
- ALFRED CHAPUIS, Le Grand Frédéric et ses horlogers. Une émigration d'horlogers suisses au XVIII^{me} siècle, Lausanne 1938.
- LINA-MAREIKE DEDERT, Durch Zeit und Raum. Die Familie Weill-Sonder zwischen Emanzipation und Restitution, Berlin 2014.
- GERHARD DEISSMANN, Die Veränderung der Bevölkerungsverteilung in Berlin-Brandenburg 1875–1925, Stuttgart 1936.
- IRENE A. DIEKMANN/JULIUS H. SCHOEPS, Jüdisches Leben in Brandenburg, in: HANNE LANDBECK/GISELIND RINN (Red.) Europa ist hier. Europa in Brandenburg, Berlin 2003, S. 86–102.
- STEPHAN DILLER/KARL FRIEDRICH HINKELMANN/REINHARD SCHMOOK (Red.), Friedrichs neue Untertanen. Die innere Kolonisation in der Mark Brandenburg im 18. Jahrhundert. Ausstellungskatalog, Bad Freienwalde/Prenzlau 2012.
- BEATE ENGELEN, Fremde in der Stadt. Die Garnisonsgesellschaft Prenzlau im 18. Jahrhundert, in: KLAUS NEITMANN/JÜRGEN THEIL (Hgg.), Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs vom hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, Potsdam 2003, S. 113–126.
- JOCHEN FETZER, »Schönes altes Dorf – schönes neues Dorf?« Umsiedlung: Erzwungene Migration und unfreiwillige Statuspassage, in: FRANZISKA BECKER/ELKA TSCHERNOKOSHEWA (Hgg.), Skizzen aus der Lausitz. Region und Lebenswelt im Umbruch, Köln/Weimar/Wien 1997, S. 81–110.
- FRANK FÖRSTER, Verschwundene Dörfer im Lausitzer Braunkohlerevier, 3. Aufl., Bautzen 2014.
- Fremde Heimat Eberswalde. Zuwanderungen in Vergangenheit und Gegenwart. Begleitheft zur Sonderausstellung, Eberswalde 2003.

- HELLMUTH GILLMEISTER/HERMANN KURTHEN/JÜRGEN FJALKOWSKI, Ausländerbeschäftigung in der Krise. Die Beschäftigungschancen und -risiken ausländischer Arbeitnehmer am Beispiel der West-Berliner Industrie, Berlin 1989.
- ALEXANDER GOLLE, Eine neue Heimat? Zur Aufnahme und Integration der Umsiedler im heutigen Eisenhüttenstadt, in: KIM CHRISTIAN PRIEMEL (Hg.), Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990, Berlin 2011, S. 25–50.
- MARTIN GORNIG/ERIKA SCHULZ, Perspektiven von Wirtschaft und Bevölkerung in der Region Berlin/Brandenburg, in: CHRISTOPH ZÖPEL (Hg.), Brandenburg 2025 in der Mitte Europas, Bd. 1, Berlin 2002, S. 159–178.
- MAGDOLNA GRASNICK (Red.), Internationale Impulse für Potsdam. Zur Rolle der Zugewanderten für die Entwicklung Potsdams, 4. Aufl., Potsdam 2016.
- MOHAMED HAMDALI, Asylbewerber und Flüchtlinge im Land Brandenburg. Ausgewählte Daten und Fakten, in: KARIN WEISS/HALA KINDELBERGER (Hgg.), Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transfexistenz und Bildungserfolg, Freiburg 2007, S. 127–142.
- WERNER HEISE, Die Juden in der Mark Brandenburg bis zum Jahre 1571, Berlin 1932 [ND Vaduz 1965].
- PETER MICHAEL HAHN, Das Problem der Auswanderung aus Preußen vor 1871 in zeitgenössischer Sicht, in: MATHIAS BEER/DITTMAR DAHLMANN (Hgg.), Migration nach Ost- und Südosteuropa vom 18. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Ursachen – Formen – Verlauf – Ergebnis, Stuttgart 1999, S. 25–46.
- GOTTFRIED HARTMANN, Polen in Berlin, in: STEFI JERSCH-WENZEL/BARBARA JOHN (Hgg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, S. 593–800.
- ULRICH HERBERT, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, 2. Aufl., München 2017.
- DIRK HOERDER, Cultures in Contact. World Migrations in the second Millenium, London 2002.
- DIRK HOERDER/JAN LUCASSEN/LEO LUCASSEN, Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung, in: KLAUS J. BADE/PIETER C. EMMER/LEO LUCASSEN/JOCHEN OLTMER (Hgg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, 3. Aufl., Paderborn/München/Wien/Zürich 2010, S. 28–53.
- ERNST RUDOLF HUBER (Hg.), Dokumente zur Deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 1, 2. Aufl., Stuttgart 1964.

- JOS KALDENBACH, Brandenburger in den Niederlanden, in: Brandenburgische Genealogische Nachrichten 1 (2006)/II, S. 26–28.
- KARL KELLER, Umfang und Richtung der Wanderungen zwischen den preußischen Provinzen in den Jahren 1871 bis 1925, in: Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes 70 (1931), S. 273–291.
- HALA KINDELBERGER/KILIAN KINDELBERGER, Herausforderung Integration. Thesen zur Migration und Integration von Zuwanderern im Land Brandenburg, Potsdam 2007.
- MARGARETE KLANTE, Die Glashütte Bubentsch, in: Zeitschrift für sudetendeutsche Geschichte 5 (1941/42), S. 302–305.
- ROLAND KÖHLER, Die Zugezogenen. Neusiedler in der Uckermark, Templin 2008.
- WOLFGANG KÖLLMANN, Demographische »Konsequenzen« der Industrialisierung in Preußen, in: OTTO BÜSCH/WOLFGANG NEUGEBAUER (Hgg.), Moderne Preußische Geschichte 1648–1947. Eine Anthologie, Bd. 1, Berlin/New York 1971, S. 447–465.
- HOLGER KOLB, Migrationsverhältnisse, nationale Souveränität und europäische Integration. Deutschland zwischen Normalisierung und Europäisierung, in: JOCHEN OLTMER (Hg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016, S. 1021–1039.
- DETLEF KOTSCH, Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990), Berlin 2001.
- DIETRICH KURZE, Waldenser in der Mark Brandenburg und in Pommern im 15. Jahrhundert, in: ALBERT DE LANGE (Hg.), Friedrich Reiser und die »waldensisch-hussitische Internationale« im 15. Jahrhundert, Heidelberg 2006, S. 219–240.
- CONRAD LAY/ELLEN ESEN, Leben und Alltag mit Fremden. Ausländerfeindlichkeit, in: CONRAD LAY/CHRISTOPH POTTING (Hgg.), Gemeinsam sind wir unterschiedlich, 2. Aufl., Bonn 1997, S. 337–393.
- KARL-HEINRICH LÜTCKE, »... sobald der Notruf der ostzonalen Landeskirchen nach Brüdern an sein Ohr kam ...« Theologen aus Westdeutschland werden Pfarrer in der Ostregion Berlin-Brandenburgs (1949–1956), in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 70 (2015), S. 262–290.
- GERT LUTZE, Landschaft im Wandel. Der Nordosten Brandenburgs vom 17. Jahrhundert bis heute, Eberswalde 2003.

- GÜNTER MANGELSDORF, Die Ortswüstungen des Havellandes. Ein Beitrag zur historisch-archäologischen Wüstungskunde der Mark Brandenburg, Berlin/New York 1994.
- INGO MATERNA, Die Mark als Industriestandort im 19. und 20. Jahrhundert, in: LIESELOTT ENDERS/KLAUS NEITMANN (Hgg.), Brandenburgische Landesgeschichte heute, Potsdam 1999, S. 91–102.
- MISCHA MEIER, Geschichte der Völkerwanderung. Europa, Asien und Afrika vom 3. bis zum 8. Jahrhundert n. Chr., 7. Aufl., München 2021.
- BRIGITTE MIHOK, Zurück nach Nirgendwo. Bosnische Roma Flüchtlinge in Berlin, Berlin 2001.
- LESLIE PAGE MOCH, Moving Europeans. Migration in Western Europe since 1650, 2. Aufl., Bloomington 2003.
- RAINER MÜHLE, Von Brandenburg nach Kongreß-Polen (1817–1819). Migrations-tradition, Pionier- und Kettenwanderungen, in: HORST RÖSSLER (Hg.), »Es zieht eben einer den anderen nach.« Wanderungen und ihre Wirkungen auf ausgewählte Gebiete Schleswig-Holsteins und Ostelbiens, St. Katharinen 1995, S. 95–132.
- WINFRIED MÜLLER/SWEN STEINBERG, Region im Wandel. Eine kurze Geschichte der Lausitz(en), in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« 70 (2020)/VI–VII, S. 15–22.
- ECKHARD MÜLLER-MERTENS, Stadtgründungen und neue Städte 1150 bis 1800 im Raum der heutigen DDR zwischen unterer Elbe, Fläming und Oder, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 14 (1990), S. 125–157.
- MANUELA OBERMEIER, Die Sachsengänger. Wanderarbeiter im Rübenanbau 1850 bis 1915, Berlin 1999.
- JOCHEN OLTMER, Migration im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010.
- JOCHEN OLTMER, Einleitung. Staat im Prozess der Aushandlung von Migration, in: DERS. (Hg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin 2016, S. 1–42.
- CHRISTOPH PALLASKE, Migrationen aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren. Migrationsverläufe und Eingliederungsprozesse in sozialgeschichtlicher Perspektive, Münster 2002.
- JANNIS PANAGIOTIDIS, Postsowjetische Migration in Deutschland Eine Einführung, Weinheim/Basel 2021.

- PATRICE G. POUTRUS, Mit strengem Blick. Die sogenannten Polit. [sic!] Emigranten in den Berichten des MfS, in: JAN C. BEHREND/THOMAS LINDENBERGER/PATRICE G. POUTRUS (Hgg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 231–250.
- UWE REICH, *Aus Cottbus und Arnswalde in die neue Welt. Amerika-Auswanderung aus Ostelbien im 19. Jahrhundert*, Osnabrück 1997.
- WOLFGANG RIBBE, Berlin als brandenburgisch-preußische Residenz und Hauptstadt, in: WOLFGANG NEUGEBAUER (Hg.), *Handbuch der preußischen Geschichte*, Bd. 1, Berlin/New York 2009, S. 933–1124.
- PETER RING, [Art.] Bevölkerung, in: HORST ULRICH/UWE PRELL (Red.), *Berlin Handbuch. Das Lexikon der Bundeshauptstadt*, Berlin 1992, S. 236–248.
- RITA RÖHR, *Hoffnung – Hilfe – Heuchelei. Geschichte des Einsatzes polnischer Arbeitskräfte in Betrieben des DDR-Grenzbezirkes Frankfurt/O. 1966–1991*, Berlin 2001.
- STEPHAN RÜCKLING, Auswanderer aus der Mark Brandenburg nach Polen, in: *Zeitschrift für ostdeutsche Familiengeschichte* 63. (2015), S. 303–308; 67 (2019), S. 88–95 [wird fortgesetzt].
- THOMAS SANDER (Hg.), *Die Bayreuther in Potsdam. Aufsätze und Redebeiträge zur gleichnamigen Ausstellung im Haus Am Bassin Nr. 3*, Potsdam 2004.
- WINFRIED SCHICH, Es kamen »disse von Suawen, eine vome Rine.« Zur Herkunft der Zuwanderer in die Mark Brandenburg im 12. und 13. Jahrhundert, in: KLAUS NEITMANN/JÜRGEN THEIL (Hgg.), *Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs vom hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert*, Potsdam 2003, S. 17–40.
- RUDOLF SCHLÖGL, *Fragen und Thesen*, in: DERS. (Hg.), *Russische Emigration in Deutschland 1918 bis 1941. Leben im europäischen Bürgerkrieg*, Berlin 1995, S. 11–16.
- ANDREA SCHMELZ, *Migration und Politik im geteilten Deutschland während des Kalten Krieges. Die West-Ost-Migration in die DDR in den 1950er und 1960er Jahren*, Opladen 2002.
- ULRICH SCHMELZ, Zur Rolle der Ausländer beim Ausbau der Residenzstadt Potsdam (bis zum Jahre 1786), in: PETER-MICHAEL HAHN/KRISTINA HÜBENER/JULIUS H. SCHOEPS (Hgg.), *Potsdam. Märkische Kleinstadt – europäische Residenz. Reminiszenzen einer eintausendjährigen Geschichte*, Berlin 1995, S. 99–114.

- GUSTAV SCHMOLLER, Die ländliche Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Zur inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge, Leipzig 1886, S. 1–43 [ND Vaduz 1989; wiederabgedruckt in: DERS., Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte besonders des Preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig 1898, S. 562–627, sowie in: OTTO BÜSCH/WOLFGANG NEUGEBAUER (Hgg.), Moderne Preußische Geschichte 1648–1947. Eine Anthologie, Berlin/New York 1981, S. 911–950].
- GERTRAUD EVA SCHRAGE, Ur- und Frühgeschichte, in: INGO MATERNA/WOLFGANG RIBBE (Hgg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 45–84.
- KLAUS SCHREINER, [Art.] Toleranz, in: Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland 6 (1990), S. 445–605.
- BERTHOLD SCHULZE, Wandlungen im neueren Siedlungsgebilde der Mark Brandenburg, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 45 (1933), S. 124–148.
- BERTHOLD SCHULZE (Bearb.), Neue Siedlungen in Brandenburg 1500–1800. Die neuen Siedlungen vom Ausgange des Mittelalters bis zum Jahre 1800. Beiband zur Brandenburgischen Siedlungskarte 1500–1800, Berlin 1939.
- HANS K. SCHULZE, Die Besiedlung der Mark Brandenburg im Mittelalter, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 28 (1979), S. 42–178.
- ALEXANDER SCHUNKA, Glaubensflucht als Migrationsoption. Konfessionell motivierte Migrationen in der Frühen Neuzeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 56 (2005), S. 547–564.
- HOLGER SEIBERT/DORIS WIETHÖLTER, Grenzpendler aus Polen in Berlin-Brandenburg, Nürnberg 2020.
- HANNELORE STREHLOW, Der gefährliche Weg in die Freiheit. Fluchtversuche aus dem ehemaligen Bezirk Potsdam, Potsdam 2004.
- BERND STÖVER, Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler, München 2009.
- INGRID THIENEL, Städtewachstum im Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts. Das Berliner Beispiel, Berlin/Boston 1973.
- HANSJÖRG TRÖGER, Die kurmärkischen Spinnerdörfer. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Siedlungspolitik Friedrichs des Großen, Diss., Leipzig 1936.
- DAMIAN VAN MELIS/HENRIK BISPINCK (Hgg.), »Republikflucht.« Flucht und Auswanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.

- LUTZ VOGEL, Migration und Mobilität in den beiden Lausitzen im 19. Jahrhundert. Eine Skizze, in: BJÖRN BERGHAUSEN/DIRK SCHAAL (Hgg.), Die beiden Lausitzen. Wirtschaft, Geschichte und Industriekultur in Brandenburg und Sachsen, Münster 2015, S. 53–61.
- WERNER VOGEL, Der Verbleib der wendischen Bevölkerung in der Mark Brandenburg, Berlin 1960.
- KARIN WEISS, Das Schicksal der DDR-Vertragsarbeiter aus Vietnam. Die Mehrheit ging zurück, ein Drittel blieb in Deutschland, in: THOMAS KUNZE/THOMAS VOGEL (Hgg.), Ostalgie International. Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam, Berlin 2010, S. 156–165.
- SUSANNE WÖLFLE-FISCHER (Hg.), Aus Flandern in die Mark. Flämische Siedler im Mittelalter. Begleitschrift zur Ausstellung, Halle 2003.
- BIRGIT ZIMMERMANN, Mitstreiter der Unidad Popular. Exil für chilenische Demokraten in Potsdam, in: MAGDOLNA GRASNICK (Red.), Internationale Impulse für Potsdam. Zur Rolle der Zugewanderten für die Entwicklung Potsdams, 4. Aufl., Potsdam 2016, S. 38.

Frühmittelalterliche slawische Einwanderung in den brandenburgischen Raum

Felix Biermann

I. EINLEITUNG

Die Gebiete der heutigen Bundesländer Brandenburg und Berlin waren einstmals von Gruppen mit slawischer Sprache besiedelt; das erweist bereits ein Blick auf die Landkarte mit ihren vielen Ortsnamen aus entsprechender Wurzel. Die in der archäologischen-landesgeschichtlichen Forschung oft als ›Slawenzeit‹ bezeichnete Epoche zwischen dem 7./8. und 12./13. nachchristlichen Jahrhundert währte gut 500 Jahre. Sie begann mit der slawischen Einwanderung und lief mit der massenhaften Zuwanderung deutscher, niederländischer und flämischer Siedler zwischen etwa 1150 und 1250 aus; diese sogenannte ›Deutsche Ostsiedlung‹ führte weiträumig zur Assimilation und Integration der einheimischen Bevölkerung durch die Neusiedler und in den meisten Landesteilen zur allmählichen Aufgabe der slawischen beziehungsweise polabischen Sprache. Nur bei den Sorben in der Niederlausitz lebt die slawische Sprache bis heute fort.

Die Anfänge und die Frühzeit der slawischen Besiedlung in der späteren Mark sind im Wesentlichen auf der Grundlage von Bodenzeugnissen zu rekonstruieren, denn schriftliche Aufzeichnungen fehlen. Das Thema beschäftigt die Wissenschaft seit den Anfängen landeskundlichen Interesses. Im Laufe der Zeit wurden unterschiedliche Vorstellungen über den Zeitraum der Einwanderung, die Herkunft der Migranten, die Gründe ihrer Wanderung und ihre soziale Organisation vertreten. Insbesondere während der DDR-Zeit, in der die Archäologie der Slawen einen großen Aufschwung erlebte, gab es komplexe Modelle: Slawische Gruppen aus Polen und Tschechien sollten teils schon seit dem 6. Jahrhundert n. Chr. eingewandert sein, teils auch entwickel-

te Stammesorganisationen inklusive der Tradition des Burgenbaus mitgebracht haben. Die maßgeblich vom bedeutenden Ost-Berliner Archäologen Joachim Herrmann (1932–2010) entwickelten Vorstellungen bildeten faszinierende, vielfach auch stimmige Entwürfe, die jedoch insbesondere hinsichtlich ihrer Datierungsgrundlagen unsicher waren.¹

Seit den 1990er Jahren hat sich die Forschungsbasis erheblich verbessert, so dass heute tragfähigere Aussagen zur slawischen Einwanderung möglich sind als zuvor: Zum einen kam es im Zuge der Infrastrukturmaßnahmen seit der Wende zu zahllosen Rettungsgrabungen auf frühmittelalterlichen Fundplätzen aller Art, die unser Bild der Anfänge des slawischen Siedlungswesens nachhaltig bereichert haben; zum anderen konnten Siedlungsbefunde der Slawenzeit, besonders die regelhaft zu Wohnplätzen gehörenden, holzausgesteiften Brunnen, erstmals zuverlässig mittels Dendrochronologie datiert werden. Die auf der Messung der Jahrringbreiten von Hölzern basierende Methode vermag die Fälljahre von Hölzern mit hoher Präzision, nicht selten jahrgenau, zu bestimmen. So können wir die Zeitverhältnisse der slawischen Epoche heute recht gut überblicken.

II. VÖLKERWANDERUNGEN

Die slawische Einwanderung im brandenburgischen Gebiet war eine späte Folge der Völkerwanderungszeit, die zwischen dem fortgeschrittenen 4. und späten 6. Jahrhundert das europäische Siedlungsbild regelrecht durcheinandergewirbelt hatte. Primär ausgelöst durch die ins Karpatenbecken zielende hunnische Invasion aus Zentralasien und die Verlockung reicher, aber nur noch unzureichend beschirmter römischer Provinzen, waren große Gruppen von Menschen – hauptsächlich germanischer Sprache – in Bewegung geraten, wanderten in neue Siedlungsgebiete, verdrängten einander und verursachten damit nicht nur weitere Mobilität, sondern auch militärische Konflikte und neue Machtstrukturen.²

Während die germanischen Gruppen in der zweiten Hälfte des 6. Jahrhunderts langsam zur Ruhe kamen, setzte die slawische Ausbreitung erst richtig ein. Diese betraf vom 6. bis 10. Jahrhundert große Teile Mittel-, Ost- und Südosteuropas zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und Mittelmeer. Sie nahm ihren Ausgangspunkt – so die vorherrschende und auch plausibelste Hypothese – im Gebiet der heutigen Ukraine,

Weißrusslands und des angrenzenden Teils Russlands, wo sich die slawische Sprache (als Teil der indoeuropäischen Sprachfamilie) bis zur ersten Hälfte des ersten nachchristlichen Jahrtausends herausgebildet hatte.

Die slawische Expansion zielte zunächst nach Süden. Byzantinische Autoren berichten seit der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts über Slawen an der Donaugrenze ihres Reiches. Archäologisch ist frühe slawische Besiedlung in Südpolen, Tschechien, Rumänien sowie in anderen Teilen Ostmittel- und Südosteuropas zu belegen. Ende des 6. oder Anfang des 7. Jahrhunderts gibt es Indizien für slawische Präsenz auch bereits in der Oberpfalz. Die nördlichen ostmitteleuropäischen Gebiete wurden erst im weiteren 7. Jahrhundert eingenommen; das galt auch für den hinsichtlich Klima und Böden weniger bevorzugten Norden des heutigen Polens und Ostdeutschlands.³

Verschiedene Faktoren verursachten die slawische Expansion: Der Druck reiternomadischer Gruppen (besonders die in den 560er Jahren in Mitteleuropa erscheinenden Awaren), zunehmende Bevölkerungszahlen und innere Konflikte, klimatische Umbrüche, die Sogwirkung leerer, herrenloser Räume und ihrer Möglichkeiten, ein die Mobilität befördernder Zeitgeist, der Reiz von Aufbruch und Neuanfang. Letztlich liegen die Motive der Akteure dieses epochalen Prozesses aber ebenso im frühgeschichtlichen Dunkel wie sein genauer Ablauf.

III. DIE EINWANDERUNG DER SLAWEN IN DIE BRANDENBURGISCHEN GEBIETE

In der Völkerwanderungszeit waren auch die bis dahin im späteren Brandenburg lebenden Germanen nach und nach gen Süden und Südwesten abgewandert. Bis zur Mitte des 6. Jahrhunderts hatte sich das Gebiet weitgehend entvölkert. Archäologisch ist dieser schriftlich nicht dokumentierte Prozess durch den Abbruch von Siedlungen und Gräberfeldern, aber auch in Resultaten botanischer und dendrochronologischer Untersuchungen nachzuhalten: Vormaliges Kulturland bewaldete, die Jahrringdaten letzter Brunnenbauten germanischer Siedlungen fallen in das fortgeschrittene 5. Jahrhundert. Ab etwa 550 liegen aus Brandenburg nur noch wenige Einzelfunde vor, oft als Ergebnis von Metalldetektorprospektionen durch ehrenamtliche Mitarbeiter der Landesdenkmalpflege. Diese Dinge mögen zunächst verbliebene kleine Siedlungszellen, anderweitige sporadische Aktivitäten oder die fortbestehende Einbindung des

Landes in ein Fernwegenetz belegen, mit der auch die Tradierung einzelner vorslawischer Flussnamen zu tun haben dürfte.⁴

In diese ganz oder weitgehend siedlungsleeren Räume wanderten die Slawen ein, und zwar, wie insbesondere Jahrringdaten aus Brunnen und anderen Siedlungsbefunden belegen, mit erheblichem zeitlichem Abstand. Lange nahm man an, die slawische Besiedlung habe im 6. oder frühen 7. Jahrhundert eingesetzt, die ersten Slawen seien gar noch den letzten Germanen begegnet.⁵ Viele Dutzend Dendrodaten aus frühslawischen Siedlungszusammenhängen haben diese aber verjüngt: Exakte Daten setzen im brandenburgischen Gebiet nicht vor ca. 700 ein. Die betreffenden Hölzer datieren vielfach Sachkultur in das 8. Jahrhundert, die als frühester materieller Niederschlag der Slawen gelten muss und zuvor in das 6./7. Jahrhundert gesetzt worden wäre. Im Lichte einiger früher Kleinfunde und aus methodologischer Vorsicht hinsichtlich der noch immer begrenzten Zahl von Jahrringdaten kann man annehmen, dass die ersten Slawen im letzten Drittel des 7. Jahrhunderts eintrafen.⁶

So zeichnet sich ein Siedlungseinbruch von über 100 Jahren Dauer ab, in der der brandenburgische Raum weitgehend menschenleer war – wie in jener Zeit etliche Regionen des nördlichen und östlichen Mitteleuropas. Dieser archäologisch und naturwissenschaftlich mittlerweile gut belegte Hiatus ist nicht nur für die Landesgeschichte, sondern auch für die Diskussion zur Erklärung der slawischen Expansion auf europäischer Ebene interessant, die durch Wanderungen von Gruppen, aber auch durch die ›Slawisierung‹ vorhandener Bevölkerung erfolgen konnte. Mitunter wird die slawische Ausbreitung sogar im Wesentlichen als Wandlung von Sprache, Kulturmodellen, ethnischer Fremd- und Selbstdefinition stetig sesshafter Bevölkerung erklärt.⁷ Das Brandenburger Beispiel belegt jedoch einen Bevölkerungsaustausch: Die ersten Slawen stießen in seit Langem entleerte Territorien vor.

Das taten sie von Südosten her, aus älteren Siedlungsgebieten in Schlesien, Böhmen und Sachsen. Die großen Ströme wie Elbe und Oder waren dabei sicherlich Orientierungs- und Leitlinien. Das Land wurde zunächst schwach und nicht flächendeckend, sondern in der Form kleinerer Siedlungskammern aufgesiedelt. Diese vergrößerten sich im Laufe der Zeit infolge der Zunahme der Bevölkerung. Diese Prozesse lassen sich der Verteilung und Anzahl frühslawischer Fundplätze entnehmen, die im hier betrachteten Raum insgesamt eher gering ist. Aufschlussreiche Siedlungsbefunde wurden zum Beispiel in Berlin-Hellersdorf und Marzahn, in Lübben-Steinkirchen und Tornow in der Niederlausitz oder Passow in der Uckermark untersucht. Das schütterere Siedlungsbild zeigt zugleich, dass wir nicht mit der Zuwanderung großer Stammes-

verbände, sondern vielmehr mit kleinen Gruppierungen in der Art von Sippen oder Kleinstämmen zu rechnen haben.

Die neuen Siedlungsgebiete entwickelten sich langsam, aber stetig. Immer mehr Siedlungen entstanden vor allem während der zweiten Hälfte des 8. und der ersten Hälfte des 9. Jahrhunderts. In der zweiten Hälfte jenes Säkulums bildeten die slawischen Siedlungsbereiche zwar immer noch vielfach Siedlungskammern in großen Waldgebieten, doch konnten sie in den Kernräumen der nunmehr entstandenen Stammesterritorien bereits zu großen Offenlandschaften zusammengewachsen sein.⁸

IV. FRÜHSLAWISCHE SIEDLUNGS-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALSTRUKTUREN

Die einwandernden Slawen brachten eher bescheidene Siedlungs-, Wirtschafts- und Sozialstrukturen mit. Die Landwirtschaft mit Ackerbau und Viehzucht – Rind, Schwein, Schaf, Ziege und Geflügel – bildete die Grundlage des Wirtschaftswesens, in dem Handwerk, Handel und Fernverbindungen eine zunächst nur geringe Rolle spielten. Man legte die Siedlungen mit Vorliebe an den Rändern von Flusstälern und anderweitigen Niederungen an, die Zugriff auf Wasser, Fisch- und Jagdgründe sowie leichte, mit dem damals gängigen Hakenpflug bearbeitbare Talsandflächen boten.⁹ Jeder Haushalt stellte den Großteil der im Alltag und in der Wirtschaft benötigten Dinge selbst her: Gerätschaften aus Tierknochen, Geweih und Holz, Textilien sowie insbesondere eine einfache, handgemachte oder allenfalls schwach nachgedrehte, unverzierte Tonware, die das archäologische Bild der frühslawischen Kultur prägt. Die Keramik wird nach Fundorten in Böhmen und Mecklenburg als *Prager* und *Sukower Typ* bezeichnet, die zugleich die Namen der beiden zentralen frühslawischen Kulturerscheinungen sind. Die Prager Gruppe ist im Vergleich mit der Sukower Variante etwas archaischer, was auch dem gegenseitigen chronologischen Verhältnis der beiden Kulturgruppen entspricht. Wir treffen sie in frühslawischen Zusammenhängen weit über Brandenburg hinaus an, wobei die Sukower Gruppe im breiten Hinterland der Ostsee zwischen Ostholstein und Pommerellen, die Prager Gruppe vom Peleponnes bis an den Dnepr verbreitet ist. Letztere tritt im Süden Brandenburgs in Erscheinung, die Sukower Gruppe herrscht im Norden des Landes vor.¹⁰



Abbildung 1: Eine frühslawische Grube liegt bei Ragow (Ortsteil von Mittenwalde, Lkr. Dahme-Spreewald) unfern der Autobahn A 13 direkt unter der Ackerschicht. Der Befund mit viel zerscherbter Keramik – im vorderen Viertel des Profilstegkreuzes – markiert die Stelle eines Wohnhauses etwa aus der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts (Foto: Normen Posselt).

Man lebte in kleinen Siedlungen, die von rechteckigen, einräumigen Block- und Flechtwandhäusern (ca. 12 bis 20 m² Fläche) geprägt waren. Die Einwanderer brachten die Bautradition des Grubenhauses mit, die im Laufe der Zeit aber aufgegeben wurde; von den fortan vorherrschenden ebenerdigen Häusern blieben im Boden flache, u. a. zur Vorratshaltung genutzte, länglich-ovale Mulden zurück.

Die Gebäude dienten ganzen Familien als Wohnhäuser, wobei sich das Leben im Sommer sicherlich überwiegend draußen abspielte. Darauf weisen steingesetzte Feuerstellen hin, die als sogenannte »Sommerherde« das Kochen im Freien ermöglichten. Zu allen Siedlungen gehörten aufwändig mit Holz verzimmerte Brunnen, da man Grundwasser gegenüber jenem aus offenen Gewässern bevorzugte. Zudem gab es verschiedene Erdsilos und Eintiefungen für wirtschaftliche Zwecke, während Ställe, Scheunen und Speicher in frühen slawischen Siedlungen ebenso wenig nachweisbar sind wie abgegrenzte Gehöfte oder Felder. Das deutet wohl auf eine genossenschaftlich organisierte Wirtschaftsführung hin, gewiss aber auf Sozialstrukturen und Wirtschaftsweisen eher geringer Komplexität. Diese Einschätzung bestätigen der Mangel an Metallgerät und an Importen in frühslawischen Siedlungen sowie der Sachverhalt, dass es zunächst keine Burgwälle gab. Alle Siedlungen waren vielmehr unbefestigt. Da Burgen in späteren Phasen der Slawenzeit als Sitze unterschiedlich komplexer Herrschaften auftreten, bedeutet ihr Fehlen, dass es anfangs solche sozialen Verhältnisse noch nicht gab. Sicherlich existierten flache und kleinräumige Hierarchien im Rahmen von Sippen und Kleinstämmen, aber deren Vertreter hatten weder Möglichkeit noch Anlass zum Burgenbau.

Die Toten wurden verbrannt und in Urnen, Gruben oder – archäologisch schwer nachweisbar – als oberflächliche Leichenbrandstreuung niedergelegt. Den einfachen Wirtschaftsverhältnissen entsprechend, enthielten diese Gräber fast nie Beigaben; eine bemerkenswerte Ausnahme bildet eine Urnenbestattung des *Prager Typs* von Prützke in der Zauche, die eine aus dem baltischen Gebiet stammende Gewandspange – eine sogenannte »*Sprossenfibel*« – der Zeit um 700 enthielt,¹¹ als Zeugnis überregionaler Migrations-, Handels- oder Heiratsverbindungen. Über die religiösen Vorstellungen wissen wir kaum etwas; Opfergaben in aufgelassenen Brunnen, etwa mehrere Tongefäße im in den 730er Jahren gebauten Brunnen von Schmerzke bei Brandenburg, legen die Verehrung von Segen und Fruchtbarkeit spendenden Elementen der Erde nahe.¹² Bemerkenswert ist eine rohe, bereits 1857 gehobene Holzfigur mit menschlichen Zügen aus Altfriesack, die jüngst mit naturwissenschaftlichen Methoden ins frühe 8. Jahrhundert – damit in die frühe Slawenzeit – gewiesen werden



Abbildung 2: Wahrscheinlich frühslawische, etwa 1,60 m hohe Holzfigur von Altfriesack (Lkr. Ostprignitz-Ruppin), Vorder- und Seitenansicht (Foto: Claudia Plamp, Museum für Vor- und Frühgeschichte, Staatliche Museen zu Berlin [SPK], Bearbeitung Felix Biermann)

konnte. Trifft diese Datierung des Idols zu, muss es als eines der frühesten bekannten Götterbilder der Slawen überhaupt gelten.¹³

V. HERRSCHAFT, STAMM UND BURGENBAU – DIE WEITERE ENTWICKLUNG

Die anfänglich bescheidenen Verhältnisse ließen die Slawen in Brandenburg bald hinter sich. Der Norden zwischen Prignitz und Uckermark, der zeitig in wirtschaftliche Verbindung mit der von den Skandinaviern dominierten Ostsee-Handelszone trat, erlebte bereits in der zweiten Hälfte des 8. Jahrhunderts einen deutlichen Aufschwung: Die Besiedlung wuchs an, die hauswerklich erzeugte Sukower Keramik wurde durch sehr qualitätvolle und reich verzierte Töpferware des sogenannten *Feldberger Typs* ergänzt und schließlich ersetzt. Metallgegenstände wurden häufiger, und aus Skandinavien und dem Frankenreich importierte Waffen, Tracht- und Schmucksachen erreichten die Siedlungen. Insbesondere wurden aber die ersten Burgwälle errichtet – oft auf Anhöhen, mit mächtigen Holz-Erde-Wallmauern und auf mehreren Hektar Fläche. Beispiele sind von Drense und Potzlow in der Uckermark oder von Frehne und Lenzen (»*Neuehaus*«) in der Prignitz zu erwähnen. Diese Burgen veranschaulichen als Sitze mächtiger Stammesherrscher, dass sich aus den anfänglich kleinteiligen Sozialstrukturen Großherrschaften entwickelt hatten, einhergehend mit der Formierung der im 9./10. Jahrhundert schriftlich genannten großen Stämme – Ukranen, Heveller/Stodoranen, Linonen und so fort. Diese politischen Prozesse standen im Wechselspiel mit dem wirtschaftlichen Aufschwung, der erst die materiellen und ideellen Grundlagen für Machtkonzentrationen schuf, aber auch mit zunehmenden Konflikten innerhalb der slawischen Gesellschaft, die den Bau befestigter Siedlungen, straffere herrschaftliche Organisation und eine Militarisierung geradezu erzwangen.

Hierbei spielten nicht nur Konkurrenzen um Macht über Land und Menschen eine Rolle, die sich aus der steigenden Bevölkerungszahl ergaben. Vielmehr künden Silbermünzen aus dem islamischen Orient (sogenannte *Dirhams*), die in den letzten Jahren bei Detektorprospektionen in immer größerer Zahl ans Tageslicht gelangen, von der Einbindung Brandenburgs in ein globalisiertes, über die Ostsee und die Flüsse Osteuropas hergestelltes Fernhandelsgeflecht, dessen zentraler Gegenstand der Sklavenhandel war. Die Verdienstmöglichkeiten in diesem brutalen Geschäft und das Risiko, zum Objekt oder vielmehr Opfer desselben zu werden, vermochten Gesellschaften un-



Abbildung 3: Die Hauptburg des »Freesdorfer Borchelts« bei Luckau (Lkr. Dahme-Spreewald), gesehen vom Vorburgwall. Die Anlage bildet eine für die Niederlausitz charakteristische Befestigung des 9./10. Jahrhunderts (Foto: Felix Biermann).

ter erheblichen Stress zu versetzen. Dieser war sicherlich eine der Ursachen für die einschneidenden Veränderungen jener Zeit.¹⁴

Im Süden, zwischen Fläming und Niederlausitz, ging der Wandel langsamer vonstatten, denn diese Region blieb der Ostsee-Handelszone lange fern. Die einfachen Wirtschafts- und Sozialstrukturen der Sukower Phase erhielten sich hier bis weit in das 9. Jahrhundert, auch wenn die Zahl der Siedlungen seit den Jahrzehnten um 800 stark anwuchs. Die Verdichtung der Siedlungskammern erzeugte Konfliktsituationen – ein Anlass dafür, dass die dortigen Eliten ab der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts ebenfalls mit dem Burgenbau begannen. Diese Befestigungen entstanden offensichtlich in gegenseitiger Orientierung und Konkurrenz: einander sehr ähnliche kleine Ringwälle von selten mehr als 70 Meter Außendurchmesser, nahezu rund, grabenumgeben, zusätzlich geschützt durch feuchte Niederungen. In der Niederlausitz drängen sich derlei Anlagen auf engem Raum: Über vierzig Burgen des sogenannten *Tornower Typs* sind bekannt.

Sie waren Stützpunkte, Residenzen und Machtinstrumente kleiner Herrschaftsträger. Gestützt auf kriegerische Gefolgschaften, betraf ihr Einfluss wohl selten mehr als die von den Wehrgängen ihrer Wallanlagen aus sichtbaren Siedlungen. Diese Burgenlandschaft ist zugleich Zeugnis dafür, dass bei den im 9./10. Jahrhundert mehrfach

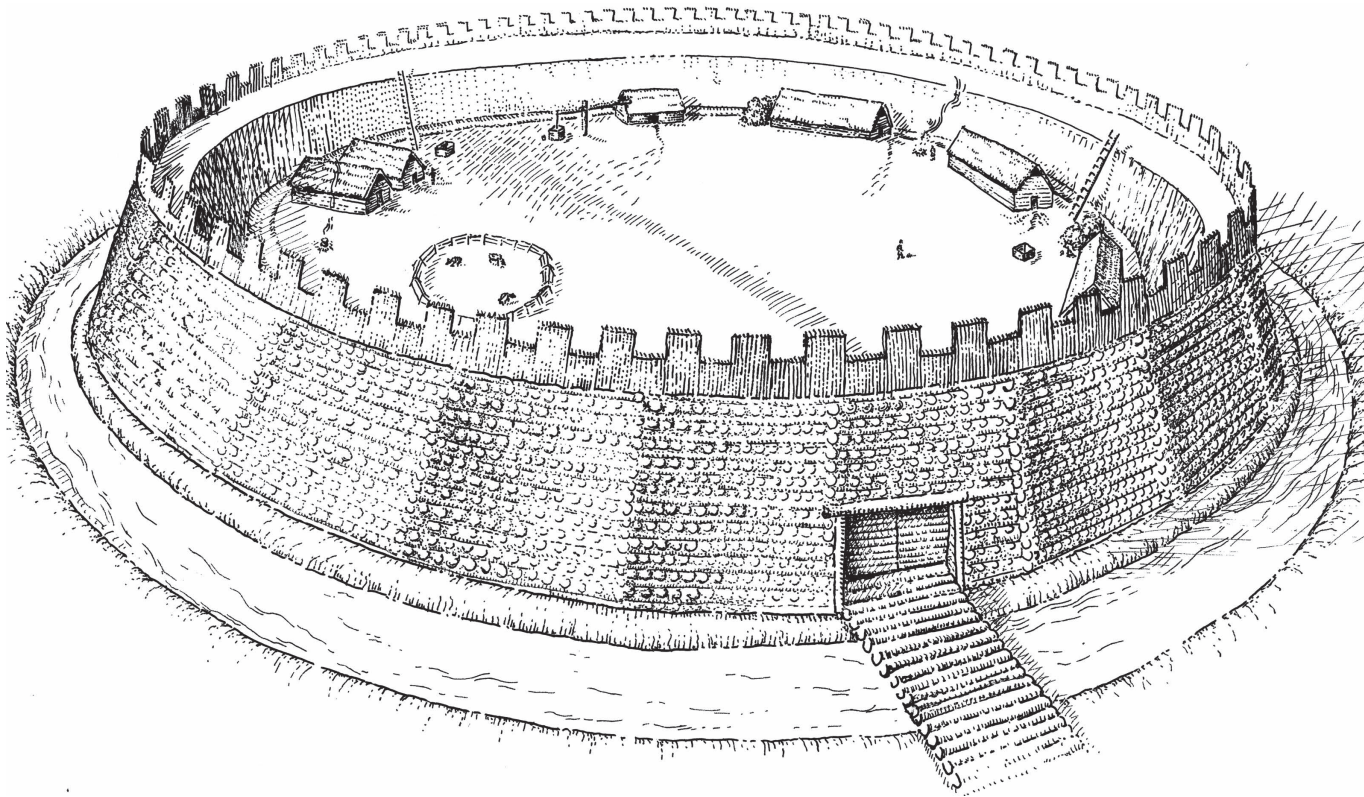


Abbildung 4: Idealbild eines slawischen Ringwalls des 9./10. Jahrhunderts mit massiver Holz-Erde-Fortifikation, sog. »Tunneltor« und Wassergraben (Zeichnung: Otilie Blum)

schriftlich erwähnten *Lusizi* – die der Niederlausitz den Namen gaben – keine zentrale Stammesherrschaft existierte. Vielmehr erkennen wir kleinteilige, segmentäre Machtstrukturen. Auf diese trafen die ostfränkisch-deutschen Eroberer, als sie ab dem Winter 928/929 über die Elbe expandierten und die dort lebenden Slawen mit Kriegen überzogen.¹⁵

VI. RESÜMEE

Die weitere Entwicklung der slawischen Siedlungslandschaft Brandenburgs bis in das 12./13. Jahrhundert ist hier nicht mehr Thema. Die erste Unterwerfung des Raumes durch die ostfränkisch-deutschen Könige in ottonischer Zeit verhinderte die Entfaltung einer Böhmen und Polen vergleichbaren Großherrschaft bei den polabischen Slawen, für die es Ansätze bei den Hevellerfürsten in Brandenburg an der Havel gegeben hätte. Die ostfränkische Herrschaft hatte auf die Sprache und Lebenskultur der Bewohner des Raumes zwischen Elbe und Oder zunächst eher geringen Einfluss, weil sie noch nicht mit größeren Siedlungsbewegungen aus dem Westen einherging. Überdies brach sie in den nördlichen Gebieten des hier betrachteten Raums mit dem großen Lutizenaufstand von 983 wieder zusammen. Zu den aufständischen Stämmen, die die deutsche Vorherrschaft abschüttelten und die ersten Bemühungen um Christianisierung stoppten, gehörten auch Stämme Brandenburgs; die Ukranen in der Uckermark vermochten ihren alten Göttern und ihren kriegerischen tribalistischen Traditionen sogar besonders lange, bis weit in das 12. Jahrhundert, treu zu bleiben.

Gleichwohl begann im 10./11. Jahrhundert eine Transformation der Verhältnisse in den Slawenlanden, die unter anderem Herrschaftsorganisation und Glaubensverhältnisse betraf und die großen Wandlungen des 12. Jahrhunderts vorbereitete; unter diesen seien die Etablierung deutscher Feudalgewalten und die Gründung der Mark Brandenburg durch den askanischen Markgrafen Albrecht den Bären hervorgehoben. Zugleich erlebten Land und Leute in der sogenannten *Spätlawischen Epoche* (11./12. Jahrhundert), trotz der kriegerischen Zeitläufte, eine enorme wirtschaftliche Blüte, die mit ihrer Einbindung in überregionale Handelsnetzwerke auch über Land zusammenhing und sich in einer reichen Sachkultur, zahlreichen Silberdepots und der Entstehung erster Wirtschaftszentren äußerte – sogenannte *Burgstädte* in Brandenburg an der Havel, Berlin-Spandau, Lebus, Schwedt und anderwärts.¹⁶

Die Slawenzeit begann mit einem Immigrationsprozess, jenem der Slawen, und endete auch mit einem solchen, der westlichen Zuwanderung im Rahmen der ›Deutschen Ostsiedlung‹. Für die Frage, inwieweit Migrationen die Geschichte Brandenburgs prägten, ist diese Epoche mithin ein wichtiges, die Bedeutung solcher Vorgänge unterstreichendes Beispiel. Die Umbrüche der Ostsiedlungszeit haben zwar viele in der Slawenzeit geschaffene Elemente der Siedlungslandschaft beseitigt: Manches wichtige herrschaftliche oder wirtschaftliche Zentrum geriet an die Peripherie und liegt heute als Burgwall in Wald und Wiesen, offene Siedlungen fielen wüst, die Landschaftsgliederung erfuhr im 12./13. Jahrhundert eine völlig neue Gestaltung. Etliche Knotenpunkte spätslawischer Siedlungs- und Kommunikationsnetzwerke blieben aber über die Transformationsphase hinaus bestehen, indem bei slawischen *Burgstädten* urbane Siedlungen neuen Typs entstanden, Herrschaftszentren oder Bistumssitze an die Zentralorte der Slawenzeit anknüpften. Da viele dieser Orte bis heute existieren, bezeugen sie die Bedeutung der ein halbes Jahrtausend währenden slawischen Siedlungsperiode Brandenburgs, die die Kulturlandschaft nicht nur im Ortsnamenerbe bis in die Gegenwart prägt.

Anmerkungen

- | | | |
|--|---|--|
| 1 HERRMANN 1985, S. 7–36, besonders Abb. 8. | 6 BIERMANN/DALITZ/HEUSSNER 1999; DULINICZ 2006; BIERMANN 2016, S. 17f. | 11 BRATHER 2001. |
| 2 Vgl. zum Beispiel KNAUT/QUAST 2005. | 7 So besonders CURTA 2001; vgl. dazu BIERMANN 2009. | 12 BIERMANN/DALITZ/HEUSSNER 1999. |
| 3 Siehe zum Überblick die Beiträge bei PARCZEWSKI 2005. | 8 Vgl. zu diesen Prozessen: BIERMANN 2016, S. 17–20; DERS. 2014; DERS./KERSTING 2017, jeweils mit weiterer Literatur. | 13 HEUSSNER/SKLEBITZ/SZCZEPANIK 2019. |
| 4 Zum archäologischen Bild: BIERMANN 2016; zur Deutung der vorslawischen Flussnamen: SCHNEEWEISS 2007. | 9 Zum Siedlungswesen: MILO 2014. | 14 Vgl. zum Sklavenhandel: HENNING 1992; zur allgemeinen Entwicklung: BIERMANN 2014, S. 161–168. |
| 5 So zum Beispiel SCHOKNECHT 2001. | 10 Vgl. die Beiträge bei PARCZEWSKI 2005; weiterhin DULINICZ 2006. | 15 Zu diesen Prozessen im Überblick: BIERMANN/KERSTING 2017. |
| | | 16 Vgl. ebd., S. 110–118. |

LITERATUR

- FELIX BIERMANN, Kommentar zum Aufsatz von Florin Curta: *Utváření Slovanů* (se zvláštním zřetelem k Čechám a Moravě) – *The Making of the Slavs* (with a special emphasis on Bohemia and Moravia), *Archeologické rozhledy* 60, in: *Archeologické rozhledy* 61 (2009), S. 337–349.
- FELIX BIERMANN, Zentralisierungsprozesse bei den nördlichen Elbslawen, in: PRZEMYŚLAW SIKORA (Hg.), *Zentralisierungsprozesse und Herrschaftsbildung im frühmittelalterlichen Ostmitteleuropa*, Bonn 2014, S. 157–194.
- FELIX BIERMANN, Über das »dunkle Jahrhundert« in der späten Völkerwanderungs- und frühen Slawenzeit im nordostdeutschen Raum, in: DERS./THOMAS KERSTING/ANNE KLAMMT (Hgg.), *Die frühen Slawen. Von der Expansion zu gentes und nationes*, Langenweißbach 2016, S. 9–26.
- FELIX BIERMANN/STEFAN DALITZ/KARL-UWE HEUSSNER, Der Brunnen von Schmerzke, Stadt Brandenburg an der Havel und die absolute Chronologie der frühslawischen Besiedlung im nordostdeutschen Raum, in: *Prähistorische Zeitschrift* 74 (1999), S. 219–243.
- FELIX BIERMANN/THOMAS KERSTING, Archäologie der Slawenzeit seit der Wende, in: MICHAEL MEYER/FRANZ SCHOPPER/MATTHIAS WEMHOFF (Hgg.), *Feuerstein, Fibel, Fluchttunnel. Archäologie in Berlin und Brandenburg. 25 Jahre nach der Wende*, Wünsdorf 2017, S. 101–120.
- SEBASTIAN BRATHER, Die Armbrustsprossenfibel von Prützke. Eine baltische Fibelvariante und die frühen slawischen Brandgräber, in: MICHAEL MEYER (Hg.), »... Trans Albim Fluvium«. *Forschungen zur vorrömischen, kaiserzeitlichen und mittelalterlichen Archäologie. Festschrift für Achim Leube zum 65. Geburtstag*, Rahden 2001, S. 479–492.
- FLORIN CURTA, *The Making of the Slavs. History and Archaeology of the Lower Danube Region, c. 500–700*, Cambridge 2001.
- MAREK DULINICZ, *Frühe Slawen im Gebiet zwischen unterer Weichsel und Elbe. Eine archäologische Studie*, Neumünster 2006.
- JOACHIM HENNING, Gefangenenfesseln im slawischen Siedlungsraum und der europäische Sklavenhandel vom 6. bis 12. Jahrhundert. Archäologisches zum Bedeutungswandel von »sklābos – sakāliba – sclavus«, in: *Germania. Anzeiger der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts* 70 (1992), S. 403–426.

- JOACHIM HERRMANN (Hg.), *Die Slawen in Deutschland. Ein Handbuch. Neubearbeitung*, Berlin 1985.
- KARL-UWE HEUSSNER/ANNE SKLEBITZ/PAWEŁ SZCZEPANIK, *Germanisch oder slawisch? Die Kultfigur von Altfriesack, Lkr. Ostprignitz-Ruppin, Brandenburg*, in: *Acta Praehistorica et Archaeologica* 51 (2019), S. 217–234.
- MATTHIAS KNAUT/DIETER QUAST (Hgg.), *Die Völkerwanderung. Europa zwischen Antike und Mittelalter*, Stuttgart 2005.
- PETER MILO, *Frühmittelalterliche Siedlungen in Mitteleuropa. Eine vergleichende Strukturanalyse durch Archäologie und Geophysik*, Bonn 2014.
- MICHAŁ PARCZEWSKI (Hg.), *Archeologia o początkach Słowian. Materiały z konferencji*, Kraków, 19–21 listopada 2001, Kraków 2005.
- JENS SCHNEEWEISS, *Die Rolle des Gewässersystems bei der slawischen Einwanderung am Beispiel des Werders bei Neubrandenburg. Ein Beitrag zur Kontinuitätsdiskussion*, in: FELIX BIERMANN/THOMAS KERSTING (Hgg.), *Siedlung, Kommunikation und Wirtschaft im westslawischen Siedlungsraum*, Langenweißbach 2007, S. 19–28.
- ULRICH SCHOKNECHT, *Mögliche Kontakte zwischen Germanen und Slawen in Mecklenburg-Vorpommern*, in: MICHAEL MEYER (Hg.), *»... Trans Albim Fluvium«*. Forschungen zur vorrömischen, kaiserzeitlichen und mittelalterlichen Archäologie. Festschrift für Achim Leube zum 65. Geburtstag, Rahden 2001, S. 511–516.

Felix Biermann ist Mittelalterarchäologe, Mitarbeiter im Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und im Archäologischen Landesmuseum Zossen-Wünsdorf sowie Privatdozent an der Universität Greifswald.

Die Ansiedlungspolitik der Markgrafen von Brandenburg aus dem Hause der Askanier

Lutz Partenheimer

Ein Beitrag zum 850. Todestag

Albrechts des Bären

am 18. November 2020

Im Gedenken an meinen Freund und

Ordensbruder OMR Dr. Gerd Scharfenberg,

Komtur des Askanischen Hausordens

»Albrecht der Bär« (1937–2020)

»Im 12. und 13. Jahrhundert wurden die Mark Brandenburg und die Nachbargebiete erheblich ausgebaut, indem die Bewohner Wälder rodeten, Feuchtgebiete trockenlegten und damit vor allem neue Ackerflächen gewannen, neue Dörfer und Städte, Kirchen, Klöster und Burgen errichteten, neue Verkehrswege mit Dämmen und Brücken anlegten und die Gewässer für den Antrieb der neuerbauten Mühlen regulierten. Die Mark Brandenburg, das bedeutendste unter den ostelbischen Territorien, wurde durch diesen Landesausbau erst eigentlich geschaffen. Zwar wurden auch die altansässigen slawischen Bewohner einbezogen, aber ohne die große Zahl von Zuwanderern aus dem Westen ist der Landesausbau in seinem beträchtlichen Umfang nicht vorstellbar.«¹

Dass diese Prozesse bei der Gründung und vor allem während der bald darauf folgenden enormen Erweiterung der Mark Brandenburg durch das deutsche Fürstenhaus der Askanier eine ganz besondere Rolle spielten, hing mit der Vorgeschichte des Territoriums zusammen. Zwischen der Ostsee und dem Erzgebirge lebten zur Zeit des Rö-

mischen Imperiums germanische Völker, die ihre Wohnsitze aber bis zur Mitte des 6. Jahrhunderts verließen. Seit dem Ende des 7. Jahrhunderts wanderten in diese Region in mehreren Wellen die heute sogenannten Nordwest- oder Elbslawen über Oder und Neiße sowie hauptsächlich elbabwärts ein.²

Im Havelland und in der südlich davon liegenden Zauche entstand seit dem frühen 8. Jahrhundert ein Stamm, dessen Angehörige bei sächsischen Chronisten³ im 10. Jahrhundert »Heveller« (»Havelleute«) hießen. Deren Eigenbezeichnung – so fügten die Autoren hinzu – lautete »Stodoranen«. Die Heveller errichteten um 860/70 an der Stelle des ab 1165 gebauten Brandenburger Domes die erste Brandenburg. Ihre Hauptbefestigung war ein mächtiger Erdwall von mehreren Metern Höhe und Breite. Seine Vorder- und die Innenfront bildeten dicke Wände aus Holz. Die Erdmassen fielen beim Ausheben eines vor dem Ringwall liegenden Grabens an, der Feinden die Annäherung erschweren sollte. Spätestens ab ca. 900 standen die Heveller unter der Herrschaft eines Fürsten, dessen Residenz die Brandenburg wurde.

Westlich der eingewanderten Slawen lebte das germanische Volk der Sachsen, deren Gebiet im Osten bis zur Elbe und zur Saale reichte. Ihr Land bezog König Karl der Große am Ende des 8. Jahrhunderts gewaltsam in das Reich ein, das die Franken kurz vor 500 auf dem Rest des Weströmischen Staates in Nordgallien errichtet hatten. Diese waren ebenfalls ein germanisches Volk und saßen ursprünglich an der Rheinmündung. Auf dem Höhepunkt seiner Macht nahm Karl der Große im Jahre 800 den Titel des Römischen Kaisers an, den seit dem Ende des Weströmischen Reiches 476 nur noch der oströmische (byzantinische) Herrscher in Konstantinopel trug. 843 teilten drei Enkel des bedeutendsten Frankenkönigs den Staat. Im dabei entstandenen Ostfrankenreich erlangte 919 der sächsische Herzog Heinrich die Krone. Er eroberte im Winter 928/29 die Brandenburg und brachte das Hevellerfürstentum unter seine Oberhoheit. Damit wollte König Heinrich I. wohl unter anderem das östliche Vorfeld Sachsens gegen die Ungarn sichern, die seit ca. 900 immer wieder in die Stammesherzogtümer des Ostfrankenreiches einfielen.

Sein Sohn und Nachfolger, Kaiser Otto I., errichtete zur besseren Beherrschung der heidnischen Slawen Mark-(Grenz-)Grafschaften und für ihre Christianisierung die Bistümer Brandenburg und Havelberg. Deren Diözesen lagen in der 965 gebildeten Nordmark, die sich ungefähr zwischen Elde und Peene im Norden und dem Fläming im Süden von der östlichen Altmark bis zur Oder erstreckte. 983 zerstörte ein Slawenaufstand die beiden Bischofssitze und beendete die sächsische Herrschaft in dem durch die Ostsee und den Fläming begrenzten Gebiet. Fünf Rükeroberungsversuche

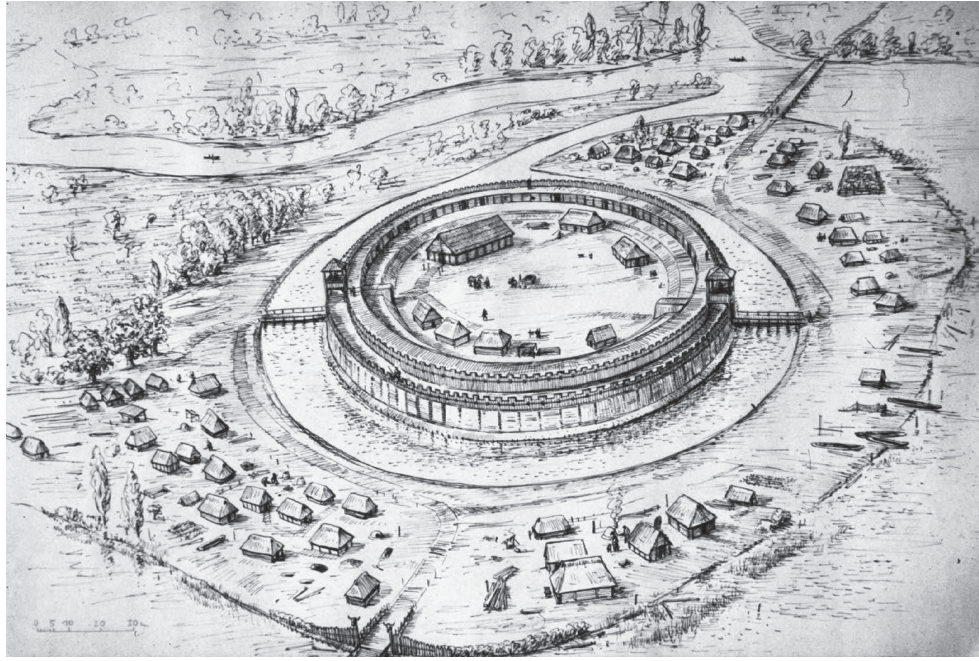


Abbildung 1: Rekonstruktionszeichnung der Brandenburg (Bernd Fischer, Zeuthen), Phase 3/4, 1. Hälfte des 10. Jh. (Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum)

von 991 bis 997 scheiterten, dann erwähnen die Quellen keine mehr. Immerhin erscheint im Zusammenhang mit ihnen in einer Urkunde König Ottos III. 993 erstmals Potsdam.

Allerdings beanspruchte das Ostfrankenreich das Land zwischen Elbe und Saale sowie Oder und Neiße auch danach. Deshalb setzten die Könige weiterhin Markgrafen für die Nordmark sowie Bischöfe von Brandenburg und Havelberg ein. Aus dem ostfränkischen ging bis zum 11. Jahrhundert das deutsche Reich hervor, zu dessen Stämmen sich die germanischen Völker der Franken, Alamannen bzw. Schwaben, Thüringer, Bayern, Hessen, Friesen und Sachsen entwickelten.

Schließlich kam die Chance zur erneuten Besetzung der slawischen Regionen, in denen die sächsische Herrschaft 983 zusammengebrochen war. Seit der Mitte des 11. Jahrhunderts schwand die Abwehrkraft der dort lebenden Stämme, unter anderem deshalb, weil sie sich durch innere Kämpfe schwächten. Etwa gleichzeitig begann im deutschen Reich der Landesausbau, mit dem weltliche Fürsten, aber auch Bischöfe und Äbte reicher Klöster⁴ ihre Gebiete erweiterten sowie die Herrschaft über die darin lebenden Menschen festigten. Dazu dienten Kriege, Bündnisse, die Erhöhung der Zahl der Vasallen, politisch vorteilhafte Eheschließungen, die Errichtung von Burgen

sowie die Gründung von Dörfern (meist verbunden mit Rodungen), Klöstern, Märkten und Städten. Im Verlauf des Mittelalters entwickelten sich so viele mehr oder weniger selbständige weltliche und geistliche Fürstentümer im deutschen Königreich.

Auch Bauern suchten neues Land, da die Bevölkerung seit dem 11. Jahrhundert zunahm. 1106 kamen einige Männer, die »*diesseits des Rheins*« (im Bistum Utrecht) wohnten und »*Holländer*« genannt wurden, zum Erzbischof von Bremen. Sie boten ihm an, sumpfiges Ödland nahe seiner Stadt trockenulegen und es dann zu bestellen. Der Kirchenfürst überließ ihnen einen Teil der Wesermarsch.⁵

Im Zusammenhang mit dem angelaufenen Landesausbau weckte nun auch das von den heidnischen Elbslawen bewohnte, aber immer noch vom deutschen Reich beanspruchte Gebiet östlich von Elbe und Saale erneut Begehrlichkeiten. Doch lag die Initiative dazu jetzt weniger bei den Königen – wie im 10. Jahrhundert. Heinrich IV. (1056–1106) sowie Heinrich V. (1106–1125) mussten oft mit vielen Fürsten, vor allem in Sachsen, kämpfen. Obendrein beschäftigte die beiden Herrscher der Investiturstreit mit dem Papst sehr stark.

Nun dachten überwiegend ostsächsische Fürsten und Bischöfe an die Besetzung der benachbarten slawischen Regionen, auch, um ihre Macht gegen Rivalen beim Landesausbau zu stärken, wenn es gelang, das eigene Territorium über Elbe und Saale hinaus großräumig zu erweitern. Ein wichtiges Zeugnis dafür ist ein wahrscheinlich 1108 verfasster Aufruf zu einer Heerfahrt in die von angeblich grässlichen Heiden bewohnten Gefilde jenseits dieser Flüsse. Die Absender, mehrere sächsische Bischöfe und Fürsten, nannten als Vorbild den (ersten) Kreuzzug, der seit 1098 zur Gründung christlicher Reiche im Heiligen Land geführt hatte. Interessanterweise hebt der Text nicht nur die zu erwerbenden Verdienste der erhofften Teilnehmer durch die Ausbreitung des Evangeliums hervor, sondern verweist auch darauf, dass bei dem Unternehmen gleichzeitig sehr fruchtbares Land zu gewinnen sei. Der Aufruf richtete sich an alle Fürsten, Bischöfe, Kleriker, Mönche, Ritter, Bürger und Bauern Sachsens, Frankens, Flanderns und Lothringens.⁶

Zu seinen Verfassern gehörte ein Mitglied der Dynastie der Askanier, Graf Otto von Ballenstedt († 1123). Die kleine Stadt am Nordrand des Ostharzes war einer der Stammsitze des Geschlechts. Nach der Burg Askania (auch »*Alte Burg*«) auf dem Wolfsberg westlich von Aschersleben heißt dieses deutsche Fürstenhaus spätestens seit dem 16. Jahrhundert. Sein dritter Stammsitz war die um 1100 südlich von Ballenstedt errichtete Burg Anhalt. Sie erscheint schriftlich erstmals zum Jahre 1140 und wird dabei als Besitz Albrechts des Bären bezeichnet.⁷ Der war der Sohn des Grafen Otto von

Ballenstedt. Dieser hatte offenbar zu Beginn des 12. Jahrhunderts seinen Einfluss von den askanischen Stammesbesitzungen zwischen dem Harz und Torgau über die Elbe im Raum Zerbst in Richtung auf das Hevellerfürstentum ausgeweitet. Ottos Vater Adalbert war der Sohn des ältesten bekannten Mitgliedes der Familie, eines 1036 erstmals erwähnten Grafen Esico, zu dessen Amtsbereich unter anderem die Region um Brandenburg gehörte.⁸

Nach dem Tode Ottos von Ballenstedt traf Albrecht der Bär etwa 1123/25 mit dem Slawenprinzen Pribislaw eine Vereinbarung. Dieser gehörte zur Fürstenfamilie der Heveller, hatte das Christentum angenommen und bei der Taufe den Namen Heinrich erhalten. Vermutlich wollte er einem Verwandten den Brandenburger Thron entreißen und suchte hierbei die Unterstützung des Askaniers. Der wurde dafür von Pribislaw/Heinrich als dessen Erbe eingesetzt. Damals erfolgte auch die Taufe Ottos, des ältesten Sohnes Albrechts des Bären. Als Pate schenkte Pribislaw/Heinrich dem Jungen die Zauche – oder zumindest den Anspruch darauf.

1127 wurde sein Vorgänger von unbekanntem Tätern ermordet, und Albrechts Verbündeter erlangte die Herrschaft über die Heveller. Nach dem Tode des Markgrafen der Nordmark (1128), der keinen Sohn hinterlassen hatte und mit der Schwester des Askaniers vermählt gewesen war, erstrebte dieser das Amt, erhielt es aber erst 1134 durch Kaiser Lothar III. Im Wendenkreuzzug führte Albrecht der Bär 1147 das maßgeblich von ihm befehligte Heer von Magdeburg über Havelberg nach Demmin und Stettin und verschonte so den Siedlungsraum der Stodoranen.

1150 starb Pribislaw/Heinrich, und seinem letzten Willen entsprechend übernahm der Markgraf der Nordmark die Brandenburg sowie das Hevellergebiet. Vor allem im Vergleich mit dem äußerst gewaltsamen und sehr blutigen Vorgehen Herzog Heinrichs des Löwen von Sachsen gegen die Slawen im heutigen Mecklenburg in den sechziger Jahren des 12. Jahrhunderts war das eine bemerkenswert friedliche Herrschaftsausdehnung. Später erhob allerdings Fürst Jaxa von Köpenick – ein Verwandter Pribislaw/Heinrichs – Ansprüche und brachte wahrscheinlich im Frühjahr 1157 die Brandenburg mit polnischen Kriegern in seine Gewalt. Dazu hatte er die dort von Albrecht dem Bären stationierte Besatzung aus Deutschen und Slawen bestochen. Nun musste der Askanier die alte Residenz der Hevellerfürsten belagern, die am 11. Juni 1157 kapitulierte.⁹ Kurz darauf verband Albrecht der Bär seinen bisher auf die Nordmark bezogenen Titel mit der Havelfeste. Am 3. Oktober 1157 ließ er in Werben an der Elbe erstmals eine Urkunde als »*Markgraf von Brandenburg*« ausstellen.

Abbildung 2: Darstellung Albrechts des Bären in der Kaiserzeit: »Einzug Albrechts des Bären in die Mark Brandenburg« (die es noch gar nicht gab – L. P.); aus: Hermann Lorenz: Anhalts Geschichte in Wort und Bild. Dessau 1893, S. 22



Einzug Albrechts des Bären in die Mark Brandenburg.

Jetzt widmete sich der Askanier seinem neuen Land, dem Stodoranengebiet, das er 1150 gleichsam im Erbgang auf friedlichem Wege übernommen hatte und zu dessen Wiedereroberung er 1157 gezwungen worden war. Um diese Region, aber auch die östliche Altmark¹⁰ sowie den Havelberger Raum möglichst vorteilhaft zu nutzen und die askanische Herrschaft dort zu festigen, leitete Albrecht der Bär – wie auch andere Fürsten – die Kolonisation ein. Denn die elbslawischen Gefilde wiesen eine recht dünne Besiedlung auf; die meisten Dörfer lagen an Flüssen und Seen. Dagegen waren Hochflächen wie Teltow und Barnim in der Regel kaum bewohnt und urbar gemacht. Große Wälder und Sümpfe trennten die Stammesgebiete.

Allerdings gab es auch bei den Nordwestslawen seit etwa 1000 einen wirtschaftlichen Aufschwung, verbunden mit dem Wachstum der Bevölkerung. Die Brandenburg, die Burgwälle Spandau und Köpenick und einige weitere derartige Anlagen entwickelten sich mit ihren Vorburgen und umliegenden Siedlungen zu Burgstädten. Vor allem dort, aber auch in kleineren slawischen Niederlassungen der Zeit vom späten 10. Jahr-

hundert bis zur Mitte des 12. Jahrhunderts finden Archäologen Hinweise auf hochentwickeltes, spezialisiertes Handwerk und regen Handel – nicht selten sogar mit sehr weit entfernten Gebieten. Damals war zudem ein Landesausbau mit Rodungen zur Gewinnung neuer Ackerflächen in Gang gekommen.

Albrecht der Bär besaß bereits Erfahrungen in der Kolonisation. 1142 hatte er mit Herzog Heinrich dem Löwen von Sachsen sowie dem Erzbischof von Bremen einen Sumpf bei Delmenhorst aufgeteilt und Siedlern zur Urbarmachung überlassen.¹¹ Auch die Verdrängung slawischer Bauern durch deutsche Kolonisten kannte der Askanier. 1149 erscheint er als Vogt (Richter und Schutzherr) des Klosters Nienburg (an der Saale) unter den Zeugen einer Urkunde Erzbischof Friedrichs von Magdeburg. Aus ihr geht hervor, dass der Abt von Nienburg in dem Burgbezirk Kleutsch (südöstlich von Dessau) heidnische Slawen durch christliche Neusiedler ersetzte.¹² Albrecht wusste auch, dass der Bischof von Havelberg 1150 von König Konrad III. die Erlaubnis erwirkt hatte, Kolonisten aus aller Herren Länder in das Hochstift zu holen.¹³

Seit dem 10. Jahrhundert gewann man in den Niederlanden und Flandern durch Rodung, Eindeichung sowie Trockenlegung von Sümpfen neue Äcker. Doch im 11. und 12. Jahrhundert wuchs dort die Bevölkerung besonders schnell, während andererseits immer wieder Sturmfluten die Küsten verheerten. Daher suchten Flamen damals in England, aber auch östlich von Elbe und Saale eine neue Existenz.

1159 lebten im Dessauer Raum aus Flandern stammende Menschen unter der Herrschaft Albrechts des Bären. Die entsprechende Urkunde des Abtes des Klosters Ballenstedt, dessen Vogt ebenfalls der Markgraf war, informiert zudem darüber, dass der Geistliche zwei bisher von Slawen bewohnte Dörfer an der unteren Mulde Flamen verkauft hatte.¹⁴ Darüber hinaus bezeugte der Askanier im selben Jahre das Dokument, mit dem Erzbischof Wichmann von Magdeburg das Dorf Wusterwitz (westlich von Brandenburg an der Havel) Kolonisten übergab und sie unter anderem zur Errichtung einer Ortsumwallung gegen heidnische Überfälle verpflichtete.¹⁵ Wieder kamen die Siedler aus Flandern. Nicht zufällig heißt der zwischen Brandenburg und Dessau liegende Höhenzug »*Fläming*«. Zu ihm gehört auch Jüterbog. Als Erzbischof Wichmann diesem Ort 1174 das Magdeburger Stadtrecht verlieh, erwähnt die betreffende Urkunde eine »*Brücke der Flamen*« (*pons Flamingorum*).¹⁶ Allerdings bezeichnete man damals auch Holländer zuweilen als Flamen.

Wahrscheinlich 1160 gründete Albrecht der Bär in der östlichen Altmark bei seinem Dorf Stendal einen Markt. Dessen Bebauungsbeginn in dieser Zeit konnten Archäologen bestätigen. Damit leitete der erste Markgraf von Brandenburg die Entwick-

lung des Ortes zu einer Stadt ein.¹⁷ Dorthin kamen ebenfalls Flamen, die außerdem mit der Entwässerung der altmärkischen Wische begannen.¹⁸ Helmold, ein Pfarrer des Dorfes Bosau am Großen Plöner See (zwischen Kiel und Lübeck), widmete ein Kapitel seiner um 1167 verfassten Slawenchronik der Ansiedlungspolitik Albrechts des Bären, den er mit diesem Beinamen bezeichnete. Daher wissen wir, dass man den Askanier schon zu dessen Lebzeiten so nannte. Helmold von Bosau schreibt über den Markgrafen:

»Er unterwarf das ganze Land der Brizanen [um Havelberg], der Stodoranen und der vielen an Havel und Elbe siedelnden Stämme und zügelte die Rebellen unter ihnen. Als die Slawen dann weniger wurden, sandte er [Boten] nach Utrecht und in die Lande am Rhein, obendrein zu denen, die am Ozean leben und unter den Meeresgewalten litten, nämlich zu den Holländern, Seeländern sowie Flamen, führte von diesen viele Menschen heran und befahl ihre Ansiedlung in den Burgen und Siedlungen der Slawen [...]. Auch das südliche Ufer der Elbe begannen holländische Ankömmlinge in dieser Zeit zu besiedeln; von der Burg Salzwedel besetzten Holländer alles Sumpf- und Ackerland, das Land, das Balsamerland und Marschinerland genannt wird, sowie sehr viele Städte und Flecken bis zum Böhmerwald¹⁹ [also von der Altmark bis zum Erzgebirge].«

Bei der Weihe des Havelberger Doms am 16. August 1170 ließ Markgraf Otto I. von Brandenburg eine Urkunde ausstellen. Sie bestätigt, dass sich bereits unter der Herrschaft seines Vaters Albrecht des Bären – der an der Feier teilnahm – Holländer in dem Raum niedergelassen hatten.²⁰ Eine ganze Anzahl von Orts- und Flurnamen, die unter bestimmten Voraussetzungen auf die Heimat der eingewanderten Siedler hinweisen können, sowie sprachgeschichtliche Indizien zeigen für das Mittelbegebiet und die westliche Mittelmark, dass dorthin viele Kolonisten aus dem Raum Antwerpen, aus Brabant und aus dem Gebiet Holland-Utrecht kamen. In den siebziger Jahren des 12. Jahrhunderts erscheinen im Havelland und in der Zauche mehrere Dörfer mit deutschen beziehungsweise niederländischen Namen. So ist »Dyrotz« wohl von Duras bei Lüttich übertragen worden. Im Land Löwenberg (nördlich von Oranienburg) gab es noch 1460 Dienste flämischer Bauern (*der Fleminghe bure dienst*).²¹

Auch die folgenden Markgrafen holten Kolonisten zur Gründung von Städten und Dörfern in ihr Fürstentum. Darüber informierte Albrecht II. (1205–1220) Papst Innozenz III. Dieser schrieb 1210 an einige Geistliche im Bistum Halberstadt, dass der Askanier, dessen Bruder, Vater sowie Großvater (Albrecht der Bär) einen »nicht geringen

Teil« ihrer Mark Heiden entrissen hätten. Die Region läge wüst, weshalb sie der Landesherr zu besiedeln wünsche. Unter anderem für den Unterhalt von Rittern, die zum Schutz der Kolonisten vor heidnischen Angriffen erforderlich seien, wolle der Fürst künftig zwei Drittel des eigentlich der Kirche zustehenden Zehnten des betreffenden Territoriums selbst einziehen.²²

Die gegenüber der ersten um etliche aufgeführte Burgbezirke erweiterte Fassung der Urkunde des Brandenburger Bischofs Siegfried vom 28. Dezember 1216 zeigt das damalige Vordringen der Siedlung bis mindestens zu einer Linie zwischen Luckenwalde und Zehdenick.²³ Den nächsten Hinweis enthält die sogenannte »*Markgrafenchronik*«, deren älteste Version um 1280 entstand. Sie berichtet, dass die gemeinsam regierenden Söhne Albrechts II., Johann I. und Otto III. (1220–1266/67), viele Städte gegründet beziehungsweise ausgebaut hätten.²⁴ Deren Bürger wurden höchstwahrscheinlich ebenfalls – zumindest zu erheblichen Teilen – in die Mark geholt. Diese dehnten die beiden Brüder beträchtlich aus, wobei sie ihre Herrschaft in den neu erworbenen Territorien auch durch die Gründung von Städten festigten und damit zugleich die Wirtschaft förderten. Während die Einwanderung in die Altmark und die Prignitz bereits im 12. Jahrhundert erfolgte, begann die Neusiedlung auf dem Teltow, dem Barnim und in der Uckermark wohl erst im frühen 13. Jahrhundert.

Kurz nach dem Aussterben der Markgrafen von Brandenburg aus dem Hause der Askanier vor 700 Jahren (1320) verfasste Johann von Buch, ein späterer brandenburgischer Hofrichter, um 1325 eine Glosse zum Landrecht des »*Sachsenspiegels*«. Dieser ist eine zwischen 1220 und 1235 entstandene Aufzeichnung des sächsischen Rechts. In der Glosse schrieb der aus der Altmark stammende Autor, dass die Einwanderer in die Mark Brandenburg *von Suawen* und *vome Rine* kamen.²⁵ Gemeint war »Nordschwaben«, der sogenannte Schwabengau um Aschersleben, zwischen Harz, Bode und Saale. Dort lagen die oben erwähnten Stammsitze der Askanier. Über den Schwabengau hinaus zogen Ritter und Bauern aus dem gesamten Raum zwischen Harz, Saale, Elbe und Unstrut in die Mark Brandenburg – und aus der Altmark vor allem in die Prignitz und die Uckermark. Adlige kamen im Gefolge der Askanier oder errichteten eigenständige Herrschaften, so die Herren von Arnstein im Neuruppiner Raum.²⁶

Mit dem Rhein meinte Johann von Buch die schon erwähnte Einwanderung aus den Niederlanden und Flandern sowie wohl aus Westfalen und dem südniedersächsischen Gebiet. Westfalen zogen auch nach Mecklenburg. Aus dem Raum Köln sowie aus Franken kamen ebenfalls Kolonisten in die Mark Brandenburg. Möglicherweise bildet die bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts anhaltende Abwanderung vieler Menschen

aus dem Westen des deutschen Königreiches in dessen Osten den Kern der Sage vom Rattenfänger von Hameln.

Die Slawen wurden nicht ausgerottet, aber zuweilen (sicher von besseren Böden) vertrieben, was die schriftlichen Quellen mehrfach bezeugen. Allerdings gibt es auch Hinweise dafür, dass angekündigte Ersetzungen Einheimischer durch Kolonisten dann doch unterblieben. Für die Slawen änderte sich neben der nun beginnenden Konkurrenz um gutes Ackerland auch fast alles andere: Sie gerieten unter die Herrschaft der Einwanderer aus dem Westen – die sich garantiert nicht integrieren wollten – und mussten ihre traditionellen Kulte zugunsten des Christentums aufgeben. Die Kolonisten gründeten, zum Teil gemeinsam mit Slawen, neue Dörfer, in die häufig auch Einheimische umzogen. Außerdem gestalteten die Zuwanderer bestehende Siedlungen völlig um. Auch wenn in diesen die ansässigen Bewohner bleiben durften, erfolgten nun für sie ganz neuartige Gliederungen der Gehöfte sowie Aufteilungen der Grundstücke. Im Zusammenhang mit der Einführung der Hufenverfassung veränderte man die Feldmark, vermaß die zu bearbeitenden Flächen und wies sie den einzelnen Bauern zu. Darüber hinaus fanden nun modernere Ackergeräte Anwendung. Die Slawen bedienten sich zum Beispiel hölzerner Hakenpflüge, mit denen sie die Erde lediglich kreuz und quer aufritzten. Die Kolonisten brachten eiserne Bodenwendepflüge mit, die die Oberflächen der Äcker umbrachen und so deren Fruchtbarkeit besser nutzten. Hinzu kamen die Einführung der Dreifelderwirtschaft und die Intensivierung des Getreideanbaus. Obendrein entstanden jetzt Wassermühlen, für deren Betrieb im Flachland die Anstauung der Flüsse erforderlich war. Der dadurch steigende Grundwasserspiegel zwang viele Slawen, ihre ufernahen Dörfer aufzugeben. Immerhin übernahm die ansässige Bevölkerung recht schnell die bessere Keramik der Kolonisten.

Es blieb den Slawen nur übrig, sich anzupassen, doch lebten sie oft unter schlechten Rechts- und wirtschaftlichen Verhältnissen als die Einwanderer.²⁷ Allerdings waren sie anscheinend auch schon früher von ihren Adligen und Fürsten stärker zu Abgaben und Diensten herangezogen worden als die deutschen Bauern von deren Herren. Das 1375/76 auf Befehl Kaiser Karls IV. angelegte »*Landbuch der Mark Brandenburg*« vermerkt, dass damals Slawen im Potsdamer Kietz wohnten.²⁸ Solche Dienstsiedlungen an Gewässern bei meist landesherrlichen Burgen gab es vor allem in den ostelbischen Gebieten der Mark. Ihre in der Regel slawischen Bewohner betrieben häufig Fischerei und unterstanden besonderem Recht. Sie waren dem Burgherrn zu Abgaben und Diensten verpflichtet. In den Kietzen hielten sich wohl ältere juristische und wirtschaftliche Verhältnisse bis zum späten Mittelalter.

Auch unter den Kossäten, die in den Dörfern des Ostsiedlungsraumes sozial und besitzmäßig deutlich unter den Bauern standen, dürften viele Slawen gewesen sein. Derartige ländliche Hilfskräfte, die unter anderem Dienste auf Ritter- und Schulenhöfen leisten mussten, kannte zwar schon die nordwestdeutsche Agrarverfassung. Östlich der Elbe machte man aber wohl nicht wenige der in die neuen Dörfer umgesiedelten Slawen zu Kossäten, denn die Einwanderer waren sicher nur an Vollbauern-(Hüfner-)Stellen interessiert. Doch blieb später auf dem Lande vermutlich auch etlichen jüngeren deutschen Söhnen, die nicht (wie ihr ältester Bruder) den väterlichen Hof übernehmen, einen anderen erheiraten, in ein Kloster eintreten oder in den Städten Fuß fassen konnten, nur die Möglichkeit, ein freilich sehr bescheidenes und wenig angesehenes Leben als Kossäten zu fristen – wenn sie keine Räuber oder Bettler werden wollten.

Vor allem in der Altmark, in der Prignitz sowie in der Uckermark erscheinen noch bis ins 14. Jahrhundert *villae slavicales* (slawische Dörfer). Dort lebten vermutlich meist Angehörige der altansässigen Bevölkerung unter ihren noch längere Zeit herrschenden ursprünglichen Rechtsverhältnissen. Charakteristisch für derartige Siedlungen war oft eine sehr geringe Ausstattung mit Land. Im 13. und 14. Jahrhundert gingen die Slawen dann mit den eingewanderten Niederländern, Flamen, Sachsen und anderen im Neustamm der Märker auf.

Anmerkungen

1 SCHICH 2003, S. 17. Zum Thema auch SCHULZE 1979.

2 Siehe dazu den Beitrag FELIX BIERMANNs in diesem Band.

3 Hier darf nicht an das heutige Sachsen gedacht werden, das diesen Namen erst im 15. Jahrhundert erhielt. Das germanische Volk der Sachsen lebte zwischen dem unteren Rhein und der unteren Elbe, also in Westfalen sowie in den heutigen Bundesländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im westlichen Sachsen-Anhalt. Die Informationen sächsischer Chronisten zu den Elbslawen werden hier erwähnt,

weil diese keine Schriftzeugnisse hinterließen.

4 Die hohen kirchlichen Würdenträger waren im mittelalterlichen deutschen Königreich zugleich weltliche Machthaber. Kaiser Otto I. und dessen Nachfolger hatten sie mit Besitzungen und Herrschaftsrechten ausgestattet, um sich bei Aufständen von Herzögen, Markgrafen und Grafen gegen die Krone zusätzlich auf Kriegerabteilungen stützen zu können, die nun auch die Reichskirche (wie die weltlichen Vasallen) aufstellen musste.

5 Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung 1984, Nr. 1. Holland und auch das östliche Flandern

gehörten damals zum deutschen Königreich.

6 PARTENHEIMER 2007, Quellenanhang Nr. 14.

7 PARTENHEIMER 2003. Zu den Stammsitzen der Askanier DERS. 2020.

8 PARTENHEIMER 2010; DERS. 2012.

9 Die neueste und beste Edition der Hauptquelle bei MECKELNBORG 2015; außerdem DIES. 2018; DIES. 2020.

10 Die seit dem 14. Jahrhundert Altmark genannte Region gehörte vom 12. Jahrhundert bis 1815 zur Mark Brandenburg.

- 11 Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung, Nr. 24.
- 12 Ebd., Nr. 30.
- 13 Ebd., Nr. 31. Mit Hochstift ist der weltliche Besitz eines Bistums gemeint, der in der Regel wesentlich kleiner war als die Diözese, der kirchliche Zuständigkeitsbereich des Bischofs.
- 14 Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung, Nr. 8.
- 15 Ebd., Nr. 12.
- 16 Ebd., Nr. 13.
- 17 PARTENHEIMER 2018; WARNKE 2020, vermutet jetzt, dass der Text des Privilegs um 1560 vom Stendaler Bürgermeister Claus Goldbeck erdacht worden sei. Dieser habe dazu eine Urkunde Albrechts des Bären für Werben von 1160 und zwei Diplome für Stendal von 1345 und 1409 benutzt. Doch scheitert das schon daran, dass die älteste erhaltene Handschrift des Stendaler Marktgründungsprivilegs bereits aus dem 15. Jahrhundert stammt – wie auch Warnke mehrfach angibt. Zwei Urkunden von angeblich 1022, die Stendal erwähnen, sind zwischen ca. 1150 und etwa 1200 entstandene Fälschungen.
- 18 Die unbedingte Pflicht zur Instandhaltung der dortigen Elbdeiche betonte Markgraf Albrecht II. von Brandenburg im Jahre 1209 (Codex diplomaticus Brandenburgensis 1843, S. 90).
- 19 Helmold von Bosau 2012, S. 313.
- 20 Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung, Nr. 17.
- 21 Codex diplomaticus Brandenburgensis 1847, S. 250.
- 22 Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung, Nr. 34.
- 23 PARTENHEIMER 2013. Allerdings unterstanden damals nicht alle der genannten Orte dem Markgrafen von Brandenburg: DERS. 2014.
- 24 PARTENHEIMER 2007, Quellenanhang Nr. 33.
- 25 SCHICH 2001, S. 17f. mit zwei Quellenbelegen in der Anm. 4.
- 26 STELLMACHER 2020.
- 27 BIERMANN 2008.
- 28 PARTENHEIMER/STELLMACHER 2020, S. 60f.

LITERATUR

- Codex diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, hg. v. ADOLPH FRIEDRICH RIEDEL, Hauptteil A, Bd. 3, Berlin 1843.
- Codex diplomaticus Brandenburgensis. Sammlung der Urkunden, Chroniken und sonstigen Quellenschriften für die Geschichte der Mark Brandenburg und ihrer Regenten, hg. v. ADOLPH FRIEDRICH RIEDEL, Hauptteil A, Bd. 7, Berlin 1847.
- Helmold von Bosau, Slawenchronik. Neu übertragen und erläutert von HEINZ STOOB. Mit einem Nachtrag von VOLKER SCIOR, 6. Aufl., Darmstadt 2002.
- Urkunden und erzählende Quellen zur deutschen Ostsiedlung im Mittelalter, hgg. v. HERBERT HELBIG UND LORENZ WEINRICH, Teil 1, 3. Aufl., Darmstadt 1984.
- FELIX BIERMANN, Konfrontation zwischen Einheimischen und Zuwanderern bei der deutschen Ostsiedlung des Mittelalters, in: OLIVER AUGÉ/FELIX BIERMANN/MATTHIAS MÜLLER/DIRK SCHULTZE (Hgg.), Bereit zum Konflikt. Strategien und Medien der Konflikterzeugung und Konfliktbewältigung im europäischen Mittelalter, Ostfildern 2008, S. 131–172.
- CHRISTINA MECKELNBORG, Tractatus de urbe Brandenburg. Das älteste Zeugnis brandenburgischer Geschichtsschreibung. Textanalyse und Edition. Berlin 2015.
- CHRISTINA MECKELNBORG, [Art.] Der »Tractatus de urbe Brandenburg«, [2018]; in: Historisches Lexikon Brandenburgs; URL: <http://www.brandenburgikon.net/index.php/de/sachlexikon/tractatus-de-urbe-brandenburg> [zuletzt: 21. 08. 2020].
- CHRISTINA MECKELNBORG, [Art.] Tractatus de urbe Brandenburg, [2020], in: 100 Schlüsselquellen zur Geschichte von Berlin, Brandenburg und Preußen, hg. v. d. Historischen Kommission zu Berlin; URL: <https://www.hiko-berlin.de/Tractatus-1170er> [zuletzt: 21. 08. 2020].
- LUTZ PARTENHEIMER, Albrecht der Bär. Gründer der Mark Brandenburg und des Fürstentums Anhalt, 2. Aufl., Köln/Weimar/Wien 2003 [ND Potsdam 2016].
- LUTZ PARTENHEIMER, Die Entstehung der Mark Brandenburg. Mit einem lateinisch-deutschen Quellenanhang, 2. Aufl., Köln/Weimar/Wien 2007 [ND Potsdam 2016].
- LUTZ PARTENHEIMER, Albrecht der Bär und seine Vorfahren. Ursprung und Aufstieg der Askanier, in: ECKARDT OPITZ (Hg.), Askanier-Studien der Lauenburgischen Akademie, Bochum 2010, S. 21–48.

- LUTZ PARTENHEIMER, Die frühen Askanier und die Entstehung Anhalts, in: 800 Jahre Anhalt. Geschichte, Kultur, Perspektiven, Döbel 2012, S. 153–173.
- LUTZ PARTENHEIMER, Bischof Siegfried II. von Brandenburg (Ende 1216–1220/21) bestätigt dem Brandenburger Domkapitel dessen Rechte und Besitzungen, 28. Dezember 1216, in: Mitteilungen des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau 20 (2013), S. 14–37.
- LUTZ PARTENHEIMER, Die Ausdehnung der askanisch-brandenburgischen Herrschaft bis zum Tode Markgraf Ottos II. (1205) nach der schriftlichen Überlieferung. Im Gedenken an Lorenz Friedrich Beck, in: MICHAEL LINDNER/GUNNAR NATH (Hgg.), Köpenick vor 800 Jahren. Von Jacza zu den Wettinern. Archäologie – Geschichte, Berlin 2014, S. 139–153.
- LUTZ PARTENHEIMER, Albrecht der Bär, die Altmark und die erste Erwähnung Stendals, in: 850 Jahre Hansestadt Stendal. Das Stendaler Markt- und Gründungsprivileg. Wissenschaftliches Colloquium am 10. und 11. Oktober 2015, Oschersleben 2018, S. 7–64.
- LUTZ PARTENHEIMER, Die Bedeutung der Burgen Ballenstedt, Askania (Aschersleben) und Anhalt für die frühen Askanier sowie Albrecht den Bären, in: STEPHAN FREUND/GABRIELE KÖSTER (Hgg.), Albrecht der Bär, Ballenstedt und die Anfänge Anhalts, Regensburg 2020, S. 41–65.
- LUTZ PARTENHEIMER/ANDRÉ STELLMACHER (Hgg.), Das Landbuch der Mark Brandenburg von 1375/76, 1. Teil nach der Edition von Johannes Schultze (1940). Lateinisch und deutsch, Potsdam 2020.
- WINFRIED SCHICH, Es kamen »disse von Suawen, iene vome Rine«. Zur Herkunft der Zuwanderer in die Mark Brandenburg im 12. und 13. Jahrhundert, in: KLAUS NEITMANN/JÜRGEN THEIL (Hgg.), Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs vom hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Potsdam 2003, S. 17–40.
- HANS K. SCHULZE, Die Besiedlung der Mark Brandenburg im hohen und späten Mittelalter, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 28 (1979), S. 42–178.
- ANDRÉ STELLMACHER, Die Herrschaft Lindow-Ruppiner im Spätmittelalter zwischen Selbstbehauptung und Abhängigkeit. Mit einer Regestensammlung und einem Siegelkatalog, Berlin 2020.

CHRISTIAN WARNKE, Gab es ein Stendaler Markt- und Stadtgründungsprivileg? Ein Beitrag zu den Urkunden Albrechts des Bären, in: STEPHAN FREUND/GABRIELE KÖSTER (Hgg.), Albrecht der Bär, Ballenstedt und die Anfänge Anhalts, Regensburg 2020, S. 121–145.

Lutz Partenheimer ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Geschichte des Mittelalters der Universität Potsdam.

»Plus outre« – immer weiter

Von der ersten niederländischen Bruchkolonisation im 16. Jahrhundert in der Mark Brandenburg zu den Musterwirtschaften bei Oranienburg¹

Uwe Folwarczny

Die Binnenkolonisation und die Landeskultivierung begründeten den Ruf Brandenburg-Preußens, ein fortschrittliches und tolerantes Einwanderungsland zu sein.² Diese Maßnahmen wurden in der borussischen Geschichtsschreibung insbesondere mit zwei Personen in Verbindung gebracht: mit König Friedrich Wilhelm I. (reg. 1713–1740) und König Friedrich II. (reg. 1740–1786), dem im Zusammenhang mit der Trockenlegung des Oderbruchs die Worte in den Mund gelegt werden: »*Hier habe ich im Frieden eine Provinz erobert, die mir keinen Soldaten gekostet hat.*«³ Die beiden genannten Herrscher konnten bei ihren Unternehmungen jedoch auf ältere Vorbilder zurückgreifen: Neben dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm (reg. 1640–1688), seiner ersten Ehefrau Luise Henriette (1627–1667) und dem kurbrandenburgischen Oberjägermeister Jobst Gerhard von Hertefeld (1594–1659) gerät auch Kurfürst Joachim Friedrich (reg. 1598–1608) von Brandenburg in den Blick. Letzterer gründete nicht nur zahlreiche Hämmer und Glashütten oder trieb den Kanalbau zwischen Havel und Oder voran (Finowkanal), sondern er übernahm mit der Ansetzung von Kolonisten im Netzebruch als erster hohenzollernscher Landesherr auch Bruchkolonisation in größerem Stile.

Das Netzebruch liegt in der historischen Neumark und hat eine Ausdehnung von ca. vierzig Kilometern in gerader Linie und durchschnittlich fünf bis sieben Kilometern in der Breite.⁴ Zum Regierungsantritt Kurfürst Joachim Friedrichs war das Netzebruch noch weitgehend menschenleer. Frühere Gründungen von gutsherrlichen Vorwerken dehnten sich zwar bis zu den Bruchrändern aus, ragten jedoch noch nicht in das Bruch hinein. Erst Kurfürst Joachim Friedrich begann, das Netzebruch trocken- zulegen und Kolonisten anzuwerben. Die »*erste [brandenburgische] Etappe der systematischen Kolonisation in größerem Stile*« nahm ihren Anfang.⁵



Abbildung 1: Kurfürst Joachim Friedrich (reg. 1598–1608); Medaille 1598; Münzkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin, Objektnr.: 18230414; Aufnahme: Reinhard Saczewski

Als Mittelpunkt der neuen Kolonisation diente die Stadt Driesen, das heutige Drezdenko. Die nördlich der Stadt gelegene Burg wurde im Auftrage Joachim Friedrichs von 1603 bis 1604 vom holländischen Festungsbaumeister Nicolas de Kamp zu einer fünfbastionigen Festung ausgebaut. Diese diente der Sicherung der schwer passierbaren Sumpfgebiete und des bei Driesen liegenden Netzeübergangs.

Auf den Bau der Festung Driesen folgten die Gründung mehrerer Dörfer innerhalb des Bruchs: Netzbruch, Mittelbruch und Vorbruch (alle 1606) sowie Neuendorf (1608). Den geworbenen Kolonisten wurden weitreichende Rechte gewährt. So erhielt jeder als Vollbauer angesetzte Kolonist zwei Hufen Land als Zeitpacht auf sechzig Jahre. Die ersten sechs Jahre waren hierbei frei von Zins. Zudem wurden sie von allen Diensten sowie vom Bier-, Mahl- und Marktzwang befreit. Zum Bau ihrer Häuser erhielten die Kolonisten kostenloses Bauholz und Mauersteine.⁶

Zum Schutz vor Hochwassern wurde im Folgenden ein ca. zehn Kilometer langer, drei Meter breiter und drei Meter hoher Deich aufgeworfen. Zur Entwässerung der niederen Flächen und zur Gewinnung von Weideland wurden mehrere Gräben innerhalb des Bruchs gezogen. Die vorherrschende Form der Landnutzung auf den neu gewonnenen Flächen bildete die Wiese, die hauptsächlich der Viehzucht diente. Für den Anbau von Getreide kamen zunächst nur die etwas höher gelegenen Flächen in Frage.⁷

Die genaue Herkunft der Kolonisten ist nicht bekannt. Ursprünglich scheinen diese aus den Niederlanden gekommen zu sein, da sie in den Verträgen zur Urbarmachung mehrmals als Holländer bezeichnet wurden und versprachen, »*alles nach holländischer Art zu Acker zu machen.*«⁸ Mit dem Tode Kurfürst Joachim Friedrichs im Jahre 1608 endete diese erste Phase der brandenburgischen Bruchkolonisation. Der Dreißigjährige Krieg verhinderte nicht nur eine Fortführung solcher Projekte, am Ende des Krieges zählte die Mark Brandenburg zu den wirtschaftlich und demographisch am meisten ruinierten Landschaften im Norden und Osten des Reiches. Gegenüber der Vorkriegszeit hatte Brandenburg einen Bevölkerungsverlust von etwa 50 % zu verzeichnen.⁹

Dem jungen Kurfürsten Friedrich Wilhelm bot sich zu Beginn seiner Regierung ein desaströses Bild. Um die erlittenen Bevölkerungsverluste auszugleichen, bemühte er sich, Siedler aus den ihm durch seine Jugendjahre bekannten Niederlanden zu gewinnen.¹⁰ Hierbei hatte er jedoch Rücksicht auf die bessere personen- und besitzrechtliche Situation der niederländischen Siedler zu nehmen. So waren diese eine größere persönliche Freiheit und wirtschaftliche Freizügigkeit gewohnt und verfügten als Anhänger der reformierten Konfession über eine zum lutherischen Brandenburg unterschiedliche Kirchenorganisation.¹¹

»Plus outre« – immer weiter

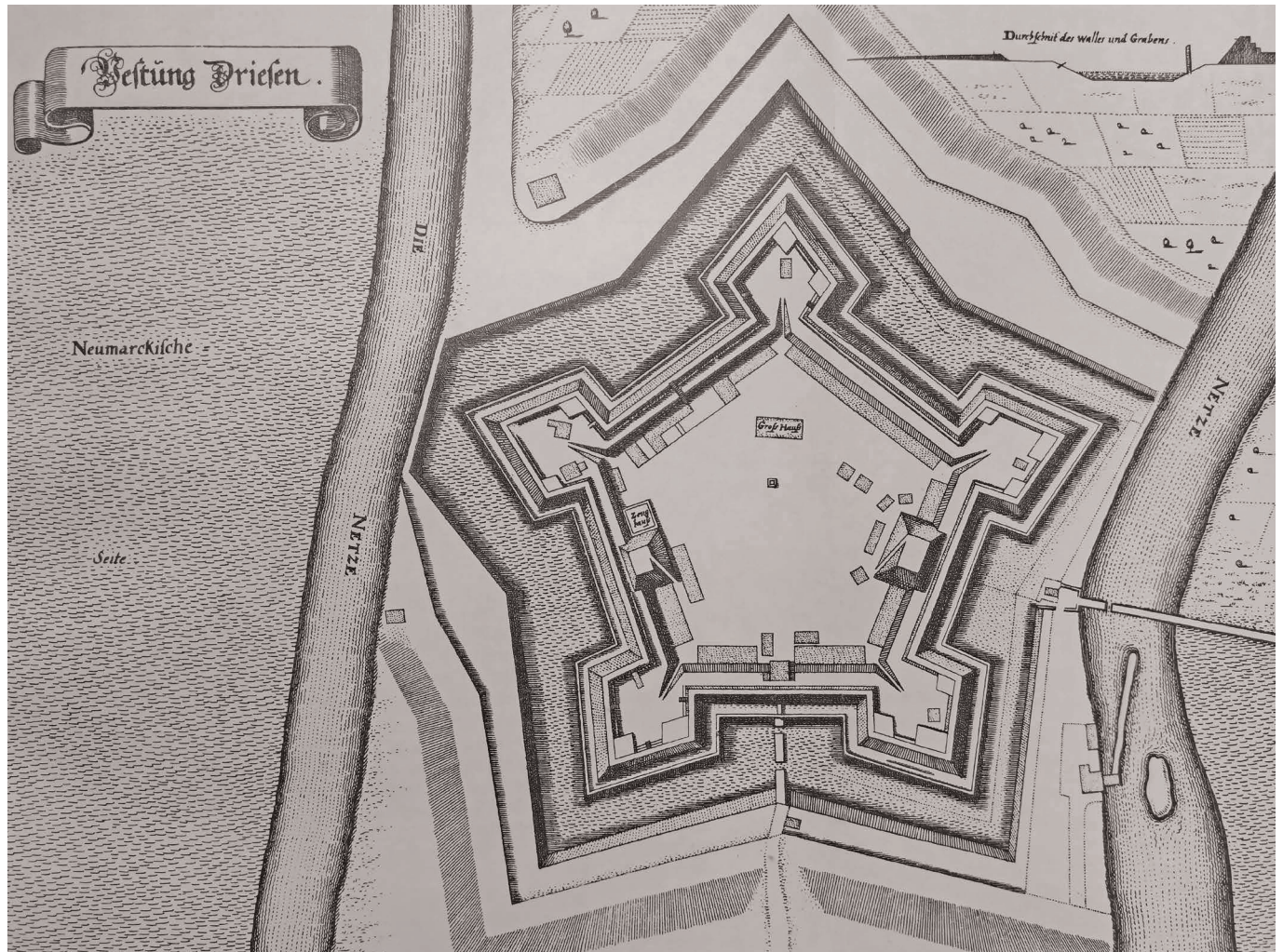


Abbildung 2: Festung Driesen;
Kupferstich; Matthäus der Ältere
Merian; Zeiller, Martin; Frankfurt/
Oder 1926

Bereits im Jahre 1648 schloss der Kurfürst einen Vertrag zur Anwerbung von 500 Siedlern. Diese wurden für die ersten sechs Jahre von allen Abgaben und Diensten befreit. Auch erhielten sie freies Bauholz und einen Vorschuss an Roggen. In Religions-sachen wurde den niederländischen Siedlern der Schutz ihrer reformierten Religion zugesprochen. Darüber hinaus wurde ihnen zugesichert, bei Rechtsstreitigkeiten mit geringen Streitwerten selber Recht zu sprechen, soweit sie nur die niederländischen Kolonisten betrafen. Die Ansiedlungen verzögerten sich im Folgenden jedoch oftmals, waren nur von kurzer Dauer oder unterblieben ganz. Ein Grund hierfür war, dass der Kurfürst nicht direkt mit den niederländischen Siedlern verhandelte, sondern auf Siedlungsunternehmer als Mittelsmänner angewiesen war. Diese versprachen viel und hielten oftmals wenig. Eine kurfürstliche Visitation des Jahres 1652 stellte gar fest, dass ein Großteil der angeworbenen niederländischen Siedler im Amt Chorin in der Uckermark überwiegend Handwerker waren und von der Landwirtschaft nur wenig Ahnung hatten. Sie arbeiteten vielmehr für Lohn auf den Äckern von anderen Bauern, statt das eigene Land zu bestellen.

Zudem kam es zu Konflikten zwischen den Alteingesessenen und den Zuzüglern: So beschwerten sich der Lehnschulze zu Bölkendorf und die deutschen Bauern, dass die niederländischen Familien im Dorf niemandem gehorchen, *»sondern ihre Gefallens für sich selbst nach ihrem Willen leben.«*¹² Und auch seitens der Stände und der Geheimen Räte regte sich Widerstand gegen die Ansetzung niederländischer Siedler, sahen sie doch die landständische und agrarische Verfassung sowie das Kirchenregiment in Gefahr. In einer an den Kurfürsten gerichteten Denkschrift kritisierten sie die hohen Kosten und das hohe Maß an Privilegien für die Neuankömmlinge: *»Insonderheit werden den Städten, weil diese Holländer auch Stadtgerechtigkeiten und Freiheiten haben sollen, alle Commercias abgehen und das ganze Land darüber in höchster Confusion, Verderb und Untergang gerathen.«*¹³ Der Kurfürst beendete die nicht abbrechen wollende Diskussion, indem er unmissverständlich darauf verwies, dass die kurfürstlichen Besitzungen durch den Krieg *»dergestalt desolirt, ruiniert und verderbet worden, daß, wenn nicht Leute aus andern Orten anhero gezogen würden, obbesagte Ämpter bei so großem Mangel an Menschen und andern Gebrechen, bei Menschen Lebenszeiten nicht wieder aufgerichtet oder in vorigen Stand gebracht werden können.«*¹⁴

Zugleich häuften sich aber auch Beschwerden der niederländischen Siedler über Dienste und Abgaben, die sie zu leisten hatten, und dass ihnen von den alteingesessenen Dorfbewohnern Waren zu überhöhten Preisen verkauft würden. Diese und andere Widrigkeiten führten dazu, dass die seit den 1640er Jahren in den uckermärki-

»Plus outre« – immer weiter

schen Domanalämtern Chorin und Gramzow-Seehausen, in den mittelmärkischen Ämtern Fehrbellin und Liebenwalde sowie im Amt Alt Ruppin angesiedelten Niederländer wegzogen. Die Ansiedlungsbemühungen waren hier vorerst gescheitert.

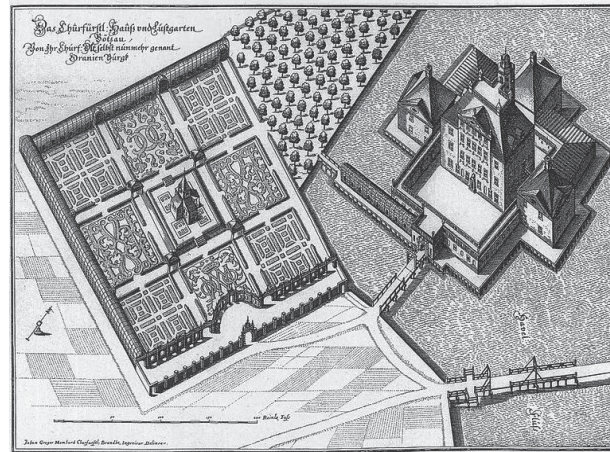
Einige wenige Siedlungen blieben jedoch bestehen, so im Amt Bötzow. Im Jahre 1650 schenkte Kurfürst Friedrich Wilhelm seiner aus den Niederlanden stammenden Frau Luise Henriette von Oranien das nördlich von Berlin gelegene Amt Bötzow. Das Amt wies im Jahre 1650 eine Wüstungsquote von 59% auf. Von den ehemals 219 bäuerlichen Stellen waren nach dem Krieg nur noch 116 besetzt.¹⁵

Die Kurfürstin begann alsbald mit umfangreichen Baumaßnahmen. An die Stelle eines kurfürstlichen Jagdschlusses ließ sie nach Plänen des niederländischen Bau- meisters Johann Gregor Memhardt ein Schloss im barocken Haager Stil errichten. Bei der Einweihung im Jahre 1652 wurde das Schloss zu Ehren der Kurfürstin *Oranienburg* genannt. Dieser Name wurde alsbald auch auf die Stadt Bötzow übertragen.



Abbildung 3: Kurfürst Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin Luise Henriette von Oranien-Nassau; Ölgemälde; Pieter Nason; SPSG, Schloss Oranienburg, GK I 1046; Aufnahme: Jörg Anders

Abbildung 4: Schloss und Lustgarten Oranienburg aus der Vogelschau; Kupferstich von 1652; Johann Gregor Memhardt; SPSG, GK II (1) 14405; Aufnahme: Daniel Lindner



Schließlich warb Kurfürstin Luise Henriette Spezialisten aus Groningen für den Kanal- und Schleusenbau an. Aus Friesland kamen Rinder- und Schafzüchter sowie Butter- und Käsespezialisten. Darüber hinaus wurde 1662 eine niederländische Fayencemanufaktur in der Nähe des Schlosses eröffnet, wurden mehrere Wohnhäuser, ein Waisenhaus und eine Meierei errichtet. Wie auch Kurfürst Friedrich Wilhelm war Luise Henriette auf Siedlungsunternehmer als Mittelsmänner angewiesen, um Siedler anzuwerben. Bereits 1651 wurde auf diese Weise ein Vertrag mit Siedlern aus Holland und Friesland über den Wiederaufbau des stark verwüsteten Dorfes Zehlendorf bei Oranienburg geschlossen. Die Siedler erhielten freies Bau- und Brennholz. Nach dem Ablauf von sechs Freijahren, in denen keine Abgaben zu zahlen waren, sollten sie die Stellen erblich und zu Erbzins besitzen und von allen Diensten befreit sein. Insgesamt verlief die Besetzung der wüsten Stellen aber auch hier schleppend. Im Jahre 1664 waren noch immer vierzig Prozent der Stellen wüst. Nach dem Tode der Kurfürstin im Jahre 1667 zogen viele der niederländischen Kolonisten wieder fort. Dennoch blieben die Siedlungsbemühungen im Amt Bötzow beständiger als die des Kurfürsten Friedrich Wilhelm.¹⁶

Ein Beispiel erfolgreicher Ansiedlung waren die Bemühungen des aus dem niederrheinischen Herzogtum Kleve stammenden kurfürstlichen Rats und Oberjägermeisters Jobst Gerhard von Hertefeld. Als Amtshauptmann zu Zehdenick und Liebenwalde verfügte er über unbesiedeltes und verwachsenes Bruchland westlich der Havel. Hertefeld begann, das Bruchland trockenulegen und für eine Bewirtschaftung nutz-

bar zu machen. Hierbei stand er in der Tradition der Urbarmachung des Kurfürsten Joachim Friedrich im Netzebruch und wurde ebenso zu einem Pionier der Bruchkolonisation.¹⁷

Gegen Überschwemmungen ließ er Dämme errichten und Entwässerungsgräben ziehen. Um neue Weiden und Wiesen zu gewinnen, wurden Bäume und Sträucher gerodet. Hierfür warb Hertefeld niederländische Siedler an. Dies fiel ihm jedoch leichter als dem Kurfürstenpaar, da er nicht auf Siedlungsunternehmer angewiesen war, sondern direkt mit den Siedlern verhandelte und Verträge schloss. Der erste Vertrag wurde im Jahre 1659 geschlossen. Weitere folgten in rascher Folge. Den Siedlern wurden hierbei günstige Ansiedlungskonditionen zugestanden: Sie erhielten bis zu fünfzig Hektar viel Bruchland, das freilich erst noch geräumt werden musste. Auch wurden ihnen freies Bauholz und steuerliche Freijahre (zwischen vier und zwölf Jahre) zugesprochen. Nach dem Ablauf der Freijahre sollte den Siedlern der erbaute Hof zur freien Verfügung stehen. Im Folgenden kam es zu einer weitläufigen Streusiedlung.

Die 1659 im Bruch gegründete Siedlung Neuholland bestand zu Beginn mehrheitlich aus reformierten Siedlern aus den Niederlanden und aus den niederrheinischen Territorien (vor allem aus Kleve und Geldern). Ein Drittel der Siedler waren lutherische Bauern aus dem Barnim und dem Ruppiner Land. Hertefeld war selbst Reformierter und hatte daher ein besonderes Interesse an reformierten Kolonisten.

Nach dem kinderlosen Tode Jobsts von Hertefeld im Jahre 1659 übernahm sein Bruder Georg Wilhelm die Amtsherrschaft und setzte das Meliorations- und Kolonisationswerk fort. Hierzu warb er weiter um Siedler aus den Niederlanden und vom Niederrhein. Der Bruch erlebte daraufhin eine derartige Blüte, dass Kurfürst/König Friedrich III./I. (reg. 1688/1701–1713) auf das ertragreiche Gebiet aufmerksam wurde und dieses seinen Besitzungen eingliedern wollte. Im Jahre 1704 kaufte der König alsdann die Bruchsiedlung mit zahlreichen Milchbuden sowie ausgedehnten Vieh- und Meliorationswiesen. Die Bevölkerung nahm in der Folgezeit stark zu, und ihr Wohlstand stieg an. Die Neuholländer Milchviehbauern galten bis weit ins 18. Jahrhundert als sehr wohlhabend.¹⁸

Auch wenn ein Großteil der Ansiedlungsversuche niederländischer Siedler gescheitert war, sind sie zugleich als ein Experimentierfeld für die Umsetzung zeitgenössischer Wirtschaftsideen zu betrachten. Die Erfahrungen, die der Kurfürst und die Amtskammer mit den niederländischen Siedlern gemacht hatten, gerade bei der Praxis der Privilegienvergabe, ebneten den Weg für die großen und erfolgreichen Kolonisierungsmaßnahmen seit der Mitte der 1680er Jahre. Mit der Masseneinwanderung

französischer Glaubensflüchtlinge unter dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm trat die brandenburgische Kolonisation schließlich in eine neue Phase staatlicher Kolonisation ein.¹⁹

Anmerkungen

1 Der Ausspruch »*plus outre*« (lat. *plus ultra*) bezieht sich in abgewandelter Form auf zwei Berge in der Straße von Gibraltar, die, als »Säulen des Herakles« bezeichnet, in der Antike das Ende der bewohnbaren Welt symbolisierten. An diese Säulen soll der antike Held Herakles die Worte »*non plus ultra*« angebracht haben. Mit der Entdeckung der Neuen Welt wurde diese Grenze überwunden. In diesem Zusammenhang wählte Kaiser Karl V. den Ausspruch »*plus outre*« zu seinem Motto, das seither Bestandteil des spanischen Wappens ist. Der niederländische Künstler Willem van Honthorst nimmt in seiner um 1660 angefertigten Allegorie zur Gründung Oranienburgs auf diesen Ausspruch Bezug. Während die Bildsprache der Allegorie auf der Dido-Sage zur Gründung der Stadt Karthago basiert, hält Otto von Schwerin, während er eine Kuhhaut in Streifen schneidet, einen Zettel mit der Aufschrift »*plus outre*« in der Hand. Die Anspielung auf das Motto Kaiser Karls V., die Überwindung des Möglichen, verdeutlicht Anspruch und Ansporn des Kurfürsten Friedrich Wilhelm. GÄRTNER 1989, S. 158 f.; KOHLER 1988, S. 200–203.

2 GÖSE 2006.

3 Der oft zitierte Ausspruch Friedrichs II. ist so auf dem im Jahre 1921 durch den Gutsbesitzer Arnold Erdmann in Werbig bei Seelow aufgestellten Denkmal zu Ehren Friedrich des Großen zu lesen. NEUHAUS 2002; SCHULTZE 2011, S. 73 ff. Zur allgemeinen Kolonisation und Melioration König Friedrich Wilhelms I. siehe ebd., S. 32–50, 62–72.

4 Das Netzbruch bildet einen Teil des Thorn-Eberswalder-Urstromtals, das sich von der Weichsel zwischen Thorn und Warschau über die Netze, die Warthe und die Oder bei Eberswalde erstreckt. UEBERSCHAER 1931, S. 5–30; NEUHAUS 1906, S. 4–8; BRATRING 1809, S. 4–24.

5 SCHULZE 1939, S. 144. Siehe auch OST 1939, S. 1–10.

6 SCHWARTZ 1904; NEESEMANN 1914; HEINRICH 1973, S. 429 ff., sowie der Artikel zum Warthe- und Netzbruch ebd., S. 471 ff.; NEUHAUS 1906, S. 10 f.; MÄRZ 1925, S. 118.

7 MÄRZ 1930, S. 47; UEBERSCHAER 1931, S. 118 f.

8 *Holländische Art* meint, dass vornehmlich Viehzucht betrieben wurde, die Grundstücke der Kolonisten an einem Stück zusammenhängen und es keine Allmende gab, also jeder mit seinem Vieh auf seinem eigenen Land blieb. In einer nach *Holländischer Art* betriebenen Holländerei mussten jedoch keine Holländer an sich anwesend sein, da deren frühe Form der Viehwirtschaft bald allgemein nach ihnen benannt wurde. MÄRZ 1925, S. 41; HÄNSELER 1926.

9 Übersicht bei FRANZ 1979, S. 19 ff. Siehe auch SCHULTZE (1925).

10 Als Kurprinz hielt sich Friedrich Wilhelm von August 1634 bis zum Sommer 1638 in den Niederlanden auf. LUH 2020, S. 23 f.

11 Allgemein zur Ansiedlung von niederländischen Kolonisten in der Mark

Brandenburg siehe ASCHE 2006, besonders S. 261–285.

12 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam Rep. 32 Joachimsthalsche Gymnasium Nr. 769.

13 Denkschrift der Geheimen Räte Sigismund von Götze, Adam Gans Edler Herr zu Putlitz, Thomas von dem Knesebeck, Johann Friedrich von Löben und Erasmus Seidel. Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem I. HA Rep. 9 D 1 Fasc. 2, 16r–18r.

14 Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem PK I. HA Rep. 21 Nr. 29 Fasc. 3, 36r–43r.

15 SCHULZE 1939, S. 4–101; SCHRÖER 1966, S. 117 ff. Zur Kurfürstin Luise Henriette siehe zuletzt HAMMER 2001.

16 ASCHE 2006, S. 351–360.

17 Zu Jobst Gerhard von Hertefeld siehe EULENBURG-HERTEFELD 1899. Zu den Meliorationsmaßnahmen siehe PETERS 1989, S. 29 ff.; HARNISCH 1989.

18 EULENBURG-HERTEFELD 1899. Zu den Meliorationsmaßnahmen siehe PETERS 1989, S. 29 ff.; HARNISCH 1989.

19 Zum Edikt von Potsdam siehe exemplarisch KOHNKE 1985; HEINRICH 1988. Zur neuen Phase der brandenburgischen Kolonisation siehe allgemein ASCHE 2006, S. 410 ff.

LITERATUR

- MATTHIAS ASCHE, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006.
- FRIEDRICH WILHELM AUGUST BRATRING, Statistisch-topographische Beschreibung der gesamten Mark Brandenburg, Bd. 3: Die Neumark Brandenburg, Berlin 1809.
- PHILIPP ZU EULENBURG-HERTEFELD, Erinnerungen an ein clevesches Rittergeschlecht. Als Manuskript gedruckt, o. O. 1899.
- FRANK GÖSE, Das Oderbruch zwischen Mythos und Realität, in: FRIEDRICH BECK/REINHARD SCHMOOK (Hgg.), Mythos Oderbruch. Das Oderbruch einst und jetzt, Berlin 2006, S. 45–63.
- GÜNTHER FRANZ, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, 4. Aufl., Stuttgart 1979.
- HANNELORE GÄRTNER, Kleines Lexikon der griechischen und römischen Mythologie, Leipzig 1989.
- AUGUST HÄNSELER, Die Gründung der Kolonie Netzbruch, in: Heimatkalender für den Kreis Friedeberg Neumark 11 (1926), S. 25–27.
- ULRIKE HAMMER, Kurfürstin Luise Henriette. Eine Oranierin als Mittlerin zwischen den Niederlanden und Brandenburg-Preußen, Berlin 2001.
- HARTMUT HARNISCH, Agrar- und sozialgeschichtliche Aspekte, in: JAN PETERS/HARTMUT HARNISCH/LIESELOTT ENDERS (Hgg.), Märkische Bauerntagebücher des 18. und 19. Jahrhunderts, Weimar 1989, S. 228–289.
- GERD HEINRICH (Hg.), Handbuch der historischen Stätten Deutschlands, Bd. 10, Stuttgart 1973
- GERD HEINRICH, Toleranz und Staatsraison. Ursachen und Wirkungen des Potsdamer Ediktes (1685), in: WILHELM TREUE (Hg.), Geschichte als Aufgabe. Festschrift für Otto Büsch zu seinem 60. Geburtstag, Berlin 1988, S. 29–54.
- ALFRED KOHLER, Kaiser Karl V., in: BRIGITTE HAMANN (Hg.), Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon, 3. Aufl., Wien 1988, S. 200–203.
- META KOHNKE, Das Edikt von Potsdam. Zu seiner Entstehung, Verbreitung und Überlieferung, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 9 (1985), S. 241–275.

- JÜRGEN LUH, Der Kurfürst im Profil. Eine biographische Skizze Friedrich Wilhelms, in: MICHAEL KAISER/JÜRGEN LUH/MICHAEL ROHRSCHEIDER (Hgg.), *Machtmensch – Familienmensch. Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1620–1688)*, Münster 2020, S. 19–32.
- RUDOLF MÄRZ, Die Geschichte des Dorfes Vorbruch von der Gründung bis zum Jahre 1734, in: *Heimatkalendar für den Kreis Friedeberg Neumark 10 (1925)*, S. 40–47.
- RUDOLF MÄRZ, Die Entwicklung der Viehwirtschaft im Netzebruch, in: *Heimatkalendar für den Kreis Friedeberg Neumark 15 (1930)*, S. 47–52.
- ERICH NEUHAUS, Die Fridericianische Kolonisation im Warthe- und Netzebruch. Nach archivalischen Quellen dargestellt, Landsberg an der Warthe 1906.
- HELMUT NEUHAUS, Friedrich Wilhelm I. Brandenburg-Preußens »größter innerer König«, in: BERND HEIDENREICH/FRANK-LOTHAR KROLL (Hgg.), *Macht- oder Kulturstaat? Preußen ohne Legende*, Berlin 2002, S. 21–30.
- EDWIN NEESEMANN, Die Burg Driesen, in: *Beiträge zur Heimatkunde der Neumark 3 (1914)*, S. 89–92.
- HORST-GOTTHARD OST, Die zweite deutsche Ostsiedlung im Drage- und Küddow-Gebiet (Grenzmark Posen-Westpreußen), Bd. 1, Leipzig 1939.
- JAN PETERS, Historische Einführung. Neuholland von den Anfängen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: DERS./HARTMUT HARNISCH/LIESELOTT ENDERS (Hgg.), *Märkische Bauerntagebücher des 18. und 19. Jahrhunderts*, Weimar 1989, S. 18–80.
- FRITZ SCHRÖER, *Das Havelland im Dreißigjährigen Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Mark Brandenburg*, Köln/Wien 1966.
- JOHANNES SCHULTZE, *Die Herrschaft Ruppín und ihre Bevölkerung nach dem 30jährigen Krieg*, Neuruppín 1925.
- JOHANNES SCHULTZE, *Die Mark Brandenburg*, Bd. 5, 4. Aufl., Berlin 2011.
- BERTHOLD SCHULZE, Wandlungen im neueren Siedlungsgebilde der Mark Brandenburg, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 45 (1933)*, S. 124–148.
- BERTHOLD SCHULZE, *Neue Siedlungen in Brandenburg. 1500–1800. Beiband zur Brandenburgischen Siedlungskarte 1500–1800*, Berlin 1939.
- PAUL SCHWARTZ, Der Bau der Feste Driesen, in: *Schriften des Vereins für die Geschichte der Neumark 16 (1904)*, S. 203–218.

»Plus outre« – immer weiter

WALTER UEBERSCHAER, Die Erschließung des Netzebruches in Vergangenheit und Zukunft, Berlin 1931, S. 5–30.

Uwe Folwarczny ist Historiker und Referendar für den höheren Archivdienst am Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem.

Streng reglementierte Einwanderung

Die Neu-Etablierung jüdischen Lebens in Brandenburg-Preußen seit 1671

Thomas Brechenmacher

Die neuere Geschichte der Juden in der Mark Brandenburg beginnt mit einer Migration: Kurfürst Friedrich Wilhelm, nachmals genannt ›der Große‹, nahm 1671 fünfzig aus Wien und Niederösterreich vertriebene jüdische Familien auf und erlaubte ihnen, sich in der Mark Brandenburg zunächst für zwanzig Jahre anzusiedeln.¹ Dieser vermeintliche Akt der ›Toleranz‹ folgte einer klaren Interessenpolitik. Die jüdische Einwanderung sollte zum Neuaufstieg des durch den Dreißigjährigen Krieg demographisch wie ökonomisch ausgebluteten Kurfürstentums beitragen. Das Einwanderungsprivileg war verbunden mit präzisen Erwartungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Aufgenommenen: Eigenkapital mussten sie ohnehin mitbringen, schon um die jährlich fälligen Schutzgelder und Steuern zu entrichten; desgleichen war daran gedacht, die jüdischen Familien ausgedehnte internationale Handelsnetzwerke knüpfen zu lassen, um die Mark Brandenburg und Berlin etwa mit den großen Zentren Hamburg und Amsterdam zu verbinden.

Kurfürst Friedrich Wilhelm und seine Räte nutzten die prekäre Lage einer jüdischen Minderheit zielgerichtet aus. Sie setzten Anreize, *Pull*-Faktoren, für einen kleinen und definierten Teil der kurz zuvor, 1669/70, aus Wien und Niederösterreich ausgewiesenen Juden. *Pull*- und *Push*-Faktoren korrespondierten wie so oft in der Geschichte von Migrationen: Nachdem sich die antijüdische Stimmung am Wiener Hof und in der Stadt angestaut und schließlich infolge einer Häufung von Unglücksfällen (Tod des Thronfolgers, Brand der Hofburg) entladen hatte, trafen mehrere kaiserliche Ausweisungsdekrete die bis dahin aus fiskalischen Gründen geduldeten Juden. Der übliche Sündenbockreflex setzte ein: 2 000 bis 3 000 Juden mussten das Erzherzogtum bis 1671 verlassen und wanderten nach Böhmen, Mähren, Ungarn, aber auch ins Osmanische Reich ab.² Einige dieser ›Zwangsmigranten‹ fanden Aufnahme in der Mark.

Fast genau hundert Jahre zuvor war die ältere Geschichte der Juden in Brandenburg ihrerseits mit einem Ereignis der Gewalt und einer sich daran anschließenden ›Zwangsmigration‹ zu Ende gegangen. 1573 war das Todesurteil gegen den Hoffaktor Lippold vollstreckt worden. Ihn traf die (grundlose) Beschuldigung, seinen Kurfürsten und Protektor, Joachim II., ermordet zu haben, jenen Landesherrn, der seinerseits Juden seit 1539 – nach den Vertreibungen des späten Mittelalters – in der Mark Brandenburg überhaupt erst wieder zugelassen hatte. Nach der Hinrichtung Lippolds wurden alle Juden erneut aus der Mark vertrieben, auf »ewige Zeiten«.³ Die Bedingungen, geduldet zu werden, konnten sich für Juden stets über Nacht ändern. Das war die *conditio* des europäischen Judentums über Jahrhunderte hinweg.

Juden sind in der Mark seit dem 13. Jahrhundert nachgewiesen, in der Alt- und Mittelmark (Stendal, mit markgräflicher Judenordnung 1297), in Havelberg, Perleberg und Pritzwalk, in Frankfurt an der Oder, aber auch bereits in Berlin und Cölln.⁴ Die Judenordnung Ludwigs des Bayern von 1344 für die Neumark wurde 1420 durch den Hohenzollern Friedrich I. übernommen und auf alle Juden in der Mark Brandenburg übertragen.⁵ Die Erfahrungen der märkischen Juden reflektieren diejenigen der Juden überall. Übergriffe und Vertreibungen waren wiederholt zu erdulden, in der Pestzeit um 1350, im 15. Jahrhundert, mit Ausweisung aller märkischen Juden 1447 und dann nochmals 1510 infolge eines Vorwurfs der ›Hostienschändung‹ und eines »Prozesses«, der mit dem in jener Zeit üblichen Instrument der Folter arbeitete und wiederum in Verbrennung und Vertreibung mündete. Die letzte Vertreibung der Juden aus der Mark folgte 1573, nach der Hinrichtung Lippolds.

Ein Jahrhundert später waren auch die »ewigen Zeiten« dieser Ausweisung vorüber. Mit den großen politischen Ambitionen des Kurfürsten Friedrich Wilhelm ging eine »völlige Neuorientierung der Politik gegenüber den Juden«⁶ einher. Das infolge des Jülich-Klevischen Erbfolgestreits und des Dreißigjährigen Kriegs vergrößerte Gebiet des Kurfürstentums sollte mehr zentralisiert gelenkt und verwaltet werden; eine dementsprechend veränderte Judenpolitik zeigte sich seit etwa 1650 zunächst in den neuen Gebieten an der westlichen und östlichen Peripherie, im niederrheinischen Herzogtum Kleve und der Grafschaft Mark, in den ehemaligen Bistümern Minden (Westfalen) und Halberstadt (Harz), in ›Hinterpommern‹ im Osten. Hier wurden teils Neuansiedlungen von Juden zugelassen; meist handelte es sich aber um Privilegierungen, Verlängerungen von Aufenthaltsrechten für diejenigen, die bereits da waren. So oder so bekundete der Kurfürst Interesse an dauerhafter jüdischer Präsenz in diesen Gebieten.

Auch für die Kurmark selbst lagen bereits einzelne Privilegierungen vor, etwa für Juden aus Polen zur vorübergehenden Einreise. Residenzerlaubnis war hier jedoch bisher nur einem einzigen Juden wieder erteilt worden, dem Hoflieferanten Israel Aron 1665 – eine absolute Ausnahme.⁷

1669/70 wurden die Ereignisse in Wien von Berlin aus mit Interesse beobachtet. An den brandenburgischen Residenten in Wien erging die Anzeige, dass vierzig bis fünfzig Familien, »daferne es reiche, wohlhabende Leute wären, welche ihre Mittel ins Land bringen und hier anlegen wollten«,⁸ aufgenommen werden könnten. Nach Sondierungen des Residenten gegenüber der Wiener jüdischen Gemeinde begab sich eine Delegation österreichischer Juden nach Berlin, um dem Kurfürsten eine Bittschrift zu überreichen und Verhandlungen mit den kurfürstlichen Räten über die Bedingungen der Übersiedlung zu führen. Das Migrations- beziehungsweise Ansiedlungsereignis vollzog sich also keineswegs ungeordnet, sondern war in allen Einzelheiten ausverhandelt. Es fügte sich in die generelle bevölkerungspolitische Aufrüstungsstrategie des Großen Kurfürsten und seiner Nachfolger, die durch die Aufnahme anderer, zahlenmäßig viel größerer Gruppen (französische Hugenotten, Niederländer, Salzburger Protestanten)⁹ gekennzeichnet war. Die Räte des Kurfürsten wiesen ihren Herren explizit auf die Bevölkerungsarmut im Lande hin und drängten ihn, auch gegen einen zu erwartenden Widerstand der Stände des Landes gegen die Aufnahme der jüdischen Familien, zu seiner Entscheidung zu stehen.¹⁰

Das kurfürstliche Edikt vom 21. Mai 1671 regelte die Rahmenbedingungen. Aufgabe der in Brandenburg für zunächst zwanzig Jahre zugelassenen Juden war es, Handel zu treiben, wobei ›Wucher‹ streng verboten war. Die Juden durften Häuser und Wohnungen mieten, ja sogar kaufen. Allerdings war es ihnen nicht gestattet, eigene Synagogen zu bauen; jedoch durften Gottesdienste in den privaten Häusern abgehalten, außerdem Schlächter und Schulmeister angestellt und eigene Friedhöfe errichtet werden. Die Juden waren zu den üblichen, von allen Untertanen zu entrichtenden Steuern und Abgaben verpflichtet; darüber hinaus musste »jede Familie jährlich 8 Rtl. an Schutzgelde, und so oft einer von ihnen heiratet, einen Goldgulden« bezahlen.¹¹ Den kurfürstlichen »Special-Schutz« gab es keineswegs umsonst.

Einige der aus Wien ausgewiesenen jüdischen Familien konnten damit die *Zwangsmigration* in eine *betterment migration* umwandeln, als Konsequenz einer kurfürstlichen Nutzen-Kalkulation. Die Zulassung der fünfzig Familien aus Österreich war kein Akt der Toleranz – wenngleich die Ausübung der jüdischen Religion und der damit verbundenen Riten in einem der christlichen Mehrheit vermittelbaren Rahmen

gestattet wurde¹² –, sondern in erster Linie einer der Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik. Als bemerkenswert darf gleichwohl der ebenfalls im Aufnahmedikt enthaltene Befehl des Kurfürsten an

»jeden Orts Magistrat in dieser Unser Kur Mark Brandenburg [...], woselbst sich einige Juden von mehrgedachten 50 Familien niederlassen wollen« gelten, *»diese vergleitende Judenschaft willig und gern aufzunehmen, ihnen allen Vorschub und guten Willen zu ihrer Accomodirung zu erweisen, und ihnen namens Unser allen gebührenden Schutz, [...] sondern auch sonst sie in der Behandlung, welche sie ihres Verbleibens [...] halben mit ihnen pflegen, sie billig zu tractiren, von niemand sie beschimpfen oder beschwären zu lassen und sie als andere ihre Bürger und Einwohner zu halten, und nach Inhalt dieses Unsers Schutzbriefs wohl zu tractiren.«*¹³

Für diese ernste Ermahnung, zur »Accomodirung« der Neuankömmlinge jüdischen Glaubens beizutragen, diese also gut aufzunehmen und zu behandeln wie alle anderen Untertanen auch, bestand durchaus Anlass, gab es doch ständig Ärger mit den Magistraten einzelner Städte, mit den Ständen und den Zünften. Der Kurfürst jedoch wies Klagen über die jüdischen Neubürger zurück, so etwa in einem Reskript vom Dezember 1672 an die Landstände, in dem er dezidiert erklärte, *»daß die Juden mit ihren Handlungen Uns und dem Lande nicht schädlich, sondern vielmehr nutzbar erscheinen.«*¹⁴

Das Mai-Edikt von 1671 wurde in der Folgezeit fortgeschrieben, etwa durch die Erlaubnis, das Kurfürstentum auch wieder verlassen zu dürfen; in diesem Fall mussten Juden allerdings eine Gebühr in Höhe eines zweijährigen Schutzgeldes (16 Rtl. je Familie) entrichten.¹⁵ Die Ansiedlung auch nicht aus Österreich stammender jüdischer Familien aus den preußischen Provinzen, aus Polen und Hamburg wurde erlaubt, freilich (theoretisch) immer im Rahmen der schwammigen 50-Familien-Grenze.¹⁶ Das erste Statut einer jüdischen Gemeinde Berlins stammt vom Juni 1674, unterzeichnet von zwölf, in der Mehrzahl aus Österreich stammenden Familienoberhäuptern.¹⁷ Als weitere Ansiedlungsorte, denen jüdische Einwanderer zugewiesen wurden, erscheinen in dieser Zeit Frankfurt an der Oder, Brandenburg an der Havel, Beelitz, Friesack und Nauen.¹⁸

Die Einwanderung von Juden hielt auf relativ geringem Niveau an. Auch wenn der Nachfolger des Großen Kurfürsten, Friedrich III. (seit 1688, seit 1701 König Friedrich I.), die Judenpolitik wieder restriktiver handhabte, wurden die ursprünglichen Schutzbriefe nach dem Ablauf der zwanzig Jahre nicht aufgehoben, sondern in neue um-

gewandelt, nicht ohne den Juden der einzelnen Provinzen neue, entweder gemeinsam oder individuell zu entrichtende Schutzgeldzahlungen aufzuerlegen.¹⁹ Anfang des 18. Jahrhunderts lebten mehr als hundert jüdische Familien in der Mark, davon etwa zwei Drittel mit Schutzbrief, die anderen ohne. Diese Situation veranlasste die Regierung in den Jahren 1700 und 1714 zu weiteren, das Edikt von 1671 modifizierenden Reglements. Deren (nie wieder erreichtes) Ziel bestand vor allem darin, die ›Überansiedlung‹ auf die ursprüngliche Zahl von fünfzig Familien zurückzuführen, durch Ausweisung *unvergleiteter* Juden und ›Wegsterbenlassen‹ älterer Familienoberhäupter. An dieser Politik wurde andererseits aber auch gegen die ständigen Beschwerden nichtjüdischer Händler festgehalten, die am liebsten alle diese ungeliebten ›Konkurrenten‹ und ›Störenfriede‹ vertrieben gesehen hätten. Der Kurfürst genehmigte den Juden jetzt sogar eine »*allgemeine Synagoge*«, für die diverse ›illegal‹ betriebene geschlossen werden mussten.²⁰

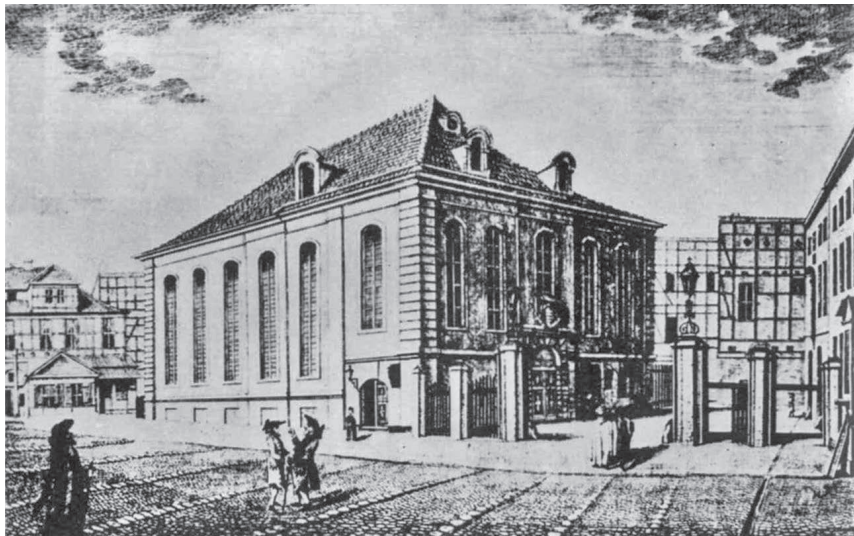


Abbildung 1: Alte Synagoge, Berlin, Heidereutergasse, 1712–14, Architekt M. Kemmeter, Ansicht von Nordwesten, Radierung von Friedrich August Calau. (HAROLD HAMMER-SCHENK, *Synagogen in Deutschland. Geschichte einer Baugattung im 19. und 20. Jahrhundert (1780–1933)* (Hamburg: Hans Christians, 1981, Bd. 2, Illustration 24)

Entscheidend für die Stellung der Juden nicht nur in Brandenburg-Preußen war die Absicherung ihrer Existenz durch einen eigenen Rechtsstatus. Dieser wurde definiert durch den kurfürstlichen »*Schutzbrief*« oder die *Vergleitung*: *Unvergleitete* Juden standen nicht im Schutz und konnten jederzeit des Landes verwiesen werden. Der könig-

lichen »*Confirmatio*« (Bestätigung) des Edikts von 1671 aus dem Jahr 1714 hing eine Liste von – jetzt bereits – 117 namentlich genannten jüdischen Familien an, die »*sambt Weibern, Kindern, und Hauß-Gesinde*« in der Monarchie Aufenthaltsrecht (nicht zu verwechseln mit Freizügigkeit) genießen sollten (Abb. 2).²¹ Jetzt wurde auch die für die königliche Politik der ›Eindämmung‹ entscheidende Frage der Weitergabe des Schutzbriefs geregelt: Ein Kind eines Schutzjuden – das erste – konnte das Privileg ohne weiteres erben;²² zwei weitere Kinder konnten ebenfalls *vergleitet* werden, mussten dazu aber ein erhebliches Vermögen nachweisen.²³

Über das 18. Jahrhundert hinweg professionalisierte und bürokratisierte sich die Judenpolitik, jetzt des preußischen Gesamtstaates. Die Zuwanderung eindämmend zu kontrollieren, blieb oberste Richtlinie, und die *vergleiteten* Juden im Land sollten möglichst ›nutz-‹, also geldbringend ›verwaltet‹ werden. Privilegierung und Schutzbrieferteilung als Akte des Monarchen blieben zwar erhalten, doch zwischen den Monarchen und die jüdischen Untertanen schoben sich zunehmend die Verwaltungsbehörden. Wichtig für diesen Prozess ist das Jahr 1723, in dem als höchste innere Verwaltungsbehörde das *General-, Ober-, Finanz-, Kriegs- und Domänendirektorium*, kurz Generaldirektorium, eingerichtet wurde, dem fortan auch die wesentlichen Teile der Judengesetzgebung unterstanden, und zwar bis hin zur preußischen Verwaltungsreform von 1808. Bezeichnenderweise war das Generaldirektorium im Wesentlichen eine Finanzbehörde; hier ging es um Handel, Wirtschaft und Steuern; daran lagerte sich mehr und mehr die Kompetenz an, den Juden Privilegien und Schutzbriefe zu erteilen – und zwar für das Gebiet des gesamten preußischen Staates ausschließlich. Die Etablierung des Generaldirektoriums war auch eine gezielte Maßnahme, um die Verwaltungseinheiten in den Provinzen zu schwächen.

Kodifizierten Ausdruck fand das neue Rechtsverhältnis in dem *General-Privilegium und Reglement, wie es wegen der Juden in Sr. Königl. Maj. Landen zu halten* vom 29. September 1730. Dieses Gesetz verbriefte nun generelle Rechte, die nicht mehr *ad personam* durch Königs Gnade verliehen wurden, sondern als Ergebnis eines definierten Verfahrens durch eine zuständige Behörde.²⁴ Damit war das Rechtsverhältnis der jüdischen Untertanen nicht mehr das Personale eines Individuums gegenüber seinem Herrscher, sondern dasjenige einer Gruppe gegenüber dem Staat.

Auch im »*General-Privilegium*« von 1730 wurde eine Maximalzahl *vergleiteter* Juden festgeschrieben, außerdem die weitere Entwicklung der jüdischen Bevölkerung rigider als 1714 zu reglementieren versucht. Dabei stand die streng artikulierte Absicht in einem hilflosen Missverhältnis zur konstant weiter wachsenden jüdischen

165	No. XXXI.	166
<p>Judenſchaft damit künftiglich nicht weiter beunruhiget noch gekränkelt werden.</p> <p>Wir befehlen demnach Unſern Gouverneurs und Commandanten hieſiger Reſidenzien, ingleichen Unſerm Cammer. Gericht, wie auch denen zu denen Juden-Sachen verordneten Commiſſarien, Burgemeiſtern und Rathmannen in Berlin, und ſonſten männiglich, hiermit allergnädigſt und ernſtlich, obbemelte Juden ſammt Weibern, Kindern, und Hauß-Geſinde allhier geleit-</p>		
<p>lich und dieſem Unſern ihnen ertheilten Confirmations Patent gemäß wohnen zu laſſen, und ſie darwider nicht zu beeinträchtigen, ſondern ſie vielmehr dabey jedesmahl nachdrücklich zu maintainen, zu ſchützen, und zu handhaben. Urfundlich zc. Berlin den 20. Moſi 1714.</p>		
<p>Friderich Wilhelm. (L.S.)</p>		
		v. Blafpiel.
<p>Specification, derer in hieſigen Königl. Reſidenzien ſich befindenden vergleiteten Juden.</p>		
<p>Marcus Magnus. Aron Haa. Hieſchell Benjamin Fränckel. Michael Abraham. Meyer Jacob. Jacob Weit. Abraham Levi. Aron Elias. Eſkan Joſeph. Marcus Aron Joel. David Ries. Modell Ries. Samuel Wendir. Lazarus Weichs. David Abraham Fränckel. Levin Weit. Ruben Fürſt. Nathanael Fürſt. Moſes Abraham Ries. Levin Haa. Aron Ries. Manaſſe Wendir. Salomon Haa. Moſes Salomon von Hanover. Eſaias Moſes. Heinrich Ephraim. Simon Janteles. Joſeph Schulhoff. Joſeph Jacob. Moſes Meyer. Heine Heinemann. Eelig Lazarus. Hieſchell Ries. Simon Ries. Liebmann Levi. Nathan David. Hieſchell Jacob. Michel Hieſch. Anſchel Mondel. Hieſchell Haa. Gumpel David. Levin Süßmann. Marcus Abraham. Jacob Joſeph. Hieſchell Salomon Spiro. Joſeph Aron. Moſes Liebmann. Marcus Wulff.</p>	<p>Samuel Simon. Haa Daniel. Jeremias Speyer. Wulff Salomon. Wulff Levin. Heine Haa. Haa Schulhoff. Jacob Samuel Schulhoff. Salomon Abraham. Wulff Weitel Meier. Wulff Levin Fränckel. Hieſchell Joſeph. David Hieſch. Marcus Levin. Hieſch Michel. Samuel Joſeph. Abraham Jacob. Hieſchel Joachim. Joachim Fürſt. Marcus Jacob. Wendir Fürſt. Levin Samuel. Abraham Speyer. Hieſch Jeremias. Salomon Meyer. Judas Simon. Magnus Jacob. Lazarus Simon. Haa Wendir. Judel Moſes. Deermann Benjamin Fränckel. Haa Gerſon. Moſes Salomon Roſſhändler. Jacob Levin. Nathan Enoch. Hieſch Goldſchmidt. Salomon Haa Heine. Heinrich Fürſt. David Haa Spiro. Haa Eſkan. Eſaias Ries. Abraham Ries. Meyer Ries. Moſes Ries. Mendel Anſchel. Nathan Roumiſ. Wendir Joachim. Haa Salomon.</p>	
V. Th. V. Abtheil.	F 2	Jacob

Abbildung 2: Liste der »vergleiteten Juden« in der *Confirmatio* von 1714 (MYLIUS 1740, Digitalisat Bayerische Staatsbibliothek; <https://mdz-nbn-resolving.de/details:bsb11399164>)

Bevölkerung. Für die Hauptstadt allein wurden nun bereits hundert jüdische Familien zugelassen; die Überzahl sollte aussterben.²⁵ In den Provinzen sollte »es bey der Anzahl der jetzo darin befindlichen wirklichen Schutz-Juden-Familien noch ferner verbleiben, und solche Zahl weder vermehret noch vermindert werden.«²⁶ Der Schutzbrief konnte nur noch an höchstens zwei (jetzt) Söhne weitergegeben werden, und zwar nun immer mit Vermögensnachweis.²⁷ Die Überwachung der Judenzahl oblag zentral dem Generaldirektorium und seinen Unterbehörden, den Kriegs- und Domänenkammern.²⁸ Neben diesem ›bürokratisierten‹ Verfahren behielt sich der König ein Sonderrecht vor: Sollte sich ein Jude melden, der »zureichend erwiesen«, »daß er zehen Tausend Thaler im Vermögen« habe, wolle der König selbst »resolviren [...], ob er angenommen werden solle.«²⁹

Die Eindämmungsstrategie ging wiederum nicht auf; im Frühjahr 1750 teilte das Generaldirektorium dem König mit, dass in der Hauptstadt statt der 1730 vorgesehenen 100 bereits über 200 jüdische Familien lebten. Außerdem nahm die Zahl derjenigen Juden ›wild‹ zu, die den Schutzjuden nicht familiär angehörten, aber zum Leben trotzdem notwendig waren (Dienstboten, Lehrer, Rabbiner, koschere Metzger, Totengräber, etc.). Dieser Personenkreis war 1737 auf 250 Personen für Berlin festgelegt, die Zahl der vergleiteten Familien auf 120 erhöht worden.³⁰ Dem anhaltenden Strom un- vergleiteter, vor allem armer Juden (»fremder Bettel-Juden«) sollte »der Eintritt in Unse-re Lande nachdrücklich und auf schärfste verbothen« werden.³¹ Derartige Wanderungen wurden auch durch die Eroberung Schlesiens im Krieg von 1740 bis 1742 begünstigt, durch die die jüdische Bevölkerung Preußens um mehrere tausend Personen angewachsen war. Erneut sollte eine veränderte und verschärfte Gesetzgebung die Problematik in den Griff bekommen: Im April 1750 erließ König Friedrich II. das »Revidirte General-Privilegium und Reglement vor die Judenschaft im Königreiche«.

Explizit antijüdische Ressentiments wurden aus dem Herrscherhaus bereits seit Friedrich Wilhelm I. drastischer als früher artikuliert. In einer Aufzeichnung für seinen Nachfolger bezeichnete der ›Soldatenkönig‹ 1722 die Juden als »Heuschrecken«, die Christen ruinierten, außerdem als »Christusverräter«.³² Das grundnegative und rein utilitaristische Judenbild des ›großen‹ Friedrich selbst schlug sich in seinen beiden »Politischen Testamenten« von 1752 und 1768 unverklausuliert nieder. 1752 schrieb er im Kapitel »Regeln für Handel und Manufakturen«:

»Darüberhinaus muß man über die Juden wachen und verhüten, daß sie sich in den großen Handel mischen, und verhindern, daß ihre Zahl steigt und bei jeder Spitzbüberei ih-

nen ihr Aufenthaltsrecht nehmen, weil nichts für den Handel der Kaufleute schädlicher ist, als der unerlaubte Handel, den die Juden treiben.«³³

Im Kapitel »Über die Geistlichkeit und Religion« ergänzte er:

»Die Juden sind von allen diesen Sekten [i. e. den div. Religionen und Konfessionen] die gefährlichsten, weil sie den Handel der Christen schädigen und weil sie für den Staat unbrauchbar sind. Wir haben dieses Volk nötig, um bestimmten Handel in Polen zu treiben, aber man muß verhindern, daß ihre Zahl wächst und sie nicht nur auf eine bestimmte Zahl von Familien sondern auf eine bestimmte Zahl von Köpfen festlegen, ihren Handel beschränken und sie hindern, Unternehmungen im großen zu machen, denn sie sollen nur Kleinhändler sein.«³⁴

Im zweiten »Politischen Testament« (1768) führte Friedrich im Kapitel »Zukunftspläne« aus:

»Wir haben zuviele Juden in den Städten. An den Grenzen von Polen sind sie nötig, weil in diesem Land nur die Juden Handel treiben. Sobald eine Stadt von Polen entfernt ist, werden die Juden schädlich durch den Wucher, den sie treiben, durch den Schmuggel, der durch ihre Hände geht, und durch tausend Spitzbübereien, die sich zum Nachteil der Bürger und christlichen Kaufleute auswirken. Ich habe niemals die Angehörigen dieser Sekte verfolgt noch sonst jemanden, ich glaube indessen, daß es klug ist, darüber zu wachen, daß ihre Zahl nicht zu sehr ansteigt.«³⁵

Das lang vorbereitete »Revidirte General-Privilegium« übertraf mit 33 Artikeln die älteren Regelwerke von 1671, 1714 und 1730 erheblich an Umfang und Detail. Die bereits bestehenden älteren Regelungen wurden aufgegriffen, modifiziert und bürokratisiert, und dadurch zuvor noch bestehende Handlungsspielräume eingeengt, wenn nicht gar völlig beseitigt.

Die entscheidende Neuerung des »Revidirten General-Privilegiums« lag in der Einteilung der im Lande geduldeten (*vergleiteten*) Juden in zwei Klassen, nämlich in »ordentliche« und »außerordentliche Schutz-Juden«. Ausschließlich die »ordentlichen Schutz-Juden« behielten noch das Recht, ihren Schutzbrief zu vererben, d. h., ein Kind (Sohn oder Tochter) »anzusetzen«. Dieses Kind musste ein Vermögen von 1 000 Reichstalern nachweisen; ein weiteres konnte auf keinen Fall mehr einen Schutzbrief erben.³⁶ Des-



Abbildung 3: Jüdischer Friedhof in Beelitz. Einer der ältesten jüdischen Friedhöfe Brandenburgs, nachgewiesen seit etwa 1720. Foto: Anke Geißler-Grünberg

gleichem wurde festgeschrieben, dass sich ein Schutzbrief nicht auf Verwandte erstrecken konnte.³⁷ Im Haushalt mitlebende Verwandte des Schutzbriefinhabers waren nur geduldet; die Duldung erlosch mit dessen Tod. Der Zweck dieser Bestimmung liegt auf der Hand: Es ging darum, die Zahl der »*ordentlichen Schutz-Juden*« konstant zu halten beziehungsweise (bei Kinderlosigkeit und Wegsterben) allmählich zu reduzieren, sowie die Zahl der »*extraordinären*« ebenfalls zu reduzieren. Für deren Kinder, wie die zweiten, dritten und nachgeborenen der »*ordinären Schutz-Juden*« war dies mit extremen Härten verbunden, blieb ihnen im Regelfall nur entweder die Auswanderung oder bestenfalls die soziale Deklassierung in eine tieferstehende Gruppe,³⁸ die der Bedienten (*Domestiquen*) von Schutzjuden, oder die der sogenannten »*publiques Bedienten*«, also derjenigen, die notwendig waren, um den Betrieb der jeweiligen jüdischen Gemeinde aufrecht zu erhalten (Rabbiner und Vize-Rabbiner, Beisitzer, Kantoren, Synagogen-Bediente, Totengräber, Friedhofswächter, Metzger, Bäcker, Medici, Schreiber, Torsteher, Bade-Bedienter, Krankenwärter, hebräische Buchdrucker u. a.). Auch deren Zahl wurde durch das »*Revidirte General-Privilegium*« für Berlin und die anderen Orte der Monarchie mit jüdischen Gemeinden – wie bereits früher – genau definiert.³⁹ »*Publique Bediente*« wurden in etwa behandelt wie »*außerordentliche Schutz-Juden*«; sie durften, wie auch die »*Domestiquen*«, ihr Gewerbe nicht wechseln; letzteren war sogar verboten, jemals zu heiraten.⁴⁰

Ohne Einwilligung der Domänenkammern konnten Juden jedweder Kategorie (wie bereits seit 1730) nicht heiraten. Als Kriterium festgeschrieben wurde jetzt auch hier das des Vermögens: »*Diejenigen, welche ihren Sohn oder Tochter verheyrathen und ansetzen wollen, müssen eine solche Schwieger-Tochter oder Schwieger-Sohn erwählen, welche ein gutes Vermögen haben.*«⁴¹

Höchst kompliziert war das System der Schutzgelder und Abgaben, die bei diversen Gelegenheiten zu entrichten waren. Dabei wurden ebenfalls ältere Regelungen fortgeschrieben. Abgesehen von der jeweiligen Höhe der Abgaben, lag eine besondere Perfidie in der kollektiven Haftung der jüdischen Gemeinden für die Fälle, in denen Einzelne ihrer Mitglieder nicht bezahlten oder bezahlen konnten.⁴² Dies setzte die Gemeinden dem Druck aus, nicht nur über die ›Bonität‹ ihrer Mitglieder zu wachen, sondern auch Zahlungsunfähige gegebenenfalls auszustoßen, vor allem aber jeglichen Zuzug Minderbemittelter zu unterbinden.

Ein kursorischer Blick auf die weiteren Bestimmungen des »*Revidirten General-Privilegiums*« genügt, die schwierigen Lebensbedingungen der Juden im preußischen Staat des 18. Jahrhunderts zu illustrieren. Verboten war es, bürgerliche (zünftige)

Handwerke auszuüben, zu schlachten (außer zum eigenen Gebrauch), mit Wollen und Garnen zu handeln, Bier und Brandwein auszuschenken, mit Wein zu handeln (außer koscherem), mit Tierhäuten und Leder zu handeln, Tabak anzubauen und zu handeln, Gold- und Silber zu schmelzen. Die Waren, mit denen gehandelt werden durfte, wurden hingegen detailliert vorgeschrieben;⁴³ Geldhandel war zu bestimmten Konditionen erlaubt.⁴⁴ Juden durften, von einer genau definierten Anzahl abgesehen, keine eigenen Häuser besitzen oder neu kaufen (anders als 1671, aber wie 1730). Land- und Grundbesitz war generell verboten.⁴⁵ Die Ausübung der Religion blieb gestattet, bei relativer Autonomie der Gemeinde.⁴⁶ Besonders gefährdet waren die *unvergleiteten*, fremden und hier vor allem die umherziehenden Betteljuden; diese sollten nach Möglichkeit gar nicht ins Königreich eingelassen oder aber sogleich wieder abgeschoben werden. Außerhalb der Jahrmärkte zu hausieren, war generell verboten. Fremde Juden durften sich nur zu bestimmten Zeiten und unter bestimmten Bedingungen vorübergehend in den Städten, besonders in Berlin, aufhalten.⁴⁷

Jedoch: kein Reglement ohne Ausnahmen. Ungeachtet des restriktiven »*General-Privilegiums*« gelang es einigen Juden, deutlich großzügigere Rechte und damit Freiräume zu erwerben. Im Gegenzug erwartete der König von ihnen auch besondere Dienstleistungen. Dies betraf vor allem die »*Hofjuweliere*« oder auch »*Münzjuden*«, die im Laufe des 18. Jahrhunderts – neben anderen Schlüsselgewerben – im Auftrag des Monarchen das extrem riskante Geschäft der Geldproduktion für den preußischen Staat für sich monopolisierten, namentlich die Familien Gomperz, Ephraim und Itzig.⁴⁸ Die Gruppe dieser noch besser als die »*ordentlichen Schutz-Juden*« privilegierten Juden erscheint in Quellen und Literatur in etwas missverständlichem Begriffsgebrauch mitunter als »*Generalprivilegierte*«. Allerdings stellte sie keine durch das »*Revidirte General-Privilegium*« von 1750 definierte Klasse dar, sondern stand gewissermaßen neben diesem.

Der König behielt sich vor, je nach Bedarf besondere »*Concessionen*«⁴⁹ zu vergeben, die nichts anderes darstellten als Sonderabsprachen mit für ihn besonders ›wertvollen‹ Einzelnen (also etwa darüber, mehreren Kindern einen Schutzbrief zu vererben, besonderen Gewerben, wie der Münzpacht, nachzugehen, außerhalb der üblichen Beschränkungen zu heiraten, ein Haus zu bauen). Mitunter hieß es, die solcherart »*Generalprivilegierten*« seien »*mit den Rechten christlicher Kaufleute*« ausgestattet worden. Ob königlicher »*Gnadenerweis*« oder »*kasuistische Durchbrechung* [des General-Privilegiums] *aus opportunistischen Beweggründen*«⁵⁰, von bürgerlicher Gleichstellung oder Emanzipation blieben die derart Hervorgehobenen weit entfernt: Das »*Generalprivi-*

leg« blieb – mehr als der ordentliche Schutzbrief – an den alleinigen Willen des Monarchen gebunden, der nach Laune und Willkür damit umgehen, es gewähren oder nach Belieben auch wieder zurücknehmen konnte. Seine Judenfeindlichkeit hinderte gerade Friedrich II. nie daran, systematischen und größtmöglichen Nutzen aus ›seinen‹ Juden zu ziehen.

Vielleicht musste zynischerweise die Eindämmungspolitik gerade deshalb scheitern, weil bestimmte – nämlich ökonomisch leistungsfähige – Juden so ›nutzbringend‹ waren. Lebten 1750 in der Mark Brandenburg ca. 3 900 Juden, davon ca. 2 200 in Berlin, waren es um 1800 ca. 8 000 in Brandenburg, davon etwas mehr als 3 000 in Berlin (1,8% der Gesamtbevölkerung Berlins).⁵¹ Ein (aus Regierungssicht) eigentliches ›Judenproblem‹ entstand für das neuere Preußen freilich nicht durch Migration, sondern durch Annexion, nämlich Schlesiens und der polnischen Landesteile infolge der Kriege seit 1742 und der polnischen Teilungen. Hier ›erwarb‹ Preußen einen großen, im wesentlichen armen jüdischen Bevölkerungsanteil, der zu einem Anwachsen der jüdischen Gesamtbevölkerung Preußens auf 200 000 bis 225 000 Personen (1795/1803 ca. 2,3% der Bevölkerung insgesamt) führte.⁵²

Preußens Aufstieg im 18. Jahrhundert wäre ohne die ausgepresste ökonomische Leistungskraft der Juden unmöglich gewesen. Von 46 Unternehmensgründungen in Preußen in der Zeit Friedrichs II. waren 37 jüdisch.⁵³ Exemplarisch ragen die »Münzjuden« Veitel Heine Ephraim und Daniel Itzig heraus – jener Daniel Itzig, dem ob seiner Verdienste Friedrich Wilhelm II. 1791 nicht umhin konnte, das volle Bürgerrecht zu verleihen, als erstem Juden in Preußen. Die Familie der Mutter von Veitel Heine Ephraim indessen gehörte genau zu jenen 1671 eingewanderten österreichischen Juden. Die Ephraimschen Familienstiftungen bahnen – neben der ökonomischen – einen Weg in Richtung der kulturellen Bedeutung vieler Juden für das Leben Berlins im 19. Jahrhundert, nicht anders als der durch den Philosophen und Unternehmer Moses Mendelssohn begründete und repräsentierte ›jüdische Zweig‹ der Aufklärung (»*Haskala*«). Mendelssohn war 1743 aus Dessau nach Berlin zugezogen.

So legte die Ausweisung der Juden aus Wien indirekt den Grund für das neue brandenburg-preußische Judentum und dessen Weg über das 18. Jahrhundert hinweg zu einer ökonomisch wie geistig und kulturell bedeutenden Bevölkerungsgruppe. Auch wenn die Juden gerade unter dem ›Soldatenkönig‹ und seinem als so ›tolerant‹ geltenden Sohn einem strengen Reglement unterlagen, strenger als zu den Zeiten der Aufnahmepolitik des Großen Kurfürsten, fand eine Vertreibung aus Brandenburg-Preußen nicht mehr statt. Hierin unterschied sich der preußische Staat vom habsbur-



Abbildung 4: Daniel Itzig (1723–1799): erster Jude in Preußen mit vollem Bürgerrecht. Gemälde von Johann Friedrich August Darbes, 1787

gischen, wo – fast schon anachronistisch – die Kaiserin Maria Theresia 1744/45 nach dem zweiten Schlesischen Krieg zunächst über die Juden Prags und sodann über die Juden des gesamten Böhmen und Mähren noch die Ausweisung verhängen konnte.

Für die Juden in Preußen begann eine neue Epoche erst mit dem Edikt vom März 1812, das sie alle zu »*Einländern und Staatsbürgern*« erklärte.⁵⁴ Jetzt läutete ein neues, staatsbürgerrechtliches Verständnis auch für diese jüdische Minderheit den Übergang in die Moderne ein.

Anmerkungen

1 Grundlegend: STERN 1930; STERN 1962/75; JERSCH-WENZEL 1978; SCHEIGER 1990; BATTENBERG 2002.

2 Vgl. BRUGGER/KEIL/LICHTBLAU/LIND/STAUDINGER 2013, S. 330–337.

3 STERN 2001, S. 45; DIES. I/1 (1962), S. 5 f.

4 Tabellarischer Überblick bei DIEKMANN 2008, S. 639 f.; STERN I/1 (1962), S. 4 f.

5 Ebd.

6 Ebd., S. 9.

7 STERN 2001, S. 45 f.

8 Reskript an den Residenten zu Wien, Kölln an der Spree, 19. 04. 1670, in: STERN I/2 (1962), Nr. 7, S. 7.

9 Vgl. im vorliegenden Band die Beiträge von MATTHIAS ASCHE, UWE FOLWARCZNY und ULRICH NIGGEMANN.

10 STERN I/1 (1962), S. 13.

11 Edikt vom 21. 05. 1671, in: STERN I/2 (1962), Nr. 12, S. 13–16.

12 Ebd., Abs. 6, S. 15. – Ein in der Neumark bereits ansässiger Rabbiner aus

Polen, kein Österreicher, sollte die Jurisdiktion über alle Juden der Kurmark ausüben; STERN I/2 (1962), Nr. 19, S. 24 f.

13 Edikt vom 21. 05. 1671, in: ebd., Nr. 12, Abs. 8, S. 15 f.

14 Reskript vom 8./18. 12. 1672, in: ebd., Nr. 24, S. 31.

15 Vgl. ebd., Nr. 13, S. 17 f.

16 STERN I/1 (1962), S. 13 f.

17 Gemeindestatut der Berliner Judenschaft, 09. 06. 1674, in: STERN I/2 (1962), Nr. 31, S. 38–40.

18 DIEKMANN 2017.

19 Vgl. zum Beispiel STERN I/2 (1962), Nr. 201, 202, 205, 206, 207, 208, S. 171–179.

20 Reglement vor die in hiesigen Residenzen sich aufhaltenden Juden, 07. 12. 1700, in: STERN I/2 (1962), Nr. 250, Abs. 8, S. 226.

21 Confirmatio Privilegii der hiesigen Judenschaft, 20. 05. 1714, in: MYLIUS 1740, Nr. XXXI, Sp. 158–168, hier Sp. 165–168.

22 Ebd., Art. 10.

23 Ebd., Art. 11. – Das zweite Kind musste über 1 000, das dritte über 2 000 Taler

Vermögen verfügen; hinzu kam eine Gebühr von 50 beziehungsweise 100 Talern für den Schutzbrief selbst.

24 General Privilegium und Reglement, wie es wegen der Juden in Sr. Königl. Maj. Landen zu halten, 29. 09. 1730, in: MYLIUS 1740, Nr. LIII, Sp. 193–200, bes. Art. 24.

25 Ebd., Art. 10, Sp. 197.

26 Ebd.

27 Ebd., Art 12 (erster Sohn 1 000, zweiter Sohn 2 000 Taler; Töchter waren jetzt explizit ausgeschlossen).

28 Ebd.

29 Ebd., Art. 16.

30 Kabinettsorder, 26. 04. 1737, in: STERN II/2 (1962), Nr. 308, S. 359–361.

31 Renovirtes Edict, wegen Abhaltung der fremden Bettel-Juden, 03. 01. 1737, in: MYLIUS 1740, Nr. LVI, Sp. 201–204.

32 Zit. nach DIETRICH 1981, S. 116.

33 Ebd., S. 159.

34 Ebd., S. 167.

35 Ebd., S. 281.

36 Revidirtes General-Privilegium vor die Judenschaft im Königreiche [...], 17. 04. 1750, in: *Novum Corpus Constitutionum* 1756, Nr. LXV, Sp. 117–146.

37 Ebd., Abs. V, 10.

38 Ebd., Abs. V, 4 und 16 (herrscherliche Gnadenakte waren aber möglich, sofern sie das 1000-Taler-Kriterium erfüllten).

39 Ebd., Abs. III.

40 Ebd., Abs. V, 12 f.

41 Ebd., Abs. V, 11.

42 Ebd., Art. VIII; vgl. auch General-Privilegium 1730, Art. 17.

43 Ebd. Art. XI–XVIII.

44 Ebd., Art. XXIV–XXVII.

45 Ebd., Art. XXVIII.

46 Ebd., Art. XXIX–XXXII.

47 Ebd., Art. XX–XXIII.

48 Vgl. BRECHENMACHER/SZULC 2017, S. 63 f., 77; DERS. 2020; hier weiterführende Literatur.

49 Vgl. Revidirtes General-Privilegium 1750, Art. XI.

50 SCHENK 2010, S. 89.

51 Die Zahlen nach BLAU 1950, S. 29 und 32.

52 Ebd., S. 31 f.

53 BRUER, 2006, S. 71.

54 Vgl. DIEKMANN 2013.

LITERATUR

- J. FRIEDRICH BATTENBERG, Tolerierte Juden in Berlin. Zur Ansiedlung der Wiener Juden in der Mark Brandenburg unter dem Großen Kurfürsten, in: JÖRG DEVENTER/SUSANNE RAU/ANNE CONRAD (Hgg.), *Zeitenwenden. Herrschaft, Selbstbehauptung und Integration zwischen Reformation und Liberalismus*. Festgabe für Arno Herzig zum 65. Geburtstag, Münster 2002, S. 71–91.
- BRUNO BLAU, *Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland von 1800 bis 1945*, Typoskript [1950]; Leo Baeck Institute, New York/Berlin; http://digipres.cjh.org:1801/delivery/DeliveryManagerServlet?dps_pid=IE6236550 [zuletzt: 31.10.2020].
- THOMAS BRECHENMACHER, Gomperz, Ephraim, Itzig – Erfolg und Bedrückung der »Hofjuden« Friedrichs II. [2020]; https://ephraim-veitel-stiftung.de/wp-content/uploads/2020/04/3.EphraimSoirée_Text_Brechenmacher_2020.pdf [zuletzt: 31.10.2020].
- THOMAS BRECHENMACHER/MICHAŁ SZULC, *Neuere deutsch-jüdische Geschichte. Konzepte – Narrative – Methoden*, Stuttgart 2017.
- ALBERT BRUER, *Aufstieg und Untergang. Eine Geschichte der Juden in Deutschland (1750–1918)*, Köln 2006.
- EVELINE BRUGGER/MARTHA KEIL/ALBERT LICHTBLAU/CHRISTOPH LIND/BARBARA STAUDINGER, *Geschichte der Juden in Österreich*, 2. Aufl., Wien 2013.
- IRENE A. DIEKMANN (Hg.), *Jüdisches Brandenburg. Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2008.
- IRENE A. DIEKMANN (Hg.), *Das Emanzipationsedikt von 1812 in Preußen. Der lange Weg der Juden zu »Einländern« und »preußischen Staatsbürgern«*, Berlin/Boston 2013.
- IRENE A. DIEKMANN, *Juden in Brandenburg (1671 bis 1871)*; in: *Historisches Lexikon Brandenburgs* [2017]; <http://www.brandenburgikon.de> [zuletzt: 31.10.2020].
- RICHARD DIETRICH (Hg.), *Politische Testamente der Hohenzollern*, München 1981.
- STEFI JERSCH-WENZEL, *Juden und »Franzosen« in der Wirtschaft des Raumes Berlin/Brandenburg zur Zeit des Merkantilismus*, Berlin 1978.
- CHRISTIAN OTTO MYLIUS (Hg.), *Corpus Constitutionum Marchicarum [...]*, 5. Teil, 5. Abt., Berlin/Halle 1740.
- Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium Praecipue Marchicarum*, Bd. 2, Berlin 1756.

- BRIGITTE SCHEIGER, Juden in Berlin, in: STEFI JERSCH-WENZEL/BARBARA JOHN (Hgg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, S. 153–488.
- TOBIAS SCHENK, Wegbereiter der Emanzipation? Studien zur Judenpolitik des »Aufgeklärten Absolutismus« in Preußen 1763–1812, Berlin 2010.
- MORITZ STERN, Die Niederlassung der Juden in Berlin im Jahre 1671, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 2 (1930), S. 131–149.
- SELMA STERN, Der preußische Staat und die Juden, Bd. 1, 1/2: Die Zeit des Großen Kurfürsten und Friedrichs I.; Bd. 2 II, 1/2: Die Zeit Friedrich Wilhelms I.; Bd. 3, 1/2: Die Zeit Friedrichs des Großen, insges. 8 Bde., jeweils Darstellung und Akten, Tübingen 1962/75.
- SELMA STERN, Der Hofjude im Zeitalter des Absolutismus. Ein Beitrag zur europäischen Geschichte im 17. und 18. Jahrhundert, hg. von MARINA SASSENBERG, Tübingen 2001.

Thomas Brechenmacher ist Professor für Neuere Geschichte (Schwerpunkt deutsch-jüdische Geschichte) an der Universität Potsdam.

»Glaubensflüchtlinge« in Brandenburg im 17. und 18. Jahrhundert

Ulrich Niggemann

Migration gehörte von Beginn an zur Menschheitsgeschichte, und Sesshaftigkeit innerhalb bestimmter territorialer Grenzen ist eine noch recht junge Normvorstellung.¹ Auch Brandenburg war und ist seit Jahrhunderten eine Einwanderungsregion. Das Land ist von Migrationsprozessen mitgeprägt worden. Dabei spielten nicht zuletzt sogenannte »Glaubensflüchtlinge« wie die Hugenotten eine – auch erinnerungskulturell – wichtige Rolle. Mit diesen Einwanderergruppen beschäftigt sich der vorliegende Beitrag. Freilich bilden diese »Glaubensflüchtlinge« oder »Konfessionsmigranten« nur scheinbar einen eigenen Typus oder eine eigene Form der Migration. Es muss also erst einmal geklärt werden, was darunter zu verstehen ist und warum diese Bezeichnung weniger eindeutig ist, als man vielleicht annehmen könnte (I). Sodann wird knapp die Situation Brandenburgs skizziert und damit auch die Frage beantwortet, warum seitens der Regierung ein Interesse an Einwanderern bestand (II). Schließlich werden die Ansiedlungsvorgänge und die auftretenden Probleme in den Blick genommen (III). Dabei werden die Hugenotten ausführlicher angesprochen, zum einen weil sie eine besonders große und im kollektiven Gedächtnis fest verankerte Gruppe darstellen, zum anderen weil sich an diesem gut dokumentierten Beispiel vieles zeigen lässt, was prinzipiell auch für andere Einwanderergruppen gilt. Es werden aber auch weitere Zuwanderer thematisiert, die etwa aus Savoyen-Piemont, aus dem Alpenraum oder aus Böhmen nach Brandenburg kamen.

I.

Religion hat als Ursache für Migration zu allen Zeiten eine Rolle gespielt. Gleichwohl wird das Phänomen der konfessionell bedingten oder begründeten Migration größerer Gruppen in der historischen Forschung als spezifisch frühneuzeitlich beschrieben und mit dem Begriff der »*Konfessionsmigration*« auf den Punkt gebracht.² Zwar kannte auch das Mittelalter religiöse Verfolgungen und daraus resultierende Flucht- und Wanderungsbewegungen, doch erst in der Folge der Reformation nahmen solche Phänomene eine neue Dimension an, weil sich erst jetzt eine konfessionell strukturierte Landschaft herausbildete, die es Abweichlern ermöglichte, in einem anderen Gebiet unterzukommen und dort ihre Überzeugungen offen zu leben. Mit dem Auftreten Martin Luthers und seiner Anhänger entstanden zahlreiche religiöse Konflikte, Zwangsmaßnahmen und Vertreibungen. Der enge Zusammenhang zwischen den Kirchen und den politischen und sozialen Gemeinschaften war der Grund, warum Abweichungen in Glaubensfragen als so gefährlich wahrgenommen wurden und warum es in der Frühen Neuzeit kaum möglich war, Religion als Privatsache des Einzelnen zu verstehen.³ Auch der sich herausbildende frühmoderne Staat in seiner engen Verbindung mit der Kirche ließ religiösen Dissens nicht zu. Der Zwang zur Konformität, gerade auch in konfessioneller Hinsicht, war sogar ein wesentlicher Motor der Staatsbildung, auch wenn wir diesen Prozess nicht einfach nur als einseitig von der Obrigkeit ausgehend verstehen sollten.⁴ Das alles führte im Laufe des 16. und 17., ja auch noch des 18. Jahrhunderts immer wieder zu Vertreibungen, aber auch zu Fluchtbewegungen von Menschen, die einer konfessionellen Minderheit angehörten.

Die spezifischen Charakteristika dieser »*Konfessionsmigrationen*« lassen sich trotz der vermeintlichen Eindeutigkeit nicht ohne weiteres benennen. Denn auch wenn Wanderungsbewegungen im Zusammenhang mit religiöser beziehungsweise konfessioneller Verfolgung und Intoleranz auftraten, lassen sich die Motive der Migrierenden nicht einfach als primär religiös charakterisieren beziehungsweise auf dieses Motiv reduzieren. Im Gegenteil: Wir müssen wohl mit einem komplexen Motivbündel rechnen, in dem die persönliche Glaubensüberzeugung nur ein Faktor unter mehreren war. Wirtschaftliche Fragen, das Wissen über mögliche Zielorte und die Verhältnisse dort, generelle Risiko- und Mobilitätsbereitschaft und vieles mehr stellten wichtige Aspekte der individuellen Wanderungsentscheidung dar. In den allermeisten Fällen erweist sich schon die Charakterisierung als Zwangsmigration als zweifelhaft. Auswanderung war stets nur eine von mehreren Optionen – der Verbleib am Ort,

die – zumindest scheinbare – Anpassung, das heimliche Ausüben des eigenen Glaubens oder auch der offene Widerstand waren weitere Optionen. Vor diesem Hintergrund verliert der Begriff »*Konfessionsmigration*« seine Eindeutigkeit.⁵

Nicht zuletzt deswegen erfasst die Forschung das Phänomen inzwischen aus einer kulturhistorischen Perspektive, indem spezifische Formen der Sinnstiftung und der kollektiven Erinnerung in den Blick genommen werden.⁶ Damit wird das Augenmerk auf jene Aspekte gelenkt, die gerade in der exulanten Erinnerungskultur Bedeutung erlangten und somit wesentlichen Anteil an der Ausprägung von gruppenspezifischen Identitäten besaßen. Die Beschreibung und erinnerungskulturelle Bearbeitung von konfessionell induzierten Migrationsphänomenen setzte bereits früh ein, teilweise von den betroffenen Personen und ihren Nachfahren selbst, teilweise aus einer eindeutig sympathisierenden Haltung heraus. Ein typisches Beispiel ist etwa Charles Ancillons »*Histoire de l'Etablissement des François Refugiez dans les Etats de Son Altesse Electorale de Brandebourg*« von 1690.⁷ Insbesondere die exil-hugenottische Geschichtsschreibung blieb auch in der Folgezeit ein wesentliches Element hugenotischer Selbstzuschreibungen und Identitätsbildungsprozesse im Exil.

Dabei fällt auf, dass sich die Sinnstiftungs- und Deutungsmuster bestimmter Migrantengruppen durchaus ähneln – und zwar konfessionsübergreifend. Die protestantischen Exilantengruppen aus den Niederlanden, aus Frankreich, aus England, aus dem Alpenraum konzeptualisierten ihre Situation ebenso wie auch katholische Flüchtlinge, etwa aus den Niederlanden, vor der Folie biblischer, vor allem alttestamentlicher Geschichten oder der Johannes-Offenbarung. Sie nahmen sich selbst als von Gott auserwählt wahr und deuteten das Exil als sichtbares Zeichen der Auserwähltheit.⁸ Diese Vorstellungen der Erwählung und der Leitung durch Gott wurden vielfach auch ins Bild gesetzt und medial verbreitet – ganz besonders im Falle der Salzburger Emigration.⁹

II.

Die beginnende Neuzeit war für Brandenburg auch eine Phase der Bevölkerungsverluste. Zu nennen sind etwa die gezielten Vertreibungen und Ausweisungen nicht erwünschter Minderheiten. Betroffen waren davon einerseits sogenannte *Zigeuner* (d. h. Sinti und Roma, aber auch andere mobile Gruppen) sowie andererseits die Juden. Ob-

wohl mobile Gruppen von Beginn an Stigmatisierungsprozessen ausgesetzt waren, wurden sie erst allmählich zu Opfern einer immer rigoroseren Ausweisungspolitik, die sich vom beginnenden 16. bis ins 18. Jahrhundert hinein massiv steigerte, nicht nur in Brandenburg, sondern fast überall im werdenden frühmodernen Flächenstaat.¹⁰ Im 15. Jahrhundert kam es auch zu einer ersten Vertreibung von Juden, die bereits ein Jahr später, 1447, in eine Wiederaufnahme mündete. Im 16. Jahrhundert setzten dann mehrere Wellen der Verfolgung und Ausweisung ein, die mit dem Ausweisungsedikt von 1573 abgeschlossen wurden.¹¹ Für hundert Jahre endete damit die legale Existenz des Judentums in der Mark Brandenburg.

Es war indes der Dreißigjährige Krieg, der eine tiefe Zäsur in der Demographiegeschichte der Mark Brandenburg darstellte. Brandenburg war Durchzugsgebiet schwedischer und kaiserlicher Truppen, weil der Kurfürst ohne bedeutende Militärmacht kaum die Chance hatte, sein Territorium effektiv zu schützen. Mit den Truppen kamen Kontributionsforderungen, Seuchen sowie die Verwüstung von Landstrichen und damit auch der Hunger. Die Folge waren zahlreiche Tode und die Flucht der Überlebenden. Die ländlichen Gebiete der Kurmark Brandenburg gehörten schließlich zu den am stärksten entvölkerten Regionen des Reiches. Neben dem Land waren auch die Städte betroffen, die einen beträchtlichen Anteil ihrer Einwohner verloren.¹² Das hatte Folgen für die handwerkliche Produktion, für die Märkte und somit für die Wirtschaft des Landes. Und dies wiederum war von erheblicher Bedeutung für die Immigrationspolitik, die in den Jahrzehnten nach dem Dreißigjährigen Krieg und noch bis in die Zeit Friedrichs II. hinein betrieben wurde.

III.

Vor allem nach den verheerenden Zerstörungen und Bevölkerungsverlusten durch den Dreißigjährigen Krieg setzten verstärkt Wanderungsbewegungen aus den kriegsverschonten Gebieten ein. Dabei handelte es sich nicht um einen simplen Einwanderungsvorgang, sondern um ein sehr komplexes Migrationsgeschehen, das auch anhaltende Abwanderungen einschloss.¹³ Gründe dafür waren sowohl die schwierige Ausgangslage als auch die Verschärfung der personenrechtlichen Bindungen nach dem Krieg, dabei insbesondere die Intensivierung der Leibeigenschaft.¹⁴ Nur auf den kurfürstlichen Gütern, den Domänen, sah es für die Bauern etwas besser aus.

Die Regierung unter Kurfürst Friedrich Wilhelm (reg. 1640–1688) versuchte, diese kontinuierliche Abwanderung zu unterbinden und zugleich den Zuzug zu fördern, indem sie verschiedene Anreize für die Niederlassung bot. Den Hintergrund dieser gezielten Bevölkerungspolitik bildete der kameralistische Diskurs, der keineswegs nur das gelehrte Denken prägte, sondern auch die praktische Politik. Unter dem Begriff des *Kameralismus* sind zahlreiche Maßnahmen der »guten Policey«, also der guten Staatsführung, zu verstehen, darunter Aspekte der Staatsverwaltung, die Steuerpolitik, die umfassende (zumeist stark dirigistische) Förderung von Handel und Gewerbe, der Landesausbau sowie die Bevölkerungspolitik. Im Rahmen einer umfassenden Wirtschaftspolitik kam dem Faktor Bevölkerung einige Bedeutung zu. Von der Bevölkerungsvermehrung versprachen sich die Obrigkeiten eine Erhöhung der Produktion und des Konsums, was die Hebung des allgemeinen Wohlstands und damit auch der Steuerleistung zur Folge haben sollte. Der Mensch wurde zu einer wirtschaftlichen Ressource, die staatlicher Planung unterworfen wurde.¹⁵ Dabei ging es aber nicht nur um Wirtschaft und Steuern, sondern auch um die Reputation der Fürsten, die sich mit einem bevölkerungsreichen und wohlgeordneten Staat in der kulturellen Konkurrenz der Fürstenwelt Europas behaupten mussten.¹⁶

Nach dem Dreißigjährigen Krieg spielten solche Vorstellungen auch in Brandenburg eine erhebliche Rolle. Seit 1646 entstanden im Havelländischen Kreis sowie ab 1649 und 1652 in den Ämtern Zehdenick, Liebenwalde, Fehrbellin, Chorin, Tangermünde und Gramzow Niederlassungen von Kolonisten aus den Niederlanden. Verschiedentlich gingen diese Wiederbesiedlungsversuche mit der Erprobung neuer Anbaumethoden und der Urbarmachung bis dahin ungenutzten Landes einher.¹⁷ Durch erneute Kriegsereignisse wurden jedoch die vorhandenen Ansätze mehrfach wieder zunichtegemacht.¹⁸ In den Folgejahrzehnten setzte eine umfangreiche ländliche Siedlungspolitik ein, wobei die Übergänge von einer Wiederbesiedlungspolitik nach den Kriegsverlusten und einem forcierten und systematischen Landesausbau fließend sind. Besondere Aufmerksamkeit richtete sich zunächst auf das städtische Umfeld, insbesondere auf Handel und Gewerbe, namentlich auf die Ansiedlung von Manufakturen. Abgesehen von der Möglichkeit, sowohl Massenwaren – etwa für den Militärbedarf – als auch Luxusgüter für den Hof produzieren zu lassen, konnten in den Manufakturen auch zahlreiche Arbeiter beschäftigt werden.¹⁹ Dabei spielte die großangelegte Aufnahme religiös Verfolgter eine wichtige Rolle.

In diesem Zusammenhang bildete das 1671 durch Kurfürst Friedrich Wilhelm erfolgte Aufnahmeangebot für fünfzig aus Wien und Niederösterreich vertriebene jü-

dische Familien den Auftakt für großangelegte planmäßige Wiederaufsiedlungsversuche in den kriegszerstörten Städten.²⁰ Allerdings konnten die Juden nur bedingt von den Einwandererprivilegien, die für christliche Gruppen galten, profitieren, enthielt das Aufnahmeangebot doch erhebliche Restriktionen. Es wurde ihnen zwar eine gewisse Eigenständigkeit in der Gerichtsbarkeit sowie das Recht zur privaten Religionsausübung zugesagt, doch durften sie keine Synagogen errichten. Überhaupt blieb ihre Rechtsstellung bis zum preußischen Emanzipationsedikt von 1812 prekär.²¹

Von einer planmäßigen und auch quantitativ großangelegten Einwanderungspolitik kann erst im Kontext der Anwerbung der Hugenotten die Rede sein. Die Migration der Hugenotten aus Frankreich begann bereits im 16. Jahrhundert während der ›Religionskriege‹, dauerte aber bis ins 18. Jahrhundert an. Die Aufhebung des Edikts von Nantes im Oktober durch König Ludwig XIV. (reg. 1643–1715) im Oktober 1685 löste freilich die größte Welle aus, mit 150 000 bis 200 000 Migrierenden in den 1680er und 1690er Jahren.²² Es handelte sich gleichwohl nicht um eine Vertreibung, denn das Edikt von Fontainebleau verbot die Auswanderung. Wer dennoch das Land verließ, flüchtete also widerrechtlich und zumeist heimlich aus dem Land. Zahlreiche der sich selbst als *Réfugiés* bezeichnenden Menschen ließen sich in den Niederlanden, in England, in der Schweiz, in Brandenburg, in Hessen und andernorts nieder.²³ Eng damit zusammen hing auch die Auswanderung der Waldenser aus den französischen Alpentalern, die aufgrund ihres Anschlusses an den französisch-reformierten Protestantismus ebenfalls von der Verfolgung betroffen waren. Auf Druck Frankreichs wurden 1686 auch die Waldenser aus Savoyen ausgewiesen, denen aber 1689 eine kurzzeitige Rückkehr gelang, 1699 jedoch nochmals vertrieben wurden.²⁴

Am 29. Oktober 1685²⁵ reagierte Kurfürst Friedrich Wilhelm mit dem Potsdamer Edikt auf die Verfolgung der Hugenotten und die Aufhebung des Edikts von Nantes. Das Edikt lud die *Réfugiés* in die Länder des Kurfürsten ein und schlug Reisewege vor. Es versprach ihnen mehrjährige Steuerfreiheiten, Unterstützung beim Aufbau von Betrieben, Hilfen und Material bei der Instandsetzung oder Neuerrichtung von Häusern, Bauland und – in ländlichen Gebieten – auch Ackerland, eine Schiedsgerichtsbarkeit bei Streitfällen und die freie Ausübung der französisch-reformierten Konfession.²⁶

Bisweilen wird das Potsdamer Edikt als ›Toleranzedikt‹ bezeichnet und zum Vorbild aufgeschlossenen Verhaltens gegenüber Zuwanderern auch in unserer Zeit stilisiert. Das trifft so natürlich nicht zu. Es handelte sich nicht um einen Akt der Toleranz gegenüber ins Land strömenden Zuwanderern, sondern um eine gezielte Einladung einer Personengruppe, von der man hoffte, sie werde das Land bevölkern und wirt-

schaftliche Impulse geben. Es verstand sich von selbst, dass man dieser Gruppe etwas anbieten musste, damit sie kam, denn Brandenburg war im Vergleich zu den Niederlanden oder England arm und von Frankreich aus gesehen sehr entlegen. Zudem handelte es sich um Angehörige des hoch geschätzten und vielfach nachgeahmten Frankreich, noch dazu um Angehörige einer Form des reformierten Glaubens, den in ähnlicher Weise auch das brandenburgische Kurhaus praktizierte. Mit Toleranz hat das nichts zu tun, allenfalls in dem Sinne, dass die lutherische Bevölkerungsmehrheit gewissermaßen einseitig zur Nachsicht genötigt wurde.

In der Folge des Potsdamer Edikts kamen, nachdem kleine Gruppen bereits seit den frühen 1670er Jahren in Berlin präsent waren, ca. 16 000 bis 20 000 Hugenotten in der Regierungszeit der Kurfürsten Friedrich Wilhelm und Friedrich III./I. (reg. 1688–1713) nach Brandenburg-Preußen. Die Mehrheit dieser Einwanderer siedelte sich in Städten an, ganz besonders Berlin wurde zum Zentrum der französischen Kolonie. Daneben beherbergten auch die außerhalb Brandenburgs, aber zu den kurfürstlichen Territorien gehörenden Städte Magdeburg und Halle eine große Zahl von Hugenotten. Auch Frankfurt an der Oder erhielt eine größere Ansiedlung, Potsdam hingegen erst später. Es kam aber auch zu kleinstädtischen und sogar ländlichen Ansiedlungen, etwa in Groß- und Kleinziethen oder Prenzlau.²⁷

Zudem kamen im Gefolge der Hugenottenimmigration auch wallonisch-stämmige Pfälzer. Letztere wanderten im Zuge der französischen Besetzung der linksrheinischen Pfalz ab 1689 aus und siedelten sich in Magdeburg und Stendal an.²⁸ Die Ausweisung der Protestanten aus dem Fürstbistum Salzburg hingegen tangierte die Kurmark Brandenburg nur in sehr geringem Maße. Das am 2. Februar 1732 erlassene preußische Einladungspatent bezog sich vor allem auf das Herzogtum Preußen. Etwa 12 000 bis 15 000 Salzburger gelangten wahrscheinlich dorthin, nur einige wenige zogen in andere Gebiete der Monarchie.²⁹

Unter König Friedrich Wilhelm I. (reg. 1713–1740) begann die Ansiedlung böhmischer Emigranten in Brandenburg und besonders in Berlin. Viele von ihnen kamen als Sekundärmigranten aus Sachsen, wo sie, sofern sie nicht als strikte Lutheraner galten, zunehmend unter Druck geraten waren. Auch die auf dem Gut des sächsischen Geheimen Rats Nikolaus Ludwig Graf von Zinzendorf angesiedelte, stark von spiritualistischen Vorstellungen geprägte Gemeinde, die als *Herrnhuter Brüdergemeine* bekannt wurde, war davon betroffen. Die ersten Herrnhuter, aber auch Mitglieder der böhmischen Brüderunität, die zeitweise in Sachsen untergekommen waren, siedelten sich 1737 in Rixdorf an. Unter Friedrich II. (reg. 1740–1786) wuchs die böhmische Kolo-



Abbildung 1: Wappen von Nowawes mit Darstellung eines böhmischen Exulanten (Public domain, via Wikimedia Commons)

nie in Berlin weiter an, und es wurden zusätzliche Ansiedlungen etwa in Nowawes bei Potsdam geschaffen. Hier waren vor allem Weber und Spinner tätig.³⁰

Viele der ländlichen Kolonien wurden indes von den Obrigkeiten zunehmend kritisch gesehen. Derselbe König Friedrich Wilhelm I., der sich so intensiv um die Wiederbesiedlung Ostpreußens bemühte, hatte für ländliche Hugenottensiedlungen nichts übrig. Auch den Schweizer Kolonisten wurde vorgehalten, sie seien faul und täten zu wenig, um sich aus eigener Kraft zu ernähren. Zeitgleich mit der Salzburger Ansiedlung ordnete Friedrich Wilhelm I. sogar die Ausweisung der den Militärdienst verweigernden *Mennoniten* an.³¹ Solche Vorgänge waren insgesamt keine Seltenheit und verweisen auf den Utilitarismus der Einwanderungspolitik, in deren Logik es lag, Bevölkerungsgruppen nach nützlichen und weniger nützlichen zu kategorisieren.

Große Manufakturen, insbesondere im Bereich der Textilherstellung, entstanden im Zuge der Hugenotten- und Schweizereinwanderung in Berlin, Magdeburg und Halle. *Böhmische Exulanten* waren ebenfalls zu einem guten Teil in der Textilherstellung tätig, die im Rahmen von Manufakturen oder im Verlagssystem erfolgte. Während die Manufakturen zentralisierte Betriebe waren und als Vorläufer von Fabriken gelten können, beruhte das Verlagssystem auf Heimarbeit. Der Verleger stellte Rohstoffe bereit und nahm die Endprodukte ab.³²

Manufakturen galten als besonders reputierlich und wurden massiv gefördert, wobei der Staat zum Teil stark in die wirtschaftlichen Belange eingriff. Bei der Anlage dieser Großbetriebe spielten landesherrliche Zuschüsse und Kredite eine zentrale Rolle. Dennoch erwiesen sich viele dieser Betriebe als unwirtschaftlich, was auch an den unterentwickelten Absatzstrukturen lag. Streitigkeiten und langwierige Prozesse der Manufakturisten untereinander waren – besonders auffällig im Falle der Hugenotten – die Folge.³³ In der Praxis blieben größere Manufakturbetriebe in Brandenburg die Ausnahme. Die Mehrzahl der in den Städten angesiedelten Hugenotten betätigte sich im Rahmen des traditionellen Kleinhandwerks, wo sie sich spätestens nach Ablauf der in den Einwandererprivilegien festgelegten Freijahre in aller Regel den ortsüblichen zünftigen Strukturen anpassen mussten.³⁴

Der Regelfall der städtischen Kolonisation war die Zusiedlung der Einwanderer in den bestehenden Städten. Hier wurden den Einwanderern wüste Hausstellen oder instand zu setzende Häuser eingeräumt. Zum Teil erfolgte die Ansiedlung allerdings auch innerhalb planmäßig ausgebauter Vorstädte, insbesondere bei den Residenzen. Ab 1660 begann der Ausbau Potsdams als Zweitresidenz des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Unter König Friedrich II. folgte dann die weitere Ausgestal-

»Glaubensflüchtlinge« in Brandenburg im 17. und 18. Jahrhundert

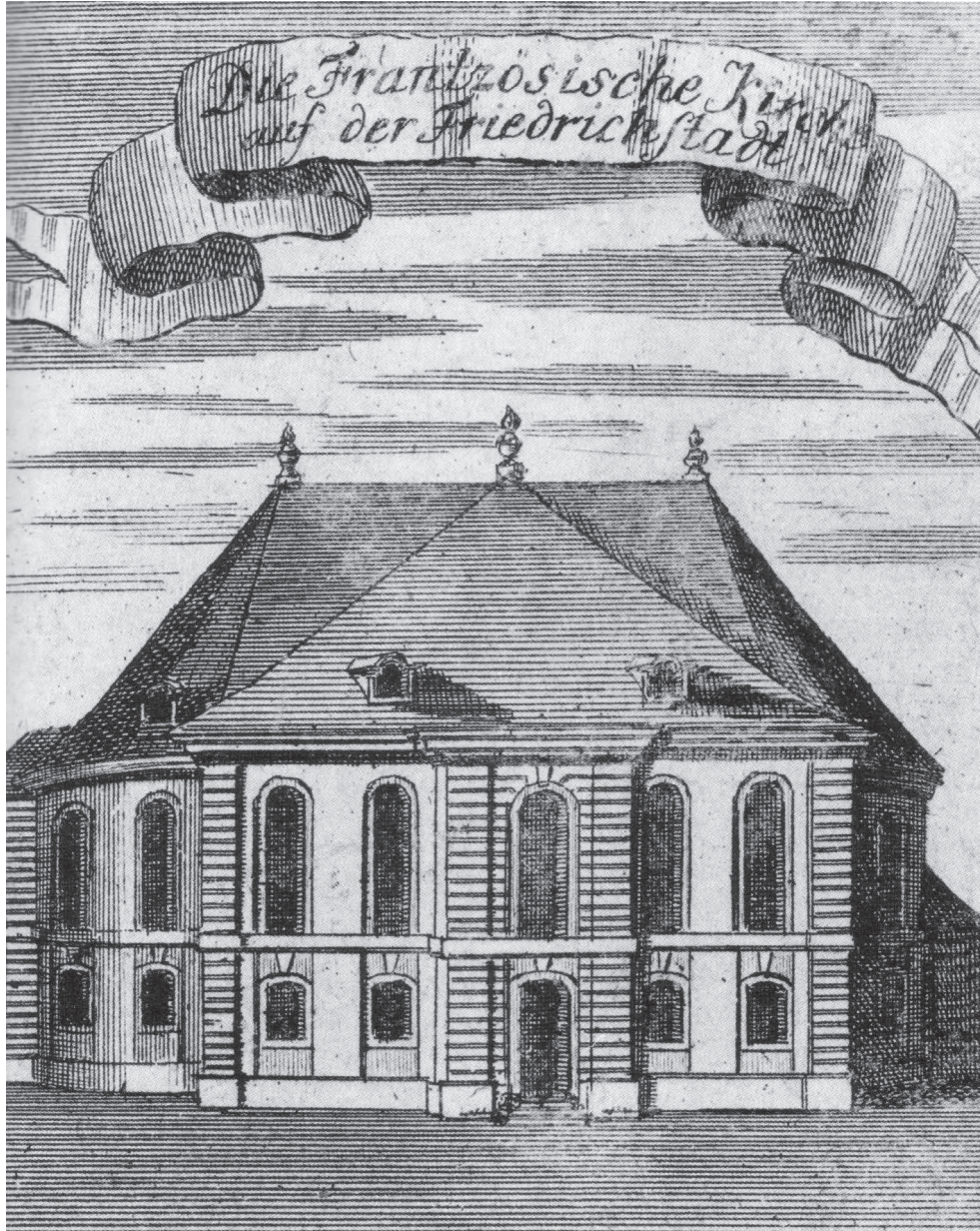


Abbildung 2: Berlin, Gendarmenmarkt, Französische Friedrichstadtkirche, 1740 (Johann David Schleuen, Public domain, via Wikimedia Commons)

tung durch den Bau des Schlosses Sanssouci und des Neuen Palais. Zuvor schon war Potsdam unter Friedrich Wilhelm I. zu einem wichtigen Garnisonsstandort geworden. Auch mit dem Ausbau Berlins wurde in der Zeit Kurfürst Friedrich Wilhelms begonnen, zuerst mit der Befestigung und Privilegierung des Friedrichswerders (1662), dann mit dem Bau der Dorotheenstadt (seit 1673) und der Friedrichsstadt (seit 1688). Hier wurden einerseits »Glaubensflüchtlinge« wie die Hugenotten angesiedelt und andererseits neue Einwohner aus dem Reich angeworben.³⁵

Sowohl im städtischen als auch im ländlichen Umfeld waren Konflikte mit der eingewachsenen Bevölkerung keine Seltenheit. Dabei spielte es keine Rolle, dass auch die deutschsprachige, zumeist lutherische Bevölkerung oft nicht alteingesessen war, sondern selbst erst im Zuge der Migrationsprozesse nach dem Dreißigjährigen Krieg an den jeweiligen Ort gelangt war. Das Gefühl der Fremdheit mag eine Rolle gespielt haben, nachweisbar ist es in den Quellen nur sehr selten. Vermutlich war das nicht der entscheidende Faktor bei den Konflikten. Wesentlicher waren konkrete Konfliktlagen: Es ging um Besitzstände, um Rechte – an Wiesen und Weiden, an der Waldnutzung etc. –, um die Mitbenutzung von Dorfkirchen und Friedhöfen sowie in den Städten um die Rechte an verfallenen Gebäuden, wenn die Besitzer kein Geld hatten, sie wieder in Stand zu setzen, aber dennoch nicht einfach enteignet werden wollten. Zugleich ging es um das hergebrachte Recht der Zünfte, ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst zu regeln und intern für eine gleichmäßige Verteilung von Arbeit und Einkommen – zeitgenössisch zumeist als »Nahrung« bezeichnet – zu sorgen.³⁶

Solche Konflikte waren nicht selten, und sie hatten viel zu tun mit spezifisch vor-modernen Vorstellungen vom alten Herkommen und Gerechtigkeit.³⁷ Proteste richteten sich dementsprechend oft gar nicht gegen die Hugenotten selbst, sondern gegen eine Regierung, die es als ihre Zuständigkeit betrachtete, sich um wirtschaftliche Belange zu kümmern, sich einzumischen und die mit Verweis auf das Gemeinwohl ihrerseits alte Privilegien in Frage stellte. Hier prallten unvereinbare Auffassungen über das Wesen einer »guten Policey« aufeinander. Das gilt auch und gerade für das 18. Jahrhundert, als im Namen der Aufklärung und des Fortschritts Tradition und Herkommen von Regierungsseite zunehmend in Frage gestellt wurden, während Teile der ländlichen und städtischen Bevölkerung an dem, was sich aus ihrer Sicht bewährt hatte, festhalten wollten.³⁸

IV.

»Glaubensflüchtlingen«, namentlich den Hugenotten, wird bis heute eine tragende Rolle beim Wiederaufbau und Aufstieg Brandenburg-Preußens zugeschrieben. Man darf freilich skeptisch sein, ob diejenigen Gruppen, die wir, wenn auch unter Vorbehalt, unter die »Glaubensflüchtlinge« subsumieren, tatsächlich einen so großen Anteil daran hatten. Schon rein zahlenmäßig scheint zwar die Zuwanderung der Hugenotten gewaltig, doch bei den anderen Gruppen – Herrnhutern, Böhmen, Mennoniten etc. – sind die Zahlen sehr viel kleiner. Ihnen gegenüber stehen die zahlreichen Einwanderer schon im unmittelbaren Gefolge des Dreißigjährigen Kriegs und erst recht während der friderizianischen Kolonisationsmaßnahmen, die im Allgemeinen nicht zu den »Konfessionsmigranten« gerechnet werden. Da sie aber nie eine homogenisierende Identitätsstiftung betrieben haben, werden sie als Gruppe nicht wahrgenommen und geraten gegenüber den »Glaubensflüchtlingen«, insbesondere den Hugenotten, aus dem Blick. Zweifellos prägte die Einwanderung Brandenburg-Preußens, doch sollte sie nicht einseitig auf »Glaubensflüchtlinge« reduziert werden.

Anmerkungen

- | | |
|---|---|
| 10 NIGGEMANN 1977, S. 426 f.; HÄRTER 2016, S. 52–62. | 19 NIGGEMANN 2016, S. 207 f. |
| 1 Einführend zur Migrationsgeschichte OLTMER 2017. | 20 SCHEIGER 1990, S. 164–171. |
| 2 SCHILLING 2010. | 21 Ebd., S. 178–181, 244–247. |
| 3 KAPLAN 2009, S. 15–72. | 22 NIGGEMANN 2011, S. 41–47; SCHUNKA 2019, S. 68–75. |
| 4 SCHILLING 1988; KLUETING 2007, S. 202–209. | 23 NIGGEMANN 2011, S. 45 f. |
| 5 SCHUNKA 2016. | 24 Ebd., S. 37–39. |
| 6 NIGGEMANN 2015. | 25 Beziehungsweise der 8. November nach dem <i>Gregorianischen Kalender</i> . |
| 7 Vgl. ROSEN-PREST 2002, S. 179–182. | 26 DÖLEMEYER 2006, S. 40–49; BIRNSTIEL/REINKE 1990, S. 44–49. |
| 8 Dazu etwa JANSSEN 2011; NIGGEMANN 2015, S. 66 f. | 27 Ebd., S. 53 f. |
| 9 MARSCH 1977. | 28 NIGGEMANN 2016, S. 188 f. |
| 11 SCHEIGER 1990, S. 159–164. | |
| 12 ASCHE 2006, S. 17–77; BIRNSTIEL/REINKE 1990, S. 33–35. | |
| 13 NIGGEMANN 2018, S. 428. | |
| 14 ASCHE 2006, S. 115–128. | |
| 15 NIGGEMANN 2016, S. 171–176; ausführlich NIPPERDEY 2012. | |
| 16 Dazu am hessischen Beispiel NIGGEMANN 2017. | |
| 17 ASCHE 2006, S. 261–285, 431–434; NIGGEMANN 2016, S. 179. | |
| 18 ASCHE 2006, S. 173–175, 195–205, 290–302. | |

29 WALKER 1997, S. 71–102, 159–165.

30 NIGGEMANN 2016, S. 191.

31 Ebd., S. 206 f.

32 Ebd., S. 208 f.; BIRNSTIEL/REINKE 1990,
S. 102–106.

33 NIGGEMANN 2008, S. 315–317.

34 DERS. 2011, S. 81–84.

35 BIRNSTIEL/REINKE 1990, S. 97–100.

36 NIGGEMANN 2008.

37 Ebd., S. 327–333.

38 Vgl. die Hinweise bei DAUSER/FASSEL/
SCHILLING 2016.

LITERATUR

- MATTHIAS ASCHE, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006.
- ECKART BIRNSTIEL/ANDREAS REINKE, Hugenotten in Berlin, in: STEFI JERSCH-WENZEL/ BARBARA JOHN (Hgg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, S. 13–152.
- REGINA DAUSER/PETER FASSL/LOTHAR SCHILLING (Hgg.), Wissenszirkulation auf dem Land vor der Industrialisierung, Augsburg 2016.
- BARBARA DÖLEMEYER, Die Hugenotten, Stuttgart 2006.
- KARL HÄRTER, Grenzen, Streifen, Pässe und Gesetze. Die Steuerung von Migration im frühneuzeitlichen Territorialstaat des Alten Reiches (1648–1806), in: JOCHEN OLTMER (Hg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016, S. 45–86.
- GEERT JANSSEN, Quo Vadis? Catholic Perceptions of Flight and the Revolt of the Low Countries 1566–1609, in: *Renaissance Quarterly* 64 (2011), S. 472–499.
- BENJAMIN J. KAPLAN, *Divided by Faith. Religious Conflict and the Practice of Toleration in Early Modern Europe*, Cambridge [Mass.] 2009.
- HARM KLUETING, *Das konfessionelle Zeitalter. Europa zwischen Mittelalter und Moderne. Kirchengeschichte und Allgemeine Geschichte*, Darmstadt 2007.
- ANGELIKA MARSCH, *Die Salzburger Emigration in Bildern, Weißenhorn* 1977.
- ULRICH NIGGEMANN, *Immigrationspolitik zwischen Konflikt und Konsens. Die Hugenottenansiedlung in Deutschland und England (1681–1697)*, Köln/Weimar/Wien 2008.
- ULRICH NIGGEMANN, *Hugenotten*, Köln/Weimar/Wien 2011.
- ULRICH NIGGEMANN, Glaubensflucht als Migrationstyp? Charakteristika konfessionsbedingter Migration in der Frühen Neuzeit, in: *Historisches Jahrbuch* 135 (2015), S. 46–68.
- ULRICH NIGGEMANN, »Peuplierung« als merkantilistisches Instrument. Privilegierung von Einwanderern und staatlich gelenkte Ansiedlungen, in: JOCHEN OLTMER (Hg.), *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2016, S. 171–218.

- ULRICH NIGGEMANN, Wirtschaft – Politik – Reputation. Die Hugenottenaufnahme im Rahmen landgräflicher Zukunftsplanung, in: HOLGER TH. GRÄF/CHRISTOPH KAMPMANN/BERND KÜSTER (Hgg.), Landgraf Carl (1654–1730). Fürstliches Planen und Handeln zwischen Innovation und Tradition, Marburg 2017, S. 135–146.
- ULRICH NIGGEMANN, Migration und Minderheiten in Mittelalter und Neuzeit: Brandenburg, in: WERNER FREITAG/MICHAEL KISSENER/CHRISTINE REINLE/SABINE ULLMANN (Hgg.), Handbuch Landesgeschichte, Berlin/Boston 2018, S. 424–438.
- JUSTUS NIPPERDEY, Die Erfindung der Bevölkerungspolitik. Staat, politische Theorie und Population in der Frühen Neuzeit, Göttingen 2012.
- JOCHEN OLTMER, Globale Migration. Geschichte und Gegenwart, München 2017.
- VIVIANNE ROSEN-PREST, L’Historiographie des Huguenots en Prusse au temps des Lumières. Entre mémoire, histoire et légende. J. P. Erman et P. C. F. Reclam, Mémoires pour servir à l’histoire des réfugiés françois dans les Etats du Roi (1782–1799), Paris 2002.
- BRIGITTE SCHEIGER, Juden in Berlin, in: STEFI JERSCH-WENZEL/BARBARA JOHN (Hgg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, S. 153–488.
- HEINZ SCHILLING, Die Konfessionalisierung im Reich. Religiöser und gesellschaftlicher Wandel in Deutschland zwischen 1555 und 1620, in: Historische Zeitschrift 246 (1988), S. 1–45.
- HEINZ SCHILLING, Die frühneuzeitliche Konfessionsmigration. Calvinisten und sephardische Juden im Vergleich, in: HENNING P. JÜRGENS/THOMAS WELLER (Hgg.), Religion und Mobilität. Zum Verhältnis von raumbezogener Mobilität und religiöser Identitätsbildung im frühneuzeitlichen Europa, Göttingen 2010, S. 113–136.
- ALEXANDER SCHUNKA, Konfession, Staat und Migration in der Frühen Neuzeit, in: JOCHEN OLTMER (Hg.), Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert, Berlin/Boston 2016, S. 117–169.
- ALEXANDER SCHUNKA, Die Hugenotten. Geschichte, Religion, Kultur, München 2019.
- MACK WALKER, Der Salzburger Handel. Vertreibung und Errettung der Salzburger Protestanten im 18. Jahrhundert, Göttingen 1997.

Ulrich Niggemann ist Direktor und Geschäftsführender Wissenschaftlicher Sekretär am Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg.

Know-how für den Hohenzollernstaat

Wissens- und Technologietransfer durch eingewanderte Experten vom späten 16. bis zum früheren 18. Jahrhundert

Matthias Asche

Das klassische Werk Wilhelm Treues zur Wirtschafts- und Technikgeschichte vermittelt den Eindruck, dass erst ab der Mitte des 18. Jahrhunderts, mithin seit König Friedrich II. eine nennenswerte ökonomische Entwicklung in Brandenburg-Preußen eingesetzt hätte.¹ Zweifellos wurde die kaum urban geprägte Mark Brandenburg erst spät von einem wirtschaftlichen Aufschwung ergriffen. Dies gilt insbesondere für den Vergleich mit den hohenzollernschen Territorien an Niederrhein und Westfalen. Bei genauerer Betrachtung findet man aber bereits im späteren 16. Jahrhundert erste Ansätze einer in obrigkeitlicher Regie betriebenen Wirtschaftspolitik. Die Entdeckung der Ökonomie als staatliches Handlungsfeld gehört in den Zusammenhang mit den merkantilistischen Bemühungen um ein ›absolutistisches‹, also ein möglichst ständeunabhängiges Regiment, das lieber auf den Import fremder, durch großzügige Privilegien gebundener Unternehmer denn auf die Launen der steuerbewilligenden Landstände setzte.

Die Forschung hat schon lange auf die von den Kurfürsten geförderte Einwanderungspolitik als »*Entwicklungshilfe*« für das noch im 17. Jahrhundert weithin strukturarmer Brandenburg hingewiesen² – insbesondere nach dessen Verheerungen und Entvölkerungen im Dreißigjährigen Krieg. Damit kam den Kurfürsten Friedrich Wilhelm und Friedrich III./I. – vor dem Krieg aber bereits den ersten Impulsen Joachim Friedrichs und Johann Sigismunds – gewissermaßen eine Pionierrolle zu, weshalb deren Einwanderungspolitik vor dem Hintergrund von Expertenakquise im Folgenden auch ins Zentrum gerückt werden soll. Dabei soll es aber nicht nur um die ökonomische Seite der Einwanderung gehen, sondern generell um Immigrationsvorgänge von Experten im Zusammenhang mit Wissens- und Technologietransferprozessen.

Abbildung 1: Les Réfugiés François établissent des Fabriques dans le Brandebourg; Kupferstich; Daniel Chodowiecki; aus: Jean Pierre Erman/Pierre Christian Frédéric Reclam, Mémoires pour servir à l'histoire des réfugiés françois dans les États du Roi, Bd. 4, Berlin 1785, Titelblatt



Der Nachweis systematischer Anwerbungen von eingewanderten Ausländern im Umfeld des Hofes von Kurfürst Friedrich Wilhelm,³ auch in Militär und Verwaltung,⁴ ist längst erbracht. Ähnliches gilt für die Bedeutung von niederländischen Künstlern und Ingenieuren, von hugenottischen Gelehrten und Gewerbetreibenden für die preußische Kultur insgesamt.⁵ Bezogen auf die Juden und Hugenotten,⁶ wurde – ungeachtet der problematischen Verwendung des Begriffes ›Bürger‹ für diese Gruppen – vielfach auf die grundlegende Innovationskraft dieses »importierten Ersatzbürgertums« verwiesen.⁷ Die tatsächlichen Wirkungen der Franzosen auf die Wirtschaft sollten jedoch, nicht nur in Brandenburg-Preußen, nicht überschätzt werden, zumal die Etablierung größerer Manufakturbetriebe gegenüber kleinhandwerklichen Betrieben eher die Ausnahme blieb und die insgesamt noch eher unterentwickelten Absatzstrukturen, aber auch die nur mangelhaft ausgebildete Schicht der lohnabhängigen Manufakturarbeiter sich als hinderlich erwiesen.⁸ Als relativ erfolgreich erwiesen sich Seidenproduktion und die Seidenstrumpfwirkerei, Handschuh- und Perücken- und Spiegelfabrikation, weniger dagegen die Papierherstellung.⁹

Im Folgenden können nur einzelne Aspekte der durch eingewanderte Experten getragenen Transferprozesse exemplarisch herausgegriffen werden. Ausgehend von Beobachtungen zu frühen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vor dem Dreißigjährigen Krieg (I.), wird auf die Rolle von Experten aus den Niederlanden unter den Kurfürsten Friedrich Wilhelm und Friedrich I./III. (II.) sowie schließlich auf die Meliorations- und Siedlungspolitik bis zum Regierungsantritt König Friedrichs II. (III.) eingegangen. Dies kann freilich nur Baustein einer umfassenden Kultur-, Wirtschafts- und Technikgeschichte zum ›langen 17. Jahrhundert‹ sein, die für die Mark Brandenburg jedenfalls noch geschrieben werden muss.

I. ANSÄTZE VON WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG VOR DEM DREISSIGJÄHRIGEN KRIEG

Zu den Grundtatsachen der Wirtschaftsgeschichte der Mark Brandenburg gehört der Mangel an natürlichen Bodenschätzen. Abgesehen vom minderwertigen Raseneisenerz sowie wenigen Zink- und Kupfervorkommen, gab es – vor der intensiven Nutzung der Lausitzer Braunkohle im 19. Jahrhundert – kaum nennenswerte Metallvorkommen oder Mineralien, die im Lande selbst verarbeitet werden konnten. Noch aus

eigener Initiative hatte etwa der noch von Kurfürst Johann Georg angeworbene Spandauer Festungsbaumeister Graf Rochus von Lynar (1525–1596)¹⁰ aus Marradi in der Toskana die Salzquellen bei Saarmund und Beelitz wirtschaftlich erschlossen. Erste obrigkeitliche Impulse für wirtschaftliche Maßnahmen setzten dann aber schon während der Regierung der Kurfürsten Joachim Friedrich und Johann Sigismund ein – ganz wesentlich mit Hilfe von Experten und Arbeitskräften aus dem Ausland. Die zuvor kaum ausgeprägte Eisen- und Kupferproduktion zogen die Kurfürsten an sich. Auf dem Kienwerder vor den Toren von Eberswalde erwarb Joachim Friedrich zwei ältere Kupferhämmer (1603), die dann an die Finow verlegt wurden. Mit der sukzessiven Konzentration von Kupferhämmer und Eisenhüttenwerken (1660 Blechhammer, 1697/1700 Messingwerk Heegermühle, in der Nachbarschaft Eisenspalterei und Drahtmühle) im Finowtal entstand nach dem Dreißigjährigen Krieg um Eberswalde mit ausdrücklicher kurfürstlicher Förderung ein erstes proto-industrielles Zentrum in Brandenburg.¹¹ Dies markierte dann auch den Auftakt der Übernahme von Wirtschaftspolitik die staatliche Regie – wohingegen konsequenterweise das Betreiben von privaten Hammerhütten untersagt wurde (1621). Neben Eberswalde wurden auch Zehdenick und Peitz wichtig für die einheimische Waffen- und Munitionsproduktion – stets verbunden mit erheblichen Zuzügen von Arbeitskräften –, wobei freilich aufgrund von deren mangelhafter Qualität die Spitzenerzeugnisse weiterhin aus Schweden importiert werden mussten.

In infrastruktureller Hinsicht zukunftsweisend war in diesem Zusammenhang vor allem die Entscheidung Kurfürst Joachim Friedrichs, eine Transportverbindung zwischen Havel und Oder zu schaffen.¹² Die Kanalisierungsarbeiten an der Finow begannen nach 1603 und dauerten bis 1620. Hierzu wurden Schleusen- und Kanalbaumeister aus den Niederlanden und aus dem Herzogtum Preußen angeworben. Die »Teichgräber«, also die meist ungelerten Arbeitskräfte, die Gräben aushoben und Deiche anlegten, stammten aus allen Teilen der Mark Brandenburg, zum Teil aber auch aus den Niederlanden und Schlesien. Die Oberaufsicht über den Kanalbau erhielt der aus böhmischem Adel stammende Geheime Rat Hieronymus Graf Schlick (1563–1612).¹³ Zwar verfiel der erste Finowkanal während des Dreißigjährigen Krieges wieder, aber König Friedrich II. legte ihn nach 1743 wieder frei und erweiterte ihn im Laufe der folgenden zehn Jahre.

Die reichen Waldbestände in der Uckermark, der Neumark und in Teilen der Mittelmark bildeten die wichtigsten Energielieferanten für die verschiedenen Waldgewerbe, die ebenfalls seit Kurfürst Joachim Friedrich gezielt gefördert wurden. Wald-



Abbildung 2: Rochus Quirinus Graf zu Lynar (1525–1596); Bronzestatue von 1903; Standort: Lübbenau; Aufnahme: Dr. Bernd Gross

glashütten, Teeröfen und Ziegeleien gehörten ganz zweifellos zu den wichtigsten Produktionszweigen auf dem platten Land.¹⁴ Da diese wenig umweltschonenden Gewerbe stets auf nahegelegene Wälder angewiesen waren, folgten die Produktionsstätten gewissermaßen dem Holz immer tiefer in den Wald. Damit gehörten die hochspezialisierten Glasmacher zu den mobilsten Gewerbetreibenden auf dem Land. Die ersten, oft im Familienverband angeworbenen Glasmacher in Brandenburg stammten aus Hessen und Thüringen, anfangs auch aus Böhmen.¹⁵ Auch der berühmte, auf der Pfaueninsel wirkende Erfinder des begehrten Goldrubinglases Johann Kunckel (ca. 1630–1703)¹⁶ stammte aus einer ostholsteinischen Glasmacherfamilie. Während nach der Ausholzung von Forsten die Glashütten weiterzogen und an anderen Orten neugegründet wurden, entstanden an Stelle der verlassenen Glasmachersiedlungen oftmals neue Dörfer. Beispielsweise gehörten die nach dem Fortzug der Glashütte im uckermärkischen Grimnitz zurückgelassenen Glasarbeiter zu den Neubürgern in Joachimsthal (1603), der einzigen brandenburgischen Stadtgründung des 17. Jahrhunderts.¹⁷ Insgesamt spielten die Waldgewerbe für den brandenburgischen Landesausbau im 17. und 18. Jahrhundert eine nicht zu unterschätzende Rolle, die bis zur Einführung der Kohle als neuer Energieträger im 19. Jahrhundert anhielt.

Der Dreißigjährige Krieg mit seinen schweren Verwüstungen und Entvölkerungen entlang des brandenburgischen ›Kriegskorridors‹ unterbrach für einige Jahrzehnte den Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklungen.¹⁸

II. NIEDERLÄNDISCHE EXPERTEN AN SPREE UND HAVEL

Es ist unumstritten, dass der starke Einfluss der Niederlande auf die Entwicklung Berlins und Brandenburgs mit einer wirtschaftlichen Stimulierung und einer kulturellen Neuausrichtung zwischen der Mitte des 17. und dem Beginn des 18. Jahrhunderts verbunden war. Forciert wurden die Transferprozesse durch die Eheschließung des jungen Kurfürsten Friedrich Wilhelm mit Luise Henriette, der Tochter des oranischen Statthalters Friedrich Heinrich.¹⁹ Kurfürstin Luise Henriette war dabei zweifellos eine wichtige, aber keinesfalls die einzige Vermittlerin niederländischer Kultur und Gewerbes.²⁰ Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte schon bald nach seinem Regierungsantritt begonnen, Kontakt mit niederländischen Ingenieuren, Künstlern und Gewerbetreibenden aufzunehmen.²¹

Einer der ersten ›Niederländer‹ im kurfürstlichen Dienst war der aus dem oberösterreichischen Linz stammende, aber sehr jung in die Niederlande gekommene Baumeister Johann Gregor Memhardt (1607–1678), der bereits von Kurfürst Georg Wilhelm Aufträge angenommen hatte.²² So zeichnete er verantwortlich für den Hafen- und Festungsbau in Pillau, Memel, Küstrin und Kalkar. Memhardt wurde schon 1641 als kurfürstlicher Ingenieur, 1650 als Hofbaumeister fest verpflichtet. Als solcher war er mit der Instandsetzung des Residenzschlosses und anderer höfischer Bauten beauftragt. Von ihm stammt der älteste Plan der Doppelstadt Berlin-Cölln (1652). Memhardt begann auch mit der Fortifikation Berlins, deren Befestigungsanlagen unter seinem Nachfolger Johann Arnold Nehring (1659–1695) – ebenfalls ein in den Niederlanden ausgebildeter, aus Wesel gebürtiger Bauingenieur²³ – schließlich fertiggestellt wurden. Nach dem Abriss der alten Gräben, Wallanlagen, Gärten und Gebäude entstanden die nach niederländischem Vorbild entworfene Friedrichsgracht an der Spree und der Erweiterungsbau des Schlosses. Die Regulierung der Spree erfolgte durch Schleusen, welche der aus Breda gebürtige Michael Matthias Smids (1626–1692) konzipiert hatte. Smids wurde 1652 zum Hofzimmermann und Schleusenmeister, 1653 zum Hofbaumeister ernannt. In dieser Funktion entwarf er auch zahlreiche Pläne für den Bau von niederländischen Windmühlen.²⁴

Mit Memhardt verbindet sich zudem der Baubeginn des Potsdamer Stadtschlosses im Jahre 1662, obwohl der aus dem Piemont stammende Generalquartiermeister Philipp de Chieze (1629–1679)²⁵ und später Nehring hier prägender waren. Zwischen Schloss und Kietz entstand nach 1673 die »*Kurfürstliche Freiheit*«, eine Stadterweiterung Potsdams in Richtung Westen mit Wirtschafts- und Wohngebäuden für Hofbeamte. Zudem siedelte der Kurfürst zur Belebung der Wirtschaft seiner neuen Residenz in den 1660er Jahren niederländische Fayence-, Seiden-, Drell- und Damastmacher an, etwa die *Porcelain-Bäckerei* unter der Leitung von Pieter Fransen van der Lee aus Delft (†1680), der seit 1678 anstelle des teuren chinesischen Porzellans ein-facheres Steinzeug herstellte.²⁶ Insgesamt war gerade das erst unter König Friedrich Wilhelm I. zur zweiten Residenzstadt gewordene Potsdam – mehr noch als Berlin – von niederländischen Einflüssen geprägt, wie das im Zuge der zweiten Stadterweiterung zwischen 1733 und 1742 vom Amsterdamer Bauingenieur Johann Boumann (1706–1776) konzipierte *Holländische Viertel* eindrücklich zeigt.²⁷

In der waldreichen Umgebung des Potsdamer Schlosses entstand zudem in den 1660er Jahren eine höchst artifizielle Park- und Gartenlandschaft mit Jagd- und Lustschlössern, für welche die niederländische Schloss- und Gartenarchitektur Vorbild

stand. So begann etwa der Hofgärtner Dietrich de Langelaer aus der Nähe von Utrecht (1640–1713) in Bornim mit der Anlage eines Gartens. Das Jagdschloss Köpenick wurde zwischen 1677 und 1705 von dem aus Nijmegen stammenden Rutger van Langevelt (1635–1695)²⁸ und Nehring erbaut. Das bedeutendste dieser Schlösser in der Umgebung Berlins stand jedoch in Bötzwow. Nach der Überlassung der Herrschaft Bötzwow an Kurfürstin Luise Henriette (1650) begann Johann Gregor Memhardt mit dem Bau eines aufwendigen Schlosses, welches zu Ehren der Kurfürstin »Die Oranienburg« genannt wurde – ein Name, der später auf die um das Schloss entstehende Siedlung übertragen wurde.

Zu den bedeutendsten Vermittlern niederländischer Kultur gehörte Fürst Johann Moritz von Nassau-Siegen (1604–1679).²⁹ Der einige Zeit als Generalgouverneur der niederländischen Westindien-Kompanie amtierende und erfolgreich an der brasilianischen Küste agierende Feldherr war seit 1644 Befehlshaber der niederländischen Besatzungstruppen in Kleve. Als Vertrauter des brandenburgischen Kurfürsten wurde er von diesem nach dem Dreißigjährigen Krieg als Statthalter der hohenzollernschen Besitzungen am Niederrhein und in Westfalen bestellt. Als selbstbewusster Reichsfürst entwickelte Johann Moritz, »der Brasilianer«, wie er genannt wurde, unter anderem eine Kultur- und Gartenlandschaft in Kleve, wo er auf der von niederländischen Baumeistern gestalteten Schwanenburg seine Residenz nahm, die ihrerseits zum Vorbild der Potsdamer Schloss- und Gartenanlagen wurde. In der näheren Umgebung von Berlin entstanden unter Beteiligung von niederländischen Baumeistern und Handwerkern zahlreiche Jagd- und Lustschlösser, etwa in Sonnenburg bei Küstrin in der Neumark, der Residenz Johann Moritz' von Nassau-Siegen, des Herrenmeisters der brandenburgischen Johanniterballei von dem aus Utrecht stammenden Baumeister Cornelis Ryckwaert († 1693) nach Plänen des Den Haager Architekten Pieter Post (1608–1669).³⁰ Johann Moritz von Nassau-Oranien kaufte im Auftrag des Kurfürstenpaares gezielt Kunstwerke aus den Niederlanden an und legte so den Grundstein für die spätere Berliner Kunstammer. Schließlich stellte er zahlreiche Kontakte mit Technikern für Festungs-, Kanal- und Schleusenbau sowie mit Architekten, Kunsthandwerkern und Gartenbauern her.

Der finanziell stets klamme Kurfürst Friedrich Wilhelm versprach sich zusätzliche Einnahmen vom Erwerb von Kolonien in Übersee, weshalb er gemeinsam mit Kolonialunternehmern aus den Niederlanden eine *Brandenburgisch-Africanische Handels-Compagnie* gegründet hatte.³¹ Eine wichtige Rolle spielte insbesondere der aus Vlissingen stammende Reeder, Kaperkapitän und Kaufmann hugenottischer Abstam-



Abbildung 3: Johann Moritz, Fürst von Nassau-Siegen (1604–1679); Kupferstich von 1671; Jacob van Meurs; aus: ADRIANUS MONTANUS, *De Nieuwe en Onbekende Weereld. Of Beschryving van America en 't Zuid-Land [...]*, Moers 1671, Titelblatt; Scan: Nationalbibliothek Aruba

mung Benjamin Raulé (1634–1707), der 1676 vom Kurfürsten erst zum Schiffsdirektor, schließlich 1681 zum Generaldirektor der Marine ernannt wurde und diesen zum Schiffbau anregte. Neben Kolberg (1676) und Pillau (1679) richtete Raulé im Jahre 1687 bei Havelberg einen kurfürstlicher Schiffsbauhof ein, auf welchem im Auftrag der Handelskompanie Schiffsrümpfe aller Art hergestellt wurden, während der Fertigung der Schiffe in Hamburg stattfand. Die kleine kurbrandenburgische Flotte wurde aber auch im Krieg gegen Schweden eingesetzt. Die in den 1680er Jahren erworbenen kurzlebigen brandenburgischen Kolonien, die vor allem als Umschlagplätze für Sklavenhandel und Zuckerimport genutzt wurden, lagen einerseits in Westafrika – Groß Friedrichsburg (heute Ghana) und Arguin (Mauretanien) –, andererseits gab es Inselbesitz in der Karibik: St. Thomas (heute zu den Amerikanischen Jungferninseln) und die Krabbeninsel (zu Puerto Rico). Der wachsende Widerstand der Seemächte gegen die brandenburgischen Kolonialaktivitäten führte jedoch schließlich zu deren Einstellung: Bis 1720 verkaufte König Friedrich Wilhelm I. die wenigen, zudem kaum ertragreichen brandenburgischen Kolonien an die niederländische Westindien-Kompanie. Bereits 1702 war die Havelberger Schiffsbauwerft aufgelassen worden. Und auch Benjamin Raulé erwies sich zuletzt als Abenteurer und Bankrotteur. Unter König Friedrich I. fiel er wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten schließlich in Ungnade.

III. MELIORATIONS- UND SIEDLUNGSPOLITIK – EIN AUSBLICK BIS ZUR MITTE DES 18. JAHRHUNDERTS

Ähnlich negative Erfahrungen wie mit Raulé hatte bereits Kurfürst Friedrich Wilhelm mit mehreren niederländischen Siedlungsunternehmern machen müssen, die sich schon in den späteren 1640er Jahren in Pachtkontrakten dazu verpflichtet hatten, Kolonisten in das vom Krieg ausgeblutete Land zu holen und dort den Boden wieder urbar zu machen.³² Insgesamt wird die ländliche Einwanderung von Niederländern in Brandenburg deutlich überschätzt, zumal ohnehin nur wenige Kolonisten gewonnen werden konnten und diese fast alle nach nur wenigen Jahren wieder in ihre alte Heimat zurückkehrten – übrigens im Gegensatz zu den Schweizerkolonisten, den französischen und wallonischen Siedlern, die nach 1685 vor allem in der nach wie vor von den demographischen Folgen des Dreißigjährigen Krieges gezeichneten Uckermark und in das Ruppiner Land geholt wurden.³³ Wenn also Theodor Fontane in sei-

nen »*Wanderungen in der Mark Brandenburg*« euphorisch schreibt, dass die Holländer »*die eigentlichen landwirtschaftlichen Lehrmeister für die Mark, speziell für das Havelland*« gewesen seien,³⁴ ist das also maßlos übertrieben. Fontane bezieht sich lediglich auf die – freilich nur lokal eher begrenzten – siedlungs- und (land-)wirtschaftlichen Maßnahmen der Kurfürstin Luise Henriette in der Umgebung von Oranienburg und des Oberjägermeisters Jobst Gerhard von Hertefeld in seiner Herrschaft Liebenberg.

Das Havelland blieb auch nach dem Tod des ersten Königs (1713) eines der landeskultivatorischen Experimentierfelder der Hohenzollern. Hinzuweisen ist hier insbesondere auf die Gründung des Domänialamtes Königshorst im Havelländischen Luch nördlich von Nauen im Jahre 1719, das in den Kontext der großen Urbarmachungen, Meliorationen und Kolonisationen im Havelland (Gründung von Hohenbruch 1710 und Kreuzbruch 1718) und im Rhinluch gehört.³⁵ König Friedrich Wilhelm I. hatte die Leitung der Meliorationsarbeiten Samuel von Hertefeld (1664–1730),³⁶ dem Neffen und Nachfolger Jobst Gerhards im Amt des Oberjägermeisters, übertragen, welcher zum Teil mit aus den Niederlanden und vom Niederrhein herbeigerufenen Siedlern noch im selben Jahre mit der Räumung des Bruchlandes begann. Angeblich wurden rund tausend Arbeiter – darunter auch Soldaten – eingesetzt, die zwischen 1718 und 1724 in mühevoller Arbeit nach niederländischem Vorbild mit Rodungsarbeiten, Gräben-, Damm-, Brücken- und Stauschleusenbau die Sümpfe des Havelländischen Luchs trockenlegten und so fast 15 000 Morgen Neuland gewinnen konnten. Zu diesem Zweck wurden den Arbeitern im Domänialamt Königshorst Kolonistenstellen zugewiesen. Neben den Bruchsiedlungen Königshorst (1719) und Hertefeld (1720) wurden nach und nach Amtsvorwerke mit ertragreichen Meliorationswiesen angelegt. Unter den Kolonisten befand sich auch der 1722 in Königshorst engagierte Meier Heinrich Bröne aus dem Gelderland, welcher die einheimischen Bauern in der Milchviehwirtschaft sowie der Butter- und Käsebereitung unterweisen sollte. Im Jahre 1737 wurde auf dem Amtsvorwerk Königshorst schließlich die *Lehranstalt für Butter- und Käsebereitung* – 1780 in *Ordentliche Akademie des Buttermachens* umbenannt – gegründet, welche eine zweijährige Ausbildung für Mägde aus ganz Brandenburg und einen ansehnlichen Brautschatz für erfolgreiche Absolventinnen anbot. Ebenfalls noch unter König Friedrich Wilhelm I. wurde die bereits unter Kurfürst Joachim Friedrich zu Beginn des 17. Jahrhunderts begonnene Räumung und Besiedlung des Netze- und Dragebruchs um Friedeberg, Woldenberg und Driesen wiederaufgenommen, welche dann in weit größerem Rahmen in die friderizianische Oderbruchkolonisation unter der Aufsicht des aus einer niederländischen Familie stammenden Kriegsrats und Ober-

deichinspektors Simon Leonhard von Haerlem (1701–1775)³⁷ übergang.³⁸ Die Urbarmachungen König Friedrich Wilhelms I. bildeten gewissermaßen den Auftakt für weitere Meliorations- und Kolonisationswerke in allen hohenzollernschen Ländern bis zum 19. Jahrhundert.³⁹

Hinzuweisen ist hier noch auf die Gründung von sogenannten *Spinnerdörfern*.⁴⁰ Um Brandenburg-Preußen von dem bislang überwiegend aus Sachsen und Böhmen importierten Garn wirtschaftlich unabhängig zu machen, führte Friedrich II. Projekte seines Vaters fort, böhmische Exulanten aus Sachsen in Berlin (Herrnhuter Brüder) aufzunehmen.⁴¹ Darüber hinaus wurden Spinner und Leinweber aus den böhmischen Gewerberegionen für die in Berlin, Potsdam und andernorts eingerichteten Textilmanufakturen angesiedelt, unter anderem in Rixdorf bei Berlin (1737; heute Neukölln) und in Nowawes bei Potsdam (1751; heute Babelberg). Zwar wurden die Spinner mit hohem Kostenaufwand durch Werber ins Land geholt, aber die Kolonisten besaßen wegen ihrer Armut und auch ihrer teilweise fragwürdigen Herkunft – unter ihnen befanden sich auch entlassene Strafgefangene – oft einen schlechten Ruf. An diesem Beispiel zeigt sich ein weiteres Mal das Spannungsverhältnis, das Einwanderungen bereits in der Vormoderne stets mit sich brachten: einerseits der Wunsch nach ökonomischer Effizienz und Innovation – zuweilen verbunden mit Mitleid mit den Immigranten –, andererseits aber auch die ablehnende Haltung der Aufnahmegesellschaft und Vorbehalte gegenüber den Einwanderern.

Anmerkungen

1 TREUE 1984 beginnt seine Darstellung mit zwei kurzen Abschnitten über die zwei ersten Könige (S. 1–50), wohingegen Friedrich II. immerhin schon hundert Seiten eingeräumt werden (S. 51–156).

2 Exemplarisch JERSCH-WENZEL 2001.

3 BAHL 2001.

4 OPGENOORTH 1967.

5 HAHN 2010, hinsichtlich der kulturellen Beziehungen zu Frankreich vgl. auch HÄSELER 2004.

6 Hierzu vgl. die Beiträge von THOMAS BRECHENMACHER und ULRICH NIGGEMANN in diesem Band.

7 JERSCH-WENZEL 1986.

8 NIGGEMANN 2008, S. 360, ausführlicher S. 282–312.

9 Grundlegend LANDGREBE 1977.

10 BILLER 1991.

11 BODENSCHATZ/LORENZ/SEIFERT 2000, S. 13 ff.

12 LEHMANN 2015, S. 11 ff.

13 FOLWARCZNY 2019, S. 468 ff.

14 ASCHE 2015.

15 Zahlreiche Hinweise bei FRIESE/FRIESE 1992.

16 VON KERSSENBROCK-KROSIGK 2001.

17 GRÄNITZ 2008, S. 104 ff.

18 Die Mark Brandenburg hatte – wenn auch regional sehr unterschiedlich, im Nordosten stärker als im Südwesten – nach Einstellung der Kriegshandlungen im Schnitt etwa die Hälfte der Bevölke-

rung verloren, vgl. ASCHE 2006, vgl. auch DERS. 2018.

19 Dieser Abschnitt folgt im Wesentlichen dem ohne Anmerkungsapparat gedruckten Beitrag von ASCHE 2020.

20 HAMMER 2001.

21 Bereits eine kursorische Durchsicht von NICOLAI 1786 zeigt die starke Präsenz der Niederländer in der Zeit der Kurfürsten Friedrich Wilhelm und Friedrich III./I., vgl. auch GALLAND 1896.

22 GALLAND 1911.

23 NEHRING 2002.

24 OUDESLUUS 1999.

25 MIELKE 1966.

26 SCHULTZE 1935.

27 WENDLAND 1994.

28 PANTUS 2006.

29 VAN DER BIJL 1995.

30 VAN KEMPEN 1924.

31 NAGEL 1996.

32 Hierzu vgl. den Beitrag von UWE FOLWARCZNY in diesem Band.

33 Hierzu vgl. den Beitrag von ULRICH NIGGEMANN in diesem Band.

34 FONTANE 1873, S. 227.

35 RHINOW 2018.

36 MILNIK 2006.

37 TRÖMEL 1993.

38 Hierzu vgl. den Beitrag von FRANK GÖSE in diesem Band.

39 Ein Überblick nach wie vor bei BEHEIM-SCHWARZBACH (1874).

40 TRÖGER 1936.

41 GRAFFIGNA 1990.

LITERATUR

- MATTHIAS ASCHE, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006.
- MATTHIAS ASCHE, Von Waldglashütten, Teeröfen und anderen Formen traditioneller Holznutzung. Brandenburg-preußische Staatswirtschaft im Spannungsfeld von Nachhaltigkeitsdenken, Ressourcenbegrenzung, Landesausbau und Peuplierungspolitik vom 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert, in: GÜNTHER SCHULZ/REINHOLD REITH (Hgg.), *Wirtschaft und Umwelt vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Auf dem Weg zu Nachhaltigkeit?*, Stuttgart 2015, S. 57–74.
- MATTHIAS ASCHE, Nachkriegszeit und Wiederaufbau. Die Mark Brandenburg als Einwanderungsland nach dem Dreißigjährigen Krieg, in: CHRISTIAN MÜLLER-LORENZ/DIRK SCHUMANN (Red.), *Wir erben. Brandenburg in Europa – Europa in Brandenburg. Europäisches Kulturerbe in der Region*, Leipzig 2018, S. 126–129.
- MATTHIAS ASCHE, Hohenzollern und Oranier. Die Anfänge einer brandenburgisch-niederländischen Beziehungsgeschichte, in: *Die Oranier in Berlin*, Berlin 2020 (= *Berliner Geschichte. Zeitschrift für Geschichte und Kultur* 22), S. 6–13.
- PETER BAHL, *Der Hof des Großen Kurfürsten. Studien zur höheren Amtsträgerschaft Brandenburg-Preußens*, Köln/Weimar/Wien 2001.
- MAX BEHEIM-SCHWARZBACH, *Hohenzollernsche Colonisationen. Ein Beitrag zu der Geschichte des preußischen Staates und der Colonisation des östlichen Deutschlands*, Leipzig 1874.
- THOMAS BILLER, *Architektur und Politik des 16. Jahrhunderts in Sachsen und Brandenburg. Rochus Guerini Graf zu Lynar (1525–1596). Leben und Werk*, in: *Der Bär von Berlin. Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins* 40 (1991), S. 7–38.
- HARALD BODENSCHATZ/WERNER LORENZ/CARSTEN SEIFERT, *Das Finowtal im Barnim. Wiege der brandenburgisch-preußischen Industrie*, hrsg. von der Stadt Eberswalde, 2. Aufl., Berlin 2000.
- UWE FOLWARCZNY, *Kurfürst Joachim Friedrich von Brandenburg zwischen Dynastie, Territorien und Reich. Lutherische Orthodoxie und konfessioneller Pragmatismus*, Diss., Potsdam 2019.

- THEODOR FONTANE, Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Bd. 3: Ost-Havelland. Die Landschaft um Spandau, Potsdam, Brandenburg, Berlin 1873.
- GERRIT FRIESE/KARIN FRIESE, Glashütten in Brandenburg. Die Geschichte der Glashütten vom 16. bis zum 20. Jahrhundert mit einem Katalog ihrer Marken und 16 Farbtafeln, Eberswalde-Finow 1992.
- GEORG GALLAND, Die ersten Baubeamten des Kurfürsten Friedrich Wilhelm (1640 bis 1650), in: Zeitschrift für Bauwesen 46 (1896), Sp. 13–44.
- GEORG GALLAND, Johan Gregor Memhardt und die holländisch-preußischen Kriegingenieure aus der Jugendzeit des Großen Kurfürsten, in: DERS., Hohenzollern und Oranien. Neue Beiträge zur Geschichte der niederländischen Beziehungen im 17. und 18. Jahrhundert, und anderes, Straßburg 1911, S. 1–40.
- FRAUKE GRÄNITZ (Hg.), Um Eberswalde, Chorin und den Werbellinsee. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme im Raum Eberswalde, Hohenfinow und Joachimsthal, 2. Aufl., Köln/Weimar/Wien 2008.
- EVA-MARIA GRAFFIGNA, Böhmen in Berlin, in: STEFI JERSCH-WENZEL/BARBARA JOHN (Hgg.), Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin, Berlin 1990, S. 491–591.
- JENS HÄSELER, Franzosen im Dienste des Aufstiegs Preußens, in: GÜNTHER LOTTES (Hg.), Vom Kurfürstentum zum »Königreich der Landstriche«. Brandenburg-Preußen im Zeitalter von Absolutismus und Aufklärung, Berlin 2004, S. 175–192.
- PETER-MICHAEL HAHN, Herrschaftssicherung und kulturelle Modernisierung. Einwanderung in Brandenburg während der Vormoderne, in: MATTHIAS THEODOR VOGT/JAN SOKOL/DIETER BINGEN/JÜRGEN NEYER/ALBERT LÖHR (Hgg.), Der Fremde als Bereicherung, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien 2010, S. 183–195
- ULRIKE HAMMER, Kurfürstin Luise Henriette. Eine Oranierin als Mittlerin zwischen den Niederlanden und Brandenburg-Preußen, Münster/München/Berlin 2001.
- STEFI JERSCH-WENZEL, Ein importiertes Ersatzbürgertum? Die Bedeutung der Hugenotten in der Wirtschaft Brandenburg-Preußens, in: RUDOLF VON THADDEN/MICHELLE MAGDALAINE (Hgg.), Die Hugenotten 1685–1985. 2. Aufl., München 1986, S. 160–171.

- STEFI JERSCH-WENZEL, Zuwanderung als Entwicklungshilfe, in: FRANZISKA WINDT/CHRISTOPH LIND/SEPP G. GROESCHEL (Red.), *Preußen 1701. Eine europäische Geschichte. Essays*, Berlin 2001, S. 109–120 [wiederabgedruckt in: HANNE LANDBECK/GISELIND RINN (Red.) *Europa ist hier. Europa in Brandenburg*, Berlin 2003, S. 68–85].
- PETER LANDGREBE, Minoritätengruppe und wirtschaftliche Bedeutung. Zum Einfluß der Hugenotten auf die deutsche Wirtschaftsentwicklung, München 1977.
- JÖRN LEHMANN, *Die obere Havel und der Finowkanal*, Erfurt 2015.
- FRIEDRICH MIELKE, Philipp de Chieze, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 13/14 (1966), S. 384–392.
- ALBRECHT MILNIK, [Art.] Samuel von und zu Hertefeld, in: DERS. (Hg.), *Im Dienst am Wald. Lebenswege und Leistungen brandenburgischer Forstleute. 145 Biographien aus drei Jahrhunderten*, Remagen 2006, S. 11–12.
- GERDA NEHRING, *Johann Arnold Nering. Ein preußischer Baumeister*, 2. Aufl., Böblingen 2002.
- JÜRGEN G. NAGEL, Die Brandenburgisch-Africanische Compagnie. Ein Handelsunternehmen, in: *Scripta Mercaturae. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* 30 (1996), S. 44–94.
- FRIEDRICH NICOLAI, *Nachricht von den Baumeistern, Bildhauern, Kupferstechern, Malern, Stukkaturern, und andern Künstlern, welche vom 13. Jahrhunderte bis jetzt in um Berlin sich aufgehalten haben und deren Kunstwerke zum Theil daselbst noch vorhanden sind*, Berlin/Stettin 1786 [ND Hildesheim/Zürich/New York 1987].
- ULRICH NIGGEMANN, *Immigrationspolitik zwischen Konflikt und Konsens. Die Hugenottenansiedlung in Deutschland und England (1681–1697)*, Köln/Weimar/Wien 2008.
- ERNST OPGENOORTH, »Ausländer« in Brandenburg-Preußen. Als leitende Beamte und Offiziere 1604–1871, Würzburg 1967.
- DIETE M. OUDESLUJS, *Wirtschaft und Technik in Brandenburg-Preußen*, in: HORST LADEMACHER (Hg.), *Onder den Oranje boom. Niederländische Kunst und Kultur im 17. und 18. Jahrhundert an deutschen Fürstenhöfen. Ausstellungskatalog. Textband*, München 1999, S. 385–398.
- WILLEM JAN PANTUS, [Art.] Rutger van Langevelt, in: *Jaarboek Numaga* 53 (2006), S. 91.
- HANS-ULRICH RHINOW, Die Trockenlegung des Havelländischen Luchs 1718–1725, in: *Heimatjahrbuch für Falkensee und Umgebung* 2018, S. 46–50.

- JOHANNES SCHULTZE, Die ersten Versuche der Porzellanfabrikation in Brandenburg, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 47 (1935), S. 149–153.
- WILHELM TREUE, Wirtschafts- und Technikgeschichte Preußens, Berlin/New York 1984.
- HANS-PETER TRÖMEL, Simon Leonhard von Haerlem (1701–1775). Der Kulturpionier des Oderbruches, in: JATTIE ENKLAAR/HANS ESTER (Hgg.), Brandenburg-Preußen und die Niederlande. Zur Dynamik einer Nachbarschaft, Amsterdam 1993, S. 186–194.
- HANSJÖRG TRÖGER, Die kurmärkischen Spinnerdörfer. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Siedlungspolitik Friedrichs des Großen, Leipzig 1936.
- MURK VAN DER BIJL, Johann Moritz von Nassau-Siegen (1604–1679), eine vermittelnde Persönlichkeit, in: HORST LADEMACHER (Hg.), Oranien-Nassau, die Niederlande und das Reich. Beiträge zur Geschichte einer Dynastie, Münster/Hamburg 1995, S. 125–154.
- WILHELM VAN KEMPEN, Der Baumeister Cornelis Ryckwaert. Ein Beitrag zur Kunstgeschichte Brandenburgs und Anhalts im 17. Jahrhundert, in: Marburger Jahrbuch für Kunstwissenschaft 1 (1924), S. 195–266.
- DEDO VON KERSENBROCK-KROSIGK, Rubinglas des ausgehenden 17. und des 18. Jahrhunderts, Mainz 2001.
- CHRISTIAN WENDLAND, Die Niederländer im Holländischen Viertel in Potsdam, in: Auf den Spuren der Niederländer zwischen Thüringer Wald und Ostsee. 2. Symposium der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft, Berlin 1994, S. 64–79.

Matthias Asche ist Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit an der Universität Potsdam.

Einwanderung und hohenzollernsche Siedlungspolitik in der Kurmark im 18. Jahrhundert

Frank Göse

Das Bemühen der ersten drei Hohenzollernkönige um die Peuplierung ihrer Lande gehörte zu den wirkmächtigsten Narrativen in der borussischen Historiographie. Dieses Narrativ erfüllte nicht nur die Funktion, die Aufstiegsgeschichte der Hohenzollernmonarchie um eine weitere Facette zu bereichern, sondern auch, dieser Entwicklung eine gewisse Ausnahmestellung innerhalb des Staatsbildungsprozesses im Alten Reich zuzuweisen.

Um diese Aktivitäten in den historischen Kontext konzise einordnen zu können, muss zunächst daran erinnert werden, dass die ostelbischen Territorien des Königreiches Preußen zu jenen Landschaften im Alten Reich gehörten, die auf einer vom Nordosten – beginnend in Pommern und Mecklenburg – bis in den Südwesten des Reiches (Württemberg, Elsass) reichenden »Zerstörungsdiagonale« gelegen hatten und in denen die demographischen und wirtschaftlichen Verwerfungen infolge des Dreißigjährigen Krieges am stärksten ausgefallen waren.¹ Von daher erklären sich zum einen die vergleichsweise intensiven Bemühungen zur Repeuplierung dieser Gebiete nach 1648, die aber durchaus auch für andere auf dieser »Zerstörungsdiagonale« liegende Territorien zu beobachten sind. Zum anderen, und hier kommen nun gewisse Spezifika der brandenburgischen Gegebenheiten ins Spiel, hat aber auch die konfessionspolitische Konstellation in den brandenburgisch-preußischen Landen diesen Bestrebungen Vorschub geleistet. Über diese Aktivitäten, die insbesondere auf eine Stärkung der reformierten Minderheit gerichtet waren, ist bereits in anderen Beiträgen dieses Bandes gehandelt worden.²

Die preußischen Monarchen des 18. Jahrhunderts knüpften an diese verheißungsvollen, wenn auch nicht zu rosig auszumalenden Anfänge an. Denn auch im frühen 18. Jahrhundert, also über ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende, war in vielen

dieser Landschaften noch immer nicht das demographische Vorkriegsniveau erreicht worden. Auch die wirtschaftlichen Zuwachsraten ließen zu wünschen übrig, was vor allem auch deshalb zu Buche schlug, weil man sich ein ehrgeiziges, mit enormen sozialen Kosten verbundenes Aufrüstungsprogramm verordnet hatte, das die ohnehin angespannte Ressourcenlage zusätzlich belastete. Doch eine deutliche Erhöhung der Steuereinnahmen wäre – so argumentierte etwa die immer stärker rezipierte kameralistische Lehre – neben einer höheren Produktivität vornehmlich durch eine wachsende Bevölkerungszahl zu erreichen. Vor diesem Hintergrund wurden, vor allem seit der Regierungszeit König Friedrich Wilhelms I. (reg. 1713–1740), von den Provinzialbehörden verstärkt Nachweisungen über die im Jahre 1624 vorhanden gewesenen Höfe gefordert. Dabei handelte es sich um jenes Jahr, in dem für mehrere Gebiete sogenannte *Hufenschossregister* angelegt worden waren, die zugleich einen recht zuverlässigen Überblick über die wirtschaftlich-demographische Situation vermittelten, bevor im darauffolgenden Jahr die brandenburgisch-preußischen Territorien erstmals von der Kriegsfurie heimgesucht wurden. Es galt also, jene Dichte an bewirtschafteten Höfen wieder mittelfristig zu erreichen. Ebenso wollte man sich für die Kommunen einen solchen Überblick verschaffen, was in Gestalt der bald regelmäßig erfolgenden Erstellung sogenannter »*Historischer Tabellen*« über den Zustand der Städte geschah. Dabei zeigte sich für viele Orte noch in den 1730er Jahren eine eklatante Lücke in etlichen Gewerbebereichen.³ König Friedrich Wilhelm I. sah insbesondere die Gewinnung von Fachkräften als außerordentlich wichtige Voraussetzung an, um den Entwicklungsrückstand gegenüber anderen europäischen Staaten langfristig kompensieren zu können. Man solle »*sich alles äußersten Fleißes angelegen sein lassen [...], damit, so viel immer möglich, alle Gattungen von Wollen-, Eisen-, Holz- und Ledermanufacturen und Handwerker, die noch nicht in Unsern Landen etabliret sein, in denselben angerichtet werden mögen.*« Dazu müsse das Generaldirektorium wirksame Maßnahmen ergreifen, um »*nöthige Manufacturiers aus der Fremde kommen zu lassen nach der Methode, wie Wir zu Potsdam die Gewehrmanufactur angeleget haben*«, wies er das neu geschaffene Generaldirektorium im Dezember 1722 an.⁴

Aber auch auf anderen Feldern wurden vermehrt Anstrengungen unternommen, möglichst zeitnah Verbesserungen herbeizuführen. Eine Vielzahl von allgemeinen und auf einzelne Provinzen bezogenen Verordnungen und Edikten kündet davon.

Die Schwerpunkte der gezielten Ansiedlungspolitik lagen neben der Auffüllung verwaister Hofstellen in der Gründung von Siedlungen auf neu erschlossenem Domänenland, um damit eine höhere Verdichtung in bislang sehr bevölkerungsarmen

Gebieten zu erreichen. Dies war verbunden mit meliorativen Maßnahmen, die garantierten, auf bisher dafür ungeeigneten Böden mittelfristig reiche Erträge sowohl im Ackerbau, als auch in der Viehwirtschaft zu erzielen. In den Blick gerieten hier solche Landschaften wie etwa das Havelländische Luch oder das Rhinluch in der Kurmark, in besonderer Weise stand aber sowohl vom Umfang der Maßnahmen als auch von seiner Nachwirkung auf die Geschichtskultur die Melioration des Oderbruches im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Die Schwerpunktsetzung der Siedlungspolitik auf dem landesherrlichen Domänenbesitz ist vor allem damit zu erklären, dass man es im Gegensatz zu Landschaften, in denen der ritterschaftliche Besitz dominierte, bei der Durchsetzung der Maßnahmen ›vor Ort‹ nicht mit querulierenden Landadligen zu tun hatte. Auf den Domänen ließen sich die angestrebten Veränderungen zielgenauer und rascher umsetzen.

Provinzen	Kurfürst Friedrich Wilhelm (1685–1688)	Kurfürst/König Friedrich III./I. (1688–1713)	König Friedrich Wilhelm I. (1713–1740)	König Friedrich II. (1740–1786)
Ostpreußen	–	2 149	25 323	15 327
Westpreußen	–	–	–	11 035
Kurmark	9 665	3 040	2 000	100 000
Neumark	752	–	–	24 720
Pommern	218	–	–	26 500
Magdeburg und Halberstadt	4 478	2 469	–	20 553
Schlesien	–	–	–	61 652
niederrheinische Lande	657	–	–	24 700

Tabelle: Übersicht über die Kolonisten-Einwanderungen in den brandenburgisch-preußischen Staat (1685–1786) (Nach BEHRE 1905, S. 161)

Bedacht werden muss dabei des Weiteren, dass sich der Domänenbesitz oft auf vergleichsweise minderwertigeres Land konzentrierte, während die Rittergüter in den klassischen Adelslandschaften, vor allem in der Altmark, Prignitz und in Teilen der Uckermark, auf fruchtbarem Land errichtet wurden, was auch mit einer höheren Besiedlungsdichte verbunden war.

Folgt man den in der Tabelle 1 aufgeführten Zahlen, konnte sich die Bilanz durchaus sehen lassen. Die Mark Brandenburg wies dabei mit Ausnahme der Regierungszeit

König Friedrich Wilhelms I., in der die Wiederbesiedlung Ostpreußens im Mittelpunkt gestanden hatte, von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zum ausgehenden 18. Jahrhundert von allen Provinzen des Gesamtstaates die höchsten Zuwachsraten im Rahmen der sogenannten »*Staatskolonisation*« auf.

Jedoch sollte man sich davor hüten, moderne Maßstäbe an Planbarkeit und Effizienz solcher Projekte anzulegen. Unwillkürlich mischen sich bei der Beurteilung dieser Maßnahmen gewisse Vorstellungen über die Stringenz heutigen administrativen Handelns. Eine solche Sichtweise verkennt indes die anders gelagerte Ausgestaltung ›staatlichen‹ Handelns und wirft die Frage auf, was man sich unter den damaligen Verhältnissen überhaupt unter der Wirksamkeit eines ›Staates‹ vorzustellen vermochte. Die damalige Bevölkerung kam mit der doch recht abstrakt bleibenden Institution ›Staat‹ nur selten in Berührung. An der Spitze der Kreisverwaltung stand der sich aus dem rittergutsbesitzenden Adel rekrutierende Landrat – ein Amt, das sich in einem längeren verwaltungsgeschichtlichen Prozess aus verschiedenen Wurzeln herausgebildet hatte. Diese Landräte mussten mit den verschiedenen, zuweilen in Konflikt geratenden Loyalitäten zurechtkommen. Denn zum einen hatten sie als verlängerter Arm der Landesherrschaft – repräsentiert in der in Berlin ansässigen Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer – zu fungieren, zum anderen aber erwarteten die adligen Rittergutsbesitzer ihres Kreises, aus deren Mitte die Landräte ja in der Regel gewählt wurden, eine Berücksichtigung ihrer Interessenlagen. Allerdings müssen wir in Rechnung stellen, dass den Landräten nur ein sehr kleiner, meist aus zwei bis drei Personen bestehender »Stab« von Gehilfen zur Verfügung gestanden hatte – man vergleiche dies nur einmal mit der Ausstattung eines heutigen Landratsamtes. Die Amtsgeschäfte führte er zumeist von seinem Rittersitz aus. Erklärbar wird diese bescheidene personelle Ausstattung auch daraus, dass vieles, was heute wie selbstverständlich zu den Aufgabenbereichen des Staates hinzugerechnet wird, damals noch in der Verantwortung der städtischen Kommunen und Dorfgemeinden lag. Ausgaben für die Kranken- und Armenfürsorge, das Bildungswesen etc. mussten zum großen Teil aus den Stadtkämmereien und Gemeindegassen bzw. aus den kirchlichen Fonds bestritten werden.

Nicht wenige existenzielle Probleme mussten zudem innerhalb der kleinen Lebenswelten der Dorfgemeinden und Kommunen, in denen sich sogenannte »*Gemeinschaften des Durchkommens*«⁵ entwickelt hatten, bewältigt werden. Man konnte also nicht allzu viel vom Staat erwarten, was aber auch einschloss, dass die ›Staatsgläubigkeit‹ der Menschen des 18. Jahrhunderts noch nicht allzu stark entwickelt war.

Bedenken sollte man dabei auch stets das Niveau der Infrastruktur und der Kommunikationsbeziehungen. Angesichts eines heute gut ausgebauten Straßen- und Schienennetzes, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten drahtloser Telekommunikation, vermag man sich nur schwer vorzustellen, welche Mühen es einem Kreiskommissar oder Landrat bereitet hatte, seinen räumlich ja recht ausgedehnten Kreis zu bereisen, gleich welche Witterung dominierte. In einigen der durch die Peuplierungsmaßnahmen zu erschließenden Landschaften, wie zum Beispiel im Oderbruch, kamen noch erschwerende Bedingungen hinzu, die schon den Reisenden des 18. Jahrhunderts geläufig waren. Von daher erscheint es verständlich, dass Anton Friedrich Büsching noch 1780 empfohlen hatte, dass »die Fortbringung der Waaren in der Churmark mehr vermittelt der schiffbaren Ströme und Kanäle als [durch] die Landstraße geschehe.«⁶

Überdies entsprach die in vielen landesherrlichen Edikten und Mandaten suggerierte Promptheit und Pflichterfüllung bei der Umsetzung der königlichen Projekte nicht immer der alltäglichen Verwaltungspraxis. Selbst ein gewiss nicht der Insubordination verdächtiger Amtsträger der spätfriederizianischen Zeit bekannte freimütig über den Mythos der postulierten ›Allgegenwart‹ und ›Allzuständigkeit‹ des Königs: »Er, der Alles durchschauen zu können glaubte, Alles unmittelbar bis ins Detail leiten und controliren wollte, ist nur zu häufig hintergangen und um die Früchte seiner edlen Absichten betrogen worden.«⁷ Man weiß, dass Friedrich dem Großen solche Verusterfahrungen auch im Zusammenhang mit den ambitionierten Kolonisationsprojekten nicht erspart geblieben waren. Klagen über Korruptionen – schließlich waren dabei große Geldsummen im Spiel – gehörten ebenso dazu wie der Unmut über Beamte, durch deren Agieren die Kolonisten »verdrießlich gemacht worden und die Hälfte sich wiederumb verlaufen haben.«⁸

Dass zum Beispiel ein Amtsträger wie der um die Oderbruchmelioration verdiente Simon Leonhard van Haerlem wochenlang ohne Rückmeldung bei seiner vorgesetzten Behörde eigenständig amtieren konnte, wäre heute sicher kaum vorstellbar. Mehrere Monate schickte er keine Berichte an das Generaldirektorium und nahm nicht an den Sitzungen der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer teil. Es bedurfte erst mehrerer strenger Ermahnungen, bis sich etwas bewegte.

Aber das charakterisierte eben die Praxis der altpreußischen Verwaltung: einerseits rigide reglementierend, auch sich in kleinteiligen Materien aufreibend – andererseits eine kaum nachvollziehbare Lässigkeit und Langatmigkeit. Die Professionalität der Amtsträger hingegen wuchs, was gerade auch im Umfeld eines so ehrgeizigen



Abbildung 1: Porträt Simon van Haerlem; aus: PETER FRITZ MENGEL (Hg.), Das Oderbruch. Bd. 1, Eberswalde 1930, Tafel 17

Projekts wie der Oderbruchmelioration beobachtet werden kann. Durch ein immer ausgefeilteres System von Examinationen wurde garantiert, dass Leistungsvermögen und nicht nur Herkunft und ein voller Geldbeutel – denn auch im Preußen des 18. Jahrhunderts war die Praxis des Ämterkaufes noch zuweilen geläufig⁹ – den Ausschlag für die Besetzung einer Amtscharge gaben. Gerade weil das Netz der verwal tungsmäßigen Durchdringung des Landes noch recht weitmaschig geflochten war und das personelle Reservoir an Amtsträgern überschaubar blieb, konnte sich der eigenverantwortlich zu regelnde Spielraum der Land- und Steuerräte bzw. der Amtsleute weit gestalten.

Doch nicht immer schien auch Mitdenken seitens der Amtsträger angebracht. Recht ungnädig ließ sich Friedrich der Große zum Beispiel am 25. April 1756 gegenüber dem Stettiner Kammerpräsidenten von Aschersleben vernehmen, nachdem dieser ihm zuvor einen Bericht mit Ratschlägen und Warnungen zur Fortsetzung der Oderbruchmelioration zugesandt hatte. Der König fuhr in seiner Antwort diesen Amtsträger an, »daß [...] *Ihr Eure in solchem enthaltene Weisheit und Raisonnnement ganz füglich hättet sparen können, da solche ohne Grund sein und nichts sagen wollen.*«¹⁰

Auch die sich große Verdienste im Oderbruch erworbenen Amtsträger und Militärs, wie etwa van Haerlem und Petri hatten damit zu rechnen, den Zorn des Königs auf sich zu ziehen angesichts der nie auszuschließenden Unwägbarkeiten bei der Umsetzung des Unternehmens. Voller Bangen angesichts der zu befürchtenden königlichen Ungnade schrieben sie im Mai 1756 an Oberst von Retzow: Die Teuerung »*und das beständig anhaltende große Wasser häufen unsern chagrin dergestalt, daß wir unvermögend sind es zu beschreiben, doch hoffen wir zu Gott, daß uns deshalb mit Recht nichts werde zur Last gelegt werden*« wird.¹¹

Es wurde bereits erwähnt, dass sich die Peuplierungsbemühungen im Zusammenhang mit der Kolonisation vor allem in jenen Gebieten der Mark konzentrierten, in denen der königliche Domänenbesitz vorherrschte. Diese Ansiedlungspolitik veränderte in gewisser Hinsicht auch die ländliche Sozialstruktur, denn durch sie wurde eine größere Zahl mittlerer und kleinerer Zahl von Landbesitzern geschaffen und damit der ansonsten erkennbare gegenläufige Trend konterkariert, der ansonsten zur Erhöhung des Anteils von landarmen und landlosen bäuerlichen Hintersassen geführt hatte. Eine günstigere Rechtsstellung der Siedler, die man gezielt außerhalb Preußens anwarb und mit geringen Steuer- und Abgabenlasten lockte, wurde angestrebt und lag auch in der Absicht des Königs. In diesem Sinne brachte Friedrich der Große 1766 in einem Schreiben an den kurmärkischen Kammerpräsidenten von Siegroth seine

Hoffnung zum Ausdruck, dass zum Beispiel durch die Besiedlungsmaßnahmen im Oderbruch »*die natural Dienste so viel nur immer möglich seyn will, verringert und abgeschaffet werden.*«¹²

Doch auch der rittergutsbesitzende Adel verstand es mitunter, nicht unbeträchtlichen Nutzen aus den Veränderungen zu ziehen, und in neueren Forschungsarbeiten wurde deshalb betont, dass in den Kolonisationsgebieten zuweilen »*gutherrschaftliche Verhältnisse neu errichtet wurden*«, d. h. dass die Siedler unter Umständen bereit waren, Frondienste zu leisten und sich dem Gesindezwang zu beugen.¹³ Zum Teil kamen die sich in den Oderbruch-Dörfern ansiedelnden Kolonisten aus Gebieten mit extremeren Formen gutsherrschaftlicher Abhängigkeit, wie etwa aus den mecklenburgischen Herzogtümern, so dass ihr neues Lebensumfeld für sie trotz allem eine Verbesserung darstellte. Dennoch konnte es passieren, dass sie auch in ihrer neuen Heimat die ungeliebten »*Ackerfrohn, Getreide- und Postfahren*« zu übernehmen hatten.¹⁴

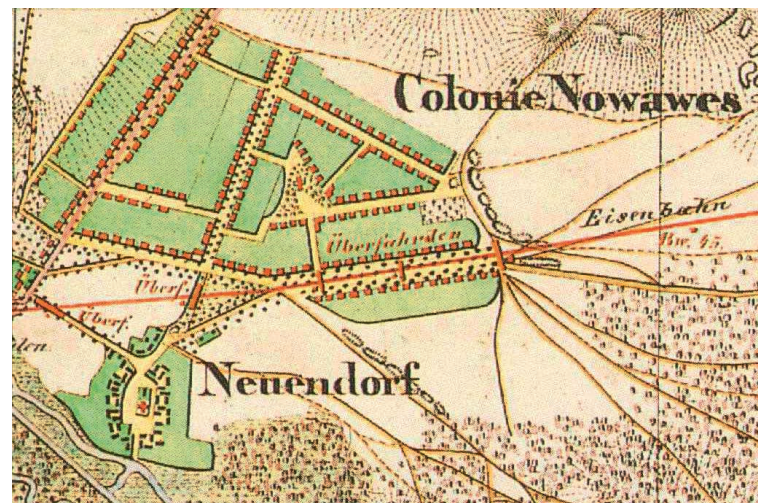
Im Allgemeinen wird die staatlich initiierte Siedlungspolitik als ›Erfolgsgeschichte‹ beschrieben, und tatsächlich erweisen sich einige der erreichten Ziele durchaus als beeindruckend, vor allem auch vor dem Hintergrund der damaligen Ressourcenlage und infrastrukturellen Bedingungen. Dennoch sollte man den Blick auch auf die damit verbundenen sozialen Kosten richten. Gerade wenn man sich die Wirkungen der gravierenden Veränderungen auf die Alteingesessenen anschaut, zeigt sich die Ambivalenz dieses Prozesses.

Denn die nunmehr zu verarbeitenden Einschnitte wurden von den Betroffenen zunächst durchaus als eine Verlufterfahrung wahrgenommen. Es war ja eben nicht so, dass die bislang vor allem von der Fischerei und Viehzucht lebenden Oderbruchbewohner ein Leben am Existenzminimum gefristet hätten. Neuere Untersuchungen haben vielmehr belegt, »*welchen Nutzen die traditionelle Subsistenzwirtschaft aus derartigen natürlichen Schätzen zu ziehen wusste.*«¹⁵ Vor allem gilt es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass die im 18. Jahrhundert dynamisch wachsende preußische Hauptstadt einen willkommenen Absatzmarkt auch für die Bevölkerung des Oderbruchs darstellte. Als die ersten Meliorationsmaßnahmen zu greifen begannen, kamen bald Klagen über den Rückgang der Fangquoten auf. Den Zusicherungen der landesherrlichen Behörden, dass »*der Abgang bei der Fischerei durch die Verbesserung des Bodens reichlich ersetzt würde*«, wollte man nicht so recht Glauben schenken.¹⁶ Schließlich war man nicht nur einmal enttäuscht worden. So kam es offenbar bei der Landzuweisung an die alteingesessenen Familien des Oderbruchs zu Auseinandersetzungen, so dass der Justizminister Levin Friedrich von Bismarck den Auf-

trag erhielt, die Angelegenheit zu prüfen und »die alten Unterthanen, wenn sie die ausgemachte Morgenzahl wirklich erhalten [hätten] und davon subsistiren können, zur Ruhe [zu] weisen.«¹⁷

Im Folgenden soll ergänzend auf eine Form von Zuwanderung aufmerksam gemacht werden, die in den Standardwerken zur hohenzollernschen Siedlungspolitik selten thematisiert wurde, weil sie auch kaum jenes scheinbare Alleinstellungsmerkmal aufwies, das den anderen Migrationsströmen einen besonderen Platz in der Preußen-Historiographie bescherte. Gemeint sind die Wanderungsbewegungen, die vielen Territorien in den frühneuzeitlichen Jahrhunderten eigen waren und sich zum Beispiel in der Suche ländlicher Arbeitskräfte nach besseren Existenzbedingungen sowohl in Dorf- wie in Stadtgemeinden anderer Reichsterritorien widerspiegelten. Zumeist waren es also wirtschaftliche Motive, die zu einem Verlassen der Heimat führten, seltener stand dafür eine Verfolgung aus Glaubensgründen Pate, wie etwa im Fall der ab 1750 vor den Toren Potsdams gelegenen Kolonie Nowawes, in die auf Betreiben des preußischen Königs böhmische Exulanten angesiedelt wurden.¹⁸

Abbildung 2: Neuendorf und Nowawes, heute Stadtteil Babelsberg, Potsdam, Brandenburg, auf dem Urmesstischblatt 3644 Potsdam von 1835; Preußische Kartenaufnahme Urmesstischblatt 3644 Potsdam (1835)



Vor allem aus süddeutschen, aber auch aus sächsisch-thüringischen Landschaften suchten im Verlauf des 18. Jahrhunderts Gewerbetreibende eine neue Existenz in den brandenburgischen Landen – gut dokumentiert etwa in den Bürgerbüchern der kur-

märkischen Städte. Hier bildete aber nicht so sehr eine intendierte Steuerung der Zuwanderung seitens der landesherrlichen Behörden den Hintergrund. Vielmehr handelte es sich dabei um Prozesse, die aus eigener Motivation der Betroffenen erfolgten beziehungsweise auf gezielter Anwerbung seitens der Kommunen beruhten.

Stellvertretend seien hier die Bürgerrechts-Verleihungen in Eberswalde für den Zeitraum zwischen 1724 und 1780 vorgestellt.¹⁹ Der größte Teil der insgesamt 925 in den Genuss des Bürgerrechtes gekommenen Personen kam aus weit entlegenen Orten außerhalb der Mark Brandenburg. Die wichtigste Herkunftsregion der 367 während des genannten Zeitraumes nach Eberswalde zugezogenen ›ausländischen‹ Neubürger bildeten die sächsisch-thüringischen Landschaften. Im Zuge des Ausbaus des metallurgischen Gewerbes in dieser Stadt und ihrem Umland waren besonders Spezialisten (zum Beispiel Messerschmiede) aus dem thüringischen Ruhla, aber auch aus Solingen gefragt, die sehr häufig in den Bürgerbüchern erwähnt wurden. 194 Personen kamen aus anderen brandenburgischen Landschaften, darunter auch etliche aus Berlin. Den geringsten Anteil an Verleihungen des Bürgerrechtes (79) machten jene Kandidaten aus, die aus dem direkten ländlichen Umland nach Eberswalde gezogen waren. Auch in Prenzlau, der uckermärkischen Hauptstadt, resultierte die gestiegene Bevölkerungszahl nicht nur aus dem sich ausgewogen gestaltenden Verhältnis zwischen Mortalitäts- und Natalitätsziffern, also der ›natürlichen‹ Regeneration innerhalb der Stadtbevölkerung, sondern war auch das Ergebnis einer kontinuierlichen Zuwanderung in die Stadt. Von den zwischen 1680 und 1809 stichprobenartig erfassten 1361 Bürgerrechtsverleihungen gingen 563 (41,4 %) an bereits in Prenzlau wohnende Männer.²⁰ Den größten Anteil unter den auswärtigen *Neubürgern* nahmen mit insgesamt 255 (18,7 %) die aus anderen uckermärkischen Orten kommenden Personen ein. Damit blieb das nähere Umland, wie auch schon in den vorhergehenden Zeitepochen, das wichtigste Reservoir der Zuwanderung nach Prenzlau. Und auch auf die überwiegend agrarisch strukturierten benachbarten pommerschen Landschaften übte die uckermärkische Hauptstadt eine gewisse Anziehungskraft aus, wenn man den Anteil von 111 (8,2 %) dahingehend interpretiert. Der relativ hohe Anteil von Zuwanderern aus dem ja von Prenzlau recht entfernt liegenden sächsisch-thüringischen Raum (77 = 5,7 %) entsprach im Übrigen einem generellen Trend in der Bevölkerungsentwicklung in den nord- und nordostdeutschen Territorien. Das hohe Niveau der Gewerbestruktur in den mitteldeutschen Landschaften führte solche Handwerker und Manufakturarbeiter in die Mark Brandenburg, die die bislang hier nur schwach vertretenen Gewerke repräsentierten.²¹

Die Bemühungen der hohenzollernschen Landesherrschaft auf dem Felde der Siedlungspolitik können resümierend als insgesamt erfolgreich bewertet werden. Ungeachtet der kaum zu vernachlässigenden Probleme belegt die quantifizierende Bilanz gleichwohl, dass es sich um Siedlungsprojekte handelte, die sich durch Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit auszeichneten, was auch eine allmähliche Assimilation der Siedler in die alteingesessene Bevölkerung einschloß.

Anmerkungen

- | | | |
|---|--|---|
| <p>1 Vgl. FRANZ 1943, S. 19–34.</p> <p>2 Vgl. hierzu die Aufsätze von ULRICH NIGGEMANN und MATTHIAS ASCHE in diesem Band.</p> <p>3 Vgl. hierzu etwa die »Historische Tabelle« des Jahres 1733, welche Angaben zu den Städten der kurmärkischen Teillandschaften Havelland, Barnim, Altmark, Uckermark und Zauche umfasst. Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA), Rep. 2 S, Nr. 8590.</p> <p>4 Acta Borussica, Bd. 3, 1901, S. 595.</p> <p>5 Begriff nach PETERS 1997.</p> | <p>6 BÜSCHING 1780, S. 542.</p> <p>7 VON BASSEWITZ 1847, S. 419 f.</p> <p>8 STADELMANN 1878, S. 275.</p> <p>9 Vgl. MÖLLER 1980, S. 156–176.</p> <p>10 Acta Borussica, Bd. 10, 1910, S. 483.</p> <p>11 Zit. nach DETTO 1903, S. 163–205.</p> <p>12 Zit. nach NEUGEBAUER 1995, S. 358.</p> <p>13 KAAK 2004, S. 93.</p> <p>14 SCHMOLLER 1886, S. 38 [1981, S. 945].</p> <p>15 GUDERMANN 1999, S. 370.</p> | <p>16 WENTZ 1930, S. 112.</p> <p>17 DETTO 1903, S. 199.</p> <p>18 Vgl. hierzu VOGLER 1965; SCHMELZ 1998.</p> <p>19 Zahlen nach Kreisarchiv Barnim A. II. HistAE 6774, Bl. 132–279. 285 Mal wurden Bürgerrechte an Männer verliehen, die aus Eberswalde selbst stammten. Hier fand sich oft der Eintrag »ein Stadtkind«.</p> <p>20 Ausgezählt nach WENDT 1984.</p> <p>21 Vgl. die damit korrespondierenden Ergebnisse zur Berliner Zuwanderung bei SCHULTZ 1987, S. 123.</p> |
|---|--|---|

LITERATUR

- Acta Borussica. Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Reihe: Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, hg. v. GUSTAV SCHMOLLER, Bd. 3, Berlin 1901.
- Acta Borussica. Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Reihe: Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, hg. v. GUSTAV SCHMOLLER, Bd. 10, Berlin 1910.
- OTTO BEHRE, Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, Berlin 1905.
- ANTON FRIEDRICH BÜSCHING, Beschreibung seiner Reise von Berlin nach Kyritz in der Prignitz, Leipzig 1780.
- ALBERT DETTO, Die Besiedlung des Oderbruchs durch Friedrich II., in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 16 (1903), S. 163–205.
- GÜNTHER FRANZ, Der Dreißigjährige Krieg und das deutsche Volk. Untersuchungen zur Bevölkerungs- und Agrargeschichte, 2. Aufl., Jena 1943.
- RITA GUDERMANN, Zur Bedeutung der friederizianischen Landeskulturmaßnahmen. Mythos und Realität, in: RALF PRÖVE/BERND KÖLLING (Hgg.), Leben und Arbeiten auf märkischem Sand. Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700–1914, Bielefeld 1999, S. 351–377.
- HEINRICH KAAK, Ländliche Bevölkerung in Brandenburg zwischen Anpassung und Offensive. Wege der sozialen und wirtschaftlichen Behauptung von Dörfern im zentralen Oderbruch zwischen 1720 bis 1850, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 52 (2004), S. 84–101.
- HORST MÖLLER, Ämterkäuflichkeit in Brandenburg-Preußen im 17. und 18. Jahrhundert, in: KLAUS MALETTKE (Hg.), Ämterkäuflichkeit. Aspekte sozialer Mobilität im europäischen Vergleich, Berlin 1980, S. 156–176.
- WOLFGANG NEUGEBAUER, Brandenburg im absolutistischen Staat. Das 17. und 18. Jahrhundert, in: WOLFGANG RIBBE/INGO MATERNA (Hgg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, in: 291–394.
- JAN PETERS, Die Herrschaft Plattenburg-Wilsnack im Dreißigjährigen Krieg. Eine märkische Gemeinschaft des Durchkommens. in: Brandenburgische Landesgeschichte und Archivwissenschaft. Festschrift für Lieselott Enders. Weimar 1997.

ULRICH SCHMELZ, Die Weber- und Spinnerkolonie Nowawes (1756–1810), Potsdam 1998.

GUSTAV SCHMOLLER, Die ländliche Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Zur inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge, S. 1–43 [ND Vaduz 1989; wiederabgedruckt in: OTTO BÜSCH/WOLFGANG NEUGEBAUER (Bearb.), Moderne Preußische Anthologie 1648–1947, Bd. 2, Berlin/New York 1981, S. 911–950].

HELGA SCHULTZ, Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz, Berlin 1987.

RUDOLPH STADELMANN, Friedrich Wilhelm I. in seiner Thätigkeit für die Landescultur Preußens, Bd. 2, Leipzig 1878.

GÜNTER VOGLER, Zur Geschichte der Weber und Spinner von Nowawes 1751–1785, Potsdam 1965.

MAGNUS FRIEDRICH VON BASSEWITZ, Die Kurmark Brandenburg, ihr Zustand und ihre Verwaltung unmittelbar vor dem Ausbruch des französischen Krieges im Oktober 1806, Leipzig 1847.

HANS WENDT, Die Prenzlauer Bürgerbücher 1585–1880, Berlin 1984.

GOTTFRIED WENTZ, Geschichte des Oderbruchs, in: PETER FRITZ MENGEL (Hg.), Das Oderbruch, Bd. 1, Eberswalde 1930, S. 85–238.

Frank Göse ist Professor für brandenburgische Landesgeschichte an der Universität Potsdam.

Revolutionsemigranten in Berlin und Brandenburg (1789–1805)

Thomas Höpel

Die Französische Revolution, die im Jahr 1789 ihren Anfang nahm und in den darauffolgenden Jahren Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur erschütterte, löste in Frankreich eine umfangreiche Emigrationsbewegung aus. Die Revolutionskriege und der von Frankreich ausgelöste Umbau der europäischen Staaten trieben seit 1792 zudem Niederländer, Brabanter, Schweizer, Italiener und Reichsdeutsche in die Emigration. Es handelte sich um die erste umfangreiche politische Emigrationsbewegung, die Revolutionsemigranten nicht nur in zahlreiche europäische Länder führte, sondern darüber hinaus auch in die Vereinigten Staaten, in französische, englische und spanische Kolonien, vereinzelt sogar bis nach Indien und China.¹ Die vorangegangenen großen Flüchtlingswellen, wie die der französischen Hugenotten, waren hingegen vor allem religiös geprägt gewesen. Zwar war es bereits vor der Französischen Revolution zu politisch motivierten Migrationsbewegungen gekommen, diese erreichten aber zahlenmäßig und was ihre räumliche Verteilung betraf bei weitem nicht die gleichen Ausmaße.

Wie weit Berlin und Brandenburg von der Revolutionsemigration betroffen wurde, werde ich im Folgenden darstellen. Zuerst wird ein Überblick über die einzelnen Wellen und die soziale Zusammensetzung der Revolutionsemigration gegeben. In einem zweiten Schritt behandle ich dann die preußische Flüchtlingspolitik und den Umfang und die Charakteristika dieser Migrationsbewegung nach Brandenburg und Berlin.

Insbesondere wird es um die Frage gehen, wie König und Staatsapparat auf die Einwanderung der Emigranten reagierten, mit deren politischen Zielen sie eigentlich sympathisierten. Zudem werde ich fragen, ob der preußische Staat am Ende des 18. Jahrhunderts weiterhin so verfuhr wie mit den Religionsflüchtlingen am Ende

des 17. und in den ersten beiden Dritteln des 18. Jahrhunderts, oder ob im Zuge der Ausprägung moderner Staatlichkeit jetzt neue Elemente einer auf das 19. und 20. Jahrhundert weisenden ›Ausländerpolitik‹ zum Tragen kamen.

I. VERLAUF UND ZUSAMMENSETZUNG DER REVOLUTIONSEMIGRATION 1789 – 1799

Die Emigration nahm ihren Ausgang aus der direkten Ablehnung der revolutionären Veränderungen in Frankreich. Sie wurde bewusst als Waffe gegen die sich verändernde Gesellschaft eingesetzt, sollte ihr Führungskräfte entziehen und Institutionen lahmlegen. Die anfangs meist adligen Emigranten rechneten bei den europäischen Höfen auf eine soziale Solidarität. Bis zum Champagne-Feldzug 1792 hatte die Emigration einen bewussten und aktiven konterrevolutionären Anstrich: Einerseits formierten die Emigranten militärische Verbände in Ettenheim, Mainz und Koblenz zur direkten Niederwerfung der Revolution, andererseits bildeten die Brüder des französischen Königs in Koblenz eine Exilregierung. Diese versuchte, die europäischen Höfe zur Bildung einer Koalition gegen das revolutionäre Frankreich zu bewegen, und sie schürte Unruhen innerhalb Frankreichs.

Die Revolutionsemigration beeinflusste in den ersten Revolutionsjahren das politische und kulturelle Klima Europas. In den deutschen Staaten entstanden zahlreiche Beschreibungen, Berichte und Romane, die diese Wirkung belegen.

Nach der Kanonade von Valmy zerfielen die Emigrantenkorps sehr rasch, und der Charakter der Revolutionsemigration wandelte sich. Der aktive Widerstand spielte nicht mehr die dominierende Rolle; dagegen wurden nun passiver Widerstand, Verweigerung und die Rettung des nackten Lebens zu den Gründen für ein Verlassen Frankreichs. Das führte dazu, dass neben den Privilegierten des *Ancien Régime* und den die Kirchenreform ablehnenden Geistlichen auch verstärkt städtische Bürger und Bauern das Land verließen.

Unsere Erkenntnisse über Zahl und soziale Zusammensetzung der Revolutionsemigranten beruhen weitgehend auf der statistischen Erhebung Donald Greers aus dem Jahr 1951. Greer errechnete ausgehend von den in den einzelnen französischen Departements erstellten Emigrantenlisten, dass ca. 150 000 Franzosen das Land im Revolutionsjahrzehnt verließen. Davon zählten etwa 17 Prozent zum Adel und 25 Prozent

zum Klerus. Der überwiegende Teil der Emigranten entstammte dem sogenannten Dritten Stand, waren also Stadtbürger oder Bauern.

Dieser Befund widersprach der Wahrnehmung der Zeitgenossen in weiten Teilen Europas, insbesondere im Alten Reich, wo Emigranten vor allem mit dem Adel und dem Klerus assoziiert wurden. Das lag an verschiedenen Ursachen. Tatsächlich waren für den hohen Anteil von Emigranten aus dem Dritten Stand besondere Umstände in bestimmten (meist Grenz-)Regionen verantwortlich.² So kam es Ende 1793 zur panikartigen, aber nur kurzzeitigen Flucht vor allem ländlicher Bevölkerungsteile aus dem Elsass nach Baden. Das Bild von den sozial privilegierten Emigranten erklärt sich zudem daraus, dass gerade die adligen Emigranten durch zahlreiche Angehörige des *Dritten Standes* begleitet wurden, die als Dienerinnen und Diener, Gouvernanten und Hauslehrer tätig waren, aber nicht als eigenständige Akteure betrachtet wurden (Abb. 1).



Abbildung 1: »Französisches Volk in Hamburg nach dem Leben gemahlt« (Staatsarchiv Hamburg). Die undatierte zeitgenössische Karikatur macht deutlich, wie die französischen Emigranten in der deutschen Öffentlichkeit wahrgenommen wurden: Adlige und Geistliche bestimmten demnach den Charakter der Revolutionsemigration. Die dem Dritten Stand angehörenden Diener und Hauslehrer werden zusammen mit dem Hund nur als Schwanz der Privilegierten dargestellt.

Im Vergleich zur damaligen französischen Bevölkerung von ca. 25 Millionen machten die Emigranten gerade einmal 0,6 % aus. Die Eliten des *Ancien Régime* waren aber deutlich stärker betroffen: Immerhin rund ein Zehntel des Adels und sogar ein Viertel des Klerus emigrierte.³

Über die zahlenmäßige Verteilung der Revolutionsemigranten in den Exilländern liegen nur bruchstückhafte Informationen vor. In den ersten Jahren stellte das linksrheinische Reichsgebiet ein wichtiges Zentrum der Emigration dar: Ende 1791 befanden sich dort 15 000 bis 20 000 Emigranten. Nach der Niederlage bei Valmy flüchteten

viele Emigranten nach Großbritannien: Kirsty Carpenter schätzt ihre Zahl zwischen 1792 und 1802 im Durchschnitt auf ca. 12 500. Allerdings kam es zwischen September und Dezember 1792 zu einem kurzzeitigen Ansturm: In dieser Zeit sollen bis zu 25 000 Emigranten nach Großbritannien gekommen sein.⁴ Die Londoner Emigrantenkolonie war die größte in Europa, gefolgt von der in Hamburg und Altona, wo sich über 10 000 Emigranten aufhielten.⁵ Emigrierte französische Geistliche wurden zudem verstärkt in kirchlichen Herrschaften des Heiligen Römischen Reiches aufgenommen: So sollen die Fürstbistümer Münster und Paderborn jeweils über 2 000 der etwa 60 000 emigrierten französischen Geistlichen aufgenommen haben.⁶

Während eine größere Zahl von Revolutionsemigranten auch in andere Territorien des Heiligen Römischen Reiches floh, kamen nach Preußen im Zeitraum von 1789 bis 1804 insgesamt nur etwas mehr als 5 500 Flüchtlinge, von denen auch nur knapp 5 000 längere Zeit in den preußischen Staaten verblieben.

II. DIE EMIGRANTENGESETZGEBUNG IN PREUSSEN

Auf die Flucht der Revolutionsemigranten reagierte Preußen mit einer zunehmend rigoroseren Gesetzgebung. Erste Regelungen wurden im Jahr 1792 erlassen, als die Erfolge der französischen Revolutionsarmee die Emigranten zwangen, tiefer in die Gebiete des Alten Reiches zu flüchten. Sie folgten dem Beispiel der Regelungen in Kurhannover und bezogen sich zunächst nur auf die Provinzen links der Weser. Einige Wochen später wurden sie auf alle Provinzen bis zur Oder sowie auf Pommern und die Neumark ausgedehnt.

Die preußischen Regierungsbehörden versuchten, ein unkontrolliertes Eindringen französischer Emigranten in die preußischen Gebiete systematisch zu verhindern. Die dazu entworfenen Gesetze wurden nicht nur sukzessive verschärft, sie wurden zudem auf weitere Emigrantengruppen ausgedehnt, so auf geflüchtete Brabanter, Lütticher und Niederländer. Erst nach der massiven Rückwanderung der Emigranten im Zuge der Amnestien in Frankreich zwischen 1800 und 1804 wurden die Regelungen in Preußen gelockert.

Die Umsetzung der in Berlin erarbeiteten Emigrantenpolitik erfolgte in den verschiedenen preußischen Staaten sehr unterschiedlich. Es gab zahlreiche Ausnahmen und Sonderregelungen. Das lag vor allem an den unterschiedlichen Strategien im Um-

gang mit den Emigranten von Seiten der Ministerialbürokratie in Berlin, der Verwaltung in den einzelnen preußischen Staaten, des Königs sowie der Bevölkerung.

Deswegen gelang es trotz der immer schärferen Emigrantenverordnungen einer erheblichen Zahl der Revolutionsflüchtlinge, sich über einen längeren Zeitraum in einzelnen Provinzen aufzuhalten. Neben den Sonderregelungen für viele vom Hof unterstützte Emigranten wurden in einigen Provinzen unter dem Druck der Umstände oder aufgrund der Politik einzelner Provinzialminister Sonderbestimmungen erlassen. In der Grafschaft Mark und in Südpreußen wurden zahlreiche Emigranten mitunter über Jahre geduldet, weil keine oder geringe Möglichkeiten bestanden, die bestehenden Verordnungen durchzusetzen. In Ansbach und Bayreuth schuf Hardenberg für adlige Emigranten aus Gründen der Standessolidarität eine weitgehende Ausnahmestellung. Sie wurde erst zurückgenommen, nachdem die große Zahl der in die fränkischen Provinzen gekommenen Emigranten zunehmende Probleme mit sich brachte.

Die für die einzelnen preußischen Provinzen erhaltenen statistischen Ergebnisse über die Emigranteneinwanderung zeigen, dass sich die Emigranten unter dem Druck der Ereignisse immer weiter von der französischen Grenze entfernten. So begann die Einwanderung der Emigranten 1793/94 in den rheinisch-westfälischen Provinzen. Ebenfalls ab 1794 wurden die fränkischen Provinzen der Hohenzollernmonarchie zum Immigrationsziel. Die mittleren preußischen Provinzen mit Brandenburg und Berlin wurden seit 1795 in größerem Maße von der Einwanderung der Emigranten erfasst. 1796 kam es zu einer Flüchtlingswelle, die die zuvor zahlreich in Süddeutschland befindlichen Emigranten über Kursachsen nach Schlesien und Südpreußen brachte. Dagegen wurden die noch weiter östlich gelegenen preußischen Provinzen von der Emigranteneinwanderung so gut wie nicht betroffen (Abb. 2).

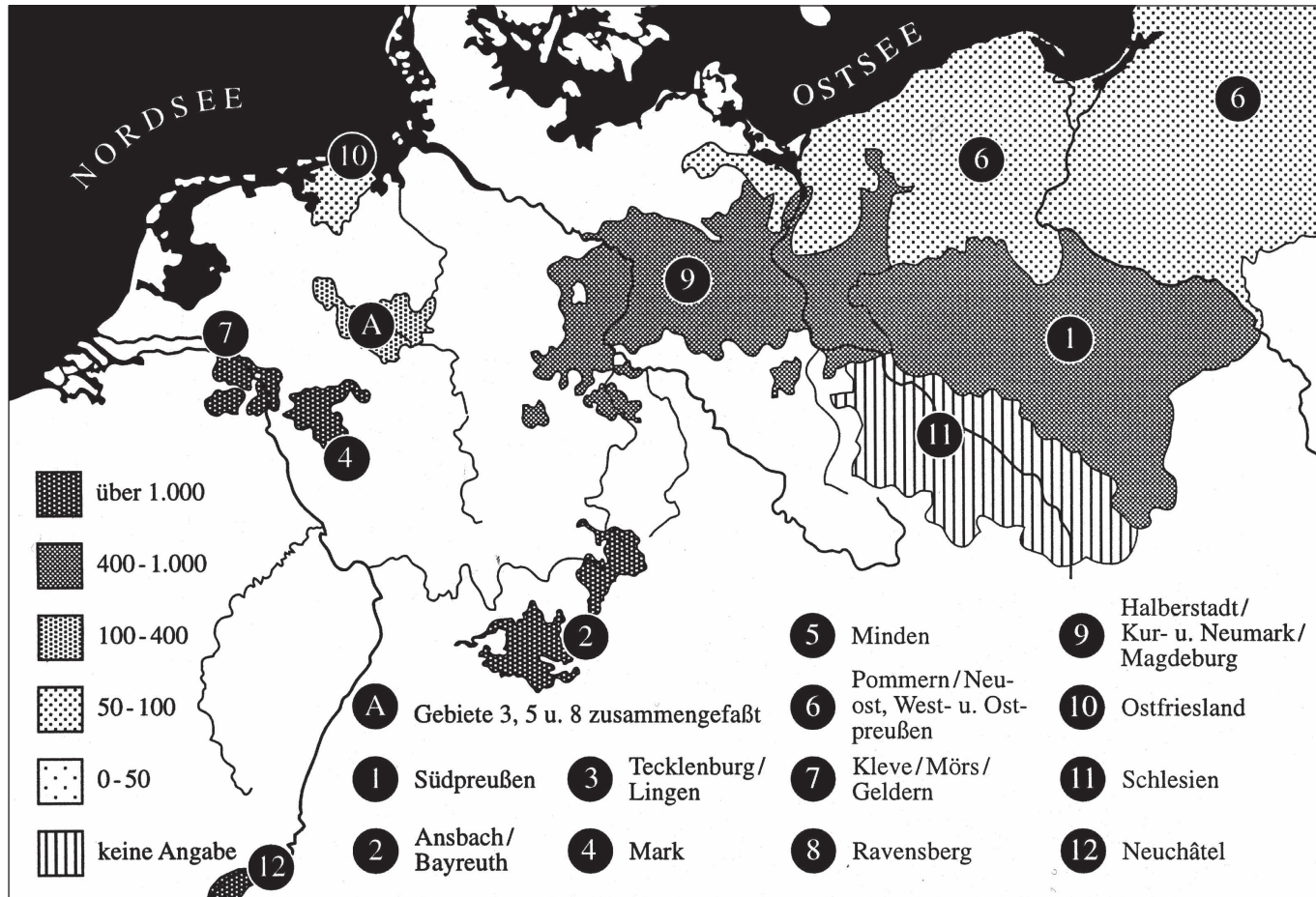


Abbildung 2: Zahl der insgesamt in den einzelnen preußischen Staaten registrierten Revolutionsemigranten (alle Graphiken und Tabellen im vorliegenden Beitrag basieren auf eigenen Daten des Verfassers)

III. UMFANG UND CHARAKTERISTIKA DER MIGRATIONSBEWEGUNG NACH BERLIN UND BRANDENBURG

Das heutige Land Brandenburg einschließlich Berlins deckt sich geographisch am ehesten mit der damaligen Kurmark. Sie war deutlicher als andere preußische Staaten bereits am Ende des 18. Jahrhunderts der absolutistischen Zentralverwaltung in Berlin untergeordnet worden. Die Emigrantenpolitik der preußischen Regierung wurde hier deshalb besonders genau umgesetzt.

Die Kurmark bildete zusammen mit dem Fürstentum Halberstadt, dem Herzogtum Magdeburg und der Neumark den mittleren Territorialkomplex der preußischen Monarchie. Er wurde seit Beginn des 18. Jahrhunderts verstärkt zur Basis des preußischen Staates. Das Bestreben der preußischen Führung ging dahin, diese Kernprovinzen vor der Einwanderung französischer Emigranten weitgehend abzuschirmen. Am 21. April 1794 erließ Friedrich Wilhelm II. eine Kabinettsorder, die den Stellvertretern der Kurmark befahl, monatlich die kleinen Städte auf die Anwesenheit von französischen Emigranten zu kontrollieren und unerlaubt ins Land gekommene Emigranten auszuweisen. Als seit 1795 mehr Revolutionsemigranten eintrafen, wurden die Bestimmungen verschärft. Alle einwandernden Emigranten sollten bereits an den Stadttoren abgefangen und umgehend wieder ausgewiesen werden. Den Grenzpostämtern wurde die Beförderung von Emigranten untersagt. Seit dem September 1794 wurden eintreffende und sich in der Kurmark aufhaltende Emigranten zudem in Listen erfasst, die regelmäßig überprüft und auf den neuesten Stand gebracht wurden.

Diese Maßnahmen führten dazu, dass in der Kurmark insgesamt lediglich 429 Emigranten registriert wurden. 326 von ihnen blieben mindestens drei Monate. *Tabelle I* gibt Auskunft über die Herkunft der in die Kurmark gekommenen Emigranten im Vergleich zu ganz Preußen. Dabei wird deutlich, dass nach Brandenburg und Berlin vor allem Franzosen kamen.

Bei diesen Flüchtlingen handelte es sich vor allem um Adlige, während die Zahl der emigrierten Geistlichen prozentual geringer als im gesamten Preußen ausfiel (*Tabelle II*).

Die Einwanderung nach Brandenburg und Berlin setzte 1794 ein und hatte ihren höchsten Ausschlag in den Jahren 1795 und 1796 (*Schaubild I*). Die erhöhte Zuwanderung wurde durch die Vorstöße französischer Revolutionstruppen über den Rhein in diesen Jahren ausgelöst, die eine östlich gerichtete Fluchtbewegung der Emigranten, die im Westen des Reiches Asyl gefunden hatten, zur Folge hatte. Gerade 1796 leitete

	Preußen gesamt		Kurmark	
	alle erfassten Emigranten	Aufenthalt mindestens drei Monate	alle erfassten Emigranten	Aufenthalt mindestens drei Monate
Gesamt	5539	4969	429	326
Frankreich	4308	3978	396	313
Vereinigte Niederlande	524	512	2	2
Österreichische Niederlande	268	239	20	6
Übrige Reichsterritorien	287	102	1	0
Lüttich	83	73	6	1
Preußen	32	32	2	2
Schweiz	24	22	4	4
Italien	10	8	0	0
England	3	3	0	0

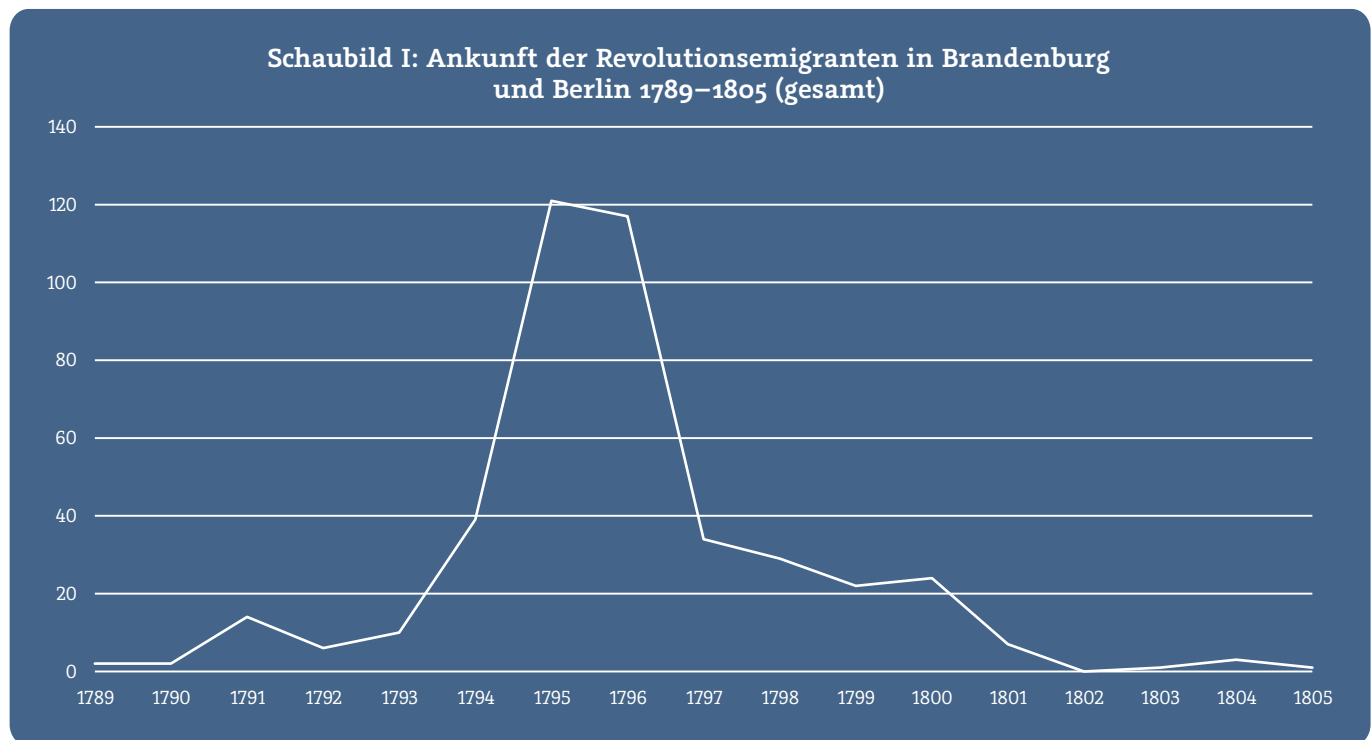
Tabelle I: Herkunft der Revolutionsemigranten

	Preußen		Kurmark	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
Adel	2 346	42,3	240	55,5
Klerus	1 118	20,2	64	14,8
<i>Dritter Stand</i>	1 544	27,9	121	28,5
ohne Angabe	531	9,6	4	1,2
Gesamt	5 539	100,0	429	100,0

Tabelle II: Soziale Zusammensetzung der nach Preußen geflüchteten Revolutionsemigranten

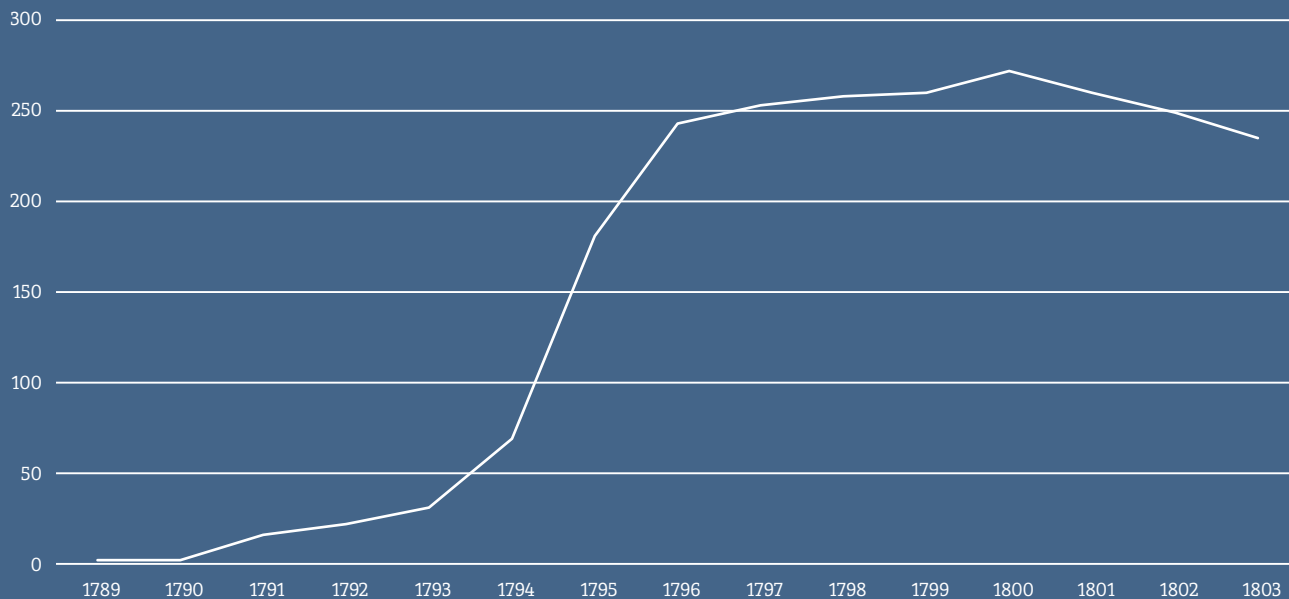
ein französischer Vorstoß nach Süddeutschland eine Flucht ein, die über Kursachsen in Richtung Nordosten verlief.

Von 1797 bis 1800 kamen dann pro Jahr nur noch ca. zwei Dutzend Emigranten neu in die Kurmark oder reisten durch, nach 1800 fanden sich lediglich vereinzelt Revolutionsflüchtlinge ein.



Die Rückwanderung der Revolutionsemigranten ist wie in den anderen preußischen Provinzen schlecht dokumentiert, da die Erstellung von Listen spätestens im April 1802 in allen mittleren Provinzen ausgesetzt wurde. Die in Berlin lebenden Flüchtlinge unternahmen nach 1800 intensive Anstrengungen zur Streichung von der Emigrantenliste und zur Rückgabe der in Frankreich enteigneten Güter. Ab 1801 dürfte das zu einem erheblichen Rückgang der Emigrantenzahl in Berlin und Brandenburg geführt haben. *Schaubild II* wird daher vermutlich dieser Entwicklung seit dem Jahr 1802 nicht mehr gerecht.

Schaubild II: Aufenthalt von Revolutionsemigranten in Brandenburg und Berlin 1789–1803 (gesamt)



Hauptanlaufpunkt der Emigranten in der Kurmark war Berlin, mit größerem Abstand gefolgt von Potsdam (*Tabelle III*). Darüber hinaus wurden in neun weiteren Städten einzelne Revolutionsemigranten registriert; auf dem Land, in Dörfern oder auf einzelnen Gütern fanden sich nur wenige Emigranten ein.

Die Konzentration auf Berlin und Potsdam spiegelt den generellen Trend, dass sich Revolutionsemigranten vor allem in größeren Städten niederließen, wider. Das wurde von den preußischen Behörden bewusst gefördert, denn in den Städten konnten die Flüchtlinge besser erfasst und kontrolliert werden. Zudem waren die Emigranten selbst an einem Aufenthalt in den Städten interessiert. Der überwiegende Teil der Revolutionsemigranten entstammte dem französischen Adel und hatte kein Interesse daran, sich auf dem Lande dauerhaft in Preußen niederzulassen. Bei den Emigranten aus dem *Dritten Stand* handelte es sich überwiegend um städtisches Groß- und Kleinbürgertum sowie um Diener und Dienerinnen des emigrierten Adels.

Stadt	Einwohner	Emigranten
Berlin	172 132	336 (253)
Potsdam	26 723	85 (81)
Frankfurt an der Oder	10 453	7 (7)
Rheinsberg	1 804	5 (3)
Köpenick	1 453	4 (3)
Brandenburg	12 509	1 (1)
Havelberg	1 920	2 (2)
Treuenbrietzen	3 957	2 (1)
Neuruppin	6 047	1 (1)
Rathenow	4 082	1 (1)
Wriezen	3 756	1 (1)
Kleinere Orte	0	10 (9)

Tabelle III: Aufenthaltsorte der Revolutionsemigranten in der Kurmark (davon in Klammern Aufenthalte von mindestens drei Monaten) bei Angabe der Einwohnerzahlen

Trotz der abweisenden Emigrantenpolitik hielten sich mehrere hundert Revolutionsemigranten längerfristig in Brandenburg und Berlin auf. Dafür waren vor allem zwei Gründe verantwortlich: Zum einen spielten viele adlige Emigranten ihre Beziehungen zu hochgestellten Personen der preußischen Monarchie aus. So gelang es ihnen durch Protektion des Königs, von Mitgliedern der Königsfamilie sowie durch Unterstützung von hochgestellten Personen des Hofes und der preußischen Beamtschaft Ausnahmeregelungen von den strikten Emigrantenverordnungen zu erlangen. Andererseits waren die preußischen Behörden daran interessiert, nützliche Arbeiter für die Gewerbe in Brandenburg und Berlin zu gewinnen. Angehörige des *Dritten Standes*, die ein Handwerk oder Gewerbe ausübten, hatten so meist keine Schwierigkeiten, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erlangen. Für bestimmte Gewerbe, wie die Seidenmanufaktur, wurden emigrierte Facharbeiter sogar direkt angeworben, und sie erhielten staatliche Subventionen bei der Ansiedlung eines Unternehmens.

Die Zahl der adeligen Emigranten, die durch königliche Kabinettsordern Aufenthaltsgenehmigungen für die Kurmark und vor allem Berlin erhielten, ist im Vergleich zu den anderen preußischen Provinzen deutlich höher. Für die Adligen war Berlin natürlich viel attraktiver als die Kleinstädte im Rheinland oder in Westfalen. Hier eröffneten sich zahlreiche Pfründen sowie Posten am Hof, in den Akademien oder im Mi-

litär, die für die im Allgemeinen früher oder später finanziell schlecht dastehenden Emigranten lukrativ waren. Mehr als die Hälfte der 193 längerfristig geduldeten Adligen erhielt durch diese Art von Protektion eine Aufenthaltsgenehmigung.

Daneben gab es verschiedene weitere Gründe für die Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung: Einige Adlige gründeten in Berlin ein Gewerbe und wurden daher als nützlich angesehen. Auch humanitäre Gründe brachten die preußische Verwaltung mitunter dazu, von den strengen Regeln abzuweichen.

Die Zahl der in die Kurmark gekommenen emigrierten Geistlichen war deutlich geringer als die der Adligen oder der Emigranten des Dritten Standes. Das zeugt vom Bestreben der Behörden, diese als wenig nützlich betrachtete Emigrantengruppe aus den preußischen Kerngebieten fernzuhalten.

Die Emigranten des *Dritten Standes* entstammten in der übergroßen Mehrheit dem städtischen Bürgertum. Der Anteil der Dienerschaft war in der Kurmark geringer als in anderen preußischen Provinzen.

Tabelle IV: Zusammensetzung der Emigranten des Dritten Standes in der Kurmark

	Männer	Frauen	Kinder	Gesamt
Handwerk	33	12	5	50
Großes und Mittleres Bürgertum	20	3	2	25
Dienerschaft	11	10	2	23
Kleinhandel	4	1	0	5
Bauern	1	2	0	3
Sonstige	11	4	0	15
Gesamt	80	32	9	121

Von den Emigranten des Dritten Standes erlangten 81 eine Aufenthaltsgenehmigung für die Kurmark, davon 78 sogar eine beständige. Hauptgrund war der Nutzen ihrer Anwesenheit für das Land. Oft war die Genehmigung an die Bedingung gebunden, dass der Emigrant innerhalb eines gewissen Zeitraums eine auskömmliche Arbeit fand. Einige wurden direkt in Frankreich oder in anderen deutschen Staaten für das preußische Seidengewerbe angeworben.

Man kann für Brandenburg und Berlin insgesamt eine gewisse Diskrepanz zwischen der intendierten Emigrantenpolitik und der realen Umsetzung ausmachen:

Einerseits wurden die restriktiven Emigrantengesetze durch die zuständigen Behörden peinlich genau umgesetzt, andererseits gab es zahlreiche Ausnahmeregeln, die auf den König und seine Familie zurückgingen. Während sich die Staatsraison als leitender Gedanke durch die Umsetzung der Emigrantenpolitik zog, die Prinzipien innere Sicherheit und Nützlichkeit dabei die ausschlaggebenden Faktoren waren, blieb daneben Raum für adlige Standessolidarität, die aber nur einigen Adligen individuell zugutekam.

IV. KULTURTRANSFER UND NATIONALISIERUNG

Die Einwanderung von Revolutionsflüchtlingen wurde von preußischer Seite genutzt, um einen Transfer von Technologie und Wissen auf eng begrenzten Feldern zu realisieren. In Brandenburg und Berlin sollten die Gewerbe, vor allem das Seidengewerbe, gefördert werden. Die meisten Emigranten des *Dritten Standes* waren in der einen oder anderen Weise im Textilgewerbe tätig. Auch einige Adlige wandten sich Handel und Gewerbe zu, wobei sich erhebliche Unterschiede beim Ausmaß des wirtschaftlichen Engagements zeigten. Zwei Adlige gründeten in Berlin mit Unterstützung durch das Fabrikendepartement eine eigene Fabrik für Portefeuilles und Eisenwaren, die nach acht Jahren bereits elf Arbeiter beschäftigte und Waren im Wert von 12 500 Reichstälern im Jahr produzierte. Andere Adlige hielten sich dagegen eher schlecht als recht durch Handarbeit über Wasser.

Der preußische Staat versuchte zudem, Spezialisten für die preußische Armee zu gewinnen. Gefragt waren Kenntnisse in Ingenieur- oder anderen Militärwissenschaften. Drei Emigranten erhielten deswegen ein Offizierspatent, einer dabei erst nach einer erfolgreich verlaufenden Prüfung. Emigranten ohne solche Qualifikationen hatten hingegen schlechte Aussichten, in die preußische Armee aufgenommen zu werden. Die insgesamt zwanzig adligen Emigranten, denen dies trotzdem gelang, verdankten dies vor allem ihren guten Beziehungen zum preußischen Hof. Das galt ebenso für die sechs Emigranten, die zu Kammerherrn, und die vier Emigrantensöhne, die zu Pagen ernannt wurden.

Regierung und König erhofften sich durch die Ansiedlung dieser Gewerbetreibenden oder die Rekrutierung von französischen Militärspezialisten Modernisierungsschübe für die einzelnen Gewerbebezweige sowie innerhalb der preußischen Armee.

Zudem wurden einige Emigranten in die Berliner Akademien aufgenommen, ohne allerdings hier nachhaltig zu wirken.

König und Regierung waren also vor allem daran interessiert, durch die Emigranten moderne Techniken und Wissensbestände zu akquirieren. Die wohlhabende städtische Bevölkerung und der preußische Adel suchten dagegen, Emigranten als Gouvernanten und Hauslehrer anzustellen. Tatsächlich übte eine größere Zahl von Emigranten aus allen Ständen diese Tätigkeit aus (*Tabelle V*).

Tabelle V: Zahl der Emigranten, die im Exil eine zeitlang als Lehrer, Erzieher, Hofmeister oder Gouvernanten tätig waren

	Männer	Frauen	Gesamt
Klerus	14	0	14
Adel	18	2	20
<i>Dritter Stand</i>	9	1	10
Gesamt	41	3	44

Die Regierungsbehörden sahen die Anstellung von Emigranten als Hauslehrer und Gouvernanten aber kritisch und unterbanden mitunter solche Engagements. Besondere Vorbehalte hegten sie in Hinsicht auf die Lehrtätigkeit emigrierter französischer Geistlicher, weil sie einen schädlichen Einfluss auf die staatstreue Gesinnung der Untertanen fürchteten. Die Staatsbehörden waren oft nicht bereit, Ausnahmen von der Gesetzgebung zuzulassen, weil Bürger oder Adlige Emigranten als Französischlehrer oder Hofmeister einstellen wollten.

In den administrativen Quellen wurden vor allem die staatlich initiierten Transferbemühungen dokumentiert. Die Wirkungen des Sprachunterrichts, der zahlreich initiierten Weinhandlungen und auch der Herstellung und des Vertriebs von Modewaren, die nachweislich auch von den Emigranten betrieben wurden, sind weniger gut bestimmbar. Lediglich in zeitgenössischen Erinnerungsberichten erfährt man schlaglichtartig über deren Erfolg. Das macht eine retrospektive Bestimmung der Transferwirkungen schwierig.

Grundsätzlich entsprach die soziale Zusammensetzung der Emigranten aber nicht dem Bedarf des preußischen Staates. Man benötigte keine französischen Offiziere in großer Zahl, da die Armee, ähnlich der Bürokratie, als integrierendes Organ der Monarchie gedacht und konstruiert war und die Offiziere sich nicht nur dem Metier, sondern auch dem Staat als Ganzem verbunden fühlen sollten.

V. PREUSSISCHE EMIGRANTENPOLITIK ZWISCHEN TRADITIONELLER MERKANTILISTISCHER WIRTSCHAFTS- UND MODERNER AUSLÄNDERPOLITIK

Wie ordnet sich die dargestellte Emigrantenpolitik während der Französischen Revolution in die Entwicklung des staatlichen Umgangs mit Migranten in Preußen vom 17. zum 19. Jahrhundert ein? Tatsächlich unterschied sich die preußische Emigrantenpolitik am Ende des 18. Jahrhunderts deutlich von der wirtschaftspolitisch und konfessionell motivierten Politik, die in Preußen vom Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm initiiert worden war. Das machen schon die reinen Zahlen deutlich, vergleicht man einmal die Flucht der französischen Calvinisten nach dem Edikt von Fontainebleau 1685 mit der der Revolutionsemigranten nach 1789. Während sich die Hälfte der rund 40 000 ins Heilige Römische Reich geflüchteten Hugenotten in Preußen niederließ, waren es nach 1789 nur knapp 5 000 der ca. 150 000 Revolutionsflüchtlinge, obwohl weitaus mehr Emigranten in die deutschen Staaten kamen als einhundert Jahre zuvor. Allein in Berlin siedelten sich am Ende des 17. Jahrhunderts ungefähr 6000 Calvinisten an, während sich ein Jahrhundert später dort nur etwas mehr als 250 Revolutionsemigranten längere Zeit niederließen.

Während am Ende des 17. Jahrhundert Brandenburg-Preußen die französischen Religionsflüchtlinge eher mit offenen Armen aufnahm, lässt sich das für die Revolutionsemigranten nicht in gleichem Maße sagen. Zwar sorgte die weiter betriebene merkantilistische Wirtschaftspolitik dafür, dass es auch einige Anwerbungen von geflüchteten Revolutionsemigranten gab, aber im Vergleich zur systematischen Anwerbungspolitik unter Kurfürst Friedrich Wilhelm nahm sich das doch mehr als bescheiden aus.

Nun könnte man vermuten, die zentrale Ursache für die ungleiche Behandlung von französischen Religionsflüchtlingen und Revolutionsemigranten wäre vor allem der konfessionelle Unterschied gewesen, da letztere mehrheitlich Katholiken waren. Allerdings hatte bereits Friedrich II. nach seinem Amtsantritt eine konfessionell tolerantere Politik betrieben. Um seine Neutralität in religiösen Dingen zu beweisen, schenkte er 1747 den Berliner Katholiken sogar ein Grundstück im Zentrum der Stadt, auf dem sie die St. Hedwig-Kathedrale bauten. Zwei emigrierte französische Geistliche führten dort seit 1795 Gottesdienste in französischer Sprache durch. Die Konfession war tatsächlich nicht der Grund dafür, dass sich die Verfahren beim Umgang mit den Emigranten von denen gegenüber den Hugenotten fundamental unterschieden.

Eine Institution wie die französische Koloniergerichtsbarkeit, die im Zuge der Immigration der französischen Religionsflüchtlinge geschaffen worden war, wurde nämlich auch bei der Integration der sich in Berlin und Potsdam niedergelassenen katholischen Revolutionsemigranten genutzt. Insgesamt 52 Personen, in der Mehrzahl Adlige, traten am Ende des 18. Jahrhunderts unter die französische Koloniergerichtsbarkeit (vgl. *Tabelle VI*).

Tabelle VI: Aufnahmen unter französische Koloniergerichtsbarkeit

	Männer	Frauen	Gesamt
Adel	21	7	28
Klerus	4	9	13
<i>Dritter Stand</i>	10	1	11
Gesamt	35	17	52

Der auf den ersten Blick spektakuläre Fakt, dass katholische Adlige und sogar Geistliche die Gerichtsbarkeit der hugenottischen Kolonie annahmen, verliert seine Brisanz rasch, wenn man Struktur und Geschichte der Kolonie betrachtet. Bis 1740 war die französische reformierte Gemeinde mit der Französischen Kolonie in etwa identisch. Das änderte sich, als Friedrich II. gestattete, dass die von ihm angeworbenen französischen Handwerker, die meist katholisch waren, ebenfalls die französische Koloniergerichtsbarkeit nutzen durften. Seit dem Jahr 1772 stand es dann jedem Fremden frei, sich an dem Ort seiner Ansiedlung binnen drei Monaten die ihm genehme Gerichtsbarkeit zu wählen. Die Aufnahmepraxis unter die französische Koloniergerichtsbarkeit wurde daher am Ende des 18. Jahrhunderts durch formale Gesichtspunkte bestimmt.

Die preußische Emigrantenpolitik macht deutlich, dass der König und die preußische Regierung kaum daran interessiert waren, die Situation zu nutzen, um Revolutionsflüchtlinge massenhaft in Armee, Verwaltung, preußischem Adel und die diversen Korporationen zu integrieren. Die erfolgten Aufnahmen gingen vor allem auf persönliche Beziehungen zurück. Dazu traten mitunter humanitäre Gesichtspunkte, denen sich die preußischen Regierungsbehörden in individuellen Fällen nicht verschlossen. Eine Ausnahme davon machten lediglich Revolutionsemigranten, die dem Staat nützliche Kompetenzen mitbrachten.

Die Emigranten, die eine offizielle Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatten, wurden von preußischer Seite als »*Zeituntertanen*« angesehen.⁷ Sobald sie ein Amt über-

nahmen, ein Grundstück erwarben oder ein bürgerliches Gewerbe ausübten, wurden sie zu sogenannten »*immerwährenden Untertanen*«. Um diese »*immerwährende Untertanenschaft*« zu erwerben, mussten sie den Bürger- oder Untertaneneid schwören. Das betraf sowohl Handwerker, die sich in einer preußischen Stadt niederließen, als auch Adlige, die ein Gut in Preußen kauften.

Der Erwerb des Bürgerrechts bedeutete aber keineswegs, dass die betroffenen Emigranten damit von der üblichen Überwachung und Registrierung ausgenommen wurden. Die beständige Beobachtung wurde auch bei Emigranten fortgesetzt, die als preußische Untertanen aufgenommen worden waren.

Zwar definierte das 1794 erlassende *Allgemeine Landrecht* noch keine allgemeine Staatsbürgerschaft, die preußischen Minister arbeiteten im Falle der Emigranten aber bereits stillschweigend mit einem Begriff des ›Staatsbürgers‹, der auf dem Nationalitätsprinzip beruhte.⁹ Auch wenn ein Emigrant Untertan wurde, d. h. sich der staatlichen Gerichtsbarkeit unterwarf, wurde er damit noch kein gleichberechtigter Staatsbürger. Schon vor der rechtlichen Durchsetzung des *ius sanguinis* im Jahr 1842 durch das *Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Untertan sowie über den Eintritt in fremde Dienste* wurde von der Ministerialbürokratie die Abstammung als wichtiges Kriterium zur Abhebung des ›Staatsbürgers‹ vom ›Ausländer‹ angesehen. Das wird auch in den Fällen deutlich, in denen sich Emigranten um Aufnahme und Posten in staatstragenden Institutionen bewarben, wie Armee, Beamtenapparat oder Universität.

Aufgrund dieser Politik gerieten die mehrheitlich adligen Emigranten sowie die zahlreichen emigrierten Geistlichen, für die man in Preußen keine sonstige Verwendung hatte, in Schwierigkeiten. Lediglich ein Teil der Emigranten aus dem *Dritten Stand* – nämlich derjenige, der bestimmte Qualifikationen, besonders handwerklicher, aber auch kaufmännischer Art, mitbrachte – wurde großzügig aufgenommen. Dabei wurde nach den Prinzipien vorgegangen, die schon unter Friedrich II. zur Verbesserung der heimischen Wirtschaft entwickelt worden waren. Allerdings wurden die Grundsätze, die die Bürokratie für die Aufnahme politischer Flüchtlinge entwickelt hatte, für diese Personengruppe nicht völlig außer Kraft gesetzt. Die preußischen Behörden drängten darauf, dass die französischen Spezialhandwerker ihre Fähigkeiten an einheimische Gesellen weitergaben und förderten das auch finanziell.

Anmerkungen

- 1 JASANOFF 2010, S. 49.
- 2 GREER 1951, S. 69 f.
- 3 PESTEL 2017.
- 4 CARPENTER 1999, S. 61.
- 5 AASLESTAD 2005, S. 131.
- 6 VEDDELER 1989, S. 37–44, 68 f.
- 7 Vgl. Reskript an Kriegs- und Domänenkammer und Regierung in Minden, Berlin, 13. August 1794, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen Abteilung Westfalen (= früher Staatsarchiv Münster), Minden-Ravensberg, Regierung, Nr. 1525, Bl. 91–92.
- 8 Kabinettsministerium an Generaldirektorium, Berlin, 23. September 1796, Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Rep. 11, Nr. 91, Frankreich – Varia Publica, Fasz. 51.
- 9 STOLLEIS 1981.

LITERATUR

- KATHERINE B. AASLESTAD, *Place and Politics. Local Identity, Civic Culture, and German Nationalism in north Germany during the Revolutionary Era*, Leiden/Boston 2005.
- KIRSTY CARPENTER, *London. Capital of the Emigration*, in: DIES./PHILIP MANSEL (Hgg.), *The French Emigrés in Europe and the Struggle against Revolution 1789–1814*, Basingstoke 1999, S. 43–67.
- DONALD GREER, *The Incidence of the Emigration during the French Revolution*, Cambridge 1951.
- THOMAS HÖPEL, *Emigranten der Französischen Revolution in Preußen. Eine Studie in vergleichender Perspektive*, Leipzig 2000.
- MAYA JASANOFF, *Revolutionary Exiles. The American Loyalist and the French Émigré Diasporas*, in: DAVID ARMITAGE/SANJAY SUBRAHMANYAM (Hgg.), *The Age of Revolutions in Global Context, c. 1760–1840*, Basingstoke 2010, S. 37–58.
- FRIEDEMANN PESTEL, *Französische Revolutionsmigration nach 1789*, in: *Europäische Geschichte Online (EGO)*, hg. vom Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2017-02-24. URL: <http://ieg-ego.eu/de/threads/europa-unterwegs/politische-migration/friedemann-pestel-franzoesische-revolutionsmigration-nach-1789> [zuletzt: 17.08.2020].
- MICHAEL STOLLEIS, *Untertan – Bürger – Staatsbürger*, in: RUDOLF VIERHAUS (Hg.), *Bürger und Bürgerlichkeit im Zeitalter der Aufklärung*, Heidelberg 1981, S. 65–99.
- PETER VEDDELER, *Französische Emigranten in Westfalen 1792–1802*, Münster 1989.

Thomas Höpel ist Professor für Vergleichende Kultur- und Gesellschaftsgeschichte Europas seit dem 18. Jahrhundert an der Universität Leipzig.

Ein- und Binnenwanderungen nach Berlin, Brandenburg und in die Niederlausitz am Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Vinzenz Czech

I. ALLGEMEINE TENDENZEN

Industrialisierung, Agrarmodernisierung und Urbanisierung beeinflussten die Wirtschaft und Gesellschaft Europas im 19. Jahrhundert fundamental und führten zu einem weitreichenden Wandel der Migrationsverhältnisse. Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Bevölkerungswachstums, das durch einen deutlichen Geburtenüberschuss gekennzeichnet war, und der industriellen Entwicklungen veränderte sich zunehmend der Charakter der Wanderungen, und es veränderten sich die Regionen, aus denen Menschen ein- und auswanderten. Wenn auch die überseeische Auswanderung nach Amerika lange das Bild bestimmte, verschoben sich innerhalb Europas die Ziele der Migration. Seinen spezifischen, mobilen Charakter bekam das 19. Jahrhundert in erster Linie durch die gewaltig ansteigende Zahl der Migranten. Neue Verkehrsmittel ließen Migration zu einem Massenphänomen werden, Wanderungsbewegungen erreichten einen Höhepunkt.¹

Die Verlagerung der Arbeit vom Land in die Stadt, d. h. der Mangel und das gleichzeitige Angebot von Arbeit andernorts, war das beherrschende Motiv für die zunehmende Mobilität, wobei Arbeitswanderungen auch im 19. Jahrhundert häufig kleinräumig blieben und selten territoriale beziehungsweise staatliche Grenzen überschritten. Größere räumliche Bewegungen innerhalb eines politisch-territorialen Gebildes können ebenfalls als Migration gefasst werden, mussten sich die Migranten doch mit veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten und Ordnungen, kulturellen Mustern oder gesellschaftlichen Normen und Strukturen auseinandersetzen. Zentren der internen und der grenzüberschreitenden Zuwanderung standen vornehmlich ökonomisch ge-

ringer entwickelte Ausgangsräume im Nahbereich gegenüber. Der Raum Berlin-Brandenburg ist dafür ein aussagekräftiges Beispiel.²

Die Urbanisierung des 19. Jahrhunderts war gekennzeichnet durch ein hohes Mobilitätsvolumen. Eine Zahl von 200 bis 300 Wanderungen (also die Summe von Zu- und Abwanderungen) auf 1 000 Einwohner und Jahr war keine Seltenheit. Der Anstieg der Bevölkerung Berlins im Jahrzehnt von 1880 bis 1890 um ca. 465 500 Einwohner war Ergebnis des Zuzugs von 1,59 Millionen und der Abwanderung von 1,16 Millionen Menschen.³

Bestimmend für die räumliche Mobilität waren vor allem jugendliche Zuwanderer und junge Familien auf der Suche nach Arbeit und höherem Verdienst. Hinzu kamen die vielen Saisonwanderer, etwa im Baugewerbe oder, bei Frauen, im Gastgewerbe beziehungsweise im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen. In einzelnen Branchen diente Migration dem Transfer von Spezialkenntnissen, etwa im Bergbau. Hier finden sich viele Beispiele für gezielte Anwerbungen.⁴

Im 19. Jahrhundert schritt aber auch die Modernisierung der Landwirtschaft rasch voran. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts schuf zudem einen neuen Markt für landwirtschaftliche Produkte. Landeigentümer und Bauern begannen mit einer intensivierten Landwirtschaft, wobei die Vorteile der Bewirtschaftung größerer Flächen durch Spezialisierung und Monokultur ausgenutzt werden konnten. Investitionen in technologische Neuerungen reduzierten die Arbeitskosten ganz erheblich. Die Einführung neuer Feldfrüchte und die Umstellung auf Monokulturen führten zudem zu einer verstärkten Saisonalisierung der Landwirtschaft.

Der Getreidedrescher war am Ende des Jahrhunderts die am meisten verbreitete landwirtschaftliche Maschine und machte die Winterarbeit von Landarbeitern weitgehend überflüssig. Die Dreschmaschine erledigte am Ende des Sommers 80 % der Winterarbeiten auf einem getreideanbauenden Hof, und die notwendige Arbeit auf dem Lande wurde immer mehr auf wenige Monate konzentriert.⁵

Für viele Landarbeiter war daher im modernen landwirtschaftlichen Sektor ein ganzjähriger Broterwerb kaum noch möglich. Vor diesem Hintergrund beschlossen viele notgedrungen, ihrer Heimat den Rücken zu kehren. In den agrarisch geprägten Gebieten des östlichen Preußens, inklusive Brandenburg, wurde die *Landflucht* zu einem Massenphänomen.

Die technisch-industrielle Entwicklung, die Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der Landwirtschaft zur Industrie bei einem gleichzeitig anhal-

tenden Bevölkerungswachstum, hatten eine starke Binnenwanderung und Verstädterung zur Folge.

Bis etwa 1870 führte das Bevölkerungswachstum noch zu keiner wesentlichen Verschiebung des Verhältnisses zwischen Land- und Stadtbevölkerung. Ausnahmen waren lediglich die frühen Industriestädte im Rheinland und im Rhein-Main-Gebiet. Stärker als die Binnenwanderung war lange Zeit die Auswanderung mit dem Hauptziel Amerika. Die agrarischen Gebiete im Osten waren an diesen Wanderungen allerdings noch kaum beteiligt. Landwirtschaft und gewerbliche Wirtschaft konnten bis dahin die wachsende Bevölkerung weitgehend aufnehmen.

Mehrere Momente haben in den 1860er und 1870er Jahren dann zu einem Umschwung geführt. Zum einen bedeutete das Ende des Landesausbaus in den preußischen Ostprovinzen das Ende der Aufnahmefähigkeit weiterer Menschen. Die Änderung der ländlichen Arbeitsverfassung (Stichwort: *Bauernbefreiung*) und die damit verbundene Intensivierung der Landwirtschaft hatten zudem eine wachsende Landflucht zur Folge. Darüber hinaus führte die Agrarkrise in den 1870er Jahren zu einem Vorsprung der industriellen vor den landwirtschaftlichen Löhnen.⁶

Diese Entwicklungen wurden bis 1893 von einer starken Auswanderung nach Amerika begleitet. Mit einsetzender Hochkonjunktur der deutschen Industrie und dem Ende der freien Landnahme in Amerika betrafen dann nur noch 25 bis 30 % der Wanderungsbewegungen die Auswanderung. Es dominierte nunmehr die Ost-West-Binnenwanderung.⁷

II. PROVINZ BRANDENBURG

Bevölkerungswachstum und Industrialisierung führten auch in Brandenburg im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu bedeutenden Veränderungen. Die Provinz Brandenburg war, wie alle anderen preußischen Provinzen, nach den politischen Umgestaltungen zu Beginn des Jahrhunderts als neue territoriale Verwaltungseinheit geschaffen worden. Gekennzeichnet war sie vor allem durch den sich politisch wie wirtschaftlich entwickelnden Mittelpunkt Berlin inmitten einer stark agrarisch bestimmten Provinz. Die Umsetzung der ›Preußischen Reformen‹, der Ausbau der Verwaltung sowie die Überwindung der Folgen der Napoleonischen Kriege bestimmten die Entwicklung in den folgenden ersten Jahrzehnten.

Ab der Mitte des Jahrhunderts ist auch in Brandenburg eine erkennbare Zunahme der Bevölkerung zu beobachten, wie ein Vergleich der Bevölkerungszahlen mit anderen preußischen Provinzen zeigt (Tab. I). Obwohl noch Teil der Provinz Brandenburg, findet sich Berlin als Sonderfall bereits eigenständig aufgeführt.

Provinz	1855	1880	Zuwachs (in %)	1910	Zuwachs (in %)
Brandenburg	1 800 000	2 270 000	26	4 100 000	80
Berlin	461 000	1 100 000	143	2 100 000	84
Ostpreußen	1 500 000	1 930 000	25	2 000 000	6
Westpreußen	1 090 000	1 400 000	28	1 700 000	21
Posen	1 400 000	1 700 000	22	2 100 000	23
Pommern	1 290 000	1 540 000	19	1 700 000	11
Schlesien	3 180 000	4 000 000	26	5 200 000	30
Sachsen	1 800 000	2 300 000	24	3 100 000	33

Tabelle I: Bevölkerungszahlen einzelner preußischer Provinzen (aus: KÖLLMANN 1981, S. 461)

Die Zahlen können zunächst als Ausdruck des allgemeinen Anstiegs der Bevölkerung im 19. Jahrhundert interpretiert werden. Allerdings fällt dieser in den meisten der aufgeführten Provinzen geringer aus, als er nach der Geburtenrate von über 30 % theoretisch hätte sein müssen. Effektiv kam es zu einem Verlust von Bevölkerung.

Eine Ausnahme bildet erkennbar die Provinz Brandenburg mit Berlin als herausgestelltem Zentrum. Hier finden sich Zuwachsraten, die nicht mehr allein mit einem Geburtenüberschuss erklärbar sind, sondern in einer außergewöhnlichen Zuwanderung begründet liegen. An diesem Punkt stellt sich sofort die Frage nach der Herkunft der Menschen.

III. BERLIN UND VORORTE

Betrachten wir zunächst die Entwicklungen in Berlin etwas genauer. Berlin hatte sich spätestens mit dem Ausbau als Residenz und der umliegenden Residenzlandschaft im 17. und 18. Jahrhundert zu einem außergewöhnlichen Herrschaftsmittelpunkt in der Mark Brandenburg herausgebildet. Dieser Gegensatz zwischen dem Zentrum und dem agrarisch geprägten Umland vergrößerte sich im 19. Jahrhundert immer weiter, nun verbunden mit Wanderungsbewegungen, die vom Umfang alles Bisherige in den Schatten stellen sollten.

Allein zwischen 1816 (197 000 Einwohner), 1849 (410 000) und 1871 (827 000) verdoppelte sich die Stadtbevölkerung. Aus der preußischen Hauptstadt wurde diejenige des Deutschen Reiches, und sie entwickelte sich gleichzeitig zu einer der bedeutenden industriellen Großstädte. Seit Mitte des Jahrhunderts trat die Industrie- und Gewerbestandortfunktion einschließlich des allmählich aufblühenden Dienstleistungssektors zunehmend in den Vordergrund gegenüber der Hauptstadtfunktion als Sitz von Regierung und Verwaltung. Die facharbeitsintensiven Gewerbe- und Industriezweige suchten sich vornehmlich Flächen am Stadtrand in den Vorstädten des 19. Jahrhunderts. Im Gegensatz dazu konzentrierten sich zentrale Dienstleistungseinrichtungen in der Stadtmitte. Seit den 1870er Jahren eröffneten immer mehr Bankhäuser, Versicherungen, Parteien oder Interessenverbände ihre Filialen, Vertretungen und Büros. Dazu kamen der Einzelhandel, Theater und Restaurants. Dies alles führte zu einem stetig wachsenden Arbeitskräftebedarf und bewirkte eine massive Zuwanderung in die Stadt.

Trotz des Bevölkerungswachstums blieb die Stadt im 19. Jahrhundert von der Fläche her lange Zeit weiter begrenzt auf den alten Kernbereich, in etwa vom Brandenburger Tor im Westen bis zur Oberbaumbrücke im Osten, vom Halleschen Tor im Süden bis zum Oranienburger Tor im Norden, auch wenn die Besiedlung die Stadtgrenzen bald überschritt.

Der Versuch von Eingemeindungen scheiterte vor allem an den divergierenden Interessen der Stadt und der umliegenden Landkreise Niederbarnim und Teltow. Erst 1861 wurde das Stadtgebiet vor dem Hintergrund des rasanten Wachstums durch einen königlichen Kabinettsbeschluss um den Wedding, Gesundbrunnen, Moabit, die nördlichen Teile Schönebergs und Tempelhofs erweitert.

Eine Initiative der preußischen Staatsregierung zur Schaffung einer eigenen Provinz Berlin unter Einbeziehung der benachbarten Kreise scheiterte 1875 an der Ab-

lehnung im brandenburgischen Provinziallandtag. Berlin blieb weiter Teil der Provinz Brandenburg. Ab 1881 war der Stadtkreis Berlin verwaltungstechnisch dann zwar nicht mehr dem Potsdamer Regierungsbezirk unterstellt, doch bis zur endgültigen Herauslösung und Schaffung Groß-Berlins im Jahr 1920 sollte es noch einige Jahrzehnte dauern.

Die Aufstellung in *Tab. II* veranschaulicht die Entwicklungen der Bevölkerungszahl Berlins überaus deutlich. Während es in der alten Berliner Mitte vor allem aufgrund der Ausweitung von Gewerbe- und Büroflächen zu einem Rückgang kam, stiegen die Zahlen in den Randgebieten dramatisch an.

Stadtteile	1861	1871	1875	1885	1895	1905
<i>Berlin insgesamt</i>	<i>547 000</i>	<i>827 000</i>	<i>966 000</i>	<i>1 300 000</i>	<i>1 600 000</i>	<i>2 000 000</i>
Berlin	33 000	32 000	30 000	24 000	20 000	14 000
Cölln	24 000	16 000	15 000	14 000	11 000	9 000
Friedrichswerder	9 000	10 000	9 000	7 000	4 500	3 600
Moabit	8 100	15 000	19 000	48 000	128 000	208 000
Wedding	13 000	25 000	45 000	69 000	114 000	180 000
Tempelhofer Vorstadt	16 000	56 000	80 000	172 000	237 000	254 000

Tabelle II: Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Berliner Stadtbezirke (aus: THIENEL 1977, S. 64)

Im selben Maße wie sich die Einwohnerzahl in diesen Stadtgebieten vergrößerte, verschlechterten sich die hygienischen Verhältnisse, die Versorgung der Bevölkerung und vor allem die Wohnbedingungen. Die Straßen und Gassen der Innenstadt waren dem Verkehrsaufkommen kaum gewachsen. Die sprunghaft wachsende Industrie trug zur Luftverschmutzung bei. Der Mangel an weitergehenden Vorschriften führte zu einer sehr dichten Bebauung und dem Wachstum der berüchtigten Mietskasernen des ›Steinernen Berlins‹, in denen die Menschen auf engstem Raum unter prekären Verhältnissen wohnten.

Woher stammte jedoch diese gewaltige Anzahl an Zuwanderern? Für das Jahr 1875 lässt sich eine recht genaue Aufstellung über die regionale Herkunft der Berliner Bevölkerung anführen (*Tab. III*).

Von den insgesamt ca. 966 000 Berliner Einwohnern waren im Jahr 1875 demnach weniger als die Hälfte (ca. 400 000) in Berlin gebürtig. Der Rest (ca. 566 000) war zuge-



Abbildung 1: Friedrich Kaiser, Tempo der Gründerzeit, Öl auf Leinwand 1875 (Bau der Grenadierstraße – heute Altmstadtstraße – in Berlin); https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Tempo_der_gruenderzeit.jpg (gemeinfrei)

wandert und stammte fast ausschließlich aus der umliegenden Provinz Brandenburg und den anderen östlichen preußischen Provinzen. Zusammen stellten sie etwa 54 % der Bevölkerung Berlins. An diesen Verhältnissen sollte sich in den nächsten Jahrzehnten nicht viel ändern. Auch um 1900 waren nur etwa 40 % der Einwohner in Berlin gebürtig.

Doch auch das 1861 erweiterte Stadtgebiet konnte die stetig wachsende Zahl an Zuwanderern auf Dauer nicht aufnehmen. So siedelten sich immer mehr Menschen in den angrenzenden Gemeinden der Kreise Niederbarnim und Teltow an (*Tab. IV*).

Hier kam es in der Folge ebenso zu gewaltigen Veränderungen. Aus Dörfern wurden binnen weniger Jahre ›Großstädte‹. Dies führte dazu, dass Charlottenburg 1877, Schöneberg 1898, Rixdorf 1899, Wilmersdorf 1907 und Lichtenberg schließlich noch 1908 das Stadtrecht erhielten und einen eigenen Stadtkreis bildeten.

Im Jahr 1905 lag die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer innerhalb des Berliner Stadtgebietes bei etwa 32 000 Bewohnern, innerhalb einer vierzehn Kilometer breiten Zone um den Stadtkern bei 1 800 und außerhalb davon in der restlichen Provinz bei lediglich 60 Einwohnern.⁸

Tabelle III: Regionale Herkunft der Bevölkerung Berlins im Jahre 1875 (aus: Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin 4 [1876], S. 13 f.)

Herkunftsort	Anzahl	Anteil an Gesamtbevölkerung
<i>Berlin</i>	399 673	41 %
<i>außerhalb Berlins</i>		
Kreis Barnim	15 078	
Kreis Teltow	12 512	
<i>restlicher Regierungsbezirk Potsdam</i>	86 634	
Regierungsbezirk Frankfurt an der Oder	75 457	
= Provinz Brandenburg gesamt	189 681	20 %
Provinz Pommern	59 691	6,4 %
Provinz Preußen	53 174	5,5 %
Provinz Posen	42 052	4,5 %
Provinz Schlesien	81 614	8,4 %
Provinz Sachsen	60 443	6,2 %
Provinz Westfalen	5 737	
Provinz Rheinland	8 636	
Provinz Hohenzollern	145	
Provinz Hessen-Nassau	3 648	
Provinz Hannover	6 612	
Provinz Schleswig-Holstein-Lauenburg	2 754	
= restlicher Preussischer Staat	324 506	33,5 %
Deutsches Reich	39 768	4 %
Ausland	12 421	1,5 %
insgesamt	966 049	

Tabelle IV: Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Berliner Vororte (aus: THIENEL 1977, S. 65)

Berliner Vororte	1871	1880	1890	1900	1910
Charlottenburg	19 000	30 000	77 000	190 000	305 000
Wilmerdorf	1 600	2 900	5 100	30 000	110 000
Rixdorf	8 100	18 000	35 000	90 000	237 000
Lichtenberg	4 700	17 000	34 000	60 000	133 000
Schöneberg	4 500	12 000	29 000	96 000	173 000
Steglitz	1 900	6 500	12 500	21 000	63 000
Adlershof	198	344	3 400	8 000	10 600

Ein Blick auf die Wanderungsbewegungen zeigt, dass neben der Provinz Brandenburg vor allem die östlichen, ebenfalls überwiegend agrarisch geprägten preußischen Provinzen kontinuierlich Menschen an den Raum Berlin-Brandenburg verloren (Tab. V). So verließen in den Provinzen Ost- und Westpreußen in den Jahrzehnten nach der Reichseinigung 1871 über 200 000 Menschen ihre Heimat und zogen in den Raum Berlin-Brandenburg.

	Ost- und Westpreußen	Posen	Pommern	Schlesien	Sachsen
vor 1871	32 900	30 800	44 500	84 200	62 400
1871–1880	40 700	27 900	25 100	25 300	3 600
1880–1890	97 100	48 200	51 900	58 300	20 500
1890–1900	76 800	47 500	43 500	40 600	21 300

Tabelle V: Zuwanderungsgewinn Berlin-Brandenburgs gegenüber ausgewählten preußischen Provinzen (aus: KELLER 1931, S. 279)

Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges stammte der größte Teil der nach Berlin und in die Vororte Zugezogenen weiterhin aus der Provinz Brandenburg: Insgesamt kamen zwischen einem Drittel und einem Viertel von hier, je nach konjunktureller Phase. Aus West- und Ostpreußen wanderten etwa 15 % zu, aus Schlesien 12 bis 13 %, aus Pommern 11 %, aus der preußischen Provinz Sachsen immerhin noch 8 % und aus den preußischen Westprovinzen lediglich 3 %.⁹

IV. BRANDENBURGISCHES UMLAND

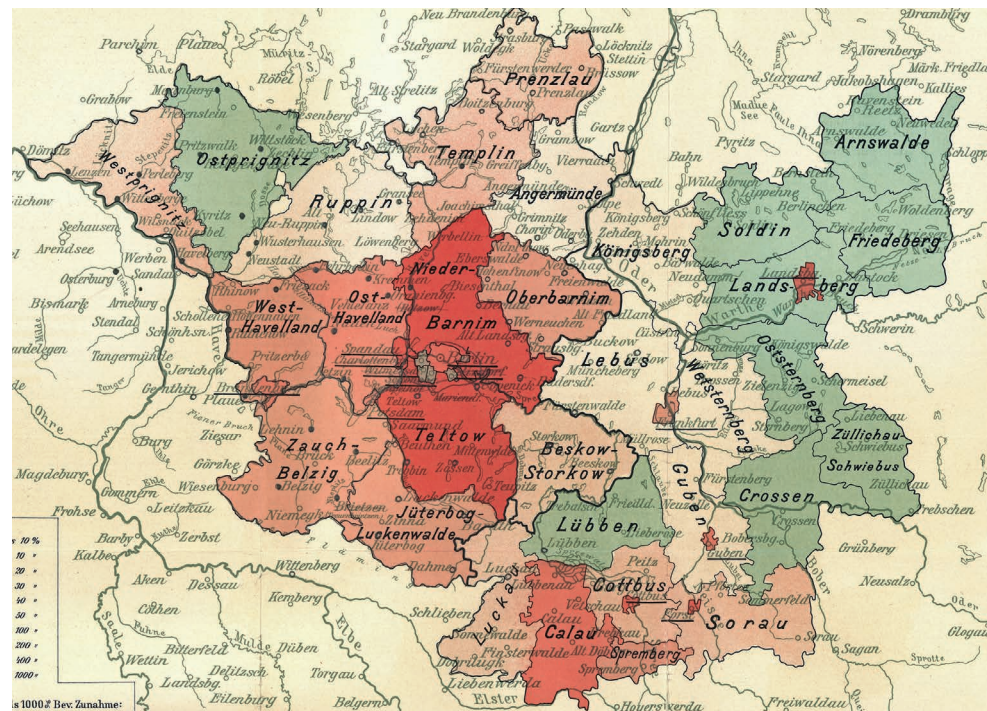
Es ist deutlich geworden, dass bei einem Blick auf die Verhältnisse in der Provinz Brandenburg unterschieden werden muss zwischen den Entwicklungen der Stadt Berlin und ihrem Umland, welches bekanntlich bis 1920 zu den Kreisen Niederbarnim und Teltow zählte, und den restlichen Landkreisen, die einen erheblichen Teil ihrer Bevölkerung an die Hauptstadtregion abgaben.

Da vor allem die bäuerlichen Unterschichten auf der Suche nach Arbeit ihre Heimat verließen, fehlten auf den großen Gütern zunehmend Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Zwischen 1880 und 1910 hörten etwa 600 000 Menschen in der Provinz

Brandenburg auf, in der Landwirtschaft zu arbeiten.¹⁰ Als Folge daraus halfen im ländlichen Bereich im Frühjahr und Sommer wiederum Saisonarbeiter aus, die nicht selten von weither dazu anreisten. Seit 1880 wuchs die Zahl der Saisonkräfte aus dem Ausland rasch an. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg soll etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Saisonarbeitskräfte aus dem Ausland gekommen sein. Die wichtigste Gruppe stellten die in der Landwirtschaft beschäftigten Polen.

Die Karte in *Abb. 2* zeigt die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Kreisen der Provinz Brandenburg in diesen Jahrzehnten.¹¹ Bei der Betrachtung muss beachtet werden, dass sich in der Darstellung zwei gegensätzliche Entwicklungen überlagern: einerseits die Zunahme der Bevölkerung aufgrund eines erheblichen Geburtenüberschusses, andererseits die Abnahme durch eine ausgeprägte Abwanderung. So wuchs in einigen Kreisen trotz Emigration die Bevölkerungszahl. In anderen Kreisen war die Abwanderung so umfangreich, dass die Einwohnerzahl trotz Geburtenüberschusses insgesamt sank. Besonders ausgeprägt war die *Landflucht* in den östlichen Kreisen der Neumark, im Kreis Lübben sowie in der Ostprignitz.

Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung Provinz Brandenburg 1871–1905 (rot: Zunahme, grün: Abnahme), Zeichnung 1910; aus: Theodor Meinerich: Die Bevölkerung, in: *Landeskunde der Provinz Brandenburg*, II. Band: Die Geschichte, Berlin 1910



Doch auch innerhalb der Kreise lassen sich regionale Unterschiede ausmachen, die in der Karte nicht deutlich werden. Der außergewöhnliche Zuwachs in den Kreisen Teltow und Niederbarnim ist natürlich in erster Linie auf die Berliner Vororte zurückzuführen. In anderen Kreisen dagegen waren einzelne Landstriche besonders stark von einer Abwanderung betroffen. Vier Gebiete fallen dabei besonders auf: das Oderbruch, das Warthe- und Netzebruch, das nördliche Havelland/südliche Ruppiner Land (Rhinluch) sowie der Kreis Sorau in der Niederlausitz. Waren es in Sorau vor allem die sogenannten *Weberdörfer*, deren Bewohner aufgrund der Verlagerung der Tuchherstellung in die Städte abwanderten, so handelte es sich bei den anderen Regionen um jene Kolonisationsgebiete, die im 18. Jahrhundert noch mit großem Aufwand erschlossen worden waren. Die Abwanderung aus dem Warthebruch umfasste etwa 20 % der Bevölkerung von 1875, das Oderbruch verlor etwa 21 %. Ähnliches lässt sich auch für die Kolonistendörfer im Rhinluch beobachten.¹² Der hier zumeist vorherrschende Kleinbesitz war vielfach nicht mehr ausreichend für die Sicherung des Lebensunterhaltes einer wachsenden Bevölkerung.

Bei all den zu beobachtenden Abwanderungsbewegungen zeigt sich jedoch ebenfalls, dass im Rahmen der Industrialisierung auch mittelgroße brandenburgische Städte Beschäftigungs- und Existenzmöglichkeiten für Industriearbeiter, dienstleistende Handwerker und kleine Geschäftsleute boten, die dort gute Aufstiegsmöglichkeiten hatten und sich ansiedelten.¹³

Die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Reihe brandenburgischer Städte führte hier genauso zu einer deutlichen Zuwanderung von Menschen, die nicht selten aus der Umgebung stammten (*Tab. VI*). Obwohl in deutlich bescheidenerem Umfang, war das Ziel der Arbeitsmigration nicht immer Berlin.

Städte	1875	1890	1910
Brandenburg an der Havel	27 300	37 800	53 600
Eberswalde	10 100	16 100	26 300
Rathenow	9 900	16 300	24 700
Wittenberge	7 600	12 500	20 600
Landsberg an der Warthe	18 000	30 500	37 000

Tabelle VI: Bevölkerungsentwicklung einzelner brandenburgischer Städte (aus: ENGEL/ENDERS/HEINRICH/SCHICH 2000)

V. NIEDERLAUSITZ

Wie im Titel angekündigt, soll zum Abschluss der Süden der Provinz Brandenburg noch etwas ausführlicher in den Mittelpunkt gestellt werden. Das Markgrafentum Niederlausitz war im Zuge der Ergebnisse des Wiener Kongresses 1815 an Preußen gefallen und bei der Neuordnung der territorialen Verwaltung der neu geschaffenen Provinz Brandenburg zugeschlagen worden. Jahrhundertlang überwiegend ländlich geprägt, sollten sich auch hier in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wesentliche Veränderungen bemerkbar machen.

In der Niederlausitz verdoppelte sich die Bevölkerung zwischen 1818 und 1871 und verdreifachte sich von 1871 bis 1939.¹⁴ In einigen südlichen Kreisen existierte darüber hinaus eine erhebliche Nahraummobilität nach Sachsen.¹⁵ So wie Berlin für Menschen aus dem Kreis Lübben einen Anziehungspunkt darstellte, die bekannten Spreewälder Ammen sind dafür nur ein Beispiel (*Abb. 3*), zogen auch Dresden und Leipzig zahlreiche Arbeitssuchende an.

Abbildung 3: Heinrich Zille, Spreewaldammen, Zeichnung 1911; https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Heinrich_Zille_Spreewald-Ammen.jpg (gemeinfrei)



Im wirtschaftlichen Bereich erlebten die Glas- und vor allem die Tuchindustrie einen erkennbaren Aufschwung. In den Tuchfabriken von Cottbus, Guben und vor allem Forst, dem ›Manchester des Ostens‹, fanden zahlreiche Zuwanderer auf der Suche nach Arbeit eine Anstellung.

Von wesentlicher Bedeutung für die Entfaltung des Niederlausitzer Wirtschaftslebens und damit auch für die Wanderungsbewegungen sollte darüber hinaus der Aufschwung des heimischen Braunkohlebergbaus werden, der bald nach 1870 begann. Gefördert wurde Braunkohle vereinzelt schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in kleinen Gruben im Tiefbau unter Tage. War der Bedarf der benachbarten Betriebe gedeckt, etwa Brennereien, Textilfabriken, Ziegeleien oder Glashütten, ruhte der Abbau. Eine Kontinuität in der Förderung der Kohle ergab sich erst nach dem Aufbau einer

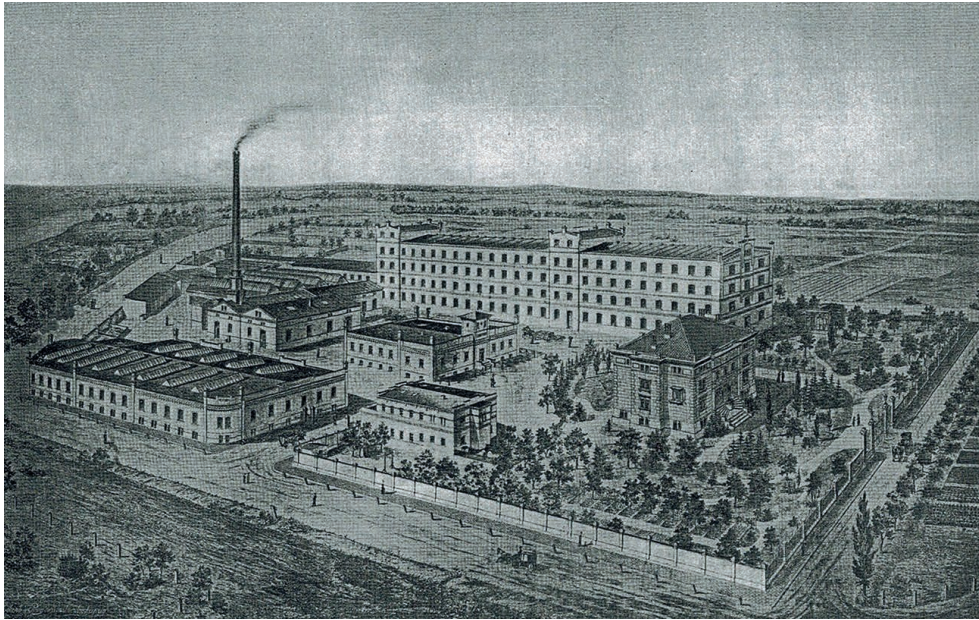


Abbildung 4: Cottbus, ehemalige Tuchfabrik Gustav Samson, um 1910; https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Fabrik_Samson-001.jpg (Tourist Cottbus – CC BY-SA 3.0)

Städte	1875	1890	1910
Cottbus	25 800	35 000	48 800
Forst	14 100	25 500	33 800
Guben	23 700	29 300	38 600
Senftenberg	2 800	9 100	13 500
Finsterwalde	7 700	8 800	13 100

Tabelle VII: Bevölkerungsentwicklung ausgewählter Städte der Niederlausitz (aus: ENGEL/ENDERS/HEINRICH/SCHICH 2000)

leistungsfähigen Infrastruktur, die den überregionalen Abfluss der Kohle gewährleistete. Mit dem Ausbau des Eisenbahnnetzes traten in den 1870er Jahren dann etwa zwanzig neue Gruben hinzu, die Mehrzahl davon in der Umgebung von Senftenberg, alles durchweg Klein- und Mittelbetriebe. Damit war allerdings kein Wandel der Arbeitsweise verbunden. Noch immer waren es hauptsächlich Kleinbauern, die in benachbarten Gruben außerhalb der Saat- und Erntezeit sich einen Nebenverdienst erarbeiteten.¹⁶

Mit der Erschließung neuer Gruben, die bis zur Jahrhundertwende immer noch als Tiefbau betrieben wurden, stieg auch der Bedarf an ausgebildeten Bergleuten. Die Gru-

ben wurden nun dem Bergrecht unterstellt und neben ungelerten Arbeitern traten notwendigerweise Fachkräfte: Bergmänner, Markscheider, Steiger, Obersteiger, Berginspektoren und -assessoren. Deren Gewinnung gestaltete sich nicht einfach, und so begannen die Grubenunternehmer damit, Bergleute aus anderen Regionen abzuwerben: Im Jahre 1870 etwa aus Niederschlesien, da es dort aufgrund der schlechten Geschäftslage zu Entlassungen gekommen war. 1872 scheiterten Versuche, schwedische Arbeiter anzusiedeln.¹⁷

Wie groß die Gruppe der auswärtigen Bergleute war, ist nicht mehr ganz einfach festzustellen, aber mit ihnen kamen auch bergmännische Traditionen in das Revier, die bis dahin keine Grundlage in dieser Region hatten. Mit der zahlenmäßigen Ausdehnung der Belegschaft, der Zunahme privater Unternehmen und der eintretenden Mechanisierung wurde der Bergmann nun zum Bergarbeiter. Knappschaftsvereine entstanden, ›bergmännisches Selbstbewusstsein‹ und andere Traditionen entwickelten sich nun auch in der Niederlausitz.

Die Umstellung von Tief- auf Tagebaubetrieb erfolgte dann etwa ab 1890, einhergehend mit einer gewaltigen Mechanisierungswelle um 1900. Verbunden damit war die Zunahme einfacherer Arbeiten zur Beseitigung des Abraums. Dies führte dazu, dass Abraumarbeiter viel schlechter bezahlt wurden und dafür jetzt vermehrt ausländische Arbeiter angeworben wurden: russische Polen, Galizier, Ruthenen oder Italiener, ohne die bald kein Betrieb der Gruben mehr möglich war.

Erste Zahlen für das Cottbuser Revier sind ab 1897 überliefert. Dort waren 38 russische Polen im Sommer beschäftigt, 1899 dann 51 Arbeiter und 1900 befanden sich 60 italienische Arbeiter auf einer Grube. Erst seit 1905 existieren dann amtliche Zahlen für dieses Revier (*Tab. VIII*).¹⁸ Der Vorteil der ausländischen Arbeiter war natürlich, dass diese billiger waren. Dennoch kann nicht davon gesprochen werden, dass sie in den Gruben überwogen.

Tabelle VIII: Zahlen ausländischer Arbeiter im Cottbuser Revier (aus: KRÜGER 2011, S. 76)

Jahr	Anzahl ausländischer Arbeiter
1905	290
1906	560
1907	1 200
1908	1 400
1909	1 000

Die Zahl der Arbeiter in der Braunkohlegewinnung der Niederlausitz wuchs ab den 1890er Jahren dann kontinuierlich an. Waren 1890 ca. 3 000 Arbeiter beschäftigt, so waren es 1910 bereits etwa 15 000.

VI. FAZIT

Die Entwicklungen in Berlin und seinem Umland sowie der restlichen Provinz Brandenburg im Laufe des 19. Jahrhunderts können unterschiedlicher kaum sein. Massiver Zuwanderung auf der einen Seite steht eine ausgeprägte Landflucht aus den ländlichen Gebieten gegenüber. Dies führte zu einer Arbeitsmigration in das Zentrum Berlin, nicht nur aus Brandenburg, sondern auch aus den anderen östlichen preußischen Provinzen. In geringerem Umfang profitierten davon mitunter brandenburgische Städte.

In den zum Teil gewaltigen Zahlen gehen natürlich die persönlichen Schicksale all derer unter, die sich damals mit großen Hoffnungen auf den Weg in eine bessere Zukunft gemacht haben. So wie der Bäcker Johann Heinrich Hoffmann aus Thurnau in Oberfranken, der nach Stationen in Kulmbach, Bayreuth, Hof, Plauen, Zwickau, Leipzig, Halle, Köthen, Aschersleben, Braunschweig, Angermünde, Crossen, Breslau, Schweidnitz, Hirschberg, Görlitz und Senftenberg sich mit einem Niederlassungsgesuch an das Landratsamt in Calau wandte. Oder der Fall des Tuchmachers Gottlob Leberecht Häring aus Bischofswerda, der als 21jähriger Geselle 1846 nach Cottbus gekommen war und, nachdem er jahrelang bei dem Tuchfabrikanten Liersch gearbeitet hatte, im Sommer 1853 hier heiratete und ein Haus in der Spremberger Vorstadt erwarb.¹⁹ Nicht zu vergessen sind die vielen namenlosen ehemaligen Landarbeiter und Tagelöhner, die in den Berliner Mietskasernen ihr Leben fristeten und in einer der zahlreichen neuen Fabriken für ihr Auskommen schufteten.

Anmerkungen

- 1 CAESTECKER 1999, S. 228.
- 2 OLTMER 2016, S. 52, 59, 60.
- 3 Ebd., S. 62.
- 4 Ebd.
- 5 CAESTECKER 1999, S. 233, 234.
- 6 BORN 1972, S. 455, 456.
- 7 Ebd., S. 456.
- 8 RADTKE 2016, S. 170.
- 9 ERBE 1987, S. 696.
- 10 ADAMY 1995, S. 512.
- 11 Karte in: MEINERICH 1910.
- 12 DEISSMANN 1936, S. 19.
- 13 RADTKE 2016, S. 173.
- 14 LEHMANN 1963, S. 715.
- 15 VOGEL 2015, S. 55 ff.
- 16 Ausführlich dazu NOACK 2016, S. 95–101.
- 17 KRÜGER 2011, S. 73 f.
- 18 Ebd., S. 75 f.
- 19 VOGEL 2015, S. 58.

LITERATUR

- KURT ADAMY, Die preußische Provinz Brandenburg im Deutschen Kaiserreich (1871 bis 1918), in: INGO MATERNA/WOLFGANG RIBBE (Hgg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 503–560.
- KARL ERICH BORN, Der wirtschaftliche und soziale Strukturwandel in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts, in: ERNST-WOLFGANG BÖCKENFÖRDE (Hg.), Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918), Köln 1972, S. 451–469.
- FRANK CAESTECKER, Der Migrant, in: UTE FREVERT/HEINZ-GERHARD HAUPT (Hgg.), Der Mensch des 19. Jahrhunderts, Frankfurt am Main/New York 1999, S. 229–260.
- GERHARD DEISSMANN, Die Veränderung der Bevölkerungsverteilung in Berlin-Brandenburg 1875–1925, Stuttgart 1936.
- EVAMARIA ENGEL/LIESELOTT ENDERS/GERD HEINRICH/WILFRIED SCHICH (Hgg.), Städtebuch Berlin und Brandenburg, Stuttgart 2000.
- MICHAEL ERBE, Berlin im Kaiserreich (1871–1918), in: WOLFGANG RIBBE (Hg.), Geschichte Berlins, Bd. 2, München 1987, S. 691–796.
- KARL KELLER, Umfang und Richtung der Wanderungen zwischen den preußischen Provinzen in den Jahren 1871 bis 1925, in: Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes 70 (1931), S. 273–291.
- WOLFGANG KÖLLMANN, Demographische »Konsequenzen« der Industrialisierung in Preußen, in: OTTO BÜSCH/WOLFGANG NEUGEBAUER (Hgg.), Moderne preußische Geschichte, Bd. 1, Berlin 1981, S. 447–465.
- FRITZ-KONRAD KRÜGER, Die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in der Braunkohleindustrie der Niederlausitz in ihrer Entwicklung bis zur Gegenwart, Stuttgart 1911.
- RUDOLF LEHMANN, Geschichte der Niederlausitz, Berlin 1963.
- THEODOR MEINERICH, Die Bevölkerung, in: ERNST FRIEDEL/ROBERT MIELKE (Hgg.), Landeskunde der Provinz Brandenburg, Bd. 2, Berlin 1910, S. 55–112.
- MAXIMILIAN NOACK, Zwischen wilhelminischer Bedarfsarchitektur und moderater Moderne, Petersberg 2016.
- JOCHEN OLTMER, Migration im 19. und 20. Jahrhundert, München 2010.
- JOCHEN OLTMER, Europäische und deutsche Migrationsverhältnisse im 19. und 20. Jahrhundert, in: HEINZ-ULRICH BRINKMANN/MARTINA SAUER (Hgg.), Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration, Wiesbaden 2016, S. 51–97.

WOLFGANG RADTKE, Brandenburg im 19. Jahrhundert. Die Provinz im Spannungsfeld von Peripherie und Zentrum, Berlin 2016.

INGRID THIENEL, Verstädterung, städtische Infrastruktur und Stadtplanung. Berlin zwischen 1850 und 1914, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege 4 (1977), S. 55–84.

LUTZ VOGEL, Migration und Mobilität in den beiden Lausitzen im 19. Jahrhundert. Eine Skizze, in: BJÖRN BERGHAUSEN/DIRK SCHAAL (Hgg.), Die beiden Lausitzen. Wirtschaft, Geschichte und Industriekultur in Brandenburg und Sachsen, Münster 2015, S. 53–61.

Vinzenz Czech ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit der Universität Potsdam.

Die Muslime Berlins und Brandenburgs

Diplomatische Beziehungen, islamische Bauten, Kriegsgefangene, Propaganda im Umfeld des Ersten Weltkriegs

Yunus Yaldiz

I. EINFÜHRUNG

Auf der Suche nach islamischer Geschichte in Berlin und Brandenburg stößt man auf erstaunliche Quellen und Zeugnisse. Das hat einerseits damit zu tun, dass in den letzten Jahren vor allem zu den Muslimen Brandenburgs mehr geforscht wurde als früher,¹ andererseits dass die Muslime Brandenburgs Anfang des 20. Jahrhunderts – genauer gesagt während des Ersten Weltkriegs – die größtmögliche Aufmerksamkeit erhielten und damals relativ umfangreiche Bild- und Tonmaterialien hergestellt wurden.²

Der Hauptteil dieses Artikels wird sich auf Brandenburg konzentrieren; ein etwas kleinerer Teil widmet sich Berlin als dem ersten Zentrum diplomatischer Beziehungen und islamischer Geschichte. Das Hauptaugenmerk wird neben Baudenkmalern, wie islamischen Friedhöfen und Moscheebauten, auf der besonderen Situation und Strategie des Deutschen Kaiserreiches während des Ersten Weltkriegs liegen, da diese unmittelbar die Geschichte der islamischen Welt und der Muslime Brandenburgs tangierte.

II. ZEUGNISSE UND HINTERGRÜNDE AUS BERLIN

Die frühesten vollständig noch erhaltenen Spuren islamischen Lebens sind in Berlin zu finden und stammen aus der Zeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts. Seit dem 18. Jahrhundert gelangten einzelne Muslime in offizieller Funktion nach Deutschland,

wie etwa der 1763 als erster Gesandter in Preußen empfangene osmanische Diplomat Ahmad Rasmi Effendi.³ Andere kamen als Händler, zu Studienzwecken oder als Reisende. Auch wurden für das preußische Heer muslimische, tatarische, bosniakische oder albanische Soldaten angeworben.⁴

Insgesamt war die religiöse Atmosphäre in Brandenburg-Preußen zu jener Zeit von relativer Toleranz geprägt. Das hatte durchaus pragmatische Gründe, da die Bevölkerung während des Dreißigjährigen Krieges stark geschrumpft war (in der Uckermark bis zu 90%).⁵ Allerdings blieben die Zahlen eingewanderter Muslime relativ überschaubar.

Der älteste islamische Friedhof in Mitteleuropa geht auf das Jahr 1798 zurück. Damals starb in Berlin der osmanische Diplomat Ali Aziz Efendi.⁶ Er stammte von Kreta, war eventuell griechischer Abstammung, der dritte osmanische Diplomat am preußischen Hofe und korrespondierte unter anderem mit Heinrich Friedrich von Diez (1751–1817), dem Berater Goethes für den Orient. Ali Aziz Efendis Tod sorgte für die Errichtung eines islamischen Friedhofs. Das Gelände befand sich in der Tempelhofer Feldmark, etwa im Bereich der heutigen Urbanstraße in Kreuzberg. Bis zum Ende der 1860er Jahre wurden fünf weitere Osmanen dort beerdigt, dann musste der Friedhof einem Kasernenbau weichen, und die Überreste wurden zum Columbiadamm in Neukölln gebracht, wo das Areal neben dem Garnisonsfriedhof an das Osmanische Reich abgetreten wurde. Seit 1866 ist dieses Areal, auf dem jetzt auch die Şehitlik Moschee steht, *der muslimische Friedhof in Berlin*.

Zu diesem heute noch besonderen Friedhof einige Worte: In den Jahren 1921 und 1922 wurden dort mehrere osmanisch-türkische Politiker begraben, die während des Ersten Weltkriegs hauptverantwortlich für den Völkermord an den Armeniern ab 1915 gewesen waren und nach Berlin geflohen sind, um der Vollstreckung ihrer Verurteilungen durch die Siegermächte zu entkommen. Armenische Überlebende des Völkermords hatten sie in Berlin ausfindig gemacht und aus Rache am Völkermord auf offener Straße in Berlin-Charlottenburg exekutiert.⁷ Die Inschrift ihrer Gräber lautet: »*Ermordet ... durch armenische Terroristen.*«

Das Osmanische Reich unter Führung der *Jungtürken*, einer faschistischen politischen Bewegung des ausgehenden Osmanischen Reiches, hatte in den Wirrungen des Ersten Weltkriegs systematisch bis zu 1,5 Millionen Armenier, Assyrer, Pontosgriechen und Angehörige weiterer Minderheiten in einem staatlich durchgeplanten Vernichtungsvorhaben umgebracht. Bis heute gesteht die Türkei dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht als Völkermord ein.

Eine Gruppe junger armenischer Männer – zum Teil direkte Überlebende des Völkermordes –, die ihr Vorhaben als »*Operation Nemesis*« betitelten, suchten nach den Hauptverantwortlichen des Völkermordes und exekutierten diese. Unter den Opfern, wenn man sie so nennen kann, war auch Talat Pasha (15. März 1921), der mit zwei anderen *Jungtürken* das Triumvirat bildete, das für die Planung des Genozids verantwortlich war. Sein Mörder, Soghomon Tehlirian, wurde in einem zweitägigen Prozess in Berlin freigesprochen. Talat Pashas Leichnam wurde nach Istanbul rückgeführt. Zwei weitere Ehrengräber sind ebenfalls Hauptverantwortlichen des Völkermordes gewidmet: Cemal Azmi, Gouverneur von Trabzon, der persönlich und mit größtmöglicher Grausamkeit armenische Frauen und Kinder exekutierte, und Bahaeddin Sakir, einem Anführer der eigens für die Vernichtung geschaffenen paramilitärischen Organisation namens Tehkilat-i Mahsusa.⁸ Bis heute stehen diese Ehrengräber unkommentiert auf dem Friedhofsgelände der Şehitlik Moschee.

Die Nach- und Zwischenkriegszeit der Muslime in Berlin wird durch den Bau der Wilmersdorfer Moschee (Brienner Str. 7/8) repräsentiert. Sie kann als ein Sinnbild für religiöse und kulturelle Toleranz betrachtet werden. Nach der Wünsdorfer Moschee nahe Zossen ist sie die zweitälteste Deutschlands. Am 26. April 1925 wurde sie eröffnet, die Idee zu diesem Bau stammt jedoch schon aus dem Jahr 1918.

Idris, der Imam des Zossener *Weinberglagers*, hatte im Frühjahr 1918 Kaiser Wilhelm II. ersucht, der Errichtung einer Moschee in der Reichshauptstadt zuzustimmen. Die Initiative verlief jedoch in der preußischen Bürokratie im Sande. Erst 1925 wurde das Vorhaben realisiert. Letztendlich war es Imam Sadr al-Din der muslimischen *Ahmadiyya-Gemeinde*, der den Moscheebau ausführen ließ. Von dem Berliner Architekten Karl August Hermann stammte der Entwurf im Moghul-Stil.⁹

Mit der Zeit – ab 1926 – besuchten auch Muslime aus Brandenburg diese Moschee, da jene in Wünsdorf nach 1925 wegen Baufälligkeit nicht mehr genutzt werden konnte und bald auch nicht mehr existierte. So entstand eine heterogene muslimische Gemeinde, die auch Nicht-Muslime und Konvertiten in ihren Reihen versammelte (z. B. Leopold Weiß alias Muhammad Asad) und es als ihre Aufgabe ansah, Wissen über den Islam und islamische Gesellschaften in Seminaren und intellektuellen Zirkeln zu diskutieren und zu verbreiten. Dazu wurde eigens eine Zeitschrift ins Leben gerufen, die den Titel »*Die moslemische Revue*« trug.¹⁰ Sie erschien zwischen 1924 und 1940 halb- bis vierteljährlich. Die Zeitschrift ist in einem aufklärerischen, zuweilen sehr lehrerhaften Ton gehalten, der den Nicht-Muslimen oder jenen, die wenig bis nichts über den Islam wussten, diese Religion näherbringen wollte. Heute dient sie

Abbildung 1: Gottesdienst in der türkischen Moschee Berlin; Bundesarchiv, Bild 102-11243 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 DE <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>, via Wikimedia Commons



Historikern als Quelle, die Auskunft darüber gibt, welche Versuche während der Zwischenkriegszeit innerhalb der ersten größeren muslimischen Gemeinde in Deutschland unternommen wurden, um der Bevölkerung und den Muslimen den Islam näher zu bringen.

Ab 1933 änderte sich das Leben der muslimischen Gemeinde (*Deutsch-Muslimische Gesellschaft*), da auch sie zunehmend Anfeindungen der Nazis zu erdulden hatte. Joseph Goebbels beschrieb die Gemeinde im Jahr 1936 mit den Worten: Von dieser Gesellschaft solle keine Notiz genommen werden, da es sich in erster Linie um Juden [sic!] handele. Weiterhin behauptete die Reichsleitung der NSDAP, dass die Moschee »insbesondere in den Jahren 1933/34 Unterschlupf und Absteigequartier für Kurfürstendammjuden« gewesen sei.¹¹

So verkam das vielfältige muslimische Leben der Moschee unter dem Druck der Nationalsozialisten, bis letztendlich 1942 Amin al-Hussayni, der als Großmufti von Jerusalem bekannt werden sollte, die Moschee übernahm. Er war arabischer Nationalist und kollaborierte umfangreich mit den Nazis, unter anderem auch in Palästina, und nutzte die Moschee für seine propagandistischen Auftritte.

Obwohl das Gebäude im Krieg erheblich beschädigt wurde, existiert es bis heute, dank der Restauration der Kuppel und Minarette, und kann von jedem – Muslim oder Nicht-Muslim – besucht werden.

III. BRANDENBURG (ZOSSEN/ZEHRENSDORF UND WÜNSDORF)

Die Geschichte der Muslime in Brandenburg ist eine andere als die der Berliner Muslime und beginnt während des Ersten Weltkriegs. In Zossen und Wünsdorf wurden zu jener Zeit besondere Lager für muslimische Kriegsgefangene errichtet: das *Halbmondlager* und das *Weinberglager*. Dabei entstand auch die erste Moschee Deutschlands in Brandenburg. Grundidee dahinter war, die muslimischen Kriegsgefangenen nach propagandistischer Bearbeitung durch die Nachrichtenstelle für den Orient als Agitatoren und Kämpfer für den Heiligen Krieg rekrutieren und in die osmanisch-türkische Armee eingliedern zu können.¹²

Damit beginnt die faszinierende Geschichte der *Nachrichtenstelle für den Orient* (*NfO*), denn die Idee des Glaubenskriegs beginnt mit ihren Schöpfern. Die *NfO* wurde durch Baron Max von Oppenheim (1860–1946) ins Leben gerufen, selbst Diplomat (er verbrachte einige Jahre in Ägypten), Forschungsreisender und Hobbyarchäologe (Entdecker von Tell Halaf 1899 während der Bauarbeiten zur Bagdad-Bahn), man könnte sagen: ein Orientkenner. Von Oppenheim hatte im Oktober 1914 eine Abhandlung mit dem Titel »*Denkschrift betreffend die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde*« verfasst.¹³ Diese beinhaltete die Absicht, die Muslime in den französischen, britischen und russischen (Zentralasien, Kaukasus) Kolonien zum Aufstand zu bewegen, womit man rund 200 bis 300 Millionen Muslime als Aufständische und/oder Verbündete gegen die Kriegsgegner zu gewinnen oder auf zumindest durch sie verursachte Destabilisierungen in den gegnerischen Kolonien hoffte. Mitarbeiter der *NfO* waren deutsche Ethnologen, Indologen, Orientalisten und Politikwissenschaftler, die jenes von Oppenheim ausformulierte Papier strategisch umzusetzen versuchten. In diesem Zusammenhang und zu eben jenem Zweck wurden die Kriegsgefangenenlager in Brandenburg erbaut.

III.1 Strategien und zentrale Mitarbeiter

Warum aber und wie sollten sich die Muslime gegen ihre kolonialen Herrscher erheben? 1914 war das Osmanische Reich als Verbündeter des Kaiserreichs in den Ersten Weltkrieg eingetreten. Da das Deutsche Kaiserreich nun mit dem Osmanischen Reich verbündet war, dachte man, den muslimischen Kriegsgefangenen stimmig erläutern zu können, dass sie bisher für ihre Unterdrücker gekämpft hatten und nun

für ihre Glaubensbrüder kämpfen sollten, wobei das Deutsche Kaiserreich als der beste Freund der Muslime dargestellt wurde. Deshalb ließ man den osmanischen Sultan am 11./12. November 1914 den *Jihad* ausrufen und begann eine schier endlose Fülle an Propagandamaterial zu produzieren. Das Propagandamaterial beinhaltete Zeitungen und Zeitschriften, Poster, Photographien, Postkarten, Radiosendungen, Filmvorführungen, Flugblätter, Übersetzungen von Texten, Romanen, Gedichten, Liedern. Auch in den Brandenburger Gefangenenlagern Zossen und Wünsdorf produzierte man eine Lagerzeitschrift, die den passenden Titel »*El-Dschihad*« trug und welche die internierten Muslime auf Linie bringen sollte.¹⁴

Zwischen 1915 und 1918 wurden 84 Ausgaben dieser Lagerzeitschrift in Hindi und Urdu, 83 in Arabisch und 50 in Russisch herausgegeben. Wegen des standardisierten Hocharabisch und des Analphabetismus vieler Insassen wurde sogar eine maghrebinische Version herausgegeben, mit vielen Abbildungen und unter anderem auch laut verlesen. Insgesamt fanden jedoch viele Leser die Zeitschrift zu formal und unverständlich.

Die Hindi-sprechenden Kriegsgefangenen waren außerdem weniger für eine panislamische Idee zu begeistern als eher für das Ende des Kolonialismus und die Selbstbestimmung der Völker, weshalb die Hindi-Ausgabe »*Hindostan*« und nicht »*El-Dschihad*« genannt wurde. Gemeinsam war beiden die Darstellung Deutschlands als prosperierende Kultur- und Wirtschaftsnation, die all jenen unterdrückten Völkern und im Besonderen den Muslimen sympathisierend zur Seite stünde, die sich im Zustand kolonialer Unterdrückung befanden. Die Gegenpropaganda ließ nicht lange auf sich warten, denn die realen Zustände in den deutschen Kolonien sprachen eine andere Sprache. Die Lagerzeitschrift »*El Dschihad*« wurde unter redaktioneller Hauptverantwortung von Karl Emil Schabinger¹⁵ und Helmut von Glasenapp¹⁶ in sechs verschiedenen Sprachen in einer Auflage von 15 000 Exemplaren herausgegeben. Als Autoren wirkten, oftmals hinter Synonymen verborgen, die Mitarbeiter der *NfO*. Die inhaltliche Wirkungslosigkeit der Lagerzeitschrift als auch Al-Tunis' Abhandlung zum *Jihad*¹⁷ ist mit dem elitären Verständnis der Materie und der Sprache zu erklären. Die Texte sind meist an ein gebildetes, fast akademisches Publikum gerichtet. Man schrieb also an den Adressaten vorbei.

Die Organisationsstruktur der *NfO* war für deutsche Verhältnisse merkwürdig informell. Sie war der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes unterstellt, arbeitete aber gleichzeitig mit dem politischen Arm des stellvertretenden Generalstabs zusammen. Obwohl die Mitarbeiter allesamt Zivilisten waren, organisierten sie auch militärische oder militärnahe Operationen.

Ihre Aufgaben waren:

- Propaganda an den Kriegsfrenten: Muslime in den Kolonialarmeen an der Front (z. B. Elsass) sollten zum Überlaufen durch Flugblätter (*Jihad Propaganda*) bewegt werden. Diese Aktion war nicht ohne Erfolg. Die Überläufer wurden, wie auch die Kriegsgefangenen, in das *Halbmondlager* gebracht.¹⁸
- Propaganda in der islamischen Welt: vor allem durch Verbreitung der deutschen Sicht des Kriegsverlaufes in der islamischen Welt.
- Informationssammlung in der islamischen Welt: nachrichtendienstliche Tätigkeiten im weitesten Sinne, wie Auswertung von Zeitungen, Berichten, etc.
- Die Initiierung von Aufständen in den feindlichen Gebieten.

Dabei trat vor allem ein Mann in den Vordergrund: der arabische Nationalist Salih al-Sharif al-Tunisi (1869–1920), der von Hauptmann Rudolf Nadolny – dem Leiter der politischen Sektion des stellvertretenden Generalstabs – umgehend zum wichtigsten Propagandisten für das *Halbmondlager* ernannt wurde.¹⁹ Dieser Al-Tunisi war es auch, der die Lagerzeitschrift »*El-Dschihad*« (Erstauflage März 1915) erfand und auch Artikel darin verfasste. Freiherr von Hameln, der Kommandant des Lagers, beschrieb seine Fähigkeiten im Dezember 1915 so: »Saleh verstand es, die Gefangenen [...] in packenden Ansprachen zu fesseln und zu fanatisieren [...]. Sherif Saleh scheint dafür [für die Propaganda, d. Verf.] die gewiesene Persönlichkeit zu sein.«²⁰

Salih al-Sharif al-Tunisi war ein Religionsgelehrter von der Al-Zeituna Universität in Tunis. Nach der Besetzung Tunesiens durch die Franzosen ging er 1906 ins Exil nach Damaskus, danach nach Istanbul, wo er ein Freund von Kriegsminister Enver Pasha wurde und schließlich 1914 nach Berlin, um für die *NfO* zu arbeiten. Neben »*El-Dschihad*« verfasste er propagandistische Flugblätter für muslimische Soldaten. Er war ein erbitterter Gegner französischer Kolonialpolitik und rief die nordafrikanischen Muslime wiederholt dazu auf, sich in den Widerstand gegen die Franzosen zu begeben. Im Jahre 1916 nahm er an der Stockholmer Friedenskonferenz teil und sprach sich für die Beendigung jeglicher Kolonisation und die Selbstbestimmung muslimischer Nationen aus. 1918 siedelte er in die Schweiz über, wo er zwei Jahre später verstarb. Die Ideen, die er verbreitete, waren eine Mischung aus nationalistischen und pan-islamischen Überzeugungen.

Neben den Inhalten der Zeitschrift »*El-Dschihad*« formulierte al-Tunisi Regularien hinsichtlich des muslimischen Lebens, religiöse und Essensvorschriften für musli-

mische Kriegsgefangene, aber auch ein Handbuch für Propagandisten. Dies alles diente der zuvorkommenden Behandlung muslimischer Kriegsgefangener und fällt unter die Strategie der indirekten Propaganda. Einerseits sollte ein positives Bild von Deutschland gezeichnet, andererseits der deutsche Freundschaftsbeweis für den Islam erbracht werden. Zugleich wurden die Kriegsgefangenen massiver direkter Propaganda und politischer Indoktrination ausgesetzt. Versuche, sich der Indoktrination zu entziehen, wurden mit Abschiebung in Normallager bestraft. Al-Tunisi verfasste auch eine Informationsschrift zum *Jihad* zu dem Zweck, der deutschen Öffentlichkeit die Angst vor einfallenden Horden muslimischer Glaubenskämpfer zu nehmen, eine Sorge, die sich in einigen Kreisen deutscher Mitbürger zu verbreiten drohte.²¹

Die Positionierung deutscher Orientalwissenschaftler hinsichtlich dieses Vorgehens war vor dem Ersten Weltkrieg noch zwiespältig: Einerseits unterstützten und förderten sie die Propaganda hinsichtlich des *Jihad* unter Kriegszeiten, andererseits hegten sie, vor allem vor dem Krieg, erhebliche Zweifel, wie aus den Worten des Mitherausgebers von al-Tunisis Werk zu sehen ist:

»Es sei hiermit gewarnt, durch Erregung des religiösen Fanatismus Unruhen herbeizuführen. Gegen einen solchen Versuch würden alle Kulturnationen einmütig zusammenstehen [...]. Der Islam ist eine Religion von Hass und Krieg. Er darf nicht zum herrschenden Prinzip einer zivilisierten Welt werden!«

Einige Jahre später, um 1915, wurde al-Tunisi dann aufgefordert, eben jene Schrift zu verfassen. Weiterhin wurde er auch unter hohen und einflussreichen Persönlichkeiten in ganz Deutschland herumgereicht, wobei er unter anderem auch Produktionsstätten von Kriegsmaterialien, etwa bei Krupp in Essen, besichtigen durfte oder auch die Kriegsflotte in Wilhelmshaven, wo er an Bord eines U-Bootes geführt wurde. Diese Besuche und al-Tunisis Vorträge über den Islam wurden von der deutschen Presse umfassend begleitet.

III.2 Die Kriegsgefangenenlager

Während des Ersten Weltkriegs wurden zwei Lager nahe Zossen gebaut: das *Halbmondlager* und das *Weinberglager*. Während das *Weinberglager* in Zossen hauptsächlich für tatarische und georgische Muslime aus dem russischen Heer bestimmt war, kamen in das *Halbmondlager* in Wünsdorf vorwiegend Nord- und Westafrikaner und In-der aus den britischen und französischen Heeren.

Im *Halbmondlager* lebten bis zu 12 000 Kriegsgefangene. Dort wurden neben Arabisch, Russisch und Tatarisch auch afrikanische und südasiatische Sprachen wie Hindi und Urdu, wahrscheinlich auch Punjabi gesprochen. Diese Sprachen wurden von Lagermitarbeitern zum Teil auf Tonband festgehalten, um phonologische, ethnologische, aber auch rassische Untersuchungen durchzuführen. Im Lautarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin befinden sich 193 Tonaufnahmen mit 282 Titeln, die allein auf im *Halbmondlager* internierte Kriegsgefangene aus Südasien zurückgehen.²²



Abbildung 2: Rituelle Hammelschlachtung vor der Moschee im Halbmondlager Wünsdorf; bpk Berlin/Museum Europäischer Kulturen, SMB/Otto Stiehl

Die Moschee

Im Jahre 1915 wurde im *Halbmondlager* in Wünsdorf die Moschee errichtet. Sie wurde innerhalb von nur fünf Wochen von dem Charlottenburger Unternehmen Stiebitz & Köpchen für 45 000 Goldmark errichtet. Es war ein Holzbau mit beidseitiger Bretterverschalung auf massiven Grundmauern. Der Holzbau musste wegen Baufälligkeit bereits 1925/26 wieder geschlossen und 1930 abgerissen werden. Die Moschee besaß eine Kuppel, ein 25 Meter hohes Minarett, ein Badehaus und einen Raum für die Totenwaschung und vereinte magrebinische, andalusische, osmanische und südostasiatische Architekturelemente. Die Moschee im *Halbmondlager* und der große Beetsaal im *Weinberglager* bildeten den Mittelpunkt des religiösen und sozialen Lebens in den Kriegsgefangenenlagern.

Im Lager wurde *halal* gekocht und sowohl Ramadan, als auch das Opferfest durfte nach islamischem Ritus begangen werden, das heißt muslimische Feiertage wurden gefeiert.²³ Bei besonderen religiösen Festen, wie auch bei der Inaugurationszeremonie der Moschee, kamen neben deutschen Offizieren auch osmanische Gesandte, etwa der osmanische Botschafter höchstpersönlich oder muslimische Geistliche. Dabei wurden Reden gehalten, die den Sultan als religiöses Oberhaupt aller Muslime inszenierten.²⁴

Während die Deutschen sich über das Osmanische Reich Legitimation ihrer Mission erhofften, ging es dem Sultan darum, die Kontrolle über die ehemaligen verlorengegangenen osmanischen Gebiete wieder zu erlangen. Kriegsgefangene als Unterstützer zu gewinnen, schien dabei ein guter Anfang zu sein. Unter den Propagandamethoden innerhalb der Lager waren religiöse Belehrungen, Vorträge, schulischer Unterricht, Gruppenausflüge in die nähere Umgebung und nach Berlin sowie gute Behandlung, Beköstigung und Bekleidung vorgesehen. Seit Juli 1915 wurden Lager-schule und Bibliotheken sowie verschiedene berufliche Weiterbildungskurse und Freizeitangebote eingerichtet.²⁵ Die hiervon überlieferten Bilddokumente sind selbstverständlich als propagandistisches Material zu bewerten. Sie sollten zeigen, wie gut die Muslime beziehungsweise die muslimischen Kriegsgefangenen von den Deutschen behandelt werden, dass sie Aus- und Fortbildungen erhalten, sie sogar Freizeitaktivitäten durchführen konnten oder sich auch faul, »wie der Muselmane es nunmal mag« in die Sonne legen »und das Leben genießen« konnten. Dadurch sollte betont werden, dass Deutschland der beste Freund der muslimischen Welt ist und auf nahezu alle Belange der muslimischen Kriegsgefangenen eingeht.²⁶

Rund 1 100 tatarische, 1 000 arabische und etwa 50 indische Muslime erklärten sich 1915/16 bereit, in der osmanischen Armee zu kämpfen. Ob diese wirklich in den Heiligen Krieg ziehen wollten oder eher hofften, in die Nähe ihrer Heimat zurückzukehren, bleibt ihr Geheimnis. In den französischen, britischen und zaristischen Kolonien blieben die Aufstände der 200 bis 300 Millionen Muslime allerdings aus. Insgesamt betrieb man einen unglaublichen Aufwand, die Muslime zu revolutionieren, doch der Effekt verpuffte weitestgehend.

In den Lagern starben während der Kriegsjahre einige hundert muslimische Gefangene, die auf dem Zehrendorfer Friedhof begraben wurden. Auf diesem eigens eingerichteten Friedhof im *Weinberglager* wurde im Jahre 1914 der erste Muslim beerdigt. Weitere waren afrikanischer, tatarischer, georgischer und südasiatischer Abstammung. Der Friedhof war allerdings keine rein islamische Grabstätte. Neben Muslimen wurden auch Sikhs, Hindus und Christen verschiedener Nationalitäten beerdigt. Allerdings waren die Muslime deutlich in der Mehrheit, etwa im Verhältnis 9:1. Der letzte auf dem Zehrendorfer Friedhof am 29. Okt. 1920 Bestattete war tatarischer Abstammung.

Wann der Friedhof zu existieren aufhörte, ist nicht bekannt. Es muss kurz vor oder nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gewesen sein. Nach dessen Ende wurde das Gelände zwischen Wünsdorf und Zossen zum Standort des Oberkommandos der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und als Truppenübungsplatz benutzt. Der Zehrendorfer Friedhof befand sich mitten darin und verkam. Die meisten Denkmäler wurden zerstört, jedoch bemühen sich heute die Verwaltung und die Denkmalschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming, den Friedhof zu sichern und dieses einzigartige Denkmal wiederherzustellen.

Einige der Grabdenkmäler sind, wenn auch stark beschädigt, noch erhalten, zum Beispiel der Gedenkstein für die Tataren in Zehrendorf.²⁷ Die Tataren waren zusammen mit weiteren Ausländern im Ersten Weltkrieg von den Alliierten eingesetzt worden und gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft. Rund 600 von ihnen starben und erhielten auf dem früheren Dorffriedhof ihre letzte Ruhestätte. Das Preußische Kriegsministerium veranlasste die Errichtung einer Kriegsgräbergedenkstätte. Der Stein nach Entwurf vom Architekten Otto Stiehl, der in dieser Zeit stellvertretender Kommandant des Wünsdorfer Sonderlagers war, enthielt folgende Inschrift in Deutsch und Turkotatarisch: »*Grabstätte der kriegsgefangenen mohammedanischen Kasan Tartaren, die unter der Regierung Wilhelm II. während des Weltkriegs starben*«. Das Tatarendenkmal wurde während des Bayramfestes, dem Fest des Fastenbrechens, im

Abbildung 3: Friedhof Zehrendorf bei Zossen (Weinberglager); Gedenkstein des arabischen Teils; bpk Berlin/Museum Europäischer Kulturen, SMB/Otto Stiehl



August 1916 unter Anwesenheit türkischer Offiziere und des Botschafters eingeweiht. Für die anderen Verstorbenen sind weitere Gedenksteine errichtet worden. In den darauf folgenden Jahrzehnten geriet der Friedhof in Vergessenheit, die Natur überwucherte vieles und die spätere Lage im Lager der Sowjetischen Streitkräfte tat das Ihrige. Im Jahr 1995 erfolgte die Restaurierung.

Otto Stiehls »*ethnologische Studien*«

Eine weitere wichtige hier zu erwähnende Persönlichkeit ist der studierte Architekt Otto Stiehl (1860–1940). Er meldete sich 1915 freiwillig zum Militärdienst und wurde aufgrund seiner Ausbildung zum stellvertretenden Kommandanten zweier Propagan-

dalager beordert. Er begann, Fotos vom Alltagsleben der Lagerinsassen zu schießen. 1916 publizierte er ausgewählte Portraits in der propagandistischen Veröffentlichung »*Unsere Feinde*«, in dem er diese nach den ethnologischen und anthropologischen Theorien jener Zeit in »*Rassen*« einteilte.²⁸ Das Werk wurde auf Holländisch und Schwedisch übersetzt, unter anderem auch um der Gegenpropaganda entgegenzuwirken, die besagte, dass die Kriegsgefangenen in deutschen Lagern schlecht behandelt würden. Um die 40 000 Exemplare wurden insgesamt verkauft, woraufhin Stiehl in anthropologischen Zirkeln als Experte angesehen wurde. Stiehl hielt 1917 eine Vorlesung zur Ethnographie der Kriegsgefangenen am *Senckenberg-Institut* in Frankfurt. Er begleitete die letzten Kriegsgefangenen nach Istanbul, die dorthin entsandt wurden, um an der Seite des Osmanischen Reiches gegen die *Entente*-Mächte zu kämpfen. 1924 wurde Stiehl Mitglied der *Berliner Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und frühe Geschichte*.

Im Rückblick kann man nur staunen, was für strategische Pläne zu jener Zeit entworfen und zum Teil auch umgesetzt wurden. Letztendlich schätze ich jedoch sowohl die *NfO*, als auch die in ihr versammelten Persönlichkeiten aus Orientalistik, Ethnologie und Archäologie als unrealistisch und utopisch ein. Wie viele sogenannte Orientkenner überschätzten sie das damalige Revolutionspotential und den Kampfesifer vieler Muslime. Ihre Positionen und Studien ließen sie außerdem kaum je in Kontakt mit dieser Bevölkerungsgruppe treten. Das Schicksal, dem sich die kolonialen Untertanen, die wie Sklaven in die Armeen rekrutiert wurden, in Krieg, Vertreibung und Unterdrückung ausgesetzt sahen, wurde vollkommen übersehen. Viele von ihnen wurden aus ihren Stämmen, Familien, ihren Heimatländern zwangsrekrutiert und hatten, außer um wieder in die Heimat zu kommen, nicht den Wunsch, in den Krieg zu ziehen, gleich für welche Seite. Auch die Zeitschriften und Pamphlete zeigen, wie wenig Bezug die Orientalisten und die von ihnen protegierten muslimischen Propagandisten zur allgemeinen Bevölkerung hatten. Die meisten Schriften waren für viele unleserlich, in einer Hochsprache mit theologischen und rechtlichen Bezügen abgefasst, die die Bildung vieler überstiegen. Die Historie der *NfO* liest sich beinahe wie ein orientalistischer Abenteuerroman, und so lebensfern war auch vieles, was in ihrem Sinne unternommen wurde.²⁹

IV. KONKLUSION UND AUSBLICK

Damals wie heute werden bestimmte Gruppen für propagandistische Zwecke eingespannt und ausgenutzt. Interessanterweise ist darunter wiederholt die Gruppe der Muslime. Anscheinend eignet sie sich ideal zur Instrumentalisierung. So herrscht auch heute noch die Meinung vor, dass Muslime kampfeswillig und leicht zu fanatisieren sind. Doch genau wie heute kamen die Muslime damals als unfreiwillige Kriegsteilnehmer oder Kriegsopfer. Der größte Teil der Muslime, der während des Ersten Weltkriegs nach Deutschland kam, war seitens der Kolonialmächte unfreiwillig rekrutiert worden und nur froh, die Grauen des Krieges überlebt zu haben, der nicht der ihre war.

Heute sieht das ähnlich aus und wieder denkt man über sie ähnlich, oder zumindest werden sie oft in die Nähe bestimmter Ideen gestellt, die gegen Frieden und Demokratie sprechen. Wieder produziert man vornehmlich Bilder von ihnen, anstatt mit ihnen zu sprechen und ihre persönlichen, tragischen, von Krieg gebeutelten Geschichten zu hören. Damals wie heute haben die Menschen genug vom Krieg. Leider gibt es andere Menschen, die vergessen zu haben scheinen, was Propaganda, Polemik und Krieg für uns alle bedeuten. Man kann nur hoffen, dass die Vernunft gegenüber den irrealen Ängsten stets die Oberhand behält.

Anmerkungen

- 1 HÖPP 1997; HEINE 2006; DERS. 1982; VAN ESS 2012; OBERHAUS 2002; GUSSONE 2010; AGAI/RYAD/SAJID 2015; allgemeiner: ROHE 2016.
- 2 Sourcebook »Cultural Exchange in a Time of Global Conflict. Colonials, Neutrals and Belligerents during the First World War«, vgl. [http://sourcebook.cegcproject.eu/items/browse?tags=Half moon+Camp](http://sourcebook.cegcproject.eu/items/browse?tags=Half+moon+Camp) [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 3 HÖPP 1997, S. 11.
- 4 Siehe ROHE 2016, S. 53–74; HÖPP 1997, S. 10.
- 5 Ebd., S. 10 f.
- 6 <https://www.gedenktafeln-in-berlin.de/nc/gedenktafeln/person/alph/A/person/2786/> [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 7 BOGOSIAN 2015.
- 8 Zu Bahaeddin Sakir siehe: AKÇAM 2018. Zu Cemal Azmi siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Cemal_Azmi.
- 9 Eine Abbildung der Wilmersdorfer Moschee in: https://de.wikipedia.org/wiki/Wilmersdorfer_Moschee [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 10 Die Zeitschrift wurde herausgegeben vom Zentralinstitut Islam-Archiv-Deutschland 1928, 1940/86 nicht erschienen, später ohne Zählung, vierteljährlich in Berlin, vgl. <http://berlin.ahmadiyya.org/m-rev/> [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 11 HÖPP 1997, S. 23.
- 12 Für die Armeen im Ersten Weltkrieg wurden über vier Millionen nicht-weiße Männer für die Kolonialarmeen rekrutiert und im Krieg eingesetzt. Weiterhin lebten in den Kolonien Frankreichs und Großbritanniens und auch dem Russischen Zarenreich ca. 200 bis 300 Millionen Muslime.
- 13 MAX FREIHERR VON OPPENHEIM, Denkschrift betreffend die Revolutionierung der islamischen Gebiete unserer Feinde, hg. v. STEPHAN KOPETZKY, Berlin 2018.
- 14 »El Dschihad. Zeitung für die muhammedanischen Kriegsgefangenen«, erschienen Berlin 1915/18.

- 15 Karl Emil Schabinger von Schowingen (1877–1967) war unter anderem der Übersetzer al-Tunis Schrift »*Die Wahrheit über den Glaubenskrieg*«, vgl. SCHAICH SALIH ASCHSCHARIF ATTUNISI, *Die Wahrheit über den Glaubenskrieg*, Berlin 1915.
- 16 Helmuth von Glasenapp (1891–1963) war ein deutscher Indologe und wohl für das indische Pendant der Lagerzeitschrift »*El-Dschihad*« – mit dem Titel »*Hindostan*« – verantwortlich.
- 17 SCHAICH SALIH ASCHSCHARIF ATTUNISI 1915 (wie Anm. 15).
- 18 Historiker gehen davon aus, dass von ca. 4 000 muslimischen Kriegsgefangenen maximal 800 Gefangene zu den Deutschen überliefen. Es bleibt fraglich, ob diese überzeugte Kämpfer gewesen waren oder sie eher die Hoffnung trieb zu fliehen und in die Heimat zurückkehren zu können.
- 19 HÖPP 1997, S. 72.
- 20 HEINE 1982, S. 91.
- 21 SCHAICH SALIH ASCHSCHARIF ATTUNISI 1915 (wie Anm. 15); Heine 1982, S. 92.
- 22 Siehe hierzu: LANGE 2019.
- 23 Sourcebook (wie Anm. 2), vgl. <http://sourcebook.cegcproject.eu/items/show/165?tags=Halfmoon+Camp> [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 24 Ebd., vgl. <http://sourcebook.cegcproject.eu/items/show/163?query=weinberglager> [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 25 Ebd., vgl. <http://sourcebook.cegcproject.eu/items/show/162?query=weinberglager> [zuletzt: 19. 12. 2020]; <http://sourcebook.cegcproject.eu/items/show/100?tags=Halfmoon+Camp> [zuletzt: 19. 12. 2020]; <http://sourcebook.cegcproject.eu/items/show/253?query=halbmondlager> [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 26 Ebd., vgl. <http://sourcebook.cegcproject.eu/items/show/97?tags=Halfmoon+Camp> [zuletzt: 19. 12. 2020].
- 27 Ebd., vgl. <http://sourcebook.cegcproject.eu/items/show/165?query=stone> [zuletzt: 19. 12. 2020]; HÖPP 1997, S. 16 f.
- 28 OTTO STIEHL, *Unsere Feinde. 96 Charakterköpfe aus deutschen Kriegsgefangenenlagern*, Stuttgart 1916.
- 29 Siehe hierzu: JAKOB HEIN, *Die Orient-Mission des Leutnant Stern. Roman*, Berlin 2018.

LITERATUR

- BEKIM AGAI/UMAR RYAD/MEHDI SAJID (Hgg.), *Muslims in Interwar Europe. A trans-cultural historical Perspective*, Leiden/Boston 2015.
- TANER AKÇAM, *Killing Orders. Talat Pasha's Telegrams and the Armenian Genocide*, Cham 2018.
- ERIC BOGOSIAN, *Operation Nemesis. The assassination plot that avenged the Armenian Genocide*, New York 2015.
- MARTIN GUSSONE, Die Moschee im Wünsdorfer »Halbmondlager« zwischen Ğihād-Propaganda und Orientalismus, in: *Beiträge zur Islamischen Kunst und Archäologie* 2 (2010), S. 204–231.
- PETER HEINE, Sâlih ash-Sharif at-Tūnisî, a north African Nationalist in Berlin during the First World War, in: *Revue de l'Occident Musulman et de la Méditerranée* 33 (1982), S. 89–95.
- PETER HEINE, Die »Nachrichtenstelle für den Orient« und die deutsche Öffentlichkeit, in: *Spektrum Iran* 2 (2006), S. 8–13.
- GERHARD HÖPP, *Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen 1914 bis 1924*, Berlin 1997.
- BRITTA LANGE, *Gefangene Stimmen. Tonaufnahmen von Kriegsgefangenen aus dem Lautarchiv 1915–1918*, Berlin 2019.
- SALVADOR OBERHAUS, *Deutsche Propaganda im Orient während des Ersten Weltkrieges*, Magisterarbeit, Düsseldorf 2002 [<https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-6097/Deutsche%20Propaganda%20im%20Orient%20w%C3%A4hrend%20des%20Ersten%20Weltkrieges%28V%C3%96%29.pdf> (zuletzt: 19.12.2020)].
- MATHIAS ROHE, *Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme*, München 2016.
- JOSEF VAN ESS, *Dschihad Gestern und Heute*, Berlin/Boston 2012.

Yunus Yaldiz ist Islamwissenschaftler und Mitarbeiter der Fachstelle Islam im Land Brandenburg.

Ausgebeutet, diskriminiert, aber dringend gebraucht

ZwangsarbeiterInnen in Brandenburg während des Nationalsozialismus

Angela Martin

I. ARBEIT ALS BEUTE

Etwa 13,5 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus fast allen Ländern Europas mussten während des Zweiten Weltkriegs im Deutschen Reich Zwangsarbeit leisten. Zuerst wurden polnische Kriegsgefangene zu Arbeiten vorwiegend in landwirtschaftlichen Betrieben herangezogen. Gleichzeitig begann eine massive Kampagne zur Anwerbung polnischer ArbeiterInnen. Schon vier Wochen nach Kriegsbeginn gab es siebzig deutsche Arbeitsämter im besetzten Polen. Sie arbeiteten mit Polizei, SS und Gestapo zusammen, wenn es darum ging, Arbeitskräfte für Deutschland anzuwerben, zwangszuverlässigen und bald auch in Razzien zum Beispiel in Kinos, Kirchen oder auf der Straße zusammenzutreiben – die ›Anwerbungsmaßnahmen‹ mündeten bald in eine regelrechte Menschenjagd. Bis Mai 1940 schafften die deutschen Behörden auf diese Weise mehr als eine Million zivile Arbeitskräfte und Kriegsgefangene aus Polen nach Deutschland.

Zu den ersten Polinnen und Polen, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden, gehörte Stanisław Kubački. Am 7. November 1939 erhielt er einen Befehl in deutscher Sprache, der ihn zur Arbeit nach Deutschland beorderte. Bereits drei Tage später, an seinem 18. Geburtstag, wurde der Junge ins ›Altreich‹ abtransportiert. Wie seine Leidensgenossen wusste er nicht, wohin er gebracht werden sollte, welche Arbeit er in Deutschland zu leisten haben würde und wie lange er dort bleiben müsste. Nur der lakonische Satz: »*Es sind Kleidungsstücke für längere Zeit mitzubringen*«¹ verriet, dass er seine Familie und seine FreundInnen lange nicht mehr wiedersehen würde. Tatsächlich musste Kubački bis Kriegsende auf mehreren Bauernhöfen in Brandenburg arbeiten, unter anderem in Dallgow.

Abbildung 1: Einberufung zur Zwangsarbeit in Deutschland; Privatarchiv Czerwiakowski

**Der Oberbürgermeister
der Stadt Gnesen**

Gnesen, den 7. NOV. 1939 1939

Befehl!

Der, die Kubacki Stanislaus (poln. Volkszugehörigkeit)
geb. 10. 11. 1921 in Gnesen
wohnhaft Gnesen Dolkerstr 24
hat sich am 10. NOV. 1939 vor dem Bahnhof in Gnesen
um 6 Uhr einzufinden.

Es sind Kleidungsstücke für längere Zeit mitzubringen, die zu normal bezahlter Arbeitsleistung in Deutschland — Altreich — benötigt werden.

Vorhandene Ausweispapiere sind mitzubringen.


Wer diesem Befehl nicht nachkommt, wird militärisch vorgeführt und schwer bestraft.

Dieser Befehl berechtigt zum einmaligen Grenzübertritt in das Altreich. Rückübertritt in die Provinz Posen erfolgt nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde.

Wer im Altreich seinen Arbeitsplatz wechseln will, hat sich **vorher** bei dem für die Arbeitsstelle zuständigen Arbeitsamt zu melden.

**Der Oberbürgermeister
Henckel, Regierungsrat**

Henckel

Stempel: 

Alle überfallenen Länder wurden als Arbeitskräftereservoir für Deutschland genutzt. Arbeitsämter folgten der Front. Die Anwerbungsversuche hatten wenig Erfolg, denn schnell sprach sich herum, dass die AusländerInnen in Deutschland diskriminiert und schlecht behandelt wurden. Immer mehr Männer und Frauen wurden daher zwangsverpflichtet, ab 1940 auch in Westeuropa. Nur die wenigsten »*Fremdarbeiter*«, wie sie damals genannt wurden, kamen freiwillig nach Deutschland. Spätestens ab 1942 wurden auch ihre Arbeitsverhältnisse zu Zwangsverhältnissen: Sie erhielten nun keinen Urlaub mehr, durften ihre Arbeitsplätze nicht verlassen und nicht in ihre Heimat zurückkehren. Bei allen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und ausländischen KZ-Häftlingen, die in Deutschland eingesetzt wurden, handelte es sich also um eine von den deutschen Behörden brutal durchgesetzte Zwangsmigration. Abgesehen von seltenen Ausnahmen konnten die AusländerInnen erst mit Kriegsende in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

Im Laufe des Krieges stieg die Bedeutung der geraubten Menschen für die deutsche Kriegswirtschaft immens an, weil die deutschen Männer zur Wehrmacht eingezogen wurden. Ohne die Millionen Menschen aus fast ganz Europa, die für das Dritte Reich Zwangsarbeit geleistet haben, hätte der Krieg nicht so lange geführt und die relativ gute Versorgung der Deutschen nicht aufrechterhalten werden können. In manchen Unternehmen, vor allem in der Rüstungswirtschaft, bildeten sie bis zu 60 Prozent der Belegschaft. Kein einziger Betrieb nennenswerter Größe verzichtete auf die erzwungene Arbeit.

Die meisten zivilen ZwangsarbeiterInnen kamen aus den Ländern der UdSSR: 1944 mussten sich 2,8 Millionen SowjetbürgerInnen in Deutschland aufhalten. Aus Polen wurden 1,7 Millionen und aus Frankreich 1,2 Millionen Menschen zur Arbeit nach Deutschland verbracht. Jeweils mehrere Hunderttausend kamen aus Italien, den Niederlanden, Belgien, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Mehr als ein Drittel waren Frauen, von denen manche gemeinsam mit ihren Kindern verschleppt wurden oder diese in den Lagern zur Welt brachten.

II. DIE RASSISTISCHE HIERARCHIE DER NATIONALSOZIALISTEN

Die Lebensbedingungen der ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen waren von ihrer Einordnung in die rassistische Hierarchie der Nationalsozialisten abhängig. Polinnen und Polen sowie Menschen aus den Ländern der Sowjetunion galten als minderwertig und waren diskriminierenden Gesetzen unterworfen. Schon im März 1940 traten die *Polen-Erlasse* in Kraft, ein rassistisches Sonderrecht für polnische ZwangsarbeiterInnen. Dazu gehörte die Kennzeichnungspflicht durch den Buchstaben »P« an der Kleidung, die noch vor dem Judenstern eingeführt wurde und der Ausgrenzung diente. Alle privaten Kontakte zu Deutschen waren verboten. Intime Beziehungen endeten für Frauen aus Polen nicht selten mit KZ-Haft, für polnische Männer sogar mit der Todesstrafe.

Auch die ZwangsarbeiterInnen aus der Sowjetunion – von den Nationalsozialisten wurden sie »*Ostarbeiter*« genannt – mussten ein Abzeichen tragen. Ihre Behandlung wurde durch *Ostarbeiter-Erlasse* geregelt, die noch strenger und diskriminierender als die *Polen-Erlasse* waren. Ab Herbst 1941 wurden auch sowjetische Kriegsgefangene zur Arbeit in Deutschland eingesetzt. Sie wurden extrem schlecht behandelt und waren oft völlig unterernährt, noch bevor sie die Arbeitslager der Firmen erreichten.

Um sie besser kontrollieren zu können und von den Deutschen zu isolieren, brachte man vor allem die osteuropäischen ZwangsarbeiterInnen nach Möglichkeit in Barackenlagern oder anderen Sammelunterkünften wie Turnhallen, Keller- oder Lageräumen unter. ArbeiterInnen aus der Sowjetunion mussten in Unterkünften wohnen, die bis 1942 durch Stacheldrahtzäune besonders gesichert waren. Oft waren ihre Baracken so überbelegt, dass sich Ungeziefer und Krankheiten schnell ausbreiten konnten.

Jüdinnen und Juden, Sintežas, Sinti, Romnija und Roma sowie KZ-Häftlinge aller Nationalitäten standen auf der untersten Stufe der nationalsozialistischen Sklavenhierarchie. Sie waren der ›Vernichtung durch Arbeit‹ ausgesetzt, das heißt, sie mussten bei äußerst brutaler Behandlung und Hungerrationen so schwer arbeiten, dass sie vor Erschöpfung starben.

III. VERGESSENE OPFER – ZUR FORSCHUNG ÜBER DEN ZWANGSARBEITEREINSATZ IN BRANDENBURG

Lange waren die ZwangsarbeiterInnen vergessene Opfer – auch für die historische Forschung. Erst mit der Entschädigungsdebatte seit Mitte der 1990er Jahre begannen bürgerschaftliche Initiativen zu dem Thema zu recherchieren. Inzwischen sind in Berlin rund 3 000 ehemalige Lager bekannt, in Brandenburg etwa 1 000. Viele Initiativen haben ihre Erkenntnisse publiziert, es gibt zahlreiche Einzelstudien. Die »*Brandenburgische Bibliographie*« der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam bietet einen recht guten Überblick über diese Forschung; dort findet man unter dem Stichwort Zwangsarbeit ca. 100 Titel. Eine aktuelle Gesamtdarstellung des Zwangsarbeitereinsatzes in Brandenburg gibt es leider nicht.²

Zahlen zum ›Ausländereinsatz‹ der Nationalsozialisten in Brandenburg muss man daher in der zeitgenössischen Literatur suchen. So haben dem Amtsblatt »*Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich*« vom 30. März 1940 zufolge Anfang 1941 126 003 AusländerInnen in Brandenburg gearbeitet, davon 50 722 in der Land- und Forstwirtschaft.³ Für August und September 1944 verzeichnet das Blatt 339 160 ausländische ArbeiterInnen und Angestellte im Gauarbeitsamtsbezirk Brandenburg. Davon waren 218 008 Männer und 121 152 Frauen. Sie bildeten mehr als zehn Prozent der in der Provinz Brandenburg lebenden Menschen⁴ und wurden vor allem in der Rüstungsproduktion und in der Landwirtschaft eingesetzt.

Die Quellenlage zur Zwangsarbeit in Brandenburg, vor allem zum ›Ausländereinsatz‹ in der Landwirtschaft, ist schwierig. Das liegt vor allem an Verlusten durch Kriegseinwirkungen und Vernichtungsaktionen kurz vor Kriegsende. Von den Arbeitsämtern und den Stellen des Reichsnährstandes gibt es nur splitterhafte Überlieferungen. Besser erhalten sind Registraturen der Polizeiverwaltung (Regierungen Potsdam, Frankfurt an der Oder) sowie von Landratsämtern und Ortspolizeibehörden.

IV. ZWANGSARBEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT BRANDENBURGS

Mit der Beschäftigung polnischer SaisonarbeiterInnen hatte man in Brandenburg schon seit der Kaiserzeit Erfahrungen.⁵ Die nationalsozialistischen Behörden verhandelten seit 1936 jedes Jahr mit der polnischen Regierung über Arbeitskräftekontingen-

te für Deutschland. Als Warschau wegen der zunehmenden Spannungen in den Beziehungen zu Deutschland das zugesagte Kontingent 1939 zurückhielt, wurden polnische Staatsangehörige auch ohne Papiere ins Reich gelassen.

Während des Krieges nahm der Arbeitskräftemangel in der Provinz Brandenburg zum Teil katastrophale Ausmaße an. Die Behörden setzten zunächst polnische Kriegsgefangene in der Landwirtschaft ein, dann auch polnische ZivilarbeiterInnen und Arbeitskräfte aus Frankreich sowie nach dem Überfall auf die Sowjetunion Männer und Frauen aus diesem Staat.

Viele der polnischen und sowjetischen ArbeiterInnen kamen selbst aus landwirtschaftlichen Betrieben und waren daher ausgezeichnet qualifiziert für die Tätigkeit auf den Bauernhöfen. Oft waren Zwangsarbeiter dort die einzigen Männer, nicht selten leiteten sie sogar den Betrieb. Gegen Kriegsende lag die Arbeit auf dem Land fast zur Hälfte in den Händen von AusländerInnen. Das stand natürlich in krassem Widerspruch zur nationalsozialistischen ›Blut-und-Boden‹-Ideologie.

Anders als in der Industrieproduktion ließ sich der Kontakt zwischen den ArbeitgeberInnen und den Zwangsarbeitenden in der Landwirtschaft kaum vermeiden. Barackenlager konnten sich nur agrarische Großbetriebe leisten. Auf den üblichen Bauernhöfen wohnten die AusländerInnen im Haus oder in Stallgebäuden.

Abbildung 2: In der Presse wurden oft Verhaltensregeln für Deutsche gegenüber Polinnen und Polen veröffentlicht; Amstettner Anzeiger vom 18. 4. 1943



Viele Verordnungen der Nationalsozialisten wurden auf dem Lande oft nicht eingehalten. Polizeiakten aus dieser Zeit belegen die zum Teil bizarren Gegensätze zwischen der NS-Ideologie und der Lebenswelt auf dem Lande.⁶ In zahlreichen Polizeiberichten geht es darum, dass sich AusländerInnen verbotenerweise Fahrräder ausgeliehen hatten, um zu Bekannten in anderen Dörfern zu fahren; andere Aktenvorgänge behandeln die nächtlichen Ausgangssperren für polnische und sowjetische ZwangsarbeiterInnen, die häufig nicht eingehalten wurden. Immer wieder gab es Klagen, weil OsteuropäerInnen Gaststätten besuchten und das Kontaktverbot mit Deutschen nicht beachtet wurde. Für die Polizisten war es schwierig, die Vorschriften durchzusetzen, zumal sie häufig nicht einmal die unterschiedlichen Regeln für »WestarbeiterInnen« und Zwangsarbeitende aus Osteuropa kannten. Viele Gastwirte behaupteten zudem, nichts über die Herkunft ihrer Gäste zu wissen.

Da die Kontrollmöglichkeiten der Behörden sehr gering waren, sollten die Bäuerinnen und Bauern selbst die ZwangsarbeiterInnen überwachen. Doch viele wollten das nicht und verhielten sich zum Missfallen der Nationalsozialisten den AusländerInnen gegenüber menschlich; oft warnten sie ihre Hilfskräfte sogar vor Kontrollen. An Bestrafungen lag ihnen in der Regel nichts, denn wenn die ZwangsarbeiterInnen angezeigt und vom Hof geholt wurden, war das mit einem empfindlichen Verlust an Arbeitskraft verbunden.

Wenn es zu Strafen kam, waren diese sehr hart. Nicht selten folgte bei missliebigen Verhalten die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager, in Brandenburg war es in der Regel das Arbeitserziehungslager Fehrbellin.⁷ Arbeitsvertragsbruch und Bummelerei waren häufige Vorwürfe, die auf diese Art geahndet wurden. Eine bloße Denunziation reichte aus, um in ein Straflager verbracht zu werden. Diese Lager dienten der Abschreckung und funktionierten wie Konzentrationslager; die Sterblichkeit war in den Arbeitserziehungslagern nur deshalb niedriger, weil die Häftlinge meist nach einigen Wochen wieder entlassen wurden. Sie kamen verstört, halb verhungert und misshandelt zurück.

Über rabiate Strafmaßnahmen zur Abschreckung berichten auch lokale Behörden. So heißt es im »*Politischen Bericht des Ernährungsamtes – Abtlg. A (Kreisbauernschaft Zauch-Belzig)*« für den Monat August 1942: »*Das teilweise freche Auftreten und Benehmen der Polen wurde durch das Erhängen zer Polen in der Ortsbauernschaft Lehnsdorf gesühnt.*«⁸

Die Arbeit in der Landwirtschaft verlangte den Menschen viel ab. Je nach Saison wurde über sechzehn Stunden gearbeitet, sechs bis sieben Tage die Woche. Wie die

ZwangsarbeiterInnen versorgt wurden, hing von der Gunst der ArbeitgeberInnen ab. Nur selten erhielten die AusländerInnen angemessene Arbeitskleidung, meist mussten sie mit der wenigen Kleidung auskommen, die sie aus der Heimat mitgebracht hatten. Ein »*Stimmungsbericht und Bericht über die Wirtschaftslage*« aus Jüterbog vom 27. August 1942 zeigt eindrücklich die Not der Zwangsarbeitenden:

»Die Versorgung der landwirtschaftlichen Hilfskräfte mit Wintersachen und Schuhwerk droht katastrophal zu werden. Der größte Teil dieser Ostarbeiter ist nur mit Rock und Hose oder mit einem Kleid bekleidet und meist barfuß hier eingetroffen. Weil sie glauben, hier genügend Kleidungsstücke bekommen zu können, oder weil sie auch zu plötzlich zur Arbeit verpflichtet wurden, haben sie keine Winterkleidung mitgebracht, und da ihre Heimat meist noch Kampfgebiet ist, besteht auch keine Möglichkeit, dass sie sich etwas nachschicken lassen können.«⁹

V. ZWANGSARBEIT IN DER RÜSTUNGSINDUSTRIE BRANDENBURGS

Berlin und Brandenburg waren Zentren der nationalsozialistischen Rüstungsindustrie. Abgesehen von einigen Werken der Großchemie in Premnitz, Landsberg an der Warthe, Schwarzheide und Wittenberge lagen die meisten Rüstungsfabriken bei Kriegsbeginn in der Nähe der Reichshauptstadt. Eisen und Stahl wurde in Brandenburg und Henningsdorf produziert. Giftgas stellten Auer in Oranienburg und ein IG Farben-Werk in Falkenhagen her. Die Julius Pintsch KG in Fürstenwalde lieferte Torpedo- und Unterwasserwaffen, Demag in Falkensee Panzerwagen. Vor allem aber war hier die Luftfahrtindustrie mit Heinkel (Oranienburg), Arado (Potsdam-Babelsberg, Brandenburg, Rathenow), Focke-Wulff (Cottbus), Henschel (Schönefeld) sowie dem Flugmotorenhersteller Daimler-Benz (Ludwigfelde/Genshagen) und dem Zulieferer Bosch (Kleinmachnow) konzentriert.

Ob und wann eine neue Rüstungsfabrik entstand, planten die Unternehmer in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Ministerien.¹⁰ Die Nationalsozialisten verfolgten eine Politik der Duplizierung und Dezentralisierung von Rüstungsfabriken, vor allem wenn diese in den westlichen Regionen Deutschlands lagen, also im Kriegsfall militärisch schwer zu verteidigen gewesen wären. Ein typisches Beispiel für die enge Zusammenarbeit deutscher Unternehmen mit den NS-Behörden in der Rüs-

Ausgebeutet, diskriminiert, aber dringend gebraucht

tungswirtschaft – auch beim Einsatz von ZwangsarbeiterInnen – war die Dreilinden Maschinenbau GmbH (DLMG) im Brandenburgischen Kleinmachnow, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft von Bosch.

VI. BOSCH IN KLEINMACHNOW

Für die Kriegspolitik der Nationalsozialisten war der Bosch-Konzern unersetzlich. Nicht nur Panzer und schwere Fahrzeuge der Wehrmacht, sondern auch Flugzeuge wurden mit Einspritzpumpen, Anlassern, Magnetzündern und anderen Instrumenten von Bosch ausgerüstet; eine etwaige Unterbrechung der Fertigung hätte empfindliche Auswirkungen auf die Kriegsvorbereitungen haben können. Bereits 1933 beschlossen Robert Bosch, der Gründer des Konzerns, und das Reichsluftfahrtministerium daher den Bau einer Rüstungsfabrik in Kleinmachnow. Versteckt im Wald und unter größter Geheimhaltung wurde hier ein hochmodernes Werk errichtet. Schon 1935 begann die Produktion von Zubehör für Flugzeuge der deutschen Luftwaffe.

Die Dreilinden Maschinenbau GmbH (DLMG) expandierte schnell. In den letzten Kriegsjahren beschäftigte sie rund 5 000 Personen, mehr als die Hälfte von ihnen waren Kriegsgefangene und zivile ZwangsarbeiterInnen. Von Herbst 1944 bis April 1945 setzte das Unternehmen auch etwa 800 weibliche KZ-Häftlinge ein.

Die ersten ausländischen Arbeitskräfte forderte die DLMG schon 1940 an. Sie wurden zunächst in Gaststätten untergebracht; gleichzeitig begann die Firma, neben dem Werk ein Barackenlager für die ZwangsarbeiterInnen zu errichten.

Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen ZivilarbeiterInnen hat uns Barbara Michalska aus Łódź berichtet, die von 1943 bis Kriegsende für die DLMG arbeiten musste. Wie die meisten zwangsrekrutierten Arbeitskräfte war sie sehr jung. Sie hatte gerade ihren 18. Geburtstag gefeiert, als sie in Łódź aufgegriffen und nach Berlin geschafft und der DLMG zugewiesen wurde.

»Unsere Zimmer, d.h. die Stuben, waren für 14 bis 16 Personen bestimmt. Geschlafen haben wir auf Etagenpritschen. Die Strohsäcke und Kissen waren mit Papierschnipseln ausgestopft. [...] Von Zeit zu Zeit wurden die Räume ausgeräuchert, um Ungeziefer zu vernichten. Aber die Wanzen machten sich nicht viel daraus und verfolgten uns weiter.«



Abbildung 3: »Kein deutsches Flugzeug ohne Bosch-Zubehör«; Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit/Sammlung Berliner Geschichtswerkstatt

Abbildung 4: Arbeitsausweis von Barbara Michalska; Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit/ Sammlung Berliner Geschichtswerkstatt



Die Stuben konnten kaum geheizt werden, die Kohlezuteilungen waren völlig unzureichend:

»Wir froren ständig und schliefen zu zweit auf einer Pritsche, was jedoch verboten war. Außer mit den Decken deckten wir uns mit allem möglichen zu – mit Kleidern und Mänteln.«¹¹

Die AusländerInnen arbeiteten in Tag- und Nachtschichten von zehn oder zwölf Stunden. Die Verpflegung fand Michalska anfangs als zufriedenstellend. Später wurden die Nahrungsmittel knapper und schlechter. *»Es gab Perioden, in denen wir fünfmal in der Woche Graupensuppe, oft mit Würmern, zu Mittag bekamen. Die Brotrationen wurden auf 200 g gekürzt, dazu gab es nur Marmelade.«* Obwohl die Polen-Erlasse dies untersagten, gingen Michalska und ihre Kameradinnen manchmal in ein Café oder ins Kino. Dann verbargen sie das diskriminierende »P«, das sie eigentlich auf ihrer Kleidung trugen

mussten. Spätestens um 22 Uhr hatten sie wieder im Lager zu sein, auch das schrieben die *Polen-Erlasse* vor.¹²

Auf dem Gelände der DLMG lebten spätestens seit Anfang 1942 auch Kriegsgefangene aus der Sowjetunion. Sie waren in einem besonders stark bewachten Areal untergebracht, das durch einen elektrisch geladenen Stacheldrahtzaun von den übrigen Baracken getrennt war. Wie viele andere Rüstungsunternehmen wollte die Firma den Einsatz dieser Zwangsarbeitergruppe vermeiden, weil die halb verhungerten Soldaten kaum arbeitsfähig und ihre Anlernzeiten besonders lang waren. Die zuständige Rüstungsinspektion ordnete jedoch an, dass die Betriebe in jedem Falle »*Russenzuweisungen*« annehmen müssten, weil »*Russen in einem derartigen Umfange anfallen, dass die notwendigen Einarbeitungszeiten bei den Firmen nicht berücksichtigt werden können.*«¹³

Die zivilen ArbeiterInnen aus der Sowjetunion wurden etwas besser behandelt und erbrachten auch bessere Leistungen. Sobald man diese Männer und Frauen angelehrt habe, würden sie sich als »*willig, fleißig und fachlich gut vorgebildet*« erweisen, so eine Notiz des Rüstungskommandos.¹⁴

Einer der sowjetischen Zivilarbeiter war Iwan Potapenko. In einem Brief hat er das »*Ostarbeiterlager*« der DLMG beschrieben:

»Das Lager war mit zwei Reihen Stacheldraht umzäunt. An den Ecken gab es Wachtürme. Die Wächter hatten Hunde. Wir wurden in Baracken untergebracht. Die Betten hatten drei Etagen. Jeden Morgen trieben uns die Aufseher hinaus. Zum Appell. ›Raus! Weg! Schnell! Russische Schweine!« [...] Wir wurden gezählt. Jemand fehlte. Wieder wurde gezählt. Jeden Tag fehlten zwei bis drei Personen. Sie waren in der Nacht geflohen. Schließlich wurden wir in Dreierreihen in Begleitung von Wächtern mit Hunden zum Werk geführt. Dort wurde jeder in seine Abteilung gebracht.«¹⁵

Schlimmer als die Erniedrigungen war jedoch der Hunger für die jungen Leute aus der Sowjetunion. Wenn sie nicht aus dem Lager ausbrachen, um sich irgendwie Lebensmittel zu beschaffen, träumten sie davon, beim Schweinestall auf dem Lagergelände oder in der Nähe der Lagerküche Essensreste der Deutschen zu finden.

Ab 1944 setzte Bosch in Kleinmachnow KZ-Häftlinge zur Zwangsarbeit ein – auch dies war typisch für die Rüstungsunternehmen.¹⁶ Die DLMG schuf dafür ein firmeneigenes Konzentrationslager: Eine abgelegene Werkshalle wurde mit doppeltem, Stromführendem Stacheldraht eingezäunt; der Luftschutzkeller der Halle diente den Häftlingen als Unterkunft. 800 Frauen, fast ausschließlich Polinnen, wurden hier gefan-

gen gehalten. DLMG-Mitarbeiter hatten sie persönlich im KZ Ravensbrück ausgesucht. Mehrere Überlebende berichteten, wie entwürdigend diese Selektion war: Sie mussten nackt vor den Männern aufmarschieren, die die Hände und Zähne der Gefangenen untersuchten und dabei Zigarren rauchten und Witze rissen.

In Kleinmachnow wurden die Häftlinge von einem Lagerkommandanten und 27 KZ-Aufseherinnen aus dem KZ Sachsenhausen bewacht, dem das Außenlager unterstellt war. Die Arbeit organisierte das Unternehmen. Die Frauen wurden in Tag- und Nachtschichten von jeweils zwölf Stunden eingeteilt, sonntags hatten sie frei. Die Ernährung war völlig unzureichend, etliche Überlebende wogen bei ihrer Rückkehr nach Polen nur 30 oder 35 kg.

Im April 1945 ließ die Geschäftsführung der DLMG das KZ Kleinmachnow evakuieren. Die Aufseherinnen begleiteten die Gefangenen in das Stammlager Sachsenhausen. Von dort wurden die Frauen am 22. April 1945 auf den berüchtigten Todesmarsch in Richtung Schwerin getrieben. Wie viele von ihnen auf diesem Marsch gestorben sind oder von den SS-Mannschaften ermordet wurden, wird wohl niemals mehr in Erfahrung zu bringen sein.

Auch das Zwangsarbeiterlager der DLMG wurde im April 1945 aufgelöst, noch während unweit der Fabrik heftig gekämpft wurde. Barbara Michalska machte sich mit einer Gruppe von Polinnen und Polen auf eigene Faust in Richtung Heimat auf. Viele ZwangsarbeiterInnen blieben jedoch, sie wurden in Lagern für *Displaced Persons* untergebracht und später repatriiert.

Die DLMG wurde am 24. April 1945 von der Roten Armee besetzt und am 9. September 1946 entschädigungslos enteignet. Lange wollte sich in Kleinmachnow niemand daran erinnern, was während der NS-Herrschaft auf dem Boschgelände geschehen war. 1996 entdeckte der Heimatforscher Rudolf Mach dort vermoderte Akten, die auf den Rüstungsbetrieb und das KZ-Außenlager verwiesen. Machs Grabungen und Recherchen¹⁷ die Forschungen der Berliner Geschichtswerkstatt sowie das Engagement des Heimatvereins Kleinmachnow führten zu einer intensiven Erinnerungsarbeit. 2006 weihte die Gemeinde einen »*Ort des Erinnerns*« auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers ein.

VII. ENTSCHÄDIGUNG

Eine Debatte über Entschädigungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen kam erst 56 Jahre nach Kriegsende in Gang – und dies nur nach massivem internationalem Druck auf deutsche Unternehmen. Staat und Wirtschaft gründeten daraufhin im Jahr 2000 die *Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft*, die an rund 1,66 Millionen ehemalige ZwangsarbeiterInnen eine symbolische Entschädigung auszahlte. Die Betroffenen erhielten je nach Verfolgungsschicksal eine einmalige Zahlung zwischen 500 und 7 700 Euro. Im Gegenzug mussten sie auf jegliche weitere Rechtsansprüche verzichten.¹⁸ Etliche ZwangsarbeiterInnengruppen blieben von diesen Zahlungen aber ausgeschlossen. Den überlebenden sowjetischen Kriegsgefangenen bewilligte der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags erst im Mai 2015 eine Anerkennungszahlung von 2 500 Euro.¹⁹ Man schätzt, dass von den mehr als fünf Millionen Soldaten der Roten Armee, die während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Gefangenschaft gerieten, 2015 noch 4 000 am Leben waren.²⁰

Anmerkungen

1 Einberufung zur Zwangsarbeit in Deutschland; Privatarchiv Czerwiakowski.

2 Vgl. <https://biberdb.bibliothek.potsdam.de/opac1/index.S>. 2001 erschien der von WINFRIED MEYER und KLAUS NEITMANN herausgegebene Sammelband »Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg«. Im selben Jahr veröffentlichte RAINER KUBATZKI das Buch »Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager«. Der Schwerpunkt liegt auf Berlin, die Zahlen sind zum Teil überholt.

3 Zit. nach BUGGELN 2017, Anhang S. 22 und 24.

4 *Der Arbeitseinsatz im Großdeutschen Reich*, Nr. 11/12, 10. 12. 1944, zit. nach ebd., S. 28. Die Provinz Brandenburg

hatte 1939 3,02 Millionen Einwohner.innen. www.destatis.de → GPStatistik → servlets → DEAusgabe_derivate_00001193 [zuletzt 26. 03. 2020].

5 Vgl. das Standardwerk von HERBERT 1986, S. 15–46, sowie OLTMER 2005.

6 Vgl. zum Folgenden SCHMIDT 2001.

7 Vgl. dazu Arbeitserziehungslager Fehrbellin 2004 und PAGENSTECHE 2002.

8 Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam (BLHA) Rep 1, Nr. 3735, Bl. 107.

9 BLHA Rep 1, Nr. 3735, Bl. 49.

10 Vgl. dazu und im Folgenden MARTIN 2002.

11 Zit. nach ebd., S. 265 f.

12 Zit. nach ebd., S. 267.

13 Rüstungskommando Potsdam: Kriegstagebuch, 13. 06. 1942, zit. nach ebd., S. 271.

14 Ebd.

15 Schreiben von IWAN POTAPENKO an die Autorin vom 05. 01. 2008. Dokumentationszentrum NS Zwangsarbeit/Sammlung Berliner Geschichtswerkstatt.

16 Vgl. dazu MARTIN 2002.

17 Vgl. MACH 2002.

18 Vgl. z. B. JANSEN/SAATHOFF, 2007, S. 110 ff., 215 ff.

19 Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV), An-

erkenntnisleistung an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene, <https://www.badv.bund.de/DE/OffeneVermoegensfragen/AnerkennungsleistungSowjetischeKriegsgefangene/start.html> [zuletzt: 13.10.2020].

20 Deutschland entschädigt sowjetische Kriegsgefangene, in: Zeit online 20. Mai 2015, in: https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-05/entschaedigungen-kriegsgefangene-sowjetunion?utm_

[referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F](https://www.google.de/) [zuletzt: 13.10.2020].

LITERATUR

- Arbeitserziehungslager Fehrbellin. Zwangsarbeiterinnen im Straflager der Gestapo, Potsdam 2004.
- MARC BUGGELN, Die Zwangsarbeit im Deutschen Reich 1939–1945 und die Entschädigung vormaliger Zwangsarbeiter nach dem Kriegsende. Eine weitgehend statistische Übersicht, o. O. 2017 (= Unabhängige Historikerkommission zur Geschichte des Reichsarbeitsministeriums 1933_1945, Working Papers Series A, No. 4); https://www.historikerkommission-reichsarbeitsministerium.de/sites/default/files/inline-files/Working%20Paper%20UHK%20A4_Buggeln_1.pdf [zuletzt 17. 08. 2020].
- ULRICH HERBERT, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin, Bonn 1986.
- MICHAEL JANSEN/GÜNTHER SAATHOFF: »Gemeinsame Verantwortung und moralische Pflicht«. Abschlussbericht zu den Auszahlungen der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft«, Göttingen 2007.
- RAINER KUBATZKI, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager. Standorte und Topographie in Berlin und im brandenburgischen Umland 1939 bis 1945. Eine Dokumentation, Berlin 2001.
- RUDOLF MACH, Das Gedächtnis des Ortes, in: EWA CZERWIAKOWSKI/ANGELA MARTIN (Hgg.), Muster des Erinnerns. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in einer Tarnfabrik von Bosch, Berlin 2002, S. 37–41.
- ANGELA MARTIN, »Ich sah den Namen Bosch«. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH, Berlin 2002.
- WINFRIED MEYER/KLAUS NEITMANN (Hgg.), Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion, Rezeption, Potsdam 2001.
- JOCHEN OLTMER: Ausländerbeschäftigung und restriktive Integrationspolitik. Spätes 19. Jahrhundert bis Ende des Ersten Weltkriegs. Bundeszentrale für politische Bildung 2005, <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration-ALT/56356/1871-1918> [zuletzt: 31. 10. 2020].
- CORD PAGENSTECHE, Das Arbeitserziehungslager Fehrbellin in Nordwest-Brandenburg, in: Zeitgeschichte regional. Mitteilungen aus Mecklenburg-Vorpommern 6 (2002), S. 112–113.

FRANK SCHMID, Der Ausländereinsatz in der brandenburgischen Landwirtschaft. Reglementierung der Lebensverhältnisse, in: WINFRIED MEYER/KLAUS NEITMANN (Hgg.), Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion, Rezeption, Potsdam 2001, S. 69–82.

Angela Martin ist freie Historikerin und Publizistin in Berlin, Mitarbeiterin der Berliner Geschichtswerkstatt e. V. und der Freien Universität Berlin.

Belastung und Bereicherung – Vertriebene in Brandenburg ab 1945

Peter Bahl

Brandenburgs Bevölkerung besteht etwa bis zu einem Drittel aus Flüchtlingen, Vertriebenen und deren Nachfahren. Von 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre sind über 700 000 Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten sowie weiteren Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Osteuropa in die (Rest-)Provinz beziehungsweise dann ab 1947 das Land Brandenburg gelangt. Es gab damals Gemeinden, in denen jeder vierte oder dritte, aber auch solche, in denen mehr als jeder zweite Einwohner zu dieser Gruppe zählte. Ein Teil dieser Menschen ist bis 1961 »republikflüchtig« geworden, und der Prozentsatz derer, die die DDR bis zum Mauerbau verlassen haben, ist unter ihnen höher als bei den Einheimischen. Dennoch ist – entgegen einem verbreiteten Irrtum – ein sehr erheblicher Teil von ihnen (ebenso wie die Mehrheit der Einheimischen) bis 1990 im Land geblieben.

Viele von ihnen kann man noch heute überall in Brandenburg finden. Denn sehr viele Schlesier leben seitdem zum Beispiel um Cottbus und Lübben, sehr viele Neumärker und Deutsche aus dem Posener Raum und auch noch weiter östlich gelegenen zentralpolnischen Gebieten, zum Beispiel im Raum Neuruppin, viele Neumärker auch in der östlichen Uckermark, viele aus den heute polnischen Teilen der Niederlausitz im Raum Guben-Eisenhüttenstadt, und, um ein noch konkreteres Beispiel zu nennen, viele Flüchtlingsfamilien aus der Kleinstadt Woldenberg in der Neumark (poln. Dobigniew) – ein ganzer Eisenbahntransport sozusagen – haben ihren Wohnsitz seit dem 28. Januar 1945 im havelländischen Premnitz, wo es genau deshalb seit 2010 einen Woldenberger Platz gibt. Es gibt Städte wie Frankfurt (Oder), Müncheberg oder eben Guben, deren Bevölkerung 1945 sogar zu großen Teilen ausgetauscht wurde und heute mehrheitlich aus Vertriebenen und deren Nachfahren besteht. Aber auch sonst im Land kann man überall auf Flüchtlings- und Vertriebenenfamilien aus Schlesien,

aus dem historischen, heute polnischen Ostbrandenburg, aber zum Beispiel auch aus Ostpreußen, dem Sudetenland oder sogar aus dem am Schwarzen Meer gelegenen Besarabien (im Havelland um Stechow inzwischen recht aktiv in der Pflege ihrer Kultur bis hin zu alten Kochrezepten) und aus anderen heute kaum noch bekannten ehemaligen Siedlungsgebieten stoßen. So hat es einige Karpatendeutsche aus der zur Slowakei gehörenden Landschaft Oberzipis 1946 nach Brück (Landkreis Potsdam-Mittelmark) verschlagen, wo es seit 2016 genau deshalb eine Oberzipser Straße gibt und ein Landesverband Brandenburg der *Karpatendeutschen Landsmannschaft Slowakei e. V.* besteht.

Diese Aufzählung könnte man fortsetzen. All dies sind wenig bekannte Phänomene und Fakten. Sie bilden keinen Teil eines regionalen Bewusstseins oder gar einer – Einheimische und Zuwanderer verbindenden – gemeinsamen gesellschaftlichen Erinnerungskultur, die eher auf die Familien der Vertriebenen beschränkt bleibt. Letztlich ist dies ein Ergebnis der forcierten Assimilation, die in den Nachkriegsjahren anstelle einer Integration vollzogen wurde.

Brandenburg hatte in den Jahren 1945/46 innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) das zweitgrößte Kontingent aufzunehmen, nach dem dünner besiedelten und daher aufnahmefähigeren Mecklenburg(-Vorpommern). ›Kontingent‹ klingt nach einer geplanten einmaligen großen ›Umsiedlung‹, mit der das Problem geklärt gewesen wäre. Die Realität sah anders aus. Es sind vor allem drei große Phasen des Gesamtgeschehens zu unterscheiden.

In der ersten, hier und da schon Ende 1944 einsetzenden, meist aber erst zwischen Januar und April 1945, vorwiegend im späten Januar und ganzen Februar, unter allerorts erschwerten Winterbedingungen, kommen diejenigen Flüchtlinge, die vor der Front geflohen sind, per Treck und mit der Bahn, man spricht auch von Evakuierung oder Zwangsevakuierung, zeitgenössisch-offiziell von »Räumung«: besonders aus Ostpreußen, (Hinter-)Pommern und Schlesien, aus der östlichen Neumark und – in Brandenburg sehr oft – aus dem Reichsgau Wartheland, also aus dem von Deutschland 1939 bis 1945 besetzten polnischen Gebiet um Posen (poln. Poznań), Kalisch (poln. Kalisz) und Lodz (poln. Łódź).

Tagebücher einheimischer Brandenburger berichten manches aus diesen Monaten, was in Akten kaum zu finden ist. Ein endloser Strom von Trecks aus Ost- und Westpreußen sowie Hinterpommern zieht zum Beispiel zu Jahresanfang ununterbrochen durch die Uckermark. Das Kreiskrankenhaus Prenzlau ist überfüllt. Besonders schlimm kommt es für diejenigen Flüchtlinge, deren Aufenthaltsort in unmittelbare



Abbildung 1: Wagen eines Flüchtlingstrecks aus den Ostgebieten vor der Potsdamer Nikolaikirche, Febr./März 1945. Aufnahme: Arthur Grimm (© bpk Berlin/Arthur Grimm)

Kriegshandlungen geraten ist. So ist der Cottbuser Bahnhof 1945 Schauplatz dramatischster Vorgänge, da sich hier Trecks und Transporte gestaut haben. Bereits beim schweren Bombenangriff am 15. Februar 1945, zwei Tage nach dem großen, meist allein im Blickpunkt der Erinnernden stehenden Angriff auf Dresden, sterben auch hier sehr viele, vielleicht an die 2 000 Menschen, darunter besonders – nicht registrierte – Flüchtlinge.

Dann, nach diesem Flüchtlingsstrom, kommt erst einmal die Rote Armee nach Brandenburg, vor der übrigens im April 1945 auch ein erheblicher Teil der Bevölkerung aus Städten und Gemeinden geflüchtet ist, die westlich der Oder und Neiße liegen. Diese Flüchtlinge kehren meist nach Ende der Kampfhandlungen in ihre Heimatorte zurück, aber – unter anderem auch wegen der Zerstörungen von Wohnraum und Ver-

kehrswegen – nicht überall, so dass es hier und da sogar westlich von Oder und Neiße zu einem teilweisen Bevölkerungsaustausch gekommen ist. Ebenso kehren erstaunlich viele Flüchtlinge der ersten Gruppe vom Jahresanfang 1945, die zunächst weiter westlich notdürftig Aufnahme gefunden hatten, nach dem Ende der Kriegshandlungen Ende April und Anfang Mai in ihre östlich von Oder und Neiße gelegenen Heimatorte zurück und werden dann nach einer schwierigen Überlebensphase dort zumeist im Juni/Juli 1945, zum Beispiel aus der grenznahen Neumark, endgültig vertrieben. Bei dieser zweiten Gruppe spricht man heute allgemein von den »Wilden Vertreibungen«, weil sie noch vor dem Potsdamer Abkommen (2. August 1945) erfolgt sind, das eigentlich erst den »Transfer« legitimieren und regeln sollte.

Die Betroffenen beziehungsweise Überlebenden der zweiten Gruppe vom Hochsommer 1945 kommen meist zu Fuß und stellen die unvorbereiteten Kreise und Gemeinden vor fast unlösbare praktische, medizinische und soziale Aufgaben, zumal – anders als zu Jahresanfang – nun erst einmal fast jede staatliche Lenkung fehlt, da die Provinzialverwaltung erst am 4. Juli gebildet wird.

Ein besonders dramatischer (Sonder-)Fall ist die durch die Neiße geteilte Stadt Guben. Hier, wo das Haupt-Stadtgebiet auf dem Ostufer liegt, führen die »Wilden Vertreibungen« dazu, dass in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni 1945 die gesamte Bevölkerung auf einem Notsteg über die Neiße in den westlichen Stadtteil und das nähere Umland getrieben wird: Etwa 13 500 Menschen sind dort ohne jede Vorankündigung und Vorbereitung aufzunehmen. Als Notunterkünfte werden im deutschen Restteil Gubens sieben Lager eingerichtet. Bis Ende des Jahres zählt man 1 475 Tote; 219 sterben an Unterernährung, 176 an Ruhr, 130 an Typhus; 144 sind Kinder unter einem Jahr.

Ab Juni 1945 stauen sich auch in Cottbus wieder die Menschenströme. Im Bericht einer am 23. Juni aus Sorau Vertriebenen heißt es:

»[T]äglich kamen mindestens drei Monate lang 2 000 Vertriebene durch Cottbus, und hier fing sich alles an zu stauen. / Wer kein bestimmtes Ziel hatte, blieb hier in der stillen Hoffnung, bald wieder zurück in die Heimat zu können. Geld hatten die wenigsten von uns, Arbeit gab es auch keine, so zog man auf die Dörfer, bettelte um ein paar Kartoffeln, Gurken oder Mohrrüben. Cottbus wurde eine Stadt des Grauens, eine Stadt des Sterbens.«¹

Und bezogen auf den 2. August 1945 heißt es im Erinnerungsbericht einer im Juli aus Wohlau (poln. Wołów) vertriebenen Schlesierin:

»In Cottbus zehn Stunden Warten. Auf dem zerstörten Bahnhof lagen die Menschen auf den Bahnsteigen herum und kochten auf den toten Gleisen ihr Essen ab. Nirgends kümmerte sich einer um den andern. Wer sich nicht mehr selber helfen konnte, war eben verloren.«²

Ab Herbst 1945, im Winter 1945/46 sowie das ganze Jahr 1946 hindurch kommen entsprechend den Festlegungen des Potsdamer Abkommens über die systematische Aussiedlung als dritte Gruppe die sogenannten »Transporte«, die überwiegend mit der Bahn, in der Regel in Güterwagen (geschlossene, aber auch offene) über die Bahnhöfe Stettin-Scheune (poln. Gumieńce), Küstrin (poln. Kostrzyn), Frankfurt (Oder) und Forst in der Lausitz erfolgen und meist in Quarantänelager, die man ab Herbst in jedem Landkreis einrichtet, geleitet werden. Einzelne Transporte erreichen Brandenburg aber auch noch bis Anfang der fünfziger Jahre. Das Lager in Fürstenwalde/Spree etwa war noch 1949/51 »eines der drei großen Quarantänelager« – neben Wolfen (Sachsen-Anhalt) und Bischofswerda (Sachsen) – für die Kinder-Transporte aus dem nördlichen Ostpreußen und Litauen.³

Brandenburg ist von allen drei Phasen sehr betroffen gewesen, allein schon wegen seines großen Anteils an der Oder-Neiße-Linie. Zudem schloss seine zentrale geographische Lage das von vielen erstrebte Berlin ein; so wurde es zum Durchgangsland par excellence. Man schätzt grob, dass in diesem Vertreibungsgeschehen insgesamt, also über Brandenburg hinaus, 14 Millionen deutsche Staatsbürger sowie deutschstämmige Bürger anderer Staaten ihre Heimat verlassen mussten und zwei Millionen von ihnen ihr Leben verloren, entweder noch zu Hause oder unterwegs an den verschiedensten Orten oder bald danach am Ankunftsort.

Wer sich mit dieser Materie nicht näher befasst hat, ist schnell in der Gefahr zu verallgemeinern und zu vereinfachen. Die Tatsache, dass man in der DDR Anfang der fünfziger Jahre das Thema für erledigt, die Eingliederung dieser Menschen für abgeschlossen und gelungen erklärte und den damals, auch in der SBZ bei allen Beteiligten und Unbeteiligten allgemein, selbst bei SED-Funktionären, ganz selbstverständlich gebräuchlichen Flüchtlingsbegriff schon frühzeitig, ab September 1945 – übrigens auf sowjetischen Befehl hin – durch den Begriff »Umsiedler« zu ersetzen versuchte, dann sogar offiziell von »ehemaligen Umsiedlern« oder nur noch von »Neubürgern« sprechen wollte und jede genauere Thematisierung und Spezifizierung – »Schlesier«, »Ostpreußen« usw. – mit einem Tabu belegt war, darf heute nicht darüber hinwegtäuschen, dass Integration vielmehr ein sehr langer, schwieriger Prozess ist, der nur

vordergründig mit dem Dach über dem Kopf, dem Arbeitsplatz und neuen Schuhen abgeschlossen ist, und dass ein großer Teil mindestens der älteren Flüchtlinge und Vertriebenen ihr schweres Schicksal in dem Wort »Umsiedler« nicht zutreffend beschrieben finden konnte. Wer diesen Begriff unreflektiert noch heute auf alle Flüchtlinge und Vertriebenen anwendet, tut, ohne das zu wollen, sehr vielen Menschen, längst verstorbenen wie noch lebenden, Unrecht.

Abbildung 2: Treck schlesischer Flüchtlinge bei Potsdam, Frühjahr 1945. Aufnahme: Hilmar Pabel (© bpk Berlin/Hilmar Pabel)



Die Eingliederung der Vertriebenen in Brandenburg kann vordergründig betrachtet als abgeschlossen betrachtet werden. Blickt man aber tiefer, das heißt, liest man das, was sehr viele Betroffene nahezu gleichlautend sagen, dann fehlt es bis heute an einer nicht auf das bloße »Familiengedächtnis« begrenzten Erinnerungskultur, die es den

Betroffenen ermöglichen würde, sich mit ihrer Geschichte auch innerlich voll integriert zu sehen. Man kann sich das vielleicht durch den Vergleich mit dem vieldiskutierten Problem mangelnder öffentlicher Berücksichtigung und Anerkennung von ›DDR-Biographien‹ klarmachen: Eine – nicht kleine – Bevölkerungsgruppe oder doch Teile von ihr fühlt sich nicht wahrgenommen und wertgeschätzt, indem der für sie typische Lebensweg zum Beispiel in zusammenfassenden Darstellungen und Formulierungen schlicht nicht vorkommt. Genau dies empfanden über die DDR-Jahrzehnte und empfinden bisweilen noch heute manche Vertriebenen, mögen sie wirtschaftlich längst subjektiv-objektiv bestens integriert sein.

Zwar ist Vieles seit 1990 geschehen; inzwischen gibt es zu ›Flucht und Vertreibung‹ immer wieder Berichte in den Medien sowie Veranstaltungen. Doch ist es in den wenigsten brandenburgischen Kommunen gelungen, dem Thema einen angemessenen Platz in der Erinnerungsarbeit einzuräumen: etwa in Museen, Heimatkalendern, stadt- und dorfgeschichtlichen Gesamtdarstellungen. Es gibt positive Ausnahmen, die dem Engagement einzelner Personen zu verdanken sind, so in Eberswalde, Lieberose oder Lübben. Doch hat es den Anschein, als würden manche holzschnittartigen Deutungen aus DDR-Zeiten vielerorts unreflektiert weitergetragen. Dazu gehört zum Beispiel, dass die meisten Flüchtlinge nach Westen weitergezogen seien (was hier und da und vor allem zu Anfang noch zutraf), der bisweilen immer noch gleichsam automatische, unreflektierte Gebrauch des Wortes »Umsiedler«, besonders aber das Narrativ, die Bodenreform sei sozusagen das die Vertriebenen in der SBZ selig machende Pendant zum westdeutschen Lastenausgleich gewesen und habe das Problem schon 1945/46 schnell, sozialverträglich und gerecht gelöst. Oft werden Vertriebene in brandenburgischen Dorfchroniken sogar nur im Zusammenhang mit der Bodenreform erwähnt. Wer sich näher mit diesen Fragen befasst, wird aber sehen, dass nur eine Minderheit der Vertriebenen überhaupt in den Genuss von Bodenreformland kam, und dass die, die solches erhielten, mangels Ausstattung mit Gebäuden und Geräten oder entsprechender Vorbildung oft damit überfordert gewesen sind und nach einiger Zeit aufgegeben haben. Auch hier gab es natürlich andere, positive Fälle, aber die Bodenreform insgesamt als jenes Heilmittel zu betrachten, das in der SBZ/DDR die Flüchtlingsfrage gelöst habe, ist ein Irrtum.

Vordergründige Integration bedeutete auch in den – dafür viel wichtigeren – großen Industriestandorten wie Eisenhüttenstadt, Guben und Schwedt, wo man Wohnung und Arbeit bekam, oder in den großen Auffangbecken Polizei, Nationale Volksarmee und Staatsapparat, in denen man als Einzelner im Großen und Ganzen anonym

bleiben und aufgehen konnte, immer, dass man nicht nur mit seinem Vertriebenen-schicksal irgendwie abschließen durfte, sondern seine Vertriebenenidentität verleugnen musste. Viele haben das notgedrungen oder bereitwillig getan, gerade den Jüngeren, die 1945 in den Ostgebieten noch nicht eigene Familie, Haus und Hof besessen hatten, ist es naturgemäß leichter gefallen, aber bei vielen ist nach 1990 dann doch die Erinnerung wieder hochgekommen.

Wer sich mit den ersten Nachkriegsjahren beschäftigt, wird feststellen, dass die Aktenlage unvollständig, bisweilen dünn und unbefriedigend ist. Und doch gibt es, nimmt man die vielen Verwaltungsstellen in den Kreisstädten hinzu, noch zahlreiche zeitgenössische Berichte. Im September 1945 wurde mit der zunehmenden Dynamik und Dramatik der Ereignisse eine eigene Flüchtlingsverwaltung bei der Provinzialregierung gebildet, indem man aus den Sachbearbeitern der Arbeits- und Sozialabteilung eine eigene Unterabteilung für »Umsiedler und Heimkehrer« schuf, denn die Bewältigung der Aufnahme und Eingliederung der vielen Menschen in den ersten Jahren war – ob man es sich eingestand oder nicht – das alles beherrschende und alle überfordernde Thema. Nicht allein die unerwartet große Zahl war das Problem, sondern die oft sehr kurzfristige Ankündigung von Transporten und der schlimme Gesundheits- und Allgemeinzustand der Ankömmlinge. Mancher Eisenbahntransport enthielt ein komplettes schlesisches Kinderheim, ein Altenheim oder die ganze Belegung einer schlesischen Behinderteneinrichtung. Die daraus erwachsenden Nöte der Verwaltungen der selbst schwer kriegsgeschädigten Kreise, Städte und Gemeinden sind unvorstellbar, die Sterberate war hoch. Anfang Juli 1945 wurden täglich bis zu 20 000 Flüchtlinge durch Cottbus geschleust, zwei große Notaltersheime am Ort eingerichtet. Gerade hierbei sind die Kirchen und ihre Verbände, solange man es noch duldete, besonders aktiv gewesen, eröffneten eigene Kinderheime oder brachten in vorhandenen zahllose elternlose Flüchtlingskinder unter.

Ende Oktober 1945 befanden sich bereits über 600 000 Vertriebene in Brandenburg. Die Kreise, Dörfer und Städte, in die sie nach der Lagerquarantäne »eingemeindet« wurden, mussten bisweilen 10 Prozent, bisweilen aber auch ein Drittel und mehr Vertriebene in ihren Mauern beherbergen. In Altlandsberg lebten im August 1946 4 700 Alteingesessene und 1 000 »Umsiedler«. In Krummensee bei Mittenwalde gab es nur noch 176 Alteinwohner, aber 172 Vertriebene. In der zu 66 % kriegszerstörten Stadt Beeskow waren es im Juli 1946 rund 5 500 Eingesessene und rund 2 100 Vertriebene. Allein diese wenigen Zahlen vermitteln bereits eine Ahnung davon, wie beherrschend das Thema im Lebensalltag aller gewesen sein muss. Langfristig hat

Brandenburg von dieser ›Zuwanderung‹ profitiert, denn es kamen unter dem Strich keineswegs nur Alte und Kranke, sondern, spätestens nach Rückkehr der kriegsgefangenen Familienväter, auch gut ausgebildete, aufbaumotivierte Fachkräfte und Akademiker. Bereichernd wirkten zudem die Kinder, die nun in Brandenburg als ihrer neuen Heimat aufwuchsen und ein glückliches Leben führen wollten, schließlich diejenigen, die mit einem städtisch/großstädtischen Herkunfts-, Bildungs- und Erfahrungshintergrund dörflich/kleinstädtische Streusandbüchsen-Milieus auf- und auszubauen halfen.

Die erste Station nach dem Ausladen am Bahnhof war für die Vertriebenen der dritten Gruppe das Quarantänelager. An sich wären dies geeignete Orte, um auch an jenes Geschehen, das zur Geschichte so vieler noch heute in Brandenburg lebenden Familien gehört, mit einer Gedenktafel zu erinnern. Meist handelte es sich um notdürftig



Abbildung 3: Eine Baracke als Notunterkunft für Flüchtlinge und Vertriebene in Premnitz (Westhavelland), Oktober 1949. Aufnahme: Herbert Hensky (© bpk Berlin/Herbert Hensky)

hergerichtete vormalige Baracken-Anlagen der NS-Zeit, auch Zwangsarbeiterlager, so dass sich Gedenk-›Schichten‹ überlagern können. Anfang 1946 gab es in Brandenburg, in jedem Kreis und fast jeder Stadt, offiziell insgesamt 67 *Umsiedler- und Heimkehrerlager*. Sie dienten der Entlausung und Isolierung von Seuchenkranken sowie der

Vorbereitung auf das Leben in Einzelwohnungen. Zum Lageralltag gehörten allgemeine Informations- und Kulturveranstaltungen, aber auch politische Indoktrinationsversuche. Anfang 1947 war die Zahl der Vertriebenenlager bereits auf 25 gesunken, und in den folgenden Jahren nahm sie kontinuierlich weiter ab. Ziel war die rasche Durchschleusung, wofür man in jeder Gemeinde und jedem Kreis gesonderte »Umsiedler«-Fürsorgestellen einrichtete.

Die Versorgung der Menschen, die oft nur das am Körper Getragene und selten Hausrat hatten retten können, mit Wohnraum, Möbeln, Kleidung und dem sehr oft fehlenden festen Schuhwerk war eine der größten Herausforderungen nicht nur für die Verwaltung, sondern für die Gesellschaft insgesamt. Es ist kein Geheimnis, dass auch damals, als es sich weder um außereuropäische noch um muslimische Zuwanderer handelte, die Bevölkerung an den Aufnahmeorten oft reserviert und bisweilen feindlich reagierte. Bei der Verteilung von Wohnraum und Lebensmitteln, dann auch von Bodenreformland bevorzugte man lieber die eigenen Verwandten und Freunde. Der Begriff »Kalte Heimat« ist dafür geprägt worden, er passt auf die Verhältnisse überall, in Ost- wie Westdeutschland. In Westdeutschland durften sich die Vertriebenen aber nach einigen Jahren auch organisieren, und es gab Ausgleichszahlungen für verlorenen Grundbesitz. In der SBZ organisierten neben den anfangs dabei noch akzeptierten Kirchen der *Freie Deutsche Gewerkschaftsbund* und die *Freie Deutsche Jugend* sowie die *Volkssolidarität* achtbare Sammelaktionen, unter anderem in der sogenannten *Umsiedlerwoche* im November 1947. Doch auch hier stand Hilfsbereitschaft auf der einen neben Obstruktion auf der anderen Seite. So resümierte man intern, die Aktion habe den Alteingesessenen mehr zur Entrümpelung ihrer Dachböden denn zur »nächstenlieben« Annäherung an ihre neuen Nachbarn gedient.

In jedem Dorf sollte zwar ein *Umsiedlerausschuss* gebildet werden, doch auch nach Monaten ergaben Überprüfungen oft Fehlanzeigen und Ausflüchte der Gemeindeverwaltungen. Allerdings wählte man in diese Gremien neben den Ortsbürgermeistern auch Vertreter der Vertriebenen. Dies waren allerdings nur befristete indirekte Interessenvertretungen, während man tunlichst darauf achtete, jede Selbstorganisation zu unterbinden. Alle derartigen Versuche, und es gab sie anfangs durchaus, gerieten schnell in das Visier der Polizei und der Geheimpolizei, der bisweilen die noch strengere Besatzungsmacht mit einer Verhaftung zuvor kam. Aber auch in späteren DDR-Jahrzehnten, als niemand mehr wagte, solche korporativen Tendenzen zu entwickeln, blieb das Ministerium für Staatssicherheit auf der Hut und beobachtete unerwünschte Kontakte zu westdeutschen Vertriebenenverbänden oder die verbotene

Einfuhr von deren Druckerzeugnissen. Es ist wiederum heute kaum noch bekannt, in welcher hohen Zahl in Brandenburg und weit darüber hinaus in der DDR lebende Vertriebene bis zum Mauerbau zum Beispiel an den zahllosen, von Vertriebenenverbänden oder ehemaligen Gemeindepfarrern organisierten Heimattreffen in West-Berlin teilgenommen haben. Diese ›Überlieferungslücken‹ ergeben sich zumeist daraus, dass die heute als (letzte) Zeitzeugen Befragten 1945 noch Kinder waren. Vergessen wird dabei, dass sich diejenigen, die zum Zeitpunkt von Flucht und Vertreibung bereits erwachsen gewesen waren, nicht so leicht integrieren ließen wie ihre Kinder, und dass sie nicht selten eine härtere Haltung als diese beibehielten.

Doch schon das frühzeitig gesponnene Informantennetz der Landkreisverwaltungen reichte bis in jede Dorf- oder Betriebsversammlung. Die Berichte sind in großer Zahl erhalten. Sie zeigen schonungslos, dass noch bis mindestens 1949 offen, und bisweilen auch von SED-Genossen, die Oder-Neiße-Grenze in Frage gestellt oder relativiert wurde. Für die Mehrheit der Vertriebenen auch in Brandenburg war sie in diesen Jahren noch unannehmbar, ja, viele haben gar nicht geglaubt, dass sie Bestand haben werde. Noch im Februar 1949 (!) heißt es über keinen geringeren als den Leiter der *Umsiedlerabteilung* der nunmehrigen Landesregierung in einer vertraulichen Beurteilung:

»Trotz regelmäßigen Besuch[s] der Parteiveranstaltungen ist F. politisch unklar, was seinen besonderen Ausdruck in der Grenzfrage Oder/Neiße findet. In politischen Unterhaltungen sagte F., daß man den Siedlern den Glauben an eine evtl. Rückführung nicht nehmen soll, da man nicht weiß, ob die Zukunft nicht doch mal eine andere Entwicklung nimmt. Oder, vielleicht wird es mal anders. Seit Stellungnahme Ulbricht und Grotewohl zur Grenzfrage, hat sich F. diesbezüglich revidiert. Jedoch wird eine innere Überzeugung bezweifelt.«⁴

Auch die bremsende eigene Unsicherheit der Vertriebenen über ihre Zukunft und die erwähnten dörflichen Bauern-Netzwerke, die die Neuankömmlinge oft übervorteilten, hatten die Bodenreform beim Thema Vertriebeneneingliederung wider Erwarten eher nur eine untergeordnete Rolle spielen lassen. Gerade bei den in der Landwirtschaft tätigen Vertriebenen stellte man noch 1949 nicht selten eine gewisse Lethargie fest. Darin unterschieden sie sich grundlegend zum Beispiel von jenen, neben Bayern und Thüringen auch in Brandenburg anzutreffenden Sudetendeutschen, die auf genossenschaftlicher Basis in Heimindustrie sehr erfolgreich Handarbeiten produzierten. Bekannt sind oder waren die Korbflechter in Neu Zittau bei Berlin-Köpenick oder

vor allem die zum größten Teil aus dem böhmischen Gablonz (tschech. Jablonec nad Nisou) stammenden Glas- und Bijouterie-Erzeuger in Dorf Zinna bei Jüterbog (1951 umbenannt in Neuheim) und die Messerschmiede in Leegebruch bei Oranienburg aus dem böhmischen Nixdorf. Anfangs wurde sogar öffentlich und amtlich mit dem Begriff »Umsiedlergenossenschaft« hantiert, um die Eingliederung zu erleichtern, doch spätestens ab 1950 verhinderten die Direktiven von oben jede Form der gesonderten und von außen wahrnehmbaren Kennzeichnung. Selbst die Zinna-Neuheimer und die Leegebrucher, eigentlich aus »Antifa-Transporten« hervorgegangen, also etwas bevorzugt behandelten Vertriebenentransporten deutsch-tschechischer Kommunisten und Sozialdemokraten, anfangs noch ein Vorzeigeobjekt, teilten nun bald dasselbe Schicksal wie alle DDR-»Umsiedler«. Mehr oder weniger abrupt wurden neutrale Namen vorgegeben und sogar landauf, landab die gesonderte »Umsiedlerverwaltung« als eigenes Ressort beseitigt. Aber auch ohne die Kennzeichnung als »Umsiedlergenossenschaft« konnten sich viele Genossenschaften im sozialistischen Wirtschaftsombau nicht mehr lange halten.

Auch an dieser Stelle stellt sich die Frage, wieviel an Aufbauhilfe – und an Bereicherung – sich das Tritt fassende SED-System in seinem Staatswesen selbst amputiert hat, indem es die Vielfalt einebnete und so auch viele gut ausgebildete Vertriebene demotivierte, die gerade dabei waren, sich nach und nach auf den neuen Staat einzulassen. Unter denen, die SBZ und DDR gen Westen verließen, sind, wie gesagt, viele von ihnen gewesen. Dagegen ist die Zahl der landlosen Vertriebenen, die sich den Werbungen von Partei und Staat öffneten, schon weil sie jede Hilfe bei der Neueinrichtung brauchten, sehr groß. Man könnte viele Beispiele für Vertriebene im DDR-Staatsapparat anführen, der ihnen quasi (Ersatz-)Heimat bot, wenn sie das Tabu akzeptierten und jede Erinnerung an die wirkliche Heimat in den engsten Familienkreis verdrängten.

Es ist keine Frage, dass wie im Westen so auch in der DDR die Masse der Vertriebenen eine neue Heimat gefunden hat, durch Assimilation integriert wurde und nicht scheiterte. Insofern ist die Eingliederung vordergründig durchaus gelungen. Und gewiss ist es auch nicht so, dass in der DDR dann jedes Erwähnen des Heimatverlustes vollkommen untersagt gewesen wäre. Das zeigt zum Beispiel der autobiographische Roman »Wir Flüchtlingskinder« der Schlesierin Ursula Höntsch-Harendt (1985). Doch dominierte im allgemeinen Bewusstsein der Menschen in der DDR das Verschweigen-Müssen. Eine aus Pommern vertriebene Potsdamerin äußerte nach der Wende, das Vertreibungsgeschehen, das sie als Jugendliche erlitten hatte, komme jetzt plötzlich

im Alter wieder hoch; es sei eben bei aller vordergründigen Sorglosigkeit doch verhängnisvoll für sie gewesen, sich jahrzehntelang als »Umsiedlerin« und nicht als Vertriebene definieren zu müssen. Dieses letztlich schizophrene Bewusstsein habe sie geprägt und räche sich nun. Ob man diesen Fall nun verallgemeinern darf oder nicht, es ist an der Zeit, dass auch dieses Thema der jüngeren deutschen und europäischen Geschichte nicht nur nicht in Vergessenheit gerät oder gar als Gefahr für unsere Sicht auf die deutsche Geschichte oder für das Verhältnis zu den europäischen Nachbarn betrachtet wird, sondern auch in den brandenburgischen Erinnerungshaushalt angemessen Eingang findet.

Anmerkungen

1 Dokumentation der Vertreibung, Bd. 1/II 1954, S. 689.

2 Ebd., S. 698.

3 WINTERBERG 2012, S. 179.

4 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 203, PA 276, unfol.

LITERATUR

- HEIKE AMOS, Die Vertriebenenpolitik der SED 1949 bis 1990, München 2009.
- JÜRGEN AST/KERSTIN MAUERSBERGER, Zweite Heimat Brandenburg. Flucht, Vertreibung, Neuanfang, Berlin 2000.
- PETER BAHL, Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945, Berlin 2020.
- WOLFGANG BUWERT, Festung Frankfurt (Oder). Eine Stadt am Kriegsende, in: WERNER STANG (Hg.), Brandenburg im Jahr 1945, Potsdam 1995, S. 38–83.
- Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente, hg. v. MANFRED WILLE, 3 Teile, Wiesbaden 1996/2003.
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, bearb. v. THEODOR SCHIEDER, 5 Bde., 3 Beih., München 1953/63.
- HEIKE VAN HOORN, Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR, Essen 2004.
- CHRISTOPH KLESSMANN/BURGHARD CIESLA/HANS HERMANN HERTLE (Hgg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001.
- ANDREAS KOSSERT, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, 4. Aufl., München 2009.
- THOMAS MIETK, Neuanfang im Kreis Lübben. Beitrag zur Flüchtlings- und Vertriebenenforschung am Ende des Zweiten Weltkrieges, Lübben 2010.
- SVEN OLAF OEHLSEN, Vertriebenenlager in Brandenburg 1945–1953, Potsdam 2006.
- MICHAEL PARAK (Hg.), Schlesier in der DDR. Berichte von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern, Görlitz 2009.
- MICHAEL SCHWARTZ, Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004.
- PHILIPP THER, Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956, Göttingen 1998.
- WINFRIED TÖPLER, Der zehntausendfüßige Menschenwurm. Die Bewältigung der Kriegsfolgen und des schlesischen Flüchtlingsproblems im Gebiet des heutigen Bistums Görlitz. Texte aus dem Bistumsarchiv Görlitz, in: RAINER BENDEL (Hg.), Vertriebene finden Heimat in der Kirche. Integrationsprozesse im geteilten Deutschland nach 1945, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 291–635 [betr. auch die Niederlausitz].

- Unsere Herzen bluten. Tagebücher und Aufzeichnungen aus der katholischen Gemeinde in Guben 1945/46, bearb. v. WINFRIED TÖPLER, 2 Teile, Cottbus 2013.
- ANDREAS WEIGELT (Red.), Flucht, Vertreibung, Neubeginn nach 1945. Schicksale und Berichte aus dem Raum Lieberose, hg. von der Evang. Kirchengemeinde Lieberose und Land, Lieberose 2006.
- MARIO WENZEL, Die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Eberswalde 1945–1948, in: Eberswalder Jahrbuch 23 (2015), S. 136–145.
- SONYA WINTERBERG, Wir sind die Wolfskinder. Verlassen in Ostpreußen, München/Zürich 2012.

Peter Bahl ist Historiker, Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam und Vorsitzender der Landesgeschichtlichen Vereinigung für die Mark Brandenburg.

Einwanderung aus den ›sozialistischen Bruderländern‹

Erinnerungen mosambikanischer MigrantInnen an die DDR

Marcia C. Schenck

Aus der gesamten sozialistischen Welt kamen Menschen zum Arbeiten, zur Ausbildung und zum Studium in das heutige Brandenburg. Entgegen weit verbreiteter Annahmen war die sozialistische Ära des 20. Jahrhunderts keine Zeit der Unbeweglichkeit und der Isolation. Vielmehr war sie von globalen Migrationsbewegungen und Wissenstransfers, von Waren-, Technologie- und Kapitalströmen gekennzeichnet, die vor allem entlang der sozialistischen Achsen verliefen. Afrikanische Länder wie Mosambik, die erst vor Kurzem ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, versprachen sich eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit sozialistischen Staaten wie der DDR, die ihnen als vergleichsweise unvorbelastet galten, da sie über keine koloniale Vergangenheit verfügten oder zumindest dem Imperialismus und Rassismus abgeschworen hatten.

ExpertInnen, Erziehende, Jugendbrigaden sowie technisches und militärisches Personal wurden von Norden nach Süden geschickt, während afrikanische SchülerInnen, Studierende, ArbeiterInnen, GewerkschaftlerInnen, JournalistInnen und Auszubildende gen Norden reisten. Diese jungen, unabhängigen Staaten, die dringend ausgebildete Arbeitskräfte aller Branchen zum Aufbau ihrer Nationalstaaten brauchten, waren daher auf temporäre Ausbildungs- und Arbeitsmigration in die sozialistische Welt, ob nach Kuba, in die DDR oder die Tschechoslowakei, angewiesen.

Das Verhältnis der DDR zu MigrantInnen war von einem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis gekennzeichnet. In der Staatstheorie und im offiziellen Sprachgebrauch der DDR wurden sozialistische Werte wie »*proletarischer Internationalismus*« und »*Solidarität mit den Klassenbrüdern*« großgeschrieben.¹ Doch das gelebte Verhältnis vieler DDR-BürgerInnen zu den ›Bruderländern‹ und deren BürgerInnen blieb oft zwiespältig. Die Realität war von einem Sowohl-als-auch geprägt: von Trennung und

dem Überwinden von Grenzen, von Anziehung und Ablehnung des Fremden, von Liebe und Hass. Afrikanische MigrantInnen traten als Arbeitende und Lernende, aber auch als KonsumentInnen, FreundInnen, Liebende, Eltern und Reisende auf. Ihre überlieferten und erinnerten Erfahrungen, Gefühle, Träume und Meinungen bereichern heute unser Wissen über die Geschichte der Arbeits- und Bildungsmigration aus den ›sozialistischen Bruderländern‹ und über das gesellschaftliche Miteinander im realen Sozialismus. In diesem Beitrag steht deshalb weder die Partei noch der Staat und die einheimische Bevölkerung in der DDR im Mittelpunkt. Stattdessen soll es um die migrantische Perspektive gehen, um die Eindrücke und Erinnerungen der MigrantInnen, die als VertragsarbeiterInnen und SchülerInnen in die DDR und damit auch in das heutige Brandenburg kamen.²

Wie jedwede Art der Erinnerung ist migrantisches Erinnern eine formbare, interaktive und soziale Art des Gedenkens.³ Migrationserfahrungen in Ostdeutschland, wie sie sich 2014/15 präsentieren, sind von einer ganzen Reihe von Lebensabschnitten beeinflusst und daher mit Erfahrungen überformt, die allesamt das Erinnerte beeinflussen. Bei der Auswertung der heterogenen Lebensgeschichten ehemaliger MigrantInnen wird deutlich, dass das historische Erinnern ein fortwährender Prozess der Auseinandersetzung, Verhandlung und Verständigung ist. Im Folgenden werden zwei Migrationskontexte beleuchtet: die Arbeitsmigration und die Bildungsmigration von SchülerInnen aus Mosambik.

I. ARBEITSMIGRATION

Bei vielen VertragsarbeiterInnen oder ›ausländischen Werk­tätigen‹, wie ihre offizielle Bezeichnung in der DDR lautete, lässt sich nach der Rückkehr in die jeweiligen Heimatländer eine positive bis nostalgische – man könnte sagen: ›ostal­gische‹ – Erinnerungskultur verzeichnen. Ihre Erinnerungen handeln von Erfahrungen in einer nicht mehr reproduzierbaren Welt, die hier weder sozial noch politisch oder anderweitig validiert werden soll. Bevor wir den Gründen für diese Erinnerungskultur nachgehen, gilt es kurz zusammenzufassen, auf welche Weise Arbeitskräfte aus ›sozialistischen Bruderländern‹ in die DDR gelangten.

Die DDR schloss bilaterale Arbeits- und Ausbildungsverträge mit gleich mehreren sozialistischen Ländern: Polen (1963 und 1971), Ungarn (1967), Vietnam (1973 und 1980),



Abbildung 1: Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der DDR wird deren Flagge noch immer 8900 km weiter südlich in Maputo, der mosambikanischen Hauptstadt, gehisst. Diese Flagge ist ein Teil der öffentlichen Erinnerungskultur der Madjerman, wie die zurückgekehrten ArbeiterInnen in Mosambik genannt werden. Juma Madeira, ein ehemaliger Vertragsarbeiter, stand 2014 während einer Zusammenkunft ehemaliger VertragsarbeiterInnen stolz unter der Flagge. – Foto: Marcia C. Schenck

Algerien (1974), Kuba (1975), Mosambik (1979), der Mongolei (1982), Angola (1985), China (1986) und Nordkorea (1986).⁴ Diese Verträge erlaubten es Gruppen von VertragsarbeiterInnen, für die Vertragsdauer gemeinsam im Rotationsprinzip zu immigrieren. Für die DDR hatte die Anwerbung von Arbeitskräften aus anderen sozialistischen Staaten primär arbeitsmarktpolitische Gründe, auch wenn sie in der Öffentlichkeit gerne als Solidarität dargestellt wurde. Ausbildungsprogramme sollten den ›lebendigen sozialistischen Internationalismus‹ verkörpern. In dieser Hinsicht wurde die DDR auch nicht müde, den Unterschied ihrer ›willkommenen Gäste‹ zu den ›Gastarbeitern für Billiglohn‹ in der Bundesrepublik zu betonen. Für Staaten wie Mosambik dienten diese Programme dazu, die eigenen überstrapazierten Arbeits- und Ausbildungsmärkte zu entlasten. VertragsarbeiterInnen brachten Güter ins Land, halfen ein Pool für FacharbeiterInnen für die geplante Industrialisierung zu schaffen und federeten bis zu einem gewissen Grad auch das Anwachsen der Staatsschulden ab. Die Beweggründe der MigrantInnen selbst waren komplex: Der Wunsch, der Arbeitslosigkeit

zu entgehen oder eine Beschäftigung im informellen Sektor gegen eine reguläre Beschäftigung einzutauschen, war häufig zentral, ebenso das Bedürfnis, eine Berufsausbildung zu erhalten. Weiterhin sahen viele in der temporären Migration eine Chance, bewaffneten Konflikten, Armut und Hunger zu entfliehen, aber auch Europa kennenzulernen.⁵

Der Anteil ausländischer ArbeiterInnen in der DDR betrug selbst zum Höhepunkt im Jahre 1989 nur 1,4 % aller Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, während der AusländerInnenanteil in der DDR insgesamt nur bei ca. 1 % lag.⁶ 1989 befanden sich 190 400 AusländerInnen in der DDR, wovon mehr als 93 000, also knapp die Hälfte, als VertragsarbeiterInnen vorübergehend im Lande waren. Die politische Wende führte zur Rückkehr der überwiegenden Mehrheit der VertragsarbeiterInnen in ihre jeweiligen Herkunftsstaaten. Im Ganzen verblieben am 31. Dezember 1990 nur noch 38 000 ausländische ArbeitnehmerInnen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.⁷ 2006 lebten noch etwa 20 000 ehemalige VertragsarbeiterInnen in Deutschland. Dazu zählten auch die ca. 100 MosambikanerInnen, die in Brandenburg über einen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügten.⁸

Ibraimo Albertos erste transkontinentale Reise führte ihn Anfang der 1980er Jahre nach Ost-Berlin.⁹ Wie zwei seiner Schulfreunde beschloss er, die sich ihm bietende Gelegenheit wahrzunehmen und in die DDR auszuwandern, um dort eine Ausbildung aufzunehmen. Er lebt bis heute in Deutschland.

Aus Abbildung 2 wird deutlich, dass Ibraimo, wie viele seiner mosambikanischen FreundInnen in Ost-Berlin, professionelle Porträts in Fotostudios anfertigen ließ, um seine Erlebnisse für die Daheimgebliebenen zu dokumentieren. In diesen Darstellungen inszenierten Ibraimo und die anderen jungen ArbeiterInnen genau das Leben, das sie sich selbst erträumten. Sie wollten Bilder von erfolgreichen jungen Männern und Frauen nach Hause schicken, die es sich leisten konnten, die neueste modische Kleidung zu kaufen, sich mit Konsumgütern und weißen FreundInnen zu umgeben, kurz: Sie wollten ihren materiellen und sozialen Erfolg belegen. Fotos, die die Realität zeigten, wurden dagegen selten verschickt, nicht zuletzt, weil in den Betrieben oft nicht fotografiert werden durfte. Verschwiegen wurden etwa die harte Fabrikarbeit im Schichtsystem, die Dunkelheit und Kälte, das ungewohnte Essen und der Kampf, nach nur wenigen Deutschstunden am Arbeitsplatz und in der Freizeit zu kommunizieren.

Gerade zu Beginn seines Aufenthalts fühlte Ibraimo sich sehr fremd. Der Kulturschock und die Arbeitsbedingungen im Fleischkombinat Berlin führten dazu, dass

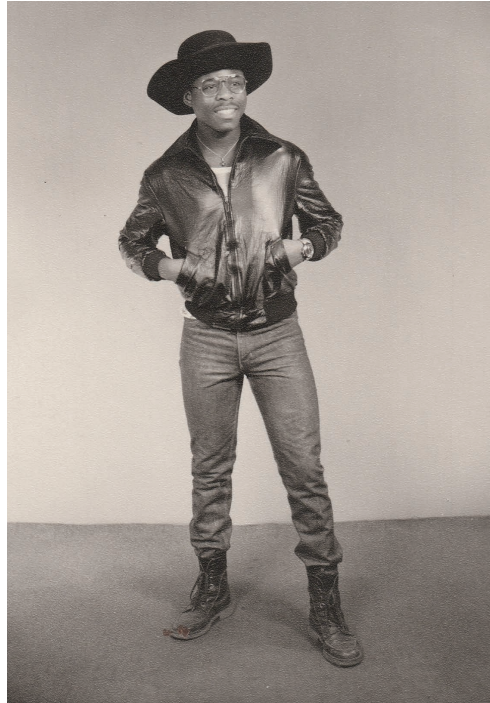


Abbildung 2: Als achtzehnjähriger Teenager kam Ibraimo Alberto 1981 aus Mosambik in die DDR, um zu arbeiten und einen Beruf zu erlernen. Er ist bis heute geblieben. Diese Fotografie zeigt ihn als Cowboy, bereit den wilden Osten zu erkunden. Bis heute trägt er gerne Hut, auch auf dem Cover seiner Autobiografie »Ich wollte leben wie die Götter« (2014). – Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von Ibraimo Alberto.

er am liebsten sofort wieder nach Hause zurückgekehrt wäre. Er hatte jedoch einen Traum: Er wollte Boxen lernen. Zwei Monate nach seiner Ankunft in der DDR begann er, diesen Traum wahr werden zu lassen. Das Boxen gab seinem Leben einen Sinn und forderte ihn in einer Weise körperlich und mental heraus, wie dies seine Arbeit nicht konnte. Beim Boxen fand er auch ein soziales Netz von Teamkollegen und Trainern, auf das er sich verlassen konnte. Seine Brigade im Fleischkombinat bestand zwar aus ArbeiterInnen verschiedener Nationalitäten (darunter MosambikanerInnen, MongolInnen, PolInnen und Deutschen), aber obwohl die Beziehungen im Allgemeinen freundschaftlich waren, saßen in der Pause alle mit ihren eigenen nationalen Gruppen in der Betriebskantine. Solche gesellschaftlichen Barrieren wurden für Ibraimo beim Sport abgebaut. Sein deutscher Trainer und die anderen Boxer aus seinem Verein standen hinter ihm und schützten ihn vor rassistischen Übergriffen, denen er sich auch beim Sport ausgeliefert sah.

Die Wirren der Wiedervereinigung brachten Ibraimo nach Brandenburg, genauer nach Schwedt. Ibraimo boxte nun für den *Uckermärkischen Boxverein 1948 Schwedt e.V.*,

und er heiratete Birgit, eine Krankenschwester, die er im Herbst 1989 nach einem Boxunfall im Schwedter Krankenhaus kennengelernt hatte. Anfang der 1990er Jahre begann Ibraimo für die Stadt Schwedt als Übersetzer und Berater für Geflüchtete und AsylbewerberInnen zu arbeiten und studierte schließlich Soziale Arbeit in Potsdam. Das Leben in Schwedt erwies sich jedoch im Laufe der Zeit als immer schwieriger für Ibraimo und seine wachsende Familie. Nachdem eine Gruppe von Neonazis gedroht hatte, seinen Sohn zu töten, war für Ibraimo und seine Familie das Maß voll. Sie verließen die Stadt, um im ›Westen‹ eine – in Ibraimos Worten – »innerdeutsche Zuflucht«¹⁰ zu finden. In Karlsruhe fingen sie ein neues Leben an, doch die Ehe zerbrach, und Ibraimo kehrte nach Berlin zurück, wo er bis heute als Sozialarbeiter mit Geflüchteten arbeitet und sich in der Anti-Rassismus-Arbeit engagiert.

Anders als Ibraimo kehrte die Mehrzahl der VertragsarbeiterInnen nach Ablauf ihrer Verträge beziehungsweise nach der Wende in ihre Heimatländer zurück. Anfangs blickten viele MigrantInnen voller Hoffnung und Vorfreude der Heimkehr entgegen. Sie träumten von einem Leben in Arbeit, das es ihnen ermöglichen würde, eigene Häuser zu bauen, Familien zu gründen und dabei zur wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes beizutragen. Doch die vielerorts vorherrschende politische Instabilität, die bis hin zu bewaffneten Konflikten reichte, ließen das ursprüngliche Ziel des Systems bilateraler Arbeitsmigration, FacharbeiterInnen für die Rückkehr in ihre Heimatländer auszubilden, in weite Ferne rücken. Die RückkehrerInnen sahen sich Regierungen gegenüber, die weder die Mittel noch überhaupt das Interesse hatten, ihnen angemessene Arbeitsplätze und Sicherheit zu bieten, geschweige denn die einbehaltenen Lohnanteile auszuzahlen. So wurde das Ersparte schnell verbraucht, mitgebrachte Ware musste verkauft werden, und für viele begann ein Leben im expandierenden informellen Sektor einer Wirtschaft am Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus. Der Verlust von materiellen Gütern ging für viele RückkehrerInnen mit einem Verlust ihres sozialen Status einher. Hinzu kamen verloren gegangene Verbindungen nach Ostdeutschland, wo einige von ihnen Kinder und LebenspartnerInnen hatten zurücklassen müssen. Die Erfahrung des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verlusts, die die Mehrheit der RückkehrerInnen in den 1990er Jahren machte, dominiert bis heute ihre Wahrnehmung der Arbeitsmigration.

In ihren Heimatländern erlebten die RückkehrerInnen nun den Zerfall des Staatssozialismus mit einer von ihren Erfahrungen im ›realen Sozialismus‹ der DDR geprägten Denkweise. Insbesondere maßen sie ihre aktuelle Situation an dem Versorgungsgrad mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, den sie aus der DDR

gewohnt waren, wo öffentliche Verkehrsmittel, ein funktionierendes Gesundheitssystem, regelmäßige Gehaltszahlungen, subventionierte Mieten und Grundnahrungsmittel an der Tagesordnung waren und der Staat darüber hinaus eine Vielzahl von Freizeitaktivitäten förderte. Diese sozialistischen Kosmopoliten forderten nun Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen in Mosambik. Noch lange, nachdem die jeweiligen Regierungen ihre marxistisch-leninistische Orientierung aufgegeben hatten, bewahrten sich die ehemaligen ArbeitsmigrantInnen Überbleibsel des Sozialismus in ihrem Denken und Handeln.¹¹

II. AUSBILDUNGSWANDERUNGEN VON SCHÜLERINNEN

Auch viele der mosambikanischen SchülerInnen, die in Staßfurt zur Schule gegangen sind und eine Lehre abgeschlossen haben, erinnern sich heute gern zurück.

Ende der 1970er Jahre wurde die Idee einer *Schule der Freundschaft (SdF)* in Führungskreisen der Mosambikanischen Befreiungsfront *FRELIMO* diskutiert. Präsident Samora Machel (1975–1986) beabsichtigte so, qualifizierte und sozialistischen Idealen verpflichtete ArbeiterInnen für sein junges Land ausbilden zu lassen. Getreu der marxistisch-leninistischen Doktrin galt die Arbeiterklasse auch in Mosambik als Trägerin der Revolution – war jedoch in der Realität verschwindend klein.¹² Ende der 1970er Jahre griff die SED-Führung die Idee einer Schule der Freundschaft auf, da sie den Anspruch erhob, die sozialistische Entwicklung der Brudervölker‹ zu fördern. Gleichzeitig verfolgte sie auch wirtschaftliche Interessen in Mosambik. Tomás Justino Django, der die *SdF* ab 1982 besuchte, erinnert sich wie viele andere auch an seine Ankunft wie an einen Traum:

»Ich war so beeindruckt und glücklich über das, was ich sah; es schien alles ein Traum zu sein. [...] Es gab einen Speisesaal, eine Klinik, eine Waschküche, einen Sportplatz im Freien und eine Bibliothek. Es gab nichts Vergleichbares in der Welt, die ich bisher gesehen oder nur erträumt hatte. Ich fragte mich: Für wen sind all diese hochwertigen Dinge? Der Tag der Antworten kam. Zu Beginn des Schuljahres sagten sie: ›All das, was uns hier umgibt, ist dem Bemühen zweier Völker zu verdanken, ein einziges Ziel zu verwirklichen: die Erziehung des Neuen Menschen. Eure Aufgabe ist es zu lernen und immer zu lernen.«¹³

Die Überschwänglichkeit von Tomás' Erinnerungen muss in den Kontext seiner früheren Schul- und Lebenserfahrungen und seiner Herkunft aus bescheidenen Verhältnissen gesetzt werden. Seine Erinnerungen wie die anderer RückkehrerInnen auch ist entscheidend geprägt von Erfahrungen, die er nach seiner Rückkehr mit mosambikanischen Schulen machte.

Warum mussten 900 junge MosambikanerInnen Tausende von Kilometern gen Norden reisen, um in Staßfurt zu FacharbeiterInnen ausgebildet zu werden? Für den *FRELIMO*-Führungskreis kam die Gründung einer solchen Schule in Mosambik schon allein aufgrund des anhaltenden Bürgerkrieges, fehlender Betriebsstätten vor Ort und einer allgemein angespannten Finanzlage nicht in Frage. Die *SdF* sollte eine Vision der wissenschaftlich-marxistischen Zukunft Mosambiks verkörpern, in der ›Tribalismus‹, ›Okkultismus‹ und ›schlechte Arbeitsmoral‹, gegen die die Parteiführung gerne wettete, keinen Platz mehr hatten und mosambikanische Traditionen höchstens noch im Rahmen von Folkloredarbietungen vorkamen. Die wenigen hundert Quadratmeter eines idealisierten Mosambiks, als die sich der Campus verstand, waren ganz dem sozialistischen Unterfangen der Erziehung des ›Neuen Menschen‹ gewidmet.¹⁴

Unabhängig von den Erfolgen und Misserfolgen dieses Bildungsexperiments beeinflussten der Übergang vom Sozialismus zur Marktwirtschaft und die damit einhergehenden politischen und sozialen Veränderungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die Wiedereingliederung der AbsolventenInnen in die mosambikanische Gesellschaft. Anstatt in den verschiedenen Berufen zu arbeiten, für die sie ausgebildet worden waren, wurden die AbsolventInnen bei ihrer Ankunft kollektiv zum Militärdienst eingezogen. Tomás erinnert sich ungläubig: »*Ich kehrte voller Hoffnung und Wissen, das ich auf der anderen Seite gesammelt hatte, in mein Geburtsland zurück. Ich war sehr verwundert, als ich aus diesem Traum als Soldat erwachte.*«¹⁵ Desillusionierte und traumatisierte RückkehrerInnen, die darauf trainiert worden waren, dem Staat bestimmte Lebensentscheidungen abzutreten, mussten sich nun eigenverantwortlich in einem fremd gewordenen Land durchkämpfen. Sie kämpften mit der Anpassung an die mosambikanische Gesellschaft, die ihnen oft Neid und Bitterkeit entgegenbrachte und sie – ähnlich wie die VertragsarbeiterInnen – beschuldigte, das Land während des Krieges verlassen zu haben und nun eine Vorzugsbehandlung für sich zu beanspruchen. Bei allen Rückschlägen hatten die intensive Schulzeit und die Lehrjahre in der *SdF*-Gemeinschaft jedoch eine starke Gruppenidentität hervorgebracht. Diese Gruppe zeichnet sich durch geteiltes Sozialkapital und migrantisches Wissen aus.¹⁶ Bis heute pflegen viele *SdF*ler ihre Kontakte innerhalb der Gruppe, die sie als große

Familie wahrnehmen, und helfen sich gegenseitig in verschiedenen Alumni-Organisationen.

FAZIT

Abbildung 3¹⁷ zeigt wieder eine DDR-Flagge, die, genau wie die zu Beginn erwähnte, ebenfalls Jahrzehnte nach dem Ende der DDR in Maputo ausgestellt wird. Zum einen dient die Flagge als privates Erinnerungsstück an eine Jugend in einer anderen Welt.



Abbildung 3: Das Innere des Hauses eines ehemaligen Vertragsarbeiters, in dem zahlreiche Gegenstände an seinen Aufenthalt in der DDR erinnern. Dieses aktive, private Erinnern der Migrationserfahrung anhand von Objekten ist Teil des Lebens vieler RückkehrerInnen. – Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Malte Wandel

Zum anderen erfüllt sie eine politische Funktion wie eingangs bei Juma Madeira im Park der Madjerman, wo sie nicht nur ein Territorium markiert, sondern auch zu Protesten heruntergenommen und mitgeführt wird, um die Regierung an ihre gebrochenen Versprechen zu erinnern. Somit wird die Flagge der DDR zu einem Symbol der Kritik an der anhaltenden Ungleichheit und Prekarität in Mosambik umfunktioniert.

Für viele MosambikanerInnen war der Aufenthalt in der DDR prägend für ihre Vorstellung von der ›Moderne‹, verstanden als ein Versprechen auf Wohlstand, Gleich-

heit, Fortschritt, politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung. Häufig blendeten sie dabei politische Repressalien, Kontrolle und Überwachung aus, die sie in der DDR erleben mussten. Diese Vorstellung von ›Modernität‹ setzt sich außerdem von ihren oftmals traumatischen Erfahrungen während der Bürgerkriege in ihren Heimatländern ab, von der (meist) gescheiterten Reintegration in Nachkriegsgesellschaften und ihrer ökonomischen Marginalisierung.

MigrantInnen aus sozialistischen ›Bruderstaaten‹ waren in der gesamten DDR anzutreffen, so auch in Brandenburg. Die Mark schmückt sich gerne mit einer langen Tradition der Toleranz. In der jüngeren Vergangenheit diente dies auch der Abgrenzung zu den ausländerfeindlichen und rassistisch motivierten Gewalttaten der 1990er Jahre. Meist wird dabei auf das Toleranz-Edikt von Potsdam im Jahre 1685 hingewiesen, mit dem der Große Kurfürst die rechtliche Grundlage für die Ansiedlung französischer Hugenotten schuf. Dies geschah allerdings nicht aus bloßer Nächstenliebe, sondern ebenso aus ökonomischem und politischem Kalkül. Ethische, aber eben auch utilitaristische Motive spielten von jeher eine Rolle bei der Steuerung von Migration. So ist es nicht überraschend, dass die Erfahrungen und Erinnerungen der VertragsarbeiterInnen und SchülerInnen in Brandenburg und der DDR, die hier dargestellt wurden, sich in einem Spannungsfeld verorten zwischen dem Gefühl willkommen zu sein auf der einen und dem Bewußtsein, vom System in die Schranken der staatlich gesteuerten Migration verwiesen zu werden, auf der anderen Seite. Die ›Solidarität‹ mit den ehemaligen Kolonialstaaten und der beschworene ›sozialistische Internationalismus‹ mit ArbeiterInnen auf der ganzen Welt waren die vorherrschenden Maxime in der DDR und galten somit auch für das Selbstverständnis des Einwanderungslandes Brandenburg. Wie sich die damaligen Bezirke Cottbus, Frankfurt an der Oder und Potsdam tatsächlich in Bezug auf die temporäre Einwanderung von MigrantInnen aus ›sozialistischen Bruderländern‹ einstellten, bleibt jedoch ein weit offenes Forschungsfeld.

Anmerkungen

- 1 KLETZIN 2004, S. 232f.
- 2 Der Beitrag basiert auf Feldforschungen in Angola, Mosambik und Deutschland, in deren Verlauf ich insgesamt 268 *Oral History*-Interviews geführt und Recherchen in zahlreichen staatlichen, nichtstaatlichen und privaten Archiven durchgeführt habe. Das Quellenmaterial habe ich in meiner Doktorarbeit bereits ausführlicher analysiert: siehe SCHENCK 2017.
- 3 Für einen Überblick siehe WESTERMANN/ERDUR 2020.
- 4 KUCK 2003 2003, S. 272.
- 5 SCHENCK 2016.
- 6 GRUNER-DOMIC 1996, S. 229.
- 7 MARBURGER 1993, S. 32.
- 8 BERGER 2006, S. 36.
- 9 Die folgende Darstellung basiert auf Interviews der Autorin mit Ibraimo Alberto am 06.05.2019 und 12.06.2019 in Berlin sowie auf der Lektüre seiner Autobiographie, siehe ALBERTO/BACHMANN 2014.
- 10 Vgl. die vorangehende Anm.
- 11 Zur Diskussion der daraus resultierenden Nostalgie der Arbeiter hinsichtlich ihrer Zeit in Ostdeutschland siehe SCHENCK 2018.
- 12 TULLNER 2005, S. 100.
- 13 Übersetzung der Autorin. DJANGO 2005, S. 234.
- 14 TULLNER 2005, S. 103–05.
- 15 DJANGO 2005, S. 237.
- 16 SCHENCK 2020, S. 43.
- 17 Für dieses und ähnliche Bilder siehe WANDEL 2012.

LITERATUR

- IBRAIMO ALBERTO/DANIEL BACHMANN, *Ich wollte leben wie die Götter. Was in Deutschland aus meinen afrikanischen Träumen wurde*, Köln 2014.
- ALMUTH BERGER, *Annäherungen – Bericht der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg*, Potsdam 2006.
- TOMÁS JUSTINO DJANGO, *Moçambique – Alemanha, Ida e Volta*, in: ULF-DIETER KLEMM (Hg.), *Moçambique – Alemanha, Ida e Volta. Vivências dos moçambicanos antes, durante e depois de estadia na Alemanha*, Maputo 2005, S. 233–238.
- SANDRA GRUNER-DOMIC, *Zur Geschichte der Arbeitskräftemigration in der DDR: Die bilateralen Verträge zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter (1961–1989)*, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung* 32 (1996)/II, S. 204–230.
- BIRGIT KLETZIN, *Sozialistische Vertragsarbeiter in der DDR. Zwischen proletarischem Internationalismus, sozialistischer Nation und Abgrenzung*, in: DIES. (Hg.), *Fremde in Brandenburg. Von Hugenotten, sozialistischen Vertragsarbeitern und rechtem Feindbild*, Münster/Hamburg/London 2004, S. 230–257.
- DENNIS KUCK, *»Für den sozialen Aufbau ihrer Heimat«? Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR*, in: JAN C. BEHRENDTS/THOMAS LINDENBERGER/PATRICE G. POUTRUS (Hgg.), *Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 271–281.
- HELGA MARBURGER, *»Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet«. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR vor und nach der Wende*, Frankfurt am Main 1993.
- MARCIA C. SCHENCK, *From Luanda and Maputo to Berlin. Uncovering Angolan and Mozambican Migrants' Motives to Move to the German Democratic Republic (1979–1990)*, in: *African Economic History* 44 (2016), S. 203–234.
- MARCIA C. SCHENCK, *Socialist Solidarities and their Afterlives. Histories and Memories of Angolan and Mozambican Migrants in the German Democratic Republic, 1975–2015*, Dissertation, Princeton University 2017.
- MARCIA C. SCHENCK, *A Chronology of Nostalgia. Memories of former Angolan and Mozambican Worker Trainees to East Germany*, in: *Labor History* 59 (2018)/III, S. 352–374.

- MARCIA C. SCHENCK, *Small Strangers at the School of Friendship. Memories of Mozambican School Students to the German Democratic Republic*, in: ANDREA WESTERMANN/ONUR ERDUR (Hgg.), *Histories of Migrant Knowledge. Transatlantic and global Perspectives*, Washinton D.C. 2020, S. 41–59.
- MATHIAS TULLNER, *Das Experiment ›Schule der Freundschaft‹ im Kontext der mosambikanischen Bildungspolitik*, in: HANS-JOACHIM DÖRING/UTA RÜCHEL (Hgg.), *Freundschaftsbande und Beziehungskisten. Die Afrikapolitik der DDR und der BRD gegenüber Mosambik*, Frankfurt am Main 2005, S. 100–109.
- MALTE WANDEL, *Einheit, Arbeit, Wachsamkeit. Die DDR in Mosambik*, Heidelberg/Berlin 2012.
- ANDREA WESTERMANN/ONUR ERDUR (Hgg.), *Histories of Migrant Knowledge. Transatlantic and Global Perspectives*, Washinton D.C. 2020

Marcia C. Schenck ist Professorin für Globalgeschichte an der Universität Potsdam.

Vom Bolschoi nach Sanssouci

Jüdische Zuwanderung aus der ehemaligen UdSSR nach Brandenburg

Olaf Glöckner

Noch mitten hinein in den deutsch-deutschen Wiedervereinigungsprozess und die gravierenden Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern entwickelte sich ein Zuwanderungsphänomen, mit dem fast niemand gerechnet hatte. In Ostdeutschland bereiteten sich die dort stationierten sowjetischen Truppen auf ihre Rückkommandierung in die Heimat vor. Exakt von dort machten sich nun Juden auf den Weg, um in Deutschland und Europa einen Neubeginn zu versuchen. Die seit 1990 nach Deutschland einreisenden jüdischen Frauen, Männer und Kinder fielen in der nach Millionen zählenden russischsprachigen Bevölkerung kaum auf. Einige von ihnen aber schon, so auch Wladimir Kaminer aus Moskau, damals Mitte zwanzig und schon bald berühmter DJ der »*Russendisko*« in Berlin-Mitte, die auch zum Titel seines ersten Kurzgeschichtenbandes wurde. Kaminer schreibt in Deutsch, und die Gesamtauflage seiner Bücher und Hörbücher lag schon vor Jahren bei über drei Millionen.¹

Deutschland war Ende der 1980er und am Beginn der 1990er Jahre stark mit sich selbst beschäftigt, während sich weiter ostwärts noch dramatische gesellschaftliche Veränderungen abspielten. Kurz nach dem Fall der Berliner Mauer und des Europa zertrennenden ›Eisernen Vorhanges‹ löste sich nicht nur der Ostblock auf, sondern auch das sowjet-kommunistische Imperium, die seit 1922 bestehende UdSSR. Dem weinten die wenigsten nach, aber die Begleiterscheinungen des Zerfalls riefen tiefe Unsicherheiten hervor. Dabei bildete die Krise der Wirtschaft noch das geringste Übel. Schon in der späten Sowjetunion wurde die Versorgungslage katastrophal, mafiöse Strukturen erwachsen quasi aus dem Nichts. Die Ukraine litt unter dem Reaktorunglück von Tschernobyl (1986), und auf den Straßen wurde der Antisemitismus im-

mer stärker – propagiert und gefördert unter anderem von der nationalistischen »Pamjat«-Bewegung. Dies alles verstärkte den Willen vieler (ex-)sowjetischer Juden, ihrem Heimatland den Rücken zu kehren – je früher, umso besser.

Die letzte Volkszählung in der Sowjetunion von Ende der 1980er hatte noch rund zwei Millionen Juden registriert. Nun, am Ende der kommunistischen Diktatur und bei Öffnung der Grenzen, hielt es nur noch die wenigsten im Land. Erwartungsgemäß ging die ganz überwiegende Mehrheit der Emigranten nach Israel – dort waren es bald eine Million Neuzuwanderer aus der einstigen UdSSR und ihren Nachfolgestaaten. Auch die USA, an sich das ›klassische‹ Emigrationsziel und Aufnahmeland für osteuropäische Juden seit dem 19. Jahrhundert, nahm über 300 000 post-sowjetische Juden auf.² Dann aber passierte – in Ansätzen schon ab Frühjahr und Sommer 1990 – die eigentliche Überraschung. Denn nun strebten zunächst Hunderte, dann Tausende, und schließlich Zehntausende Juden auch nach Deutschland – ins ›Land der Dichter, Denker und Henker‹.

Seitens der deutschen Medien und durchaus auch der Politik wurde die einsetzende Zuwanderungswelle mit Erstaunen, aber auch mit viel Sympathie aufgenommen. Eine spezielle Zuwanderungs-Regelung für Juden aus der UdSSR – die sogenannte »Kontingentflüchtlingsregelung« von 1991 – bot ihnen bis 2004 zwar nicht die gleichen Rahmenbedingungen wie für die deutschen *Spätaussiedler*, sicherte ihnen aber einen dauerhaften Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik.

Positiv auf die Immigranten reagierten auch Teile der Kirchen und der Zentralrat der Juden in Deutschland. Hier erkannte man natürlich die Chance einer demographischen Stabilisierung in den jüdischen Gemeinden. Das bekannte Diktum des letzten deutschen Oberrabbiners von Ende 1945, Leo Baeck, die Geschichte der Juden in Deutschland sei ein für alle Mal zu Ende, könnte sich am Ende doch noch als Irrtum erweisen.

Tatsächlich entwickelte sich bis in die Anfangsjahre des neuen Millenniums hinein eine kontinuierliche Zuwanderung pro Jahr, in Zahlen zwar nur ein Zehntel von dem der deutschen *Spätaussiedler* – aber doch genügend Menschen, um Hoffnung entstehen zu lassen für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland, die nach 1945 nur noch ein ›Schattendasein‹ geführt hatte und in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde. Ende der 1980er Jahre, am Vorabend des Berliner Mauerfalls, waren in der alten Bundesrepublik nur noch knapp 30 000 jüdische Gemeinde-Mitglieder registriert, in der DDR waren es sogar weniger als 500. Die acht jüdischen Gemeinden in der DDR – in Schwerin, Ostberlin, Halle, Magdeburg, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt

und Erfurt ansässig – standen allesamt kurz vor dem demographischen Kollaps. Und nun also das kleine Wunder: Über 200 000 ehemals sowjetische Juden einschließlich nichtjüdischer Verwandter sind seither nach Deutschland gekommen, und bilden nun das demographische Rückgrat in fast allen jüdischen Gemeinden.³

Was macht die Besonderheit dieser Immigranten, gerade auch im Vergleich zu anderen Migrantengruppen im heutigen Deutschland aus? Rund 70 Prozent der Erwachsenen verfügen entweder über einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Neben hohen beruflichen Qualifikationen besitzen viele auch ein ausgeprägtes künstlerisch-kulturelles Interesse, das sich insbesondere auf Literatur, Theater, Musik und Philosophie richtet. Viele russischsprachige Juden schreiben aber auch selbst Gedichte, komponieren und spielen Musik, stehen als Laienschauspieler auf der Bühne oder veröffentlichen philosophische Aufsätze. Das starke Engagement im künstlerischen Bereich scheint unter anderem damit erklärbar, dass eine große Mehrheit der Immigranten aus Großstädten oder mittelgroßen Städten mit breiter Kunstszene gekommen sind – nicht nur aus einstigen Hauptstädten der UdSSR, sondern auch aus Metropolen wie St. Petersburg und Odessa.

Zu den weiteren typischen Merkmalen der Gruppe gehört auch ein relativ hohes Durchschnittsalter, deutlich höher als der deutsche Durchschnitt. Hinzu kommt eine sehr niedrige Geburtenrate – man könnte sogar behaupten: Die russischsprachigen Juden sind in dieser Hinsicht ›westlicher als der Westen‹. Bei den Hochqualifizierten dominierten vor allem Ingenieure, Ökonomen, Techniker, Wissenschaftler, Angehörige medizinischer Berufe, aber auch Lehrer – hingegen weniger Geistes- und Sozialwissenschaftler.

Bei einer unbedarften Herangehensweise hätte sicherlich erwartet werden können, dass ihre hohen Qualifikationen den russischsprachigen Juden die Integration am deutschen Arbeitsmarkt erleichtern. Zunächst aber ist eher das Gegenteil eingetreten: Eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit aus den 1990er Jahren, die bei 35 bis 40 % lag, hat sich zumindest bis 2005/06 kontinuierlich gehalten.⁴ Trotzdem ist der Prozentsatz an russischen Juden, die Deutschland wieder verlassen haben, vergleichsweise gering geblieben – wie auch in Israel und den USA.

Noch gibt es keine umfassenden empirischen Daten für ganz Deutschland, doch soweit bisherige Angaben vorliegen, liegt der Anteil der Kinder aus den jüdischen Zuwandererfamilien, die ein Gymnasium und anschließend eine Hochschule oder Universität besuchen, wiederum bei mindestens 70 Prozent. So kann davon ausgegangen werden, dass die zweite Generation in wenigen Jahren – als Ärzte, Anwälte, Infor-

matiker, Techniker, Unternehmer, Naturwissenschaftler, Publizisten – zur deutschen Mittelschicht aufschließen wird.

Als die russischsprachige jüdische Zuwanderung nach Deutschland zu Anfang der 90er Jahre einsetzte, befanden sich die hiesigen jüdischen Gemeinden, wie erwähnt, in einem kritischen demographischen Zustand. Doch besonders der ›Boom‹ der Immigration in den 1990er Jahren hat die demographische Situation der Gemeinden nun wieder erheblich verbessert. Und ganz wichtig in diesem Zusammenhang: Es sind ebenfalls viele junge Familien mit Kindern gekommen, so dass es wieder Hoffnung auf eine Kontinuität jüdischen Gemeindelebens in diesem Land gibt. Heute existieren in der Bundesrepublik Deutschland wieder mehr als 100 lokale jüdische Gemeinden mit knapp 100 000 registrierten Mitgliedern.⁵

Spätestens am Beginn des neuen Millenniums wurde deutlich, dass sich wieder eine spezifische religiöse Vielfalt unter Deutschlands Juden entwickelt – eine Entwicklung, die sich durchaus auch strukturell und in neuen Organisationsformen niedergeschlagen hat. Die überwiegende Zahl der Juden – und damit auch der russischsprachigen Juden – versammelt sich nach wie vor in Gemeinden unter dem Dach des Zentralrates der Juden. Immerhin existieren heute aber auch um die 20 liberale Gemeinden, die der *Union Progressiver Juden in Deutschland (UPJ)* angeschlossen sind. Die mit Abstand erfolgreichste *Unions*-Gemeinde gründete sich 1995 in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover und zählt heute mehr als 600 Mitglieder.

Es hat sich seit den 90er Jahren gleichwohl noch mehr in der ›jüdischen Landschaft‹ in Deutschland verändert, auch am anderen Ende des Spektrums, bei der jüdischen Orthodoxie. Die beiden markentesten Bewegungen, die im Laufe der 1990er Jahre ›von außen‹, vor allem aus Israel beziehungsweise den USA hinzugekommen sind, waren die *Ronald S. Lauder Foundation* und *Chabad Lubawitsch*. *Chabad Lubawitsch* arbeitet mittlerweile mit einem Dutzend regionaler Zweigstellen quer durch die Bundesrepublik, die etablierten Bildungs- und Sozialprojekte werden vorrangig durch private Spender finanziert. In Berlin ist es *Chabad Lubawitsch* gelungen, attraktive Programme für nahezu jede Altersgruppe zu entwickeln, sich zentral zu verorten und auch mit der nichtjüdischen Umgebung viele kooperative Kontakte herzustellen.

Vorrangig private finanzielle Förderung trägt auch die Arbeit der *Ronald S. Lauder Foundation* in Deutschland. Ähnlich wie *Chabad* setzt *Lauder* die Schwerpunkte seiner Arbeit mit Juden und jüdischen Gemeinden in einzelnen Großstädten, wie beispielsweise Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt am Main und Würzburg. Im Umfeld des *Lauder* Zentrums in der Brunnenstraße in Berlin-Mitte hat sich zudem ein vitales

Netzwerk junger, religiös observanter Familien entwickelt (*Lauder Yeshurun*), die fast alle auch in den Stadtbezirken Mitte oder Prenzlauer Berg wohnen.

Unabhängig von den jüdischen Religionsgemeinden haben sich während der letzten 20 bis 25 Jahre auch jüdische Vereine und Projekte formiert, die sich als säkular verstehen oder ihren Fokus ganz vorrangig auf jüdische Kunst, Kultur und intellektuelles Leben richten. In größerer Zahl sind dabei auch Kulturvereine und Kulturzentren entstanden, in denen häufig (noch) die russische Sprache dominiert. Bis vor kurzem gab es auch in Potsdam ein unabhängiges jüdisches kulturelles Zentrum, das von den russischsprachigen Zuwanderern getragen wurde: das *KIBUZ – Kultur-, Informations- und Bildungszentrum*, auf welches an anderer Stelle noch ausführlicher eingegangen wird.

Natürlich lässt sich der heutige jüdische Pluralismus nicht mit der Vielfalt der jüdischen Welt in Deutschland vor 1933 vergleichen. Aber dennoch ist schon jetzt eine bemerkenswerte neue Qualität entstanden. Und es ist die junge Generation der heute in Deutschland lebenden Juden, in der eine Aufbruch-Stimmung erlebt werden kann, teilweise auch ein völlig neues, für die deutsche Nachkriegsgeschichte absolut untypisches Selbstbewusstsein. So kommt beispielsweise eine große Zahl der Studierenden in den heutigen Rabbinerschulen in Deutschland – dem liberalen *Abraham Geiger Kolleg* an der Universität Potsdam wie auch dem traditionell ausgerichteten Hildesheimer Rabbinerseminar zu Berlin – aus Familien, die erst nach 1989/90 aus der Sowjetunion hierher emigriert sind.

Auch in Brandenburg, im Oktober 1990 als Bundesland durch die Zusammenlegung der einstigen DDR-Bezirke Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam neu entstanden, hat sich neues jüdisches Leben formieren können. Durch die Zuwanderung von Juden aus der UdSSR entstanden auch hier erstmals wieder lokale jüdische Gemeinden. Heute existieren im Land Brandenburg jüdische Gemeinden in Potsdam⁶, Frankfurt an der Oder, Cottbus, in der Stadt Brandenburg, in Bernau, Oranienburg und in Königs-Wusterhausen. Alle Gemeinden zusammen verfügen über rund 1 500 Mitglieder⁷, was für ostdeutsche Verhältnisse durchaus respektabel, im Bundesdurchschnitt aber vergleichsweise wenig ist.

Fast 7 500 Juden sind seit den frühen 1990er Jahren in Brandenburg angesiedelt worden – so gesehen, findet sich heute nur ein kleinerer Teil von ihnen in den Gemeinden.⁸ Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe: Zum einen sind in diesen Zahlen der Zuwanderer auch die Ehepartner und sonstige Familienmitglieder mit nichtjüdischem Hintergrund mit inbegriffen. Zum anderen war für einen Teil der Zuwanderer

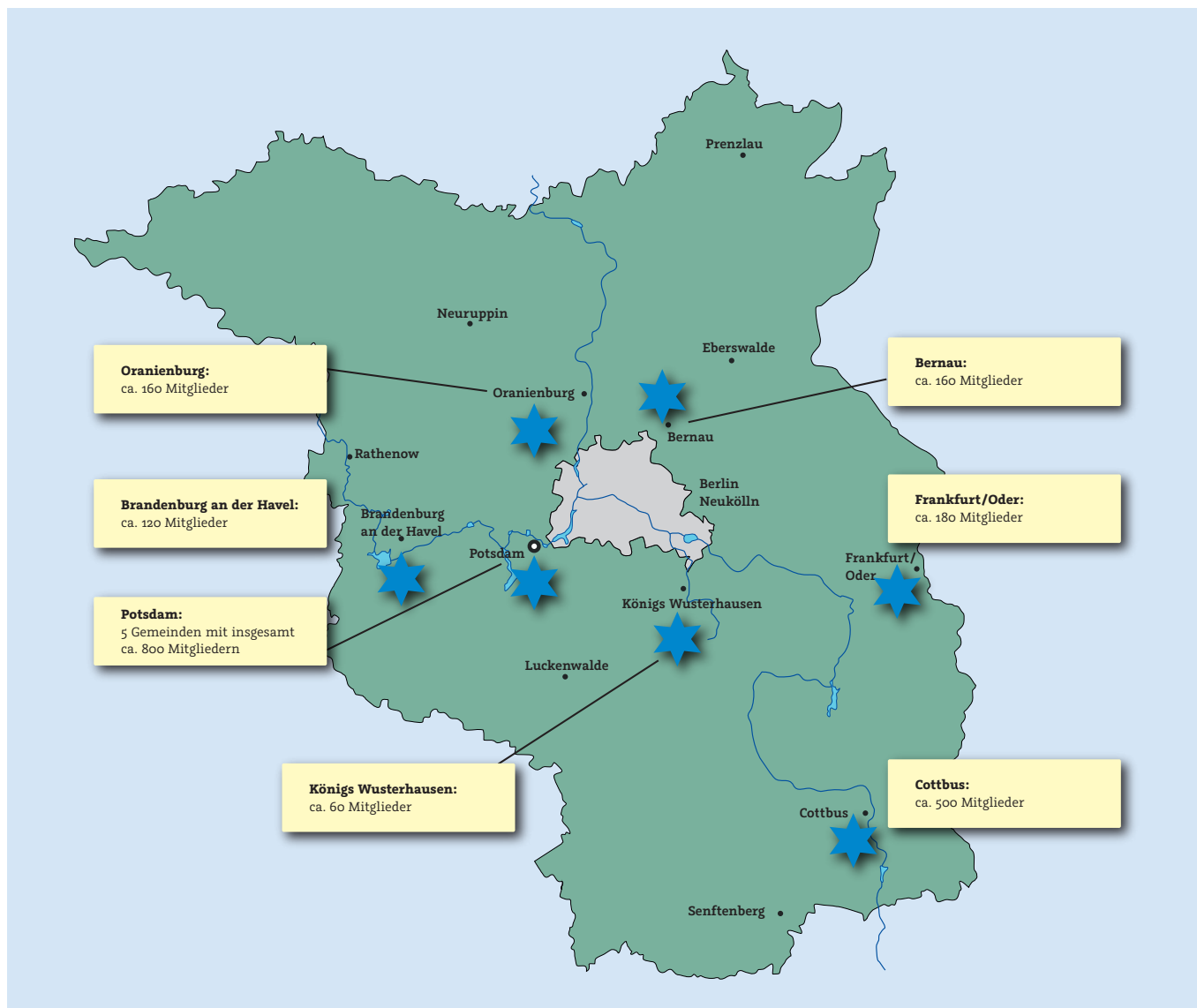


Abbildung 1: Jüdische Gemeinden im Land Brandenburg heute. Grafik: M. Lyamets; Quellen: ZWST-Mitgliederstatistik 2019, Eigenschätzungen des Autors. Brandenburg-Karte von d-maps. https://d-maps.com/carte.php?num_car=6200&lang=de

die Aufnahme im Land Brandenburg nur eine ›Zwischenstation‹: Sie leben heute anderswo in Deutschland. Ein dritter Grund ist, dass ein Teil der Juden, die aus der früheren Sowjetunion nach Deutschland gekommen sind, sich als vollkommen unreligiös oder sogar atheistisch verstehen und daher kein Interesse an einer Gemeindeförderung hegen.

So wie jede andere Religionsgemeinschaft auch benötigen die jüdischen Gemeinden in Deutschland natürlich auch Fachpersonal. Im idealen Fall hat eine jüdische Gemeinde einen Rabbiner, einen Kantor, einen Religionslehrer und möglichst auch noch einen Sozialarbeiter. Bei den meisten lokalen jüdischen Gemeinden in Brandenburg ist die Zahl der Mitglieder aktuell aber so niedrig, dass sie sich die Anstellung von Personal nicht leisten können. Die einzige jüdische Gemeinschaft in Brandenburg, die permanent über Rabbiner verfügt, ist Potsdam: Derzeit agieren hier Nachum Presman, der schon Mitte der 1990er Jahre aus Israel hierhergekommen ist, und Ariel Kirzon, ursprünglich aus der Ukraine stammend. Beide Rabbiner, die für unterschiedliche Gemeinden in Potsdam zuständig sind, sprechen Russisch und sind mit den biographischen Hintergründen ihrer Mitglieder, die fast durchweg aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion kommen, bestens vertraut.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu vermerken, dass es seit Beginn des Millenniums an der Universität Potsdam auch eine Ausbildungsstätte für liberale Rabbiner gibt, das *Abraham-Geiger Kolleg*. Hier schreiben sich Studierende aus aller Welt ein, was den internationalen Ruf der Einrichtung stark gefestigt hat. Zu den eigentümlichen Konstellationen hierzulande gehört indes, dass sich sämtliche brandenburgische Gemeinden einem traditionell-orthodoxen Ritus verpflichtet fühlen. Die Absolventen und Absolventinnen des *Abraham-Geiger Kollegs* finden ihre Stellen daher außerhalb Brandenburgs, vorrangig in den alten Bundesländern.

Bedingt durch das deutliche demographische Wachstum der lokalen jüdischen Gemeinden in Deutschland seit den 1990er Jahren, ist inzwischen eine ganze Reihe von neuen Synagogen gebaut worden. Das Land Brandenburg ist an dieser Stelle noch nicht soweit. Allerdings gibt es eine ungewöhnliche Ausnahme: Im Jahr 2014 erwarb der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Brandenburg die Schlosskirche am Schlossplatz in Cottbus, die von der evangelischen Kirche nicht mehr für Gottesdienste genutzt wurde, als Gebäude. Die Kirche wurde umgebaut und anschließend als Synagoge geweiht. Zwar erinnert der Sakralbau noch stark an seine ursprünglichen christlichen Wurzeln. Für die jüdische Gemeinde Cottbus, die immerhin um die 500 Mitglieder zählt, bildet sie gleichwohl ein wertvolles neues Zuhause.

Abbildung 2: Der Entwurf für die künftige Synagoge in Potsdam.
Copyright: Haberland Architekten, Berlin



Langfristig gesehen, dürfte die jüdische Gemeinde in Potsdam die besten Chancen auf demographische Kontinuität im Land Brandenburg besitzen. Die Bemühungen um den Bau einer Synagoge in Potsdams Innenstadt kommen allmählich voran.

Hier hat die größte der fünf existierenden jüdischen Gemeinden rund 400 registrierte Mitglieder. Und hier arbeitet auch ein Jugendzentrum *Lifroach*, wobei der Begriff ›Jugendzentrum‹ ein sehr weites Spektrum von Altersgruppen umfasst – faktisch vom Kleinkind bis zum jungen Erwachsenen.

Aufgrund der relativ niedrigen Mitgliederzahlen in den jüdischen Gemeinden von Brandenburg kann jüdisches Leben derzeit objektiv – etwa verglichen mit Berlin, Frankfurt am Main oder München – nur in viel kleineren Formaten stattfinden. Got-

tesdienste finden zwar statt, in Potsdam auch regelmäßig und zumindest wöchentlich (am Schabbat). Selbstverständlich ist die jüdische kulturelle und intellektuelle Szene innerhalb der Gemeinschaft ebenfalls gefragt, sich einzubringen, gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Dies geschieht teilweise unter dem Dach der Synagoge, teilweise auch außerhalb davon.

Kollektive Identität wird unter den russischsprachigen jüdischen Zuwanderern und ihren Kindern keineswegs nur am religiös praktizierten Judentum festgemacht. Viele von ihnen haben einen starken Bezug nicht nur zur jüdischen Tradition, sondern auch zu kulturellen Traditionen aus ihren Herkunftsländern, die sie weiterpflegen und im idealen Falle auch an die deutsche Aufnahmegesellschaft weitervermitteln wollen. Ein hervorragendes Beispiel hierfür ist das Potsdamer *Kultur-, Informations- und Bildungszentrum KIBUZ* gewesen, welches von 2003 bis 2019 in der Landeshauptstadt tätig war.⁹ Der Mit-Begründer von *KIBUZ*, Nikolaj Epchteine, vormals selbst Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Potsdam e. V., hatte einst in einem Interview erklärt:

»Ein beträchtlicher Teil unserer Leute ist im Sowjetstaat vollkommen säkular aufgewachsen, und wird auch hier in Deutschland nicht mehr religiös. Über die Gemeinden erreichen wir sie eher nicht. Ein Kulturzentrum bietet dagegen den idealen Ort, der verhindert, dass wir uns völlig aus den Augen verlieren.«¹⁰

Nikolaj Epchteine bestätigt den Trend, dass sich ein zeitgenössisches jüdisches Selbstverständnis keineswegs ausschließlich an religiösem Judentum festmacht, sondern im Gegenteil für einen Teil der jüdischen Frauen und Männer heute – auch unabhängig von der Religion – mit anderen Bedeutungsfaktoren verbindet, wie etwa jiddischer Kunst und Kultur, historisch gewachsenen Traditionen, Intellektualismus oder auch Verbindungen zum Staat Israel. Im Falle der von russischsprachigen Juden und ihren Nachkommen in Deutschland (und anderswo) etablierten und unterhaltenen Kulturzentren verbindet sich das Interesse daran häufig auch mit einer Öffnung zur nicht-jüdischen Umwelt. So hat sich *KIBUZ* ausdrücklich als ein Ort verstanden, der jüdische Traditionen und russischsprachige Kultur zusammenführt, offen auch für einheimische deutsche Interessenten und für einen intensiven interkulturellen Austausch. Einen ähnlichen Ansatz wie *KIBUZ* verfolgt seit langem auch der Integrationsverein *Schtetl* im brandenburgischen Schöneiche, Landkreis Oder-Spree.

Durch ihre vergleichsweise geringe Zahl in Brandenburg spielen die zugewanderten russischsprachigen Juden eine weniger herausragende Rolle im öffentlichen Leben

als beispielsweise in Berlin. Auch in Bezug auf die zweite Generation kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Teil der jungen Menschen spätestens nach absolvierter Hochschulausbildung seine Zukunft eher in strukturstarken Städten und Regionen außerhalb Brandenburgs suchen wird. Zu den heute besonders schwer zu beantwortenden Fragen gehört, ob die neue Generation russischsprachig-kulturelle Traditionen der Eltern und Großeltern fortführen will und ob sie sich für das eigene Judentum so stark interessiert, dass sie es auch aktiv in Gemeinschaft pflegen will. Sollte letzteres in der zweiten Generation nur eine untergeordnete Rolle spielen, würden insbesondere die kleineren jüdischen Gemeinden in Brandenburg (wie anderswo in Deutschland) einer schwierigen Zukunft entgegensehen.

Abbildung 3: Rabbiner Daniel Naftoli Surovtsev und Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Potsdam-Stadt bei einer Chanukka-Feier (2016). Foto: JG Potsdam



Signifikant für die zweite Generation der russischsprachigen jüdischen Zuwanderer ist auch in Brandenburg, dass hier keinerlei Sprachbarrieren mehr bestehen, die sozialen Netzwerke sehr heterogen ausfallen (keineswegs nur russischsprachig, sondern eher international), beruflicher Aufstiegsmobilität nichts im Wege steht, und, so gesehen, kein fortbestehender ›Integrationsbedarf‹ besteht. Insofern sind die jungen Frauen und Männer auch nicht von dem Dilemma ihrer Eltern betroffen, welche nach der Einwanderung nach Deutschland selten eine Chance erhielten, ihre hohen beruflichen Kompetenzen im jeweiligen Fachgebiet noch einmal intensiv zur Geltung zu bringen. Exemplarisch hierfür stehen die aus der früheren Sowjetunion immigrierten Fachärzte. Die berufliche Anerkennung blieb ihnen lange Zeit ebenso verwehrt wie fachspezifische Integrationskurse, welche für die gleiche Klientel in Israel bereits ab den 1990er Jahren angeboten wurden. Erst im Jahre 2008 kam ein erstes Förder-Pilot-

projekt zur Integration von zugewanderten Ärzten aus der früheren UdSSR in Brandenburg zustande – zu einem Zeitpunkt, als der Fachärzte-Mangel insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern bereits akut war.¹¹

Anmerkungen

1 Vgl. GÜNTER KEIL, Deutschland ist mein Lieblingsland, in: Sächsische Zeitung vom 9. Juni 2018.

2 GLÖCKNER 2010, S. 13.

3 Ebd.

4 Ebd., S. 109.

5 ZWST-Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland für das Jahr 2019; <https://www.zwst.org/medialibrary/service-information/ZWST-Mitgliederstatistik->

2019-Kurzversion.pdf [zuletzt: 18. 09. 2020].

6 In Potsdam selbst war in den letzten Jahren ein starker Ausdifferenzierungsprozess zu verzeichnen, der dazu geführt hat, dass aktuell fünf vergleichsweise kleine jüdische Gemeinden in der Landeshauptstadt registriert sind: die *Jüdische Gemeinde Potsdam e.V.* (gegründet bereits 1991); die *Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde Brandenburg*, die *Synagogengemeinde Potsdam*, *Adass Israel zu Potsdam* und *Kehilat Israel*. Hinzu kommt die *Jüdische Studierenden- und Hochschulgemeinde Beth Hillel* an der Universität Potsdam.

7 Vgl. FÜGNER 2007, S. 104.

8 Vgl. ebd., S. 15.

9 Nach einer jahrelangen sehr erfolgreichen kulturellen Arbeit musste *KIBUZ* im Jahre 2019 seine Arbeit auf Grund finanzieller Engpässe einstellen.

10 GLÖCKNER 2010, S. 153.

11 *ORNIS-Infodienst*; <http://www.ornispress.de/mit-spaetaussiedlern-gegen-Aerztmangel.809.o.html?font=inc> [zuletzt: 18. 09. 2020].

LITERATUR

- NADINE FÜGNER, Jüdische Zuwanderung im Land Brandenburg, Potsdam 2007.
- OLAF GLÖCKNER, Zuwanderung und Integration russischer Juden in Ostdeutschland, in: KARIN WEISS/HALA KINDELBERGER (Hgg.), Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transferexistenz und Bildungserfolg, Freiburg 2007, S. 114–126.
- OLAF GLÖCKNER, Immigrated Russian Jewish Elites in Israel and Germany. Their Integration, Self Image and Role in Community Building, Diss., Potsdam 2010 [<https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/index/index/docId/4804>] [zuletzt: 31. 10. 2020].
- WOLFGANG WEISSLEDER, Der Neuaufbau jüdischer Gemeinden in Brandenburg ab 1991. Die ersten zehn Jahre, in: IRENE A. DIEKMANN (Hg.), Jüdisches Brandenburg. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2008, S. 329–359.

Olaf Glöckner ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses-Mendelssohn-Zentrum für europäisch-jüdische Studien in Potsdam.

Auswahlbibliographie zur berlin- brandenburgischen Immigrationsgeschichte

Matthias Asche und Thomas Brechenmacher

TOBIAS ALLERS, Neuberliner. Migrationsgeschichte Berlins vom Mittelalter bis heute, Berlin 2017.

ELKE ALLINGER (Hg.), »... da sind wir keine Ausländer mehr.« Eingewanderte ArbeiterInnen in Berlin 1961–1993. Begleitbuch zur Wanderausstellung, Berlin 1993.

RENATE AMANN/BARBARA VON NEUMANN-COSEL (Hgg.), Berlin. Eine Stadt im Zeichen der Migration, Darmstadt 1997.

Ankommen in Potsdam. Integration als Teil der Stadtgeschichte, Potsdam 2018.

MATTHIAS ASCHE, Neusiedler im verheerten Land. Kriegsfolgenbewältigung, Migrationssteuerung und Konfessionspolitik im Zeichen des Landeswiederaufbaus. Die Mark Brandenburg nach den Kriegen des 17. Jahrhunderts, Münster 2006.

MATTHIAS ASCHE, Von Waldglashütten, Teeröfen und anderen Formen traditioneller Holznutzung. Brandenburg-preußische Staatswirtschaft im Spannungsfeld von Nachhaltigkeitsdenken, Ressourcenbegrenzung, Landesausbau und Peuplierungspolitik vom 17. bis zum frühen 19. Jahrhundert, in: GÜNTHER SCHULZ/REINHOLD REITH (Hgg.), Wirtschaft und Umwelt vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Auf dem Weg zu Nachhaltigkeit?, Stuttgart 2015, S. 57–74.

MATTHIAS ASCHE, Nachkriegszeit und Wiederaufbau. Die Mark Brandenburg als Einwanderungsland nach dem Dreißigjährigen Krieg, in: CHRISTIAN MÜLLER-LORENZ/DIRK SCHUMANN (Red.), Wir erben. Brandenburg in Europa – Europa in Brandenburg. Europäisches Kulturerbe in der Region, Leipzig 2018, S. 126–129.

JÜRGEN AST/KERSTIN MAUERSBERGER, Zweite Heimat Brandenburg. Flucht, Vertreibung, Neuanfang, Berlin 2000.

- KLAUS J. BADE, »Preußengänger« und »Abwehrpolitik«. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: DERS./MICHAEL BOMMES (Hgg.), Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 215–302.
- PETER BAHL, Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945, Berlin 2020.
- J. FRIEDRICH BATTENBERG, Tolerierte Juden in Berlin. Zur Ansiedlung der Wiener Juden in der Mark Brandenburg unter dem Großen Kurfürsten, in: JÖRG DEVENTER/SUSANNE RAU/ANNE CONRAD (Hgg.), Zeitenwenden. Herrschaft, Selbstbehauptung und Integration zwischen Reformation und Liberalismus. Festgabe für Arno Herzig zum 65. Geburtstag, Münster 2002, S. 71–91.
- STEPHAN BEETZ/ANDREAS KAPPHAN, Russischsprachige Zuwanderer in Berlin und Potsdam. Migrationsregime und ihr Einfluß auf die Wohnsituation von Zuwanderern, in: INGRID OSWALD/VIKTOR VORONKOV (Hgg.), Post-sowjetische Ethnizitäten. Ethnische Gemeinden in St. Petersburg und Berlin/Potsdam, Berlin 1997, S. 160–188.
- MAX BEHEIM-SCHWARZBACH, Hohenzollernsche Colonisationen. Ein Beitrag zu der Geschichte des preußischen Staates und der Colonisation des östlichen Deutschlands, Leipzig 1874.
- MICHAEL BEINTKER, Toleranz und Bekenntnis. Theologische Beobachtungen zur Immigrations- und Religionspolitik Preußens von 1685–1817, in: Die Zeichen der Zeit 39 (1985), S. 210–216.
- FELIX BIERMANN, Über das »dunkle Jahrhundert« in der späten Völkerwanderungs- und frühen Slawenzeit im nordostdeutschen Raum, in: DERS./THOMAS KERSTING/ANNE KLAMMT (Hgg.), Die frühen Slawen. Von der Expansion zu gentes und nationes, Langenweißbach 2016, S. 9–26.
- GERHARD BIRK, Zuwanderungen in den ehemaligen Kreis Teltow-Fläming, in: Heimatjahrbuch Teltow-Fläming 27 (2020), S. 138–141.
- MANUELA BÖHM/JENS HÄSELER/ROBERT VIOLET (Hgg.), Hugenotten zwischen Migration und Integration. Neue Forschungen zum Refuge in Berlin und Brandenburg, Berlin 2005.
- AIME BONIFAS/HORSTA KRUM, Les Huguenots à Berlin et en Brandebourg de Louis XIV à Hitler, Paris 2000.

- HELMUT BRÄUTIGAM, *Fremdarbeiter in Brandenburg in der NS-Zeit. Dokumentation zum »Ausländereinsatz« im früheren Regierungsbezirk Potsdam 1939 bis 1945*, Potsdam 1996.
- HELMUT BRÄUTIGAM/DORIS FÜRSTENBERG/BERNT RODER (Red.), *Zwangsarbeit in Berlin 1938–1945*, Berlin 2003.
- Brandenburgisches Namenbuch, bislang 12 Bde., Weimar/Stuttgart 1967/2005 [mit siedlungsgeschichtlichen Abschnitten].
- GOTTFRIED BREGULLA (Hg.), *Hugenotten in Berlin*, Berlin 1988.
- DETLEF BRIESEN/ZBIGNIEW FRAS/KRZYSZTOF RUCNIEWICZ (Hgg.), *Migration und Integration als europäische Erfahrung am Beispiel deutscher Metropolen im 19. und 20. Jahrhundert. Die Polen im Ruhrgebiet und Berlin/Migracja i integracja jako doświadczenie europejskie na przykładzie niemieckich metropolii w XIX i XX w.*, Wrocław 1996.
- FRANÇOIS DAVID, *Les colonies des réfugiés protestants français en Brandebourg-Prusse (1685–1809). Institutions, géographie et évolution de leur peuplement*, in: *Bulletin de Société de l'Histoire du Protestantisme français* 140 (1994), S. 111–142.
- GERHARD DEISSMANN, *Die Veränderung der Bevölkerungsverteilung in Berlin-Brandenburg 1875–1925*, Stuttgart 1936.
- IRENE A. DIEKMANN (Hg.), *Jüdisches Brandenburg. Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2008.
- CARL FRIEDRICH WILHELM DIETERICI, *Ueber Auswanderungen und Einwanderungen. Letztere in besonderer Beziehung auf den Preußischen Staat vom statistischen Standpunkte*, Berlin/Posen/Bromberg 1847.
- STEPHAN DILLER/KARL FRIEDRICH HINKELMANN/REINHARD SCHMOOK (Red.), *Friedrichs neue Untertanen. Die innere Kolonisation in der Mark Brandenburg im 18. Jahrhundert*. Ausstellungskatalog, Bad Freienwalde/Prenzlau 2012.
- JEROEN DOOMERNIK, *Going West. Soviet Jewish Immigrants in Berlin since 1990*, Avebury 1997.
- MICHAEL DRECHSLER (Hg.), *Preußens Toleranz. Zur Integration von Minderheiten in Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2002.
- MAREK DULINICZ, *Frühe Slawen im Gebiet zwischen unterer Weichsel und Elbe. Eine archäologische Studie*, Neumünster 2006.
- BETTINA EFFNER/HELGE HEIDEMEYER (Hgg.), *Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde*, Berlin 2005.

- INGEBORG ENGELIEN, Preußische Kolonisations- und Sozialpolitik in der Altmark von 1740–1850 im Spannungsfeld von Staatsräson und Bauernwiderstand am Beispiel der Drömlings, Diss., Bonn 2007.
- GERHARD FISCHER, Das Land Lebus. Die Entwicklung des ländlichen Siedlungsbildes vom Mittelalter bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, Frankfurt an der Oder 1936.
- Fremde Heimat Eberswalde. Zuwanderungen in Vergangenheit und Gegenwart. Belegtheft zur Sonderausstellung, Eberswalde 2003.
- UDO FROESE, Das Kolonisationswerk Friedrichs des Großen. Wesen und Vermächtnis, Heidelberg 1938.
- NADINE FÜGNER, Jüdische Zuwanderung im Land Brandenburg, Potsdam 2007.
- URSULA FUHRICH-GRUBERT, Hugenotten in Preußen 1685–1945. Von den verachteten »Paddenschluckern« zu den besten Deutschen, in: Der Deutsche Hugenott 66 (2002), S. 3–27.
- OTTO GEBHARD, Friderizianische Pfälzerkolonien in Brandenburg und Pommern, Stettin 1939.
- JOHANNES GEHRMANN, Die mittelalterliche Besiedlung des Teltow zwischen 1150 und 1300. Eine Bestandsaufnahme der archäologischen Forschungsergebnisse, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 24 (1975), S. 1–59.
- ROLF GEHRMANN, Bevölkerungspolitik und Bevölkerungsentwicklung im friderizianischen Preußen. Traditionen, Intentionen, Fakten, Berlin 1995.
- FRANK GESEMANN (Hg.), Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven, Opladen 2001.
- HANS-JOACHIM GIERSBERG (Hg.), Das Edikt von Potsdam 1685. Die französische Einwanderung in Brandenburg-Preußen und ihre Auswirkungen auf Kunst, Kultur und Wissenschaft. Ausstellung der Staatlichen Schlösser und Gärten Potsdam-Sanssouci in Zusammenarbeit mit dem Zentralen Staatsarchiv Merseburg und dem Staatsarchiv Potsdam. Potsdam-Sanssouci, Neues Palais 24. August bis 10. November 1985, Potsdam 1985.
- OTTO GLASER, Die Niederländer in der brandenburg-preußischen Kulturarbeit, Berlin 1939.
- WERNER GLEY, Die Besiedelung der Mittelmark von der slavischen Einwanderung bis 1624, Stuttgart 1926.
- MAGDOLNA GRASNICK (Red.), Internationale Impulse für Potsdam. Zur Rolle der Zugewanderten für die Entwicklung Potsdams, 4. Aufl., Potsdam 2016.

- RITA GUDERMANN, Zur Bedeutung der friederizianischen Landeskulturmaßnahmen. Mythos und Realität, in: RALF PRÖVE/BERND KOLLING (Hgg.), *Leben und Arbeiten auf märkischem Sand. Wege in die Gesellschaftsgeschichte Brandenburgs 1700–1914*, Bielefeld 1999, S. 351–377.
- RUDOLF GUGGER, *Preußische Werbungen in der Eidgenossenschaft im 18. Jahrhundert*, Berlin 1997.
- PETER-MICHAEL HAHN, Herrschaftssicherung und kulturelle Modernisierung. Einwanderung in Brandenburg während der Vormoderne, in: MATTHIAS THEODOR VOGT/JAN SOKOL/DIETER BINGEN/JÜRGEN NEYER/ALBERT LÖHR (Hgg.), *Der Fremde als Bereicherung*, Frankfurt am Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien 2010, S. 183–195.
- MOHAMED HAMDALI, Asylbewerber und Flüchtlinge im Land Brandenburg. Ausgewählte Daten und Fakten, in: KARIN WEISS/HALA KINDELBERGER (Hgg.), *Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern. Zwischen Transfereexistenz und Bildungserfolg*, Freiburg 2007, S. 127–142.
- DIETER HARTWIG, Vom Niederrhein in die Mark Brandenburg. Auswanderer im 17. Jahrhundert, in: *Heimatbuch Kreis Viersen 68 (2017)*, S. 127–140.
- CARL RENATUS HAUSEN, Übersicht der Kolonien-Einwanderung in den preußischen Staat unter dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm dem Großen und seinen Nachfolgern bis zum Absterben Friedrichs des zweiten von 1640–1786, Frankfurt an der Oder 1800.
- Historischer Handatlas von Brandenburg und Berlin, begr. v. BERTHOLD SCHULZE, Lieferungen 1–60 nebst Begleittexten. Nachträge Heft 1–7 nebst Begleittexten. Berlin/New York 1962/80.
- ULRICH HERBERT, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, 2. Aufl., München 2017.
- MARKUS HIEN, Zwischen Aktion und Reaktion. Grenzen und Möglichkeiten der Bevölkerungspolitik im 18. Jahrhundert am Beispiel der Ansiedlung und Niederlassung aktiver und ehemaliger Soldaten in der Kurmark, in: *Militär und Gesellschaft in der frühen Neuzeit 12 (2008)*, S. 89–95.
- THOMAS HÖPEL, *Emigranten der Französischen Revolution in Preußen. Eine Studie in vergleichender Perspektive*, Leipzig 2000.
- GERHARD HÖPP, *Muslime in der Mark. Als Kriegsgefangene und Internierte in Wünsdorf und Zossen 1914 bis 1924*, Berlin 1997.

- CHRISTA HÜBNER/NINON SUCKOW/MANFRED TERESIAK (Hgg.), *Besiedlung, Bevölkerung, Migration*, Berlin 2016 [betr. Migrationsgeschichte von Berlin-Marzahn und -Hellersdorf].
- STEFI JERSCH-WENZEL, *Juden und »Franzosen« in der Wirtschaft des Raumes Berlin/Brandenburg zur Zeit des Merkantilismus*, Berlin 1978.
- STEFI JERSCH-WENZEL, *Preußen als Einwanderungsland*, in: MANFRED SCHLENKE (Hg.), *Preußen. Beiträge zu einer politischen Kultur*, Bd. 1, Reinbek 1981, S. 136–167.
- STEFI JERSCH-WENZEL, *Minderheiten in der preußischen Gesellschaft*, in: OTTO BÜSCH/WOLFGANG NEUGEBAUER (Hgg.), *Moderne Preußische Geschichte. 1648–1947. Eine Anthologie*, Berlin/New York 1981, S. 486–506.
- STEFI JERSCH-WENZEL, *Zuwanderung als Entwicklungshilfe*, in: FRANZISKA WINDT/CHRISTOPH LIND/SEPP G. GROESCHEL (Red.), *Preußen 1701. Eine europäische Geschichte. Essays*, Berlin 2001, S. 109–120 [wiederabgedruckt in: HANNE LANDBECK/GISELIND RINN (Red.) *Europa ist hier. Europa in Brandenburg*, Berlin 2003, S. 68–85].
- STEFI JERSCH-WENZEL/BARBARA JOHN (Hgg.), *Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen, Polen in Berlin*, Berlin 1990.
- HEINRICH KAAK, *Korporative Gutsherrschaft und Agrarinnovationen in Preußen. Der Johanniterorden auf seinen neumärkischen Ämtern 1750–1811*, Berlin 2012.
- SILKE KAMP, *Neuzeitliche Migration in Brandenburg* [nur online: http://blha.brandenburg.de/wp-content/uploads/2017/07/TagbbgOrtsgesch_Hdb_Ms_KampMigration.pdf] [zuletzt: 20.03.2021].
- KARL KELLER, *Umfang und Richtung der Wanderungen zwischen den preußischen Provinzen in den Jahren 1871 bis 1925*, in: *Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamtes* 70 (1931), S. 273–291.
- CHRISTOPH KLESSMANN/BURGHARD CIESLA/HANS HERMANN HERTLE (Hgg.), *Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg*, Potsdam 2001.
- BIRGIT KLETZIN (Hg.), *Fremde in Brandenburg. Von Hugenotten, sozialistischen Vertragsarbeitern und rechtem Feindbild*, Münster 2004.
- ROMI KLIEMCHEN (Red.), *Spuren der Niederländer in Brandenburg und Berlin. Ein Wegweiser*, 2. Aufl., Berlin 2000.
- HANS-FRIEDRICH KNIEHASE, *Das Oderbruch. Slawische und deutsche Siedlungsgenese seit dem hohen Mittelalter*, Wetter 1995.
- ROLAND KÖHLER, *Die Zugezogenen. Neusiedler in der Uckermark*, Templin 2008.

- CHRISTA KOUSCHIL, Landesausbau in der Neumark unter Friedrich II. Bäuerliche Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse im unteren Warthebruch (18. Jahrhundert bis Mitte 19. Jahrhundert), Berlin 2012.
- ANNELIESE KRENZLIN, Deutsche und slawische Siedlungen im inneren Havelland, in: *Ausgrabungen und Funde* 1 (1956), S. 1–12.
- RAINER KUBATZKI, Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager. Standorte und Topographie in Berlin und im brandenburgischen Umland 1939 bis 1945. Eine Dokumentation, Berlin 2001.
- IRMELIN KÜTTNER, Siedlungspolitik und Landeskultur in Brandenburg-Preußen 1648 bis 1871, in: *Brandenburgische Denkmalpflege* 10 (2001)/I, S. 4–18.
- WALDEMAR KUHN, Kleinsiedlungen aus friderizianischer Zeit, in: *Zeitschrift für Bauwesen* 65 (1915), S. 348–365, 563–595 [auch als separate Monographie erschienen: Stuttgart 1918].
- WALTER KUHN, Die preußische Kolonisation unter Friedrich dem Großen, Köln 1971.
- DIETRICH KURZE, Waldenser in der Mark Brandenburg und in Pommern im 15. Jahrhundert, in: ALBERT DE LANGE (Hg.), *Friedrich Reiser und die »waldensisch-hussitische Internationale« im 15. Jahrhundert*, Heidelberg 2006, S. 219–240.
- STEPHAN LANZ, *Berlin aufgemischt. Abendländisch, multikulturell, kosmopolitisch? Die politische Konstruktion einer Einwanderungsstadt*, Bielefeld 2007.
- MICHAEL LEMKE, »Toleranz als Staatsräson«? Kontinuität und Wandel der Fremden-Toleranz in Brandenburg von den Anfängen bis 1989/90, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 55 (2007), S. 315–335.
- OTMAR LIEGL, 250 Jahre Böhmen in Berlin, in: *Mitteilungen des Vereins für die Geschichte Berlins* 79 (1983), S. 2–15.
- STEFAN LIMAN, Polen in Berlin und ihr Milieu. Von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, in: *Zeitschrift für Slawistik* 32 (1987), S. 547–559.
- ELISABETH MEIER-BRÜGGER, *Schweizer in Berlin und Brandenburg*, Berlin 1999.
- HANS-PETER MEISTER, *Zuwanderung aus Schlesien nach Berlin und Brandenburg ab 1950/Emigracja ze Śląska do Berlina/Brandenburgii od 1950 r.*, in: KLAUS BŹDZIACH/ARNO HERZIG/WIESŁAW LESIUK (Hgg.), »Wach auf, mein Herz, und denke.« *Zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute*, Berlin/Opole 1995, S. 543–561.
- WINFRIED MEYER/KLAUS NEITMANN (Hgg.), *Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion, Rezeption*, Potsdam 2001.

- Migration und Integration in Brandenburg. Protokolle. Materialien der Sachverständigen-Konsultation zur Thematik »Die Dimension des Zuwanderungsproblems und die daraus folgenden mittel- und langfristigen politischen Strategien« mit den Mitgliedern der Landesregierung und führenden Vertretern der Landtagsfraktionen des Landes Brandenburg in Neufahrland bei Potsdam, 28. August 1993, ergänzt durch zwei historische Aufsätze, Potsdam 1994.
- Miteinander leben in Berlin [Buchreihe], hg. v. Ausländerbeauftragte beim Senator für Gesundheit und Soziales, später v. Senat von Berlin für Integration und Migration, zahlr. Bde., Berlin 1985/2004.
- INGRID MITTENZWEI (Hg.), Hugenotten in Brandenburg-Preußen, Berlin 1987.
- RAINER MÜHLE, Zum Hintergrund von ostelbischen Migrationsbewegungen im 19. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1992/II, S. 29–61 [betr. Prignitz].
- ECKHARD MÜLLER-MERTENS, Stadtgründungen und neue Städte 1150 bis 1800 im Raum der heutigen DDR zwischen unterer Elbe, Fläming und Oder, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus 14 (1990), S. 125–157.
- KLAUS NEITMANN/JÜRGEN THEIL (Hgg.), Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs vom hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Potsdam 2003.
- ERICH NEUHAUS, Die Fridericianische Kolonisation im Warthe- und Netzebruch, Landsberg an der Warthe 1906.
- FRITZ NEYE/GUNTER GRÄHN, Die Kolonisten im Rhinluch und Dossebruch. Märkische Miniaturen, Bad Münstereifel 1999.
- JOHANNES NICHTWEISS, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches. Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-deutschen Politik von 1890–1914, Berlin 1959.
- ULRICH NIGGEMANN, Migration und Minderheiten in Mittelalter und Neuzeit: Brandenburg, in: WERNER FREITAG/MICHAEL KISSNER/CHRISTINE REINLE/SABINE ULLMANN (Hgg.), Handbuch Landesgeschichte, Berlin/Boston 2018, S. 424–438.
- MANUELA OBERMEIER, Die Sachsengänger. Wanderarbeiter im Rübenanbau 1850 bis 1915, Berlin 1999.
- ERNST OPGENOORTH, »Ausländer« in Brandenburg-Preußen. Als leitende Beamte und Offiziere 1604–1871, Würzburg 1967.
- CHRISTOPH PALLASKE (Hg.), Die Migration von Polen nach Deutschland. Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems, Baden-Baden 2001.

- JAN PETERS, Neuholland von den Anfängen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts, in: DERS./HARTMUT HARNISCH/LIESELOTT ENDERS (Hgg.), Märkische Bauerntagebücher des 18. und 19. Jahrhunderts. Selbstzeugnisse von Milchviehbauern aus Neuholland, Weimar 1989, S. 18–80.
- EDITH PICHLER, Self-employed Italians in Germany and the Example of Berlin, in: Ethnic Entrepreneurship in Europe. A Conference Report. Berlin 2002, S. 133–144.
- MARGARETE PICK, Die französischen Kolonien in der Uckermark, Prenzlau 1935.
- NICOLAS PIQUÉT, Einwanderer in eine ständischen Gesellschaft. Integrationsprobleme der Hugenotten in Preußen und Berlin, in: Berlin und seine Wirtschaft. Ein Weg aus der Geschichte in die Zukunft – Lehren und Erkenntnisse, Berlin/New York 1987 [ND Berlin 2020], S. 5–17.
- CHRISTA PLATE, Die Besiedlungsgeschichte der Prignitz, in: SOPHIE WAUER (Hg.), Brandenburgisches Namenbuch, Bd. 6, Weimar 1989, S. 9–38.
- ERIKA RAUPRECHT (Hg.), Die neuen Dörfer der Preußenkönige. Burg-Kauper und Burg-Kolonie. Das große Besiedlungswerk der Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. (der Große), Cottbus 2001.
- HANS J. REICHARDT (Hg.), Die Böhmen in Berlin 1732–1982. Ausstellungskatalog, Berlin 1982.
- HANS-ULRICH RHINOW, Die Trockenlegung des Havelländischen Luchs 1718–1725, in: Heimatjahrbuch für Falkensee und Umgebung 2018, S. 46–50.
- RITA RÖHR, Hoffnung – Hilfe – Heuchelei. Geschichte des Einsatzes polnischer Arbeitskräfte in Betrieben des DDR-Grenzbezirkes Frankfurt/O. 1966–1991, Berlin 2001.
- ALFRED ROGGAN, Das Amtsdorf Burg und die Kaupenbesiedlung. Ein außergewöhnlicher Vorgang in der preußischen »Inneren Kolonisation« des frühen 18. Jahrhunderts, Bautzen 2007.
- PIERRE-PAUL SAGAVE, Berlin und Frankreich 1685–1871. Französische Einflüsse und Gegenströmungen in Brandenburg-Preußens Hauptstadt von der Hugenotteneinwanderung bis zum deutsch-französischen Krieg, Berlin 1980.
- THOMAS SANDER (Hg.), Die Bayreuther in Potsdam. Aufsätze und Redebeiträge zur gleichnamigen Ausstellung im Haus Am Bassin Nr. 3, Potsdam 2004.
- MARCIA C. SCHENCK, From Luanda and Maputo to Berlin. Uncovering Angolan and Mozambican Migrants' Motives to move to the German Democratic Republic (1979–1990), in: African Economic History 44 (2016), S. 203–234.

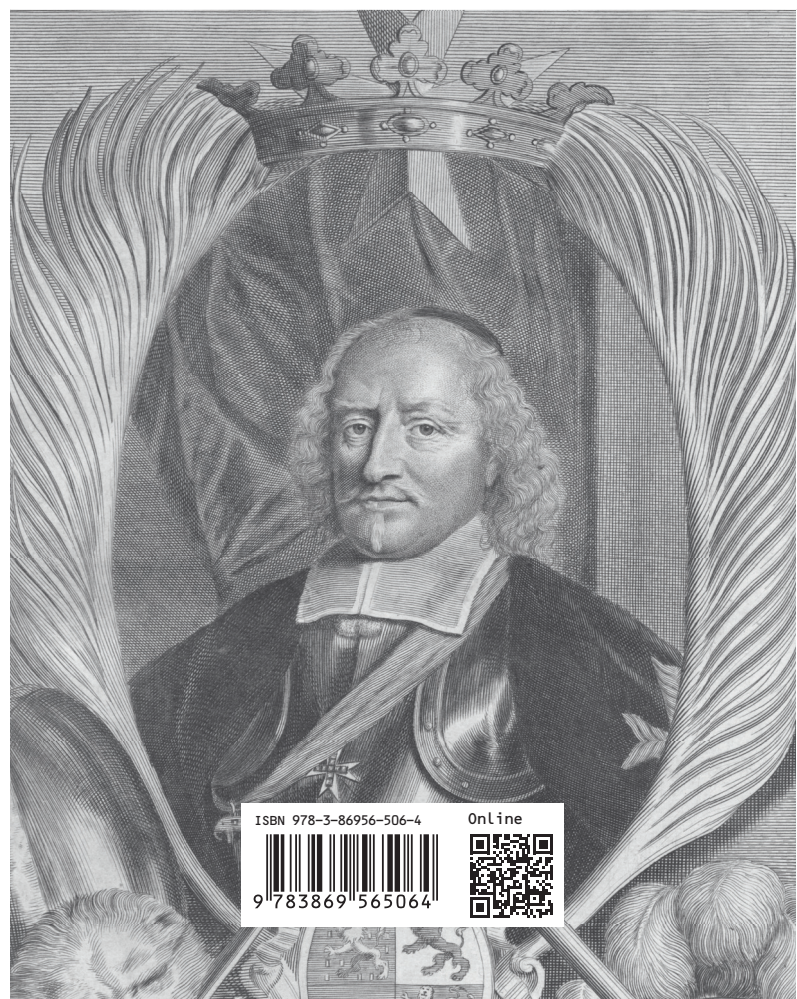
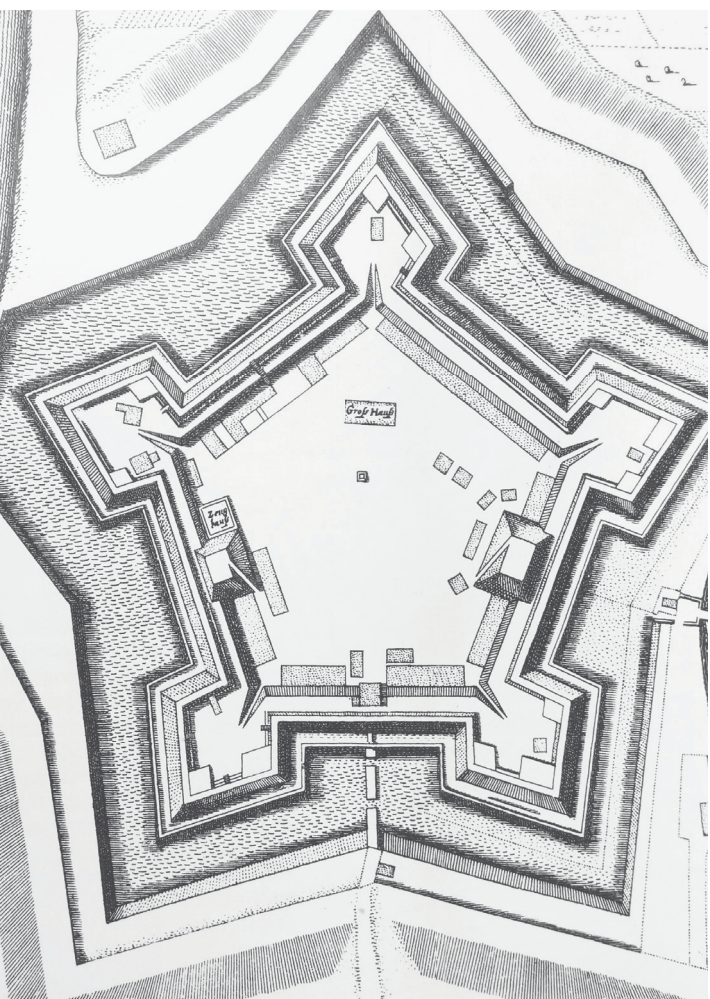
- WINFRIED SCHICH, Zum Verhältnis von slawischer und hochmittelalterlicher Siedlung in den brandenburgischen Landschaften Zauche und Teltow, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 26 (1977), S. 53–85 [wiederabgedruckt in: DERS., *Wirtschaft und Kulturlandschaft. Gesammelte Beiträge 1977 bis 1999 zur Geschichte der Zisterzienser und der »Germania Slavica«*, hgg. v. RALF GEBUHR/PETER NEUMEISTER, Berlin 2007, S. 160–222].
- WINFRIED SCHICH, Die Gründung von deutschrechtlichen Marktorten und Städten östlich der Elbe im 12. und 13. Jahrhundert, in: HANSJÜRGEN BRACHMANN/JAN KLÁPŠTĚ (Hgg.), *Hausbau und Raumstruktur früher Städte in Ostmitteleuropa*, Prag 1996, S. 7–16 [wiederabgedruckt in: DERS., *Wirtschaft und Kulturlandschaft. Gesammelte Beiträge 1977 bis 1999 zur Geschichte der Zisterzienser und der »Germania Slavica«*, hgg. v. RALF GEBUHR/PETER NEUMEISTER, Berlin 2007, S. 343–358].
- HERBERT SCHLENGER, *Friderizianische Siedlungen rechts der Oder bis 1800*, Breslau 1933 [ND Sigmaringen 1985].
- ULRICH SCHMELZ, Zur Rolle der Ausländer beim Ausbau der Residenzstadt Potsdam (bis zum Jahre 1786), in: PETER-MICHAEL HAHN/KRISTINA HÜBENER/HANS-JOACHIM SCHOEPS (Hgg.), *Potsdam. Märkische Kleinstadt – europäische Residenz. Reminiszenzen einer eintausendjährigen Geschichte*, Berlin 1995, S. 99–114.
- ULRICH SCHMELZ (Red.), *Potsdam ohne Ausländer? Zum Einfluß von Ausländern auf die Entwicklung Potsdams*, 2. Aufl., Potsdam 1999.
- ULRICH SCHMELZ, *250 Jahre Weberkolonie Nowawes/Babelsberg. Probleme der Ausländerintegration beim Übergang von der gewerblichen zur industriellen Produktion in Brandenburg*, Potsdam 2000.
- ULRICH SCHMELZ, *Von Handwerk, Kunst und Lebensart. Leben und Leistungen in Potsdam seit dem Jahre 1660/From Craft, Art and Way of Living. The Lives and Achievements of Foreigners in Potsdam since the Year 1660*, Potsdam 2001.
- ULRICH SCHMELZ, *Fremde in Potsdam. Zur Rolle der Ausländer in der Geschichte der Stadt*, in: <https://www.potsdam.de/content/fremde-potsdam-zur-rolle-der-auslaender-der-geschichte-der-stadt/page/o/o> [zuletzt: 20. 03. 2021].
- HILDELORE SCHMIDT, *Friderizianische Siedlungspolitik in der Mark Brandenburg*, in: *Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte* 12 (1961), S. 100–120.
- RUDOLF SCHMIDT, *Oderbruchsiedlungen im Kreise Ober-Barnim, Bad Freienwalde 1930*.

- GUSTAV SCHMOLLER, Die ländliche Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Zur inneren Kolonisation in Deutschland. Erfahrungen und Vorschläge, Leipzig 1886, S. 1–43 [ND Vaduz 1989; wiederabgedruckt in: DERS., Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte besonders des Preußischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert, Leipzig 1898, S. 562–627, sowie in: OTTO BÜSCH/WOLFGANG NEUGEBAUER (Hgg.), Moderne Preußische Geschichte 1648–1947. Eine Anthologie, Berlin/New York 1981, S. 911–950].
- BERTHOLD SCHULZE, Wandlungen im neueren Siedlungsgebilde der Mark Brandenburg, in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 45 (1933), S. 124–148.
- BERTHOLD SCHULZE (Bearb.), Neue Siedlungen in Brandenburg 1500–1800. Die neuen Siedlungen vom Ausgange des Mittelalters bis zum Jahre 1800. Beiband zur Brandenburgischen Siedlungskarte 1500–1800, Berlin 1939.
- HANS K. SCHULZE, Die Besiedlung der Mark Brandenburg im hohen und späten Mittelalter, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 28 (1979), S. 42–178.
- HOLGER SEIBERT/DORIS WIETHÖLTER, Grenzpendler aus Polen in Berlin-Brandenburg, Nürnberg 2020.
- GUDRUN SOMMER, Die ur- und frühgeschichtliche Besiedlung des Kreises Teltow, in: GERHARD SCHLIMPERT, Die Ortsnamen des Teltow, Weimar 1972, S. 9–31.
- RUDOLF STADELMANN, Preußens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landeskultur, 4 Bde., Leipzig 1878/87 [ND Osnabrück 1965].
- RIEM SPIELHAUS/ALEXA FÄRBER, Geschichte und Entwicklung islamischer Gemeinden in Berlin, in: DIES. (Hgg.), Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Berlin 2018, S. 10–12, 18–24.
- OLIVER STEINERT, »Berlin – Polnischer Bahnhof!« Die Berliner Polen. Eine Untersuchung zum Verhältnis von nationaler Selbstbehauptung und sozialem Integrationsbedürfnis einer fremdsprachigen Minderheit in der Hauptstadt des Deutschen Kaiserreichs (1871–1918), Hamburg 2003.
- MANFRED STOLPE/FRIEDRICH WINTER (Hgg.), Wege und Grenzen der Toleranz. Edikt von Potsdam 1685–1985, Berlin 1987.
- NADJA STULZ-HERRNSTADT, Berliner Bürgertum im 18. und 19. Jahrhundert. Unternehmerkarrieren und Migration, Familien und Verkehrskreise in der Hauptstadt Brandenburg-Preußens, die Ältesten der Korporation der Kaufmannschaft zu Berlin, Berlin/New York 2002.

- STEPHAN THEILIG, *Türken, Mohren und Tataren. Muslimische (Lebens-)Welten in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert*, Berlin 2013.
- HANSJÖRG TRÖGER, *Die kurmärkischen Spinnerdörfer. Ein Beitrag zur Wirtschafts- und Siedlungspolitik Friedrichs des Großen*, Diss., Leipzig 1936.
- ULRICH VAN DER HEYDEN/JOACHIM ZELLER (Hgg.), *Kolonialmetropole Berlin. Eine Spurensuche*, Berlin 2002.
- LUTZ VOGEL, *Migration und Mobilität in den beiden Lausitzen im 19. Jahrhundert. Eine Skizze*, in: BJÖRN BERGHAUSEN/DIRK SCHAAL (Hgg.), *Die beiden Lausitzen. Wirtschaft, Geschichte und Industriekultur in Brandenburg und Sachsen*, Münster 2015, S. 53–61.
- ADRIAAN VON MÜLLER, *Zur hochmittelalterlichen Besiedlung des Teltow (Brandenburg). Stand eines mehrjährigen archäologisch-siedlungsgeschichtlichen Forschungsprogrammes*, in: WALTER SCHLESINGER (Hg.), *Die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters als Problem der europäischen Geschichte*, Sigmaringen 1975, S. 311–332.
- JÜRGEN WILKE, *Die Französische Kolonie in Berlin*, in: HELGA SCHULTZ, *Berlin 1650–1800. Sozialgeschichte einer Residenz*, 2. Aufl., Berlin 1992, S. 353–430.
- HOLGER WITZEL, *Spuren der Niederländer in Brandenburg und Berlin. Ein Wegweiser*, Berlin 1999.
- SUSANNE WÖLFLE-FISCHER (Hg.), *Aus Flandern in die Mark. Flämische Siedler im Mittelalter. Begleitschrift zur Ausstellung*, Halle 2003.
- URSULA WOLF, *Preußische Anwerbung von süddeutschen Kolonisten nach dem Siebenjährigen Krieg unter dem Gesandten von Pfeil. Ihre Ansetzung in der Neumark, Schlesien, Berlin und Potsdam*, Hamburg 2013.
- GRZEGORZ ZIĘTKIEWICZ, *Polen in Berlin. Geschichte und Gegenwart/Polacy w Berlinie. Historia i dzień dzisiejszy*, Berlin 1994.
- GERD-H. ZUCHOLD, *Die Schweizer Garde König Friedrichs I. in Preußen. Mit Biographischen Notizen zum Personalbestand des Offizierskorps*, in: *Herold-Jahrbuch* N.F. 15 (2010), S. 199–276.

Die historische Forschung hat seit längerem herausgearbeitet, dass Migration nichts von einer Norm Abweichendes ist, sondern vielmehr ein »konstitutives Element der Menschheitsgeschichte« (J. Oltmer), der Mensch mithin stets ein »homo migrans« (K.-J. Bade) war. Auch die Geschichte Brandenburgs wurde seit jeher von Einwanderungsprozessen geprägt. Von »Toleranz« im modernen Sinne kann freilich keine Rede sein, sondern meistens ging es um ökonomisch nutzbringende Aufnahme bestimmter Gruppen. Sehr oft waren die Ansiedlungen aber auch das Ergebnis von Flucht, Vertreibung und kriegerischer Gewalt. Der vorliegende Band zeigt anhand von Beispielen vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart die Bedeutung der Zuwanderung für Brandenburg auf. Der Bogen reicht von der slawischen Einwanderung des 8./9. Jahrhunderts bis zur Ankunft russisch-jüdischer »Kontingentflüchtlinge« im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung, von Niederländern, Juden, Hugenotten, Revolutionsflüchtlingen in der Frühen Neuzeit bis hin zu Muslimen, Zwangsarbeitern, Vertriebenen und DDR-»Fremdarbeitern« im 20. Jahrhundert – eine Geschichte der Vielfalt des brandenburgischen Raumes und seiner Bevölkerung im Spiegel der Zuwanderung.

Mit Beiträgen von Matthias Asche, Peter Bahl, Felix Biermann, Thomas Brechenmacher, Vinzenz Czech, Uwe Folwarczny, Olaf Glöckner, Frank Göse, Thomas Höpel, Angela Martin, Ulrich Niggemann, Lutz Partenheimer, Marcia C. Schenck, Yunus Yaldiz.



ISBN 978-3-86956-506-4

Online

